Donnerstag, 3. Februar 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich [illegible] F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien [illegible] Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 28 - 5.W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Optimismus wächst unter Bundesbürgern

ms. **Bonn**

Das Emnid-Institut hat in einer am 30. Januar abgeschlossenen Meinungsumfrage folgende Wähleranteile für die einzelnen Parteien ermittelt: CDU/CSU 49 Prozent, SPD 41, FDP 4 und Grüne 5 Prozent. Der Restanteil von einem Prozent entfällt auf verschiedene Gruppierungen. Im Vergleich zu der vorausgegangenen Umfrage des Bielefelder Instituts hat damit die Union zwei Prozent zugenommen, während SPD und FDP je ein Prozent zurückgegangen sind. Die Meinungsforscher in Allensbach sprechen unterdessen von einem erstaunlichen Aufwärtstrend in der Stimmungslage der Bevölkerung. Aus den 34 Prozent, die im Dezember sagten, daß sie dem Jahr 1983 mit Hoffnungen entgegensehen, sind Anfang Februar 41 Prozent geworden. Die Zahl derjenigen, die Befürchtungen hegten, sei von 32 Prozent auf nunmehr 24 Prozent zurückgegangen. Zugenommen hat laut Allensbach auch die Zahl der Bürger, die an eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung glauben: Im Dezember waren es nur 13 Prozent, inzwischen sind es schon 20 Prozent.

WIRTSCHAFT

IWF erwartet Belebung der Weltwirtschaft

DW. **Bonn**

Eine leichte Konjunkturbelebung 1983 mit deutlichen Wachstumsraten in der zweiten Jahreshälfte erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für die wichtigsten westlichen Industrieländer. In einer bisher unveröffentlichten Studie über die Entwicklung der Weltwirtschaft setzt sich der IWF nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche" für eine Fortsetzung der zurückhaltenden Geldpolitik ein, die durch eine angemessene Finanzpolitik und Maßnahmen zur Strukturanpassung unterstützt werden sollten. Am ungünstigsten schneidet die Bundesrepublik Deutschland unter den sieben wichtigsten Industriestaaten ab. Ihr reales Bruttosozialprodukt werde 1983 um 0,3 Prozent schrumpfen. Allerdings erwartet der IWF auch für die Bundesrepublik eine spürbare Belebung im zweiten Halbjahr: Das reale Bruttosozialprodukt in Deutschland werde in der zweiten Jahreshälfte um 2,4 Prozent höher liegen als in den ersten sechs Monaten. Das stärkste Wachstum wird, so der IWF, erneut Japan mit einer Rate von 3,0 Prozent (2. Halbjahr 1983: 3,9 Prozent) erreichen.

100 Mark für Zweitanschluß

Rei. **Bonn**

Wer sich einen zweiten Telefonanschluß legen läßt, soll künftig statt 200 nur noch 100 Mark für die Installation zahlen. Das will Postminister Schwarz-Schilling (CDU) dem Postverwaltungsrat auf seiner nächsten Sitzung am 21. März vorschlagen. Der Doppelanschluß mit zwei Amtsleitungen soll nur 13 Mark mehr monatliche Grundgebühr kosten als ein Einzelanschluß. Die Post erhofft sich im Hinblick auf die bundesweite Einführung von Bildschirmtext im Herbst eine steigende Nachfrage nach Anschlüssen, denn die Inanspruchnahme von Bildschirmtext blockiert eine Telefonleitung.

BMW 2,4 Prozent teurer

AP, **München**

Die Bayerischen Motorenwerke werden mit Wirkung vom 7. Februar die unverbindlichen Preisempfehlungen für BMW-Automobile in der Bundesrepublik Deutschland um durchschnittlich 2,4 Prozent anheben. Das kleinste Modell, der BMW 315, soll anstatt bisher 17 150 Mark nunmehr 17 450 Mark kosten. Der BMW 635 CSI kostet jetzt 64 600 anstatt bisher 63 200 Mark.

Gulf verkauft Tankstellen

rtr, **New York**

Das US-Unternehmen Gulf Oil hat seine 750 Tankstellen sowie eine kleine Raffinerie in den Benelux-Staaten verkauft. Das gab Unternehmenschef James Lee bekannt. Weiter sagte er, Gulf habe bereits seine Anlagen in der Schweiz veräußert. Wahrscheinlich würden auch die Aktivitäten in Italien und möglicherweise in Großbritannien eingestellt. Dies gelte jedoch nicht für den Bereich des Nordsee-Öls.

Warnung vor Defiziten

AFP, **Washington**

Für eine verschärfte Haushaltspolitik haben sich die Wirtschaftsberater von US-Präsident Ronald Reagan in ihrem gestern veröffentlichten Jahresbericht ausgesprochen. Sie warnten vor den negativen Auswirkungen der derzeitigen großen Haushaltsdefizite, die zu hohen Zinssätzen und Dollarkursen sowie einer Reduzierung der produktiven Investitionen führen. Als wichtigstes Problem nannten die Experten die Arbeitslosigkeit.

Aktien überwiegend leichter

DW. **Frankfurt**

Bei ruhigem Geschäft gingen die Kurse der Standardwerte leicht zurück. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 109,7 (109,8). Dollarmittelkurs 2,4835 (2,4678) Mark. Goldpreis pro Feinunze 498,25 (508,50) Dollar.

WETTER

Schnee und Regen

DW. **Essen**

Im gesamten Bundesgebiet wechselnd bewölkt mit einzelnen Schneeschauern. Tagestemperaturen um 3 Grad, in der Nacht minus 3 bis minus 6 Grad.

ZITAT DES TAGES



„Als ich auf diese desolate Szenerie herabschaute, dachte ich an all das, für dessen Wahrung und Schutz wir eingetreten sind, und all jene im Osten – die Sacharows und Schtscharanskis –, die einen derartigen Preis für die Ausübung jener Rechte entrichten müssen, die wir als gegeben betrachten."

US-Vizepräsident George Bush in Den Haag über seine Eindrücke beim Besuch an der Berliner Mauer.
FOTO: SVEN SIMON

Walesa nominiert

AP, **Washington**

Die US-Kommission für die Überwachung der Menschenrechtsbeschlüsse der KSZE-Konferenz von Helsinki hat den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa und sieben Regimekritiker aus den Ostblockstaaten als Träger des diesjährigen Friedensnobelpreises vorgeschlagen. In einem Schreiben an das Osloer Nobel-Institut begründet das Gremium seine Empfehlung mit der Friedfertigkeit und Beharrlichkeit, mit der diese Personen sich für das Ziel der Menschlichkeit einsetzten. Neben Walesa nominierte der Ausschuß unter anderem den sowjetischen Regimekritiker Juri Orlow, den tschechoslowakischen Schriftsteller Vaclav Havel und die polnischen Dissidenten Jacek Kuron und Adam Michnik.

Gespräch mit Sozialpartnern

Rei. **Bonn**

Zu einem „Gespräch am runden Tisch" wird Bundeskanzler Kohl die Sozialpartner „in unmittelbarer Zukunft" bitten. Nach Angaben von Regierungssprecher Stolze soll das Thema die Unterstützung der Bemühungen der Bundesregierung um den Abbau der Arbeitslosigkeit sein. Früher seien derartige Gespräche nützlich gewesen, heute seien sie unbedingt notwendig. Gestern abend empfing der Kanzler Vertreter der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) zu einem Meinungsaustausch.

Weitere Nachrichten auf Seite 10: 800 000 Mark Abfindung für Neue-Heimat-Manager? – Bischöfe rügen Anspruchsdenken

Heute in der WELT

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Genscher: Gewaltverzicht muß auch für Afghanistan gelten

„Präzisierung" der Ostblock-Vorschläge? / Harte Pressekonferenz in Prag

BERNT CONRAD, **Prag**

Der tschechoslowakische Präsident Gustav Husak und sein Außenminister Bohuslav Chnoupek haben in Gesprächen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eine weitere Präzisierung des Ostblockvorschlages für ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt angekündigt.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten erstrebten keineswegs eine formelhafte Wiederholung früherer Gewaltverzichtserklärungen, sondern wollten sie „konkret weiterentwickeln". Sie würden sich nach genauer Prüfung der westlichen Reaktionen bemühen, ihren Vorschlag für den Westen generell akzeptabler zu formulieren, erklärten die CSSR-Politiker.

Genscher, der gestern nachmittag nach 27stündigem Aufenthalt wieder aus Prag abflog, betonte seinerseits die Bereitschaft des Westens, über jeden konstruktiven Vorschlag zu sprechen. Eine nochmalige Bekräftigung des Gewaltverzichts könnte sich nach seinen Worten dann vorteilhaft auswirken, wenn sich der Verzicht nicht nur auf künftige, sondern auch auf anhaltende Gewalt beziehen würde. Bei den internen Gesprächen ließ Genscher keinen Zweifel daran, daß sich dieser Hinweis vor allem auf die sowjetische Besetzung Afghanistans bezog.

Der Dialog mit der CSSR-Führung war für den Bundesaußenminister besonders aktuell, weil sein Amtskollege Chnoupek offiziell beauftragt worden war, die Vorschläge des Warschauer Paktgipfels in Prag international zu erläutern und zu diskutieren. So hörte Genscher mit Interesse Chnoupeks Hinweis, der Osten wünsche eine „maximale Konkretisierung" des Gewaltverzichts gegen Truppeneinheiten, Schiffe, Flugzeuge und Raumschiffe anderer Staaten, ferner die Verpflichtung, die Sicherheit von See-, Luft- und Weltraumverbindungen nicht zu bedrohen.

Genscher riet seinen Prager Gesprächspartnern, die jüngsten Vorschläge von Präsident Reagan und Vizepräsident Bush sehr ernstzunehmen und als „Initiativen des Friedens" zu begreifen. Husak meinte, der sowjetische Parteichef Andropow sehe sicher die Möglichkeit eines gründlich vorbereiteten Treffens mit Reagan.

Eindringlich ermahnte der Bundesaußenminister die Tschechen, bis spätestens 1985 die auf ihrem Gebiet liegenden Ursachen für Geruchsbelästigungen der bayerischen Grenzbevölkerung und für nach Bayern wehenden „sauren Regen" zu beseitigen. Die CSSR-Politiker sagten Abhilfe zu, verwiesen aber auf das gleichzeitige Vorhandensein westlicher Ursachen. Husak: „Es gibt doch viel Westwind – das ist nicht politisch gemeint." Genscher: „Schade."

Beeindruckt zeigte sich Genscher von einem Treffen mit dem Prager Erzbischof Kardinal Tomasek am gestrigen Morgen. Dabei wurden die innere Lage des Landes und die Probleme der katholischen Kirche besprochen.

Ein Kontrastprogramm zum freundlichen Verlauf der offiziellen Gespräche bot eine abschließende Pressekonferenz, in der Genscher scharfe Fragen tschechoslowakischer Parteijournalisten ebenso scharf beantwortete. So wies er Vergleiche der Verhältnisse in der Bundesrepublik mit der Zeit von Hitlers Machtergreifung vor 50 Jahren als böswillige Verzerrung zurück und betonte: „Wir brauchen keinen Vergleich mit den anderen Unterzeichnern der KSZE-Schlußakte zu scheuen, aber wir haben an andere viele Fragen zu stellen."

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Nervenkrieg

JAN BRECH

Auf den internationalen Ölmärkten dominiert zur Zeit das Abwarten: Das Scheitern der letzten Opec-Konferenz, die sich weder über Preise noch über eine Quotenaufteilung unter den Mitgliedern einigen konnte, hat Unsicherheit sowohl bei den Anbietern als auch bei den Nachfragern ausgelöst. Die Ölverbraucher leben in Erwartung weiterer Preissenkungen bei Rohöl von den Beständen.

Die Abnahme fest kontrahierter Mengen wird so weit wie möglich hinausgeschoben, auf den freien Märkten wie Rotterdam bewegt sich nichts. Die Förderländer andererseits, und nicht nur die in der Opec, kündigen zwar Preissenkungen an, doch sind das im Augenblick mehr Absichtserklärungen denn handfeste Offerten.

Daß die Ölpreise in den kommenden Wochen weiter sinken werden, ist angesichts der Überproduktion und konjunkturell bedingter Nachfrageschwäche sicher. Ob es freilich einen „geordneten und gemäßigten Rückzug" auf breiter Front geben wird, oder einen Preiskampf jeder gegen jeden mit der Folge eines drastischen Preisverfalls, hängt von den ohnehin schon arg strapazierten Nerven der Opec-Staaten ab.

Marktkonformes Verhalten wäre es, den Zeitpunkt abzuwarten, bis die Bestände bei den Verbraucherländern abgebaut sind – sehr weit reichen sie nicht –, um bei wiederauflebender Nachfrage festzustellen, wo der am Markt erzielbare Preis etwa liegt.

Die finanziellen Nöte der meisten Opec-Staaten lassen freilich eher vermuten, daß sie zur Sicherung wenigstens der notwendigsten Einnahmen die Preise sehr schnell und sehr erheblich reduzieren und gleichzeitig die Förderung erhöhen werden.

Der Wettlauf um jeden Kunden würde aber das eigentlich von niemandem gewünschte Preischaos bedeuten.

Welchen Weg die Opec auch immer einschlägt – der Verbraucher wird von dem Verfall des einst mächtigen Kartells weiter profitieren. Die deutsche Mineralölindustrie schreibt zwar tiefrote Zahlen, doch wird es der Wettbewerb nicht zulassen, daß Kosteneinsparungen beim Einkauf von Rohöl und Ölprodukten zum Abbau der Verluste eingesetzt werden. Selbst ein unerwartet hart einsetzender Spätwinter könnte die Tendenz sinkender Preise bei Benzin und Heizöl allenfalls kurzfristig unterbrechen.

Auto-Industrie für 1983 optimistisch

Hoffnung auf gutes Inlandsgeschäft / Umsatz 1982 fast 147 Milliarden Mark

HARALD POSNY, **Frankfurt**

Die deutsche Automobilindustrie glaubt zwar nicht daran, daß sie 1983 die hohen Produktions- und Absatzzahlen des vergangenen Jahres erreicht; gleichwohl sieht der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Horst Backsmann, keinen Grund zu pessimistischen Prognosen: „Nach Produktionsverlusten während der ersten Monate gehe ich davon aus, daß sich Absatz und Produktion im weiteren Verlauf des Jahres wieder verbessern."

Fallende Zinsen, niedrigere Kraftstoffpreise und entlastete Heizkostenrechnungen der privaten Haushalte seien, so meint er, geeignet, den Kaufwillen zu stärken.

Ebenso wie Backsmann sieht auch VDA-Geschäftsführer Achim Diekmann im Pkw-Geschäft „Ansätze für eine Absatzbelebung im Inland". Von ihr dürften, so glaubt er, die deutschen Hersteller stärker profitieren als die ausländischen Importmarken: Deren Anteil von 24,1 Prozent im Jahr 1982 (1981: 25,3 Prozent) werde Ende 1983 wohl eher niedriger liegen. Diekmann schätzt, daß die Japaner (Anteil am Inlandsabsatz 1982: 9,8 Prozent nach neun Prozent ein Jahr zuvor) 1983 die Zehn-Prozent-Marke nicht wesentlich überschreiten.

Neuzulassung und Auftragseingang seien im Januar 1983 höher gewesen als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies zeige „bei aller Zurückhaltung der Prognose", daß die inzwischen ausgelaufene Investitionszulage nicht zu einem Einbruch von Bestellungen und Verkäufen geführt habe. Für verschiedene Modelle, vor allem im Bereich 1,5 bis 2 Liter Hubraum, bestünden sogar Lieferfristen.

Auch der Bestelleingang aus dem Ausland ist – anders als befürchtet – nicht rückläufig. Beim VDA glaubt man, daß der Kfz-Export 1983 ein „respektables Niveau" behalten wird. Von einem „rauschenden Erfolg" wie 1982, als mit 2,4 Millionen Fahrzeugen die höchste Exportzahl der deutschen Automobilgeschichte erreicht wurde, geht man aber für das laufende Jahr nicht mehr aus.

Weniger optimistisch sind die Erwartungen für den Nutzfahrzeugbau, der erfahrungsgemäß im Aufschwung wie in der Flaute dem Pkw-Absatz ein Jahr „hinterherfährt". Beim VDA rechnet man hier mit einer nachhaltigen Belebung erst für 1984. Vermutlich würden Produktion und Absatz von Anhängern und Aufbauten aber schon bald anspringen.

Die derzeitige Kapazitätsauslastung der deutschen Autowerke liegt – wenn auch mit erheblichen Unterschieden von Werk zu Werk – bei rund 80 Prozent. Es gibt 147 000 Kurzarbeiter. Die Investitionen der deutschen Automobilunternehmen schätzt Diekmann für 1983 auf eine Milliarde Mark.

Der gesamte deutsche Straßenfahrzeugbau erwirtschaftete 1982 mit seinen 782 000 Beschäftigten (1981: 789 000) einen Umsatz von fast 147 Milliarden Mark (1981: 137 Milliarden). Er erwies sich damit erneut als verläßliche Konjunkturstütze; außerdem trug er mit seinem auf 60 (1981: 43) Milliarden Mark gestiegenen Außenhandelsüberschuß kräftig zur Gesundung der deutschen Leistungsbilanz bei. Dieser allein reichte fast völlig aus, um die gesamten Mineralöleinfuhren zu bezahlen.

NATO-Beschluß: Schmidt auf Vogels Kurs

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich in der Wertung der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen uneingeschränkt mit der Haltung des Kanzlerkandidaten seiner Partei, Hans-Jochen Vogel, einverstanden erklärt. Im Deutschlandfunk äußerte Schmidt die Überzeugung, Vogels Erklärungen zu diesem Thema würden nach dem 6. März auch von der Führung der USA „prinzipiell anerkannt" werden. Vogel hatte nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt, bei der Berechnung des Gleichgewichts der auf Europa gerichteten nuklearen Mittelstreckenwaffen zwischen Ost und West müßten die britischen und französischen Systeme in Genf berücksichtigt werden.

Schmidt verneinte die Frage, ob er den Doppelbeschluß erfunden habe, fügte aber hinzu, er sei der erste gewesen, der darauf bestanden habe, die sich „damals in den Anfängen abzeichnende sowjetische Mittelstreckenraketen-Rüstung" in die SALT-II-Verhandlungen einzubeziehen. Als die USA im Januar 1979 (beim Vierer-Gipfel in Guadeloupe, die Red.) „mit einem Nachrüstungsvorschlag" aufgewartet hätten, sei es auf Betreiben der europäischen Teilnehmer Giscard d'Estaing, Callaghan und Schmidt selbst zum Doppelbeschluß gekommen. Die erst viel später ins Gespräch gebrachte Null-Lösung beanspruchte der frühere Kanzler als deutschen Vorschlag. Er begründete sie als „klare Ausgangsposition" für Verhandlungen, auf der sich „vernünftige Kompromisse" aufbauen ließen.

Seite 2: Rollenwandel
Seite 10: SPD-Parteitag im Herbst.

„Teurer Strom schafft mehr Arbeitslose"

dpa, **Essen/Düsseldorf**

Durch steigende Energiekosten bedingte Produktionseinschränkungen oder die Verlagerung stromintensiver Produktionen ins kostengünstigere Ausland werden sich bei einer Beibehaltung der derzeitigen Energie-, Umwelt- und Strompreispolitik fortsetzen.

Dies prognostizierte der Vorsitzende der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK), Hanns Arndt Vogels, der zugleich neuer Vorstandschef des Flugzeugkonzerns MBB (München) ist. Da wegen dieser Kostensteigerungen, die es in dieser Form im konkurrierenden Ausland nicht gebe, „die Arbeitslosenzahlen steigen und steigen", sollten sich die Gewerkschaften dieser Probleme stärker annehmen als bisher.

Die Schließung der Alcan-Aluminiumhütte in Ludwigshafen infolge zu hoher deutscher Strompreise sei nur die „Spitze eines Eisberges", betonte Vogels. Die Schwierigkeiten der Korf-Gruppe hätten die gleichen Ursachen.

Nach Vogels hat sich die Energierechnung der Industrie von 1970 bis 1981 jährlich durchschnittlich um 12 Prozent erhöht. Dagegen erhöhte sich die Brutto-Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes lediglich um sieben Prozent jährlich und das Brutto-Inlandsprodukt um acht Prozent jährlich in jeweiligen Preisen, also einschließlich der Inflationsrate. Vogels beklagte vor allem die steigenden Energiekosten für die Industrie. Dabei handele es sich um „hausgemachte" deutsche Kosten, weil die konkurrierende Wirtschaft außerhalb der Bundesrepublik solche neuen Belastungen nicht zu tragen brauche.

Bonn erweitert Rahmen für Bürgschaften

Mk. **Bonn**

In Einzelfällen will die Bundesregierung in Zukunft bei Hermes-Bürgschaften für Ausfuhrgeschäfte die Grenze des Vertretbaren weiter ziehen.

Kriterium dafür ist, daß an der Realisierbarkeit des Ausfuhrgeschäftes ein besonderes gesamtwirtschaftliches Interesse, vor allem zur Sicherung von Arbeitsplätzen, besteht. Wie die Bundesregierung gestern in ihrem Kabinettsbeschluß noch einmal hervorgehoben hat, sieht sie hierin ein wirksames Instrument zur Sicherung des internationalen Wettbewerbs und Handels ohne Subventionen. Überdies soll im Rahmen multilateral abgestimmter Stabilisierungskonzepte unter Einbeziehung des Währungsfonds für Länder, die wegen ihrer hohen Verschuldung bisher keine Hermes-Deckung mehr erhalten hätten, Möglichkeiten für Ausfuhrbürgschaften eröffnet werden.

Die Gesamtverpflichtung des Bundes aus Ausfuhrbürgschaften belief sich Ende 1982 auf 150 Milliarden Mark. Sie dürfte in diesem Jahr auf 186 Milliarden steigen.

Bundeskabinett: Der Kanal wird weitergebaut

Mk. **Bonn**

Das Bundeskabinett hat gestern grünes Licht für den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals gegeben. Während drei von der FDP geführte Ressorts erwartungsgemäß nach dem Beschluß des Freiburger Parteitages, den Bau zu stoppen, Vorbehalte anmeldeten, stimmte der bayerische FDP-Vorsitzende Josef Ertl zu.

Mit dieser Entscheidung wurde ein Beschluß der früheren Bundesregierung von vor einem Jahr wiederaufgehoben, nachdem mit der bayerischen Landesregierung auch über eine qualifizierte Beendigung des Baus verhandelt werden sollte. Diese Gespräche wurden im November mit dem Ergebnis beendet, daß sowohl rechtliche als auch ökonomische Gründe für den Weiterbau sprächen.

Für 1983 hat der Bund 105 und Bayern 52,5 Millionen Mark für die Vollendung bereits angefangener Abschnitte eingeplant. Die jetzige Entscheidung dürfte auch eine großen Rolle für den Mittelfluß in den nächsten Jahren und damit für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme spielen.

Kritik an USA bei Shultz-Ankunft in Peking

AP/AFP, **Peking**

Peking hat die Regierung in Washington gestern zu Beginn des viertägigen Besuchs von US-Außenminister Shultz aufgefordert, amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver in Südkorea sofort zu beenden.

Das KP-Zentralorgan „Renmin Ribao" schrieb, die Manöver verschärften die Spannung auf der koreanischen Halbinsel und gefährdeten den Frieden und die Sicherheit in Nordostasien. Nordkorea hatte die Truppenübung, an der 188 000 Soldaten teilnehmen, zum Anlaß genommen, seine Streitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen und die USA vor einem neuen Krieg in der Region zu warnen.

Shultz nahm gestern unmittelbar nach seiner Ankunft aus Tokio Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Wu Xueqian auf. Nach eigenen Angaben will er ein größeres Verständnis der chinesischen Führung für die amerikanische Außenpolitik gewinnen und Belastungen im bilateralen Verhältnis ausräumen, die durch fortgesetzte US-Waffenlieferungen an Taiwan entstanden sind.

Erdöl vier bis fünf Dollar billiger?

WELT-Interview mit BP-Chef Hellmuth Buddenberg: Die Opec ist noch nicht am Ende

Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in einigen Ölförderländern durch überstürzt fallende Ölpreise wäre nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen BP, Hellmuth Buddenberg, folgenschwer. Mit Buddenberg sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Buddenberg, rechnen Sie nach dem Ausgang der letzten Opec-Konferenz mit einem massiven Rohölpreisverfall? Glauben Sie, daß die Opec so gut wie am Ende ist?

Buddenberg: Wer glaubt, daß die Opec am Ende ist, berücksichtigt nicht alle Realitäten. Objektive Fakten sprechen gegen eine solche Annahme. Der Opec-Anteil an der Welterdölförderung ist zwar unter anderem auch dank unseren Aktivitäten in der Nordsee und in Alaska seit 1973 von 54 Prozent auf 36 Prozent zurückgegangen; aber diese Quote macht immerhin noch rund 47 Prozent der Erdölförderung außerhalb des Ostblocks aus. Allein diese Zahlen beweisen, daß die Industrieländer sich auch zukünftig nicht von der Opec abkoppeln können.

WELT: Aber die Opec-Konferenz in Genf hat doch einen Beweis dafür geliefert, daß das Kartell nicht mehr funktioniert. Und: Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage der einzelnen Förderländer müssen wir doch wohl davon ausgehen, daß sich die Produktionsquoten ausschließlich an nationalen Interessen orientieren werden. Diese Interessen sind geprägt von der finanziellen Situation, in der sich die einzelnen Ölförderländer befinden.

Buddenberg: Richtig. Nur sollten wir erstens nicht wünschen, daß einige Ölförderländer, bedingt durch einen überstürzt fallenden Ölpreis – was Einnahmeausfälle für diese Länder bedeuten würde –, zusammenbrechen, weil sie ihre Kredite nicht mehr an die Banken zurückzahlen können. Eine solche Situation könnte das gesamte Gefüge der internationalen Finanzwirtschaft und damit die Wirtschaften der westlichen Welt gefährden. Diese aus der Gesamtsicht negative Entwicklung würde unsere Volkswirtschaft nicht ausschließen.

WELT: Welche Auswirkungen meinen Sie?

Buddenberg: Zunächst einmal müßten die Banken im Falle der Zahlungsunfähigkeit von Ölförderländern die diesen Ländern geliehenen Gelder als Verluste abschreiben. Außerdem müssen wir bedenken, daß viele Ölförderländer gute Exportkunden sind, denen wir dann unsere hochwertigen

■ Fortsetzung Seite 10

Ansturm in polnischen Läden auf Seife und Waschmittel

Bislang gab es nur ein Stück Seife für zwei Monate

MICHEL CASTEX, **Warschau**

Ein Kauffieber für Seife und Waschmittel ist in Polen ausgebrochen, nachdem die Behörden die Rationierung aufgehoben haben. Die Appelle an die Verbraucher-Vernunft erwiesen sich am ersten Tag des freien Verkaufs als ergebnislos. Die Polen stürzten sich regelrecht auf die bisherigen Mangelprodukte. Seife war seit eineinhalb Jahren auf ein Stück pro Person alle zwei Monate und Waschmittel auf 300 Gramm pro Person alle zwei Monate beschränkt.

In Warschau bildeten sich schon vor Öffnung der Geschäfte große Menschenschlangen. Binnen einer Stunde waren die Geschäfte halb ausverkauft, am Abend waren die Lager leer. Einige Verkäuferinnen haben nach Informationen der amtlichen Nachrichtenagentur PAP eigenmächtig die Initiative ergriffen und den Verkauf auf zehn Stück Seife und fünf Waschmittelpakete pro Person beschränkt.

Der „rush" hatte ganz Polen ergriffen. In Breslau wurde in einigen Stunden mehr Seife verkauft als in einer Rationierungswoche. In Krakau waren die Geschäfte am Nachmittag völlig ausverkauft. Ein ähnliches Kauffieber wurde aus Danzig und Gdingen gemeldet.

Nach dem ersten Tag des freien Verkaufs stellte PAP fest, daß die Pessimisten recht hatten, die vor dem freien Verkauf gewarnt haben. „Falls das Kauffieber anhält, sind die Lager bald total leer. Man wird wieder rationieren müssen", hieß es in einem Kommentar.

Der polnische Minister für Binnenhandel, Zygmunt Lakomiec, hatte den freien Verkauf von Seife und Waschmittel damit begründet, daß die Staatslager gegenwärtig einen Vorrat für zweieinhalb Monate hätten. Er hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die „Verbraucher vernünftig sind und keine Hamsterkäufe tätigen". Lakomiec hatte betont, daß es sich um einen „Test" handele, der vielleicht die Aufhebung der Rationierung anderer Produkte zur Folge haben könnte. Mit einer gewissen Ironie konstatierte das Fernsehen, daß der freie Verkauf von Zitronen weniger katastrophal war. Vor den Obstgeschäften hätten sich keine Menschenschlangen gebildet. „Dies war auch nicht nötig, denn es gab keine Zitronen", meldete der Nachrichtensprecher. (AFP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Prüfsteine

Von Günther Bading

Zum engen Schulterschluß mit den Gewerkschaften hat der SPD-Vorsitzende Brandt seine Partei schon vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes aufgerufen. Was das SPD-Präsidium jetzt als Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des DGB vorgelegt hat, gleicht indes mehr einer engen Umarmung; ja, es grenzt schon an Liebesgeflüster, wenn es dort Dutzende von Malen heißt: Wir teilen diese, teilen jene und teilen gleich das nächste Dutzend Forderungen des Gewerkschaftsbundes an die Politik.

Der Wunsch nach totaler Harmonie mit der Kerntruppe einer bei ihrem Stimmenfang immer weiter in grüne Grenzbereiche ausfransenden Partei treibt wunderliche Blüten. So findet das Parteipräsidium nichts Verwerfliches darin, im Wahlkampf die angeblich so unrealistische Forderung von Bundeskanzler Kohl nach einer Null-Lösung in den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zu attackieren und gleichzeitig volle Übereinstimmung mit der Position des DGB in dieser Frage zu behaupten. Erstaunlich: Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich in seinem „Prüfstein Nr. 4" unzweideutig für die Null-Option aus.

Noch Ende letzter Woche hat Egon Bahr im SPD-Pressedienst geschrieben: „Es gibt keine Stimme von Gewicht mehr, die noch mit dem Verhandlungsergebnis Null auf beiden Seiten rechnet." Nur am Rande sei angemerkt, daß es bisher noch kein führender Sozialdemokrat gewagt hat, der Stimme des DGB jegliches Gewicht abzusprechen. Die vereinte Rhetorik von Egon Bahr und Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel vermag nicht darüber hinwegzutäuschen: In der Frage der Null-Lösung sind Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und DGB vorhanden. Bleibt die SPD dabei, die Null-Option des Kanzlers zu attackieren und jene des DGB gutzuheißen, so gibt es dafür nur ein Urteil: Doppelzüngigkeit.

Rollenwandel

Von Rüdiger Moniac

Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D. und bislang einer der wenigen durch Sachkenntnis wie durch Ruf ausgewiesenen Fachleute in der SPD für die Sicherheitspolitik, ist dabei, seine Vergangenheit zu verleugnen. Der Wahlkampf fordert seinen Tribut, und Schmidt entrichtet ihn. Unter anderem damit, daß er die Öffentlichkeit sucht, um seine Mitwirkung – wenn nicht gar Urheberschaft – am Doppelbeschluß herunterzuspielen. Er stemmt sich auch nicht gegen die Taktik des Kanzlerkandidaten, im Ringen um die Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen die westliche Position zu verwässern.

Denn dies tut Vogel, indem er – beinahe bereitwillig – die sowjetische Argumentation richtig findet, die britischen und französischen Atomwaffen seien als Berechnungsfaktor in den Genfer Verhandlungen für die Atom-Gleichung zu berücksichtigen. Schmidt assistiert dem Kandidaten, indem er sich überzeugt gibt, nach dem 6. März werde die US-Führung prinzipiell anerkennen, was Vogel jetzt sagt.

Dies wird Washington wohl kaum tun können, wenn es nicht wesentliche Prinzipien, die für den Westen die feste Grundlage für die Genfer Verhandlungen sind und bleiben müssen, aufgeben wollte. Deshalb kommen Schmidts heutige Äußerungen einer Aufforderung an all jene gleich, die in der SPD, bei den Grünen und den Alternativen friedensschwärmerisch tätig sind, den Kampf gegen eine Nachrüstung noch energischer zu führen.

Der Kanzler a. D., obwohl auch heute noch von der „Gesamtphilosophie" des Doppelbeschlusses angetan, wie er im Deutschlandfunk kundtat, hilft mit, die klare westliche Verhandlungssystematik für die INF-Verhandlungen zu verdrehen. Die britischen und französischen Raketen gehören in die globale Gesamtrechnung der „strategischen Waffen". Über sie wird in Genf auch verhandelt, aber auf dem START-Tisch.

An der Basis

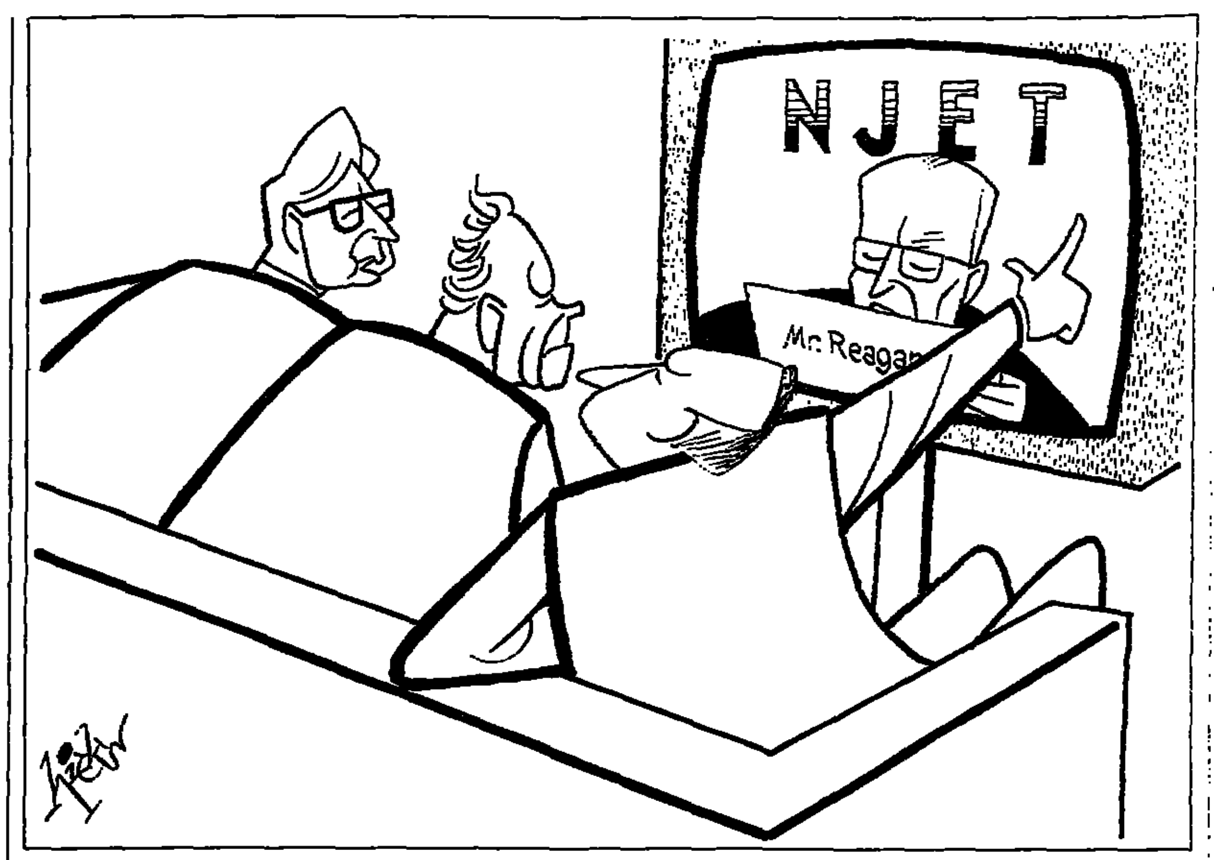
Von Fried H. Neumann

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow ist vom Olymp des Kremls in eine Moskauer Werkzeugmaschinen-Fabrik hinabgestiegen und leibhaftig vor der Arbeiterklasse erschienen, deren Herrschaft im Staate er angeblich repräsentiert. Anders als seine Vorgänger Breschnew und Chruschtschow, die gern ein wärmendes Bad in der Menge nahmen, trat er sachlich und kühl vor die Belegschaft des Werkes „Ordschonikidse", um ihr den Ernst der wirtschaftlichen Lage klarzumachen: sinkendes Wachstum von Jahr zu Jahr, Planrückstände selbst in wichtigsten Wirtschaftszweigen, unbefriedigende Arbeitsproduktivität. Sie wuchs in der Industrie nach der jüngsten Statistik voriges Jahr nur noch um 2,1 Prozent (2,1) – bei fast doppelt so hoher Planvorgabe.

Diesen Trend will Andropow nun, in der Mitte des praktisch nicht mehr erfüllbaren Fünfjahresplanes, stoppen und umkehren. Wie das geschehen soll, ist die große Frage im Lande. Nicht wenige Fachleute erwarten von Andropow den Mut, die straffen Planzügel zu lokkern und den Betrieben mehr Eigenständigkeit, also auch höhere Selbstverantwortlichkeit zuzugestehen. Vor den Arbeitern jedoch hat der Parteichef nichts dergleichen angekündigt.

Die Nüchternheit, mit der er zu Werke geht, sein Verzicht auf Phrasen und Beschönigungen, scheinen sich zwar allmählich wohltuend auf den Propagandastil der Partei auszuwirken; es wäre tatsächlich einiges gewonnen, wenn mehr Ehrlichkeit an die Stelle qualmender Selbstbeweihräucherung träte. Aber das Rezept, das Andropow dem Lande verordnet hat und auch jetzt wieder als Allheilmittel anbot, bekämpft nur die Symptome der Wirtschaftsmalaise. Es lautet: Mehr Arbeitsdisziplin an jedem Arbeitsplatz! Das ist, wie die Sowjetmenschen schon zu spüren bekamen, mehr Druck, mehr Kontrolle und Antreiberei, während sich die planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern.

Woher auch soll der Anreiz zu besserer Arbeit kommen? Das fragen selbst die Parteiblätter zuweilen. Höhere Löhne sind kein Anreiz, wenn es nichts Ordentliches zu kaufen gibt. Das hat auch der Parteichef offen ausgesprochen.



„Diese Übertragung aus dem Kreml ist Wahlhilfe für die Union!"
ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Atempause in Südafrika

Von Hans Germani

Die komplizierte Frage der Unabhängigkeit Südwestafrikas/Namibias und der sowjetisch-kubanischen Präsenz in Angola ist um eine neue Dimension bereichert worden. Südafrika, in dieser Frage von europäischen Staatskanzleien und westlichen Medien bisher unter Druck gesetzt, hat im Gegenzug eine eigene Initiative begonnen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß dabei die Sowjetunion zur Zeit parallel mitspielt.

Seit die Reagan-Regierung im Sommer 1981 die Namibia-Initiative der westlichen Fünf (USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Kanada) unter einem neuen Aspekt erneut startete, wurde in den – vornehmlich europäischen – Medien die Auffassung kolportiert, daß Südafrika die „Lösung verzögere". Die Wirklichkeit war anders. Bei den Gesprächen zwischen der US-Regierung und Südafrikas Außenminister Roelof Botha in Washington im Sommer 1981 waren es die Amerikaner gewesen, die das Rezept vorgelegt hatten: Abzug der Kubaner (durch Südafrika auf alle Ostblocktruppen erweitert) aus Angola gegen den Abzug Südafrikas aus Namibia und Wahlen unter UNO-Aufsicht. Washington hätte damit die Kubaner verdrängt gehabt, und den Südafrikanern wäre die Hoffnung erblüht, daß nun Savimbis antikommunistische Bewegung zur Regierungsmacht gelangt wäre. Vielleicht aber auch eine Koalition Savimbis mit gemäßigten Mitgliedern des gegenwärtigen prosowjetischen Regimes in Angola, die den Wahlterror der marxistischen Swapo hätte unterbinden können. Also eine Chance für faire Wahlen in Namibia. Weigerte sich Angola, unter Druck der Sowjets, dann – so die Rechnung – würde der Weg frei für Alternativlösungen, etwa zu Wahlen unter UNO-Garantie. Doch anhaltender Widerstand in Europa verzögerte dieses Konzept. Als dann 1982 die USA freie Hand hatten, begann eine Pilgerfahrt von US-Diplomaten nach Luanda und quer durch Afrika, die freilich erfolglos blieb.

Südafrika hatte auf die US-Lösung gesetzt. Erst Ende 1982 begannen die Südafrikaner umzudenken und den Kontakt zu Angola zu suchen. Jetzt kam es zur Konferenz auf den Kapverdischen Inseln. Südafrikas Regierung stellte öffentlich klar, daß die Frage des Abzugs der Kubaner und damit die Voraussetzung für internationale Wahlen Sache jener Macht bleibe, die diesen Weg vorgeschlagen hat, also der USA. Südafrika strebte in den Verhandlungen nur noch eine provisorische Lösung an, die allerdings von langer Dauer sein könnte: eine gut organisierte Waffenruhe an der Nordgrenze Südwestafrikas. Dieses Kalkül zieht einige Tatsachen in Betracht. Erstens, daß eine Einigung mit Angola gegen die Interessen der Sowjets kaum möglich sei. „Die Amerikaner", so sagte ein hoher Regierungsfunktionär Südafrikas vertraulich, „sind immer noch optimistisch bezüglich eines Abzugs der Kubaner. Ob sie Geheiminformationen haben, die uns fehlen, oder einfach naiv sind, bleibt die Frage." Der Einfluß der Sowjets in Luanda habe sich eher verstärkt. Die Südafrikaner glauben Hinweise dafür zu haben, daß Andropow, dessen Hauptinteresse Europa ist, das südliche Afrika als Nebenforum betrachte, wo er die gewonnenen Positionen zunächst nur halten wolle. Die Eroberung Angolas, 1975, war



Suche nach dem eigenen Weg: Südafrikas Außenminister Roelof Botha FOTO: BILD + NEWS

von Andropows KGB konzipiert und gegen alle Zweifel im Zentralkomitee der Partei durchgesetzt werden. Als die prosowjetische Terrororganisation ANC aus Lesotho flüchten mußte und aus dem Staat Swaziland hinausgeworfen wurde, bat sie Moskau, so erfuhren die Südafrikaner, um stärkere Hilfe für einen Gegenschlag. Die Antwort war: „Njet." Derzeit verhandeln zwölf Sowjetgeneräle mit der Moçambique-Regierung und dem ANC in Moçambique. Ihre Empfehlung lautet, der ANC solle sich zurückhalten, um massive Gegenschläge Südafrikas zu vermeiden. In Südwest ist die Swapo von 12 000 Mann im Jahre 1981 auf derzeit 8000 Mann geschrumpft, nicht so sehr wegen des südafrikanischen Druckes, sondern durch Massendesertionen. So nimmt es kein Wunder, daß die Swapo im vergangenen Monat nur noch zehn Aktionen in Namibia durchführen konnte – ein absoluter Tiefpunkt. Hier wird zum ersten Mal seit dem Sieg des britischen Generals Teplar nach dem Zweiten Weltkrieg in Malaya eine Guerrilla-Bewegung geschlagen.

Die Sowjets haben anscheinend zur Zeit keine Neigung, sich mit solch untauglichen Gehilfen zu engagieren. Sie wollen Angola und Moçambique und ihren wachsenden Einfluß in Zimbabwe halten. Eine Waffenruhe, die die Swapo 200 bis 300 Kilometer von der Grenze entfernt hält, bringt Angolanern wie Südafrikanern Gewinn: Angola zügelt die Swapo und garantiert Südafrika damit Ruhe in Südwestafrika. Und Angola bleibt von südafrikanischen Angriffen verschont.

Daß an der Seite Angolas unsichtbar Andropow am Tisch sitzt, darüber ist man sich in Kapstadt im klaren. Es ist ein Parallelinteresse, nur auf Zeit: Die Sowjetunion will sich auf Europa konzentrieren. Hat sie Erfolg, so wird sie um so gefährlicher an Südafrikas Tore klopfen, darüber macht man sich in Kapstadt keine Illusionen.

IM GESPRÄCH Leigh-Pemberton

Gegen den Protest der City

Von Wilhelm Furler

Vom 1. Juli dieses Jahres an wird ein Mann die Geschicke der Bank von England in seine Hände nehmen, dessen Ernennung zum „Governor" weite Teile der Londoner City und vor allem der Labour-Opposition auf die Barrikaden trieb: Robin Leigh-Pemberton. Der Neue ist seit 1977 Chairman (Vorsitzender des Verwaltungsrats) der zweitgrößten britischen Geschäftsbank, der National Westminster Bank. Damit steht entgegen aller bisherigen Tradition von Mitte des Jahres an erstmals ein Großbanker bzw. „Clearing Banker" an der Spitze der Bank von England.

Bisher war es üblich, Notenbankchefs entweder aus dem Kreise der eher kleinen, aber feinen „Merchant Banks" zu berufen – so wie den jetzigen Gouverneur Gordon Richardson, der zu Silvester in den Adelsstand erhoben wurde und als Lord bis an sein Lebensende dem Oberhaus angehören wird. Häufig kam der „Governor" auch aus dem Direktorium der Bank von England selbst, wie dies bei Richardsons Vorgänger Sir Leslie O'Brien geschah.

Hinter diesem bislang jedenfalls geltenden Grundsatz steckt natürlich britischer Wirklichkeitssinn, die Annahme nämlich, daß ein ehemaliges Mitglied des Top-Managements einer Clearingbank noch zu sehr unter dem Eindruck dieser Tätigkeit stehen könnte, als daß es einer der wichtigsten Aufgaben eines Notenbankchefs, nämlich der genauen Überwachung etwa der Kreditvergabe, des Auslandsgeschäfts und des Devisenhandels der großen Clearingbanken, vorbehaltlos und ausschließlich durch die Brille der „alten Dame von Treadneedle Street" nachkommen könnte.

Bei der Kritik an der Ernennung von Leigh-Pemberton wird ein weiteres Argument angeführt: Der 56jährige Vater von fünf Söhnen und äußerst wohlhabende Gutsbesitzer aus der südostenglischen Grafschaft Kent hat sich als gelernter Anwalt sehr lange für die Konservative Partei in der Regionalpolitik seiner Grafschaft engagiert. Erst vor wenig mehr als zehn Jahren stieß er ins Bankgeschäft vor.



Der neue Governor: Robin L[...] Pemberton FO[...]

Somit habe Premiermini[...] Margaret Thatcher nichts an[...] bezweckt, als einen politisch[...] lut getreuen Gefolgsmann de[...] nehin stärker als etwa die [...] sche Bundesbank weisungsge[...] denen britischen Notenbank[...] anzustellen. Viele bezweifeln[...] Leigh-Pemberton die innere U[...] hängigkeit besitzt, die für den[...] gang mit der gegenwärtigen[...] fig zur „Schulmeisterei" neige[...] Regierung dringend erforde[...] wäre. Sein Vorgänger Richar[...] jedenfalls hat in seiner knapp [...] jährigen Amtszeit sehr beton[...] einen möglichst unabhän[...] Kurs der Bank von England g[...] tet.

Doch sollte man politische[...] de nicht zu hoch bewerten[...] Chairman der zweitgrößten[...] schen Bank weiß sich Sir Pen[...] ton sicherlich auch „Freunden[...] alten Bekannten" gegen[...] durchzusetzen, deren Vorste[...] gen vom landes- wie weltpoli[...] richtigen Kurs der Bank von[...] land mit den seinen nicht g[...] deckungsgleich sind. Und a[...] dem ist ja die Frage noch [...] nicht beantwortet, ob denn[...] sächlich die gegenwärtige R[...] rung für weitere fünf Jahre[...] Ruder bleibt. Leigh-Pembe[...] aber bleibt es als Notenbankc[...] jedem Fall.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit der Kritik von Horst Ehmke (SPD) an den Äußerungen des Bundesinnenministers Zimmermann zum Thema Friedensvertrag:

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ehmke, hat ein extrem schlechtes Gedächtnis. Er hat offensichtlich vergessen, was er und seine Genossen vor Abschluß der Ostverträge Tag und Nacht wiederholt haben: Diese Abmachungen nähmen keinesfalls den noch fehlenden Friedensvertrag für Deutschland vorweg. Sie zementierten auch nicht die deutsche Spaltung. Sie seien vielmehr eine Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes, die einen Modus vivendi bis zum Friedensschluß ermögliche. Dann sollten der „gesamtdeutsche Souverän" – also die Deutschen in beiden Teilen des Landes – diesem Frieden zustimmen. Was die Oder-Neiße-Linie angeht, so lautete die damals gängige SPD-Parole: Natürlich habe man nicht – und werde auch nie – hinter dem Rücken der Vertriebenen verhandeln... An diesem Sachverhalt zu erinnern, hat sich Bonns Innenminister Zimmermann erlaubt. Daß er deswegen von dem Rechtsgelehrten Ehmke kritisiert wird, ist geradezu grotesk. Wenn dieser Professor der Jurisprudenz schon unsere Verfassung, das Bundesverfassungsgericht und einen gemeinsamen Bundestagsentschluß zu den Ostverträgen ignoriert, so sollte ihn mindestens das unnütze Getöse der Funktionäre aus Ost-Berlin irritieren, die so wütend auf unseren Innenminister einschlagen.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die Beschwerde des CDU-Generalsekretärs Geißler, die Union werde in der ARD benachteiligt:

Wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht einmal mehr ihre Ausgewogenheit garantieren können, dann sollten sie lieber heute als morgen Konkurrenz bek[...] men. Daß die journalistischen [...] rufsverbände sich über die G[...] ler-Attacke empört haben, ist [...] ständlich, auch wenn ihnen e[...] fohlen werden muß, dies nich[...] mer nur dann zu tun, wenn [...] Kritik aus CDU-Kreisen kom[...] Die SPD sollte sich mit ihrer [...] rüstung schon gar zurückhal[...] Es gibt eine stattliche Latte [...] Beispielen aus ihren Reihen – [...] und fern – wo durch permanen[...] Druck und gezielte Verunsic[...] rung Journalisten gefügig gema[...] werden sollten. Was nicht hei[...] daß nicht auch Journalisten s[...] einmal an die eigene Nase fas[...] sollten, wenn es um Kritik [...] Selbstkritik geht. Der ARD sei [...] besonders empfohlen.

DONAU-KURIER

Das Blatt aus Ingolstadt schreibt [...] Karlsruhe anhängig gemachten Ve[...] über die Rolle der Parteistiftung[...] Parteifinanzierung:

Kernpunkt der Klage ist [...] Verdacht, über die Stiftungen [...] de, zumindest teilweise, eine [...] rekte Parteienfinanzierung a[...] Staatskasse betrieben. D[...] Globalzuschüsse waren durc[...] höchstrichterliches Urteil vo[...] untersagt worden. Doch berei[...] Jahr später setzten die Globa[...] schüsse an die Stiftungen ein, [...] zum Teil erst kurz zuvor im Ha[...] umdrehen gegründet worden w[...] ren. Jahr für Jahr wurde die [...] samtsumme erhöht, ohne jede D[...] kussion, vielmehr völlig unauff[...] lig, in stillem Einvernehmen. [...] Verdacht, daß hier eine Allpart[...] enkoalition als „ehrenwerte Ges[...] schaft" eine recht anrüchige Ko[...] plizenschaft praktiziert, war u[...] ist nicht von der Hand zu weis[...] Was immer die Motive der Grün[...] sein mögen, diese Klage jetzt [...] zu erheben, das Bundesverf[...] sungsgericht wird sich mit der M[...] terie gründlich auseinandersetz[...] müssen.

„Hier gibt es keine Schuhe, keine Hemden gibt es nebenan"

Wie der Volkswitz in der „DDR" mit den Alltagssorgen fertig wird / Von Peter Dittmar

In traurigen Zeiten blühen die Witze", weiß eine alte jiddische Volksweisheit. Wollte man dieses Wort wörtlich nehmen und überdies den Worten Honeckers glauben, dann müßte die „DDR" ein witzloses Unternehmen sein. Denn in seiner Neujahrsansprache hat der SED-Chef und Staatsratsvorsitzende versichert, daß das Jahr 1982 der „DDR" erneut „ein kräftiges Wirtschaftswachstum" gebracht habe. Und in der „Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1982", die dieser Tage veröffentlicht wurde, ist ebenfalls zu lesen, daß „das erreichte Wachstum international beachtlich" sei.

Die „DDR"-Bürger sind da allerdings anderer Meinung. Seit neuestem hört man auf die Frage „Wie geht's?" immer wieder die Antwort: „Wie im September/Oktober!" Das ist eine ironische Replik auf die Feststellung der Statistiker: „Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln wurde, abgesehen von einigen Störungen des Rhythmus im September/Oktober, auf dem erreichten hohen Verbrauchsniveau gesichert."

Wie hoch dieses Verbrauchsniveau ist, verrät eine Reihe von Witzen, die in der „DDR" kursieren. Da heißt es beispielsweise, die Fleischer müßten künftig immer einen Blumenstrauß ins Schaufenster stellen – damit die Leute nicht denken, es sei ein Fliesenladen. Und die „hohe Qualität sozialistischer Verkaufskultur" wird mit einem Dialog erläutert: „Ein Mann ist in das verkehrte Geschäft geraten. ‚Haben Sie Schuhe?' fragt er die Verkäuferin. Worauf diese höflich antwortet: ‚Hier gibt's keine Hemden! Keine Schuhe gibt's nebenan.'"

Auf die „Rhythmus-Störungen" in der Versorgung spielt auch das Gespräch in einem Fleischerladen an: „Haben Sie Steak?" fragt der Kunde – „Ham wa nich", antwortet die Verkäuferin. – „Haben Sie Schnitzel?" – „Ham wa nich!" – „Haben Sie Wurst?" – „Ham wa nich!" – Da empört sich der Kunde: „Ja, was haben Sie denn überhaupt?" – „Bis 18.30 Uhr offen!"

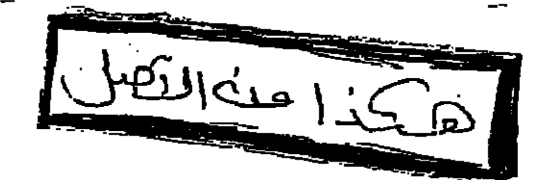
Bei der Landwirtschaft mußten die Herren von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ebenfalls eingestehen, daß sie „unter ihrem vorjährigen Beitrag zum produzierten Nationaleinkommen blieb". Schuld daran – so war im „Neuen Deutschland" zu lesen – sind „witterungsbedingte Ertragsausfälle". Deshalb heißt es in der „DDR", die sozialistische Landwirtschaft kenne nur vier Probleme: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Die Sowjetunion aber verstehe als einziger kommunistischer Staat, dieses Manko auszugleichen, weil sie vier Ernten einbringe: eine aus dem eigenen Land, eine aus Polen, eine aus Ungarn und eine aus der „DDR".

Der umgekehrten Lieferrichtung bringen die „DDR"-Bürger allerdings wenig Vertrauen entgegen, obwohl Importe aus der Sowjetunion die Mängel ein wenig ausgleichen sollen, die in dem Bericht über den Volkswirtschaftsplan 1982 in die verschleiernden Worte gekleidet werden: „Die Steigerung von Produktion und Bereitstellung bei einigen industriellen Konsumgütern reichte noch nicht aus, um die hohe Nachfrage zu befriedigen und das Sortiment reichhaltiger zu gestalten." Sowjetische Produkte gelten allgemein als minderwertig. Das versichert der Merkvers aus der „DDR": „Traue niemals schönen Frauen / und nicht dem, was Russen bauen." Zur Illustration erzählte ein Rentner aus der „DDR" sein Erlebnis in einem HO-Laden: Er verlangte Glühbirnen. Worauf ihm die Verkäuferin erklärte: „Glühbirnen haben wir nicht. Wir haben nur Russenbirnen."

Aber Honecker weiß solchem Defätismus überzeugende Worte entgegenzusetzen. „Die ökonomischen Strategien der Partei bewährten sich", erklärte er in der Neujahrsansprache. Und der Handel fand einen Weg, diese Strategien auf seine Weise in die Praxis umzusetzen. Da niemand in der „DDR" einen Selbstbedienungsladen – gleichgültig, ob er Lebensmittel, Industriewaren oder Bücher anbietet – ohne Einkaufskorb betreten darf, vermindert man einfach die Zahl der Einkaufskörbe, und schon können sich die Leute nicht nach Sachen drängeln, die es eh nicht gibt.

Angesichts des „September/Oktober-Syndroms" kann man auch jene Frau begreifen, die mit einem leeren Einkaufsnetz vor dem Centrum-Kaufhaus am Berliner Al[...]anderplatz steht und sinniert: „W[...] ich nun schon drin, oder wollte [...] noch rein?"

Und die Bürger in Ost-Ber[...] Leipzig oder Dresden, die s[...] wirklich die Mühe machen, d[...] Rechenschaftsbericht der Vol[...] wirtschaftler zu lesen, stoßen s[...] nicht an den Prozentzahlen, [...] denen Erfolge vorgespiegelt w[...] den. Sie achten vielmehr auf F[...] mulierungen, die die Wirklichk[...] des „real existierenden Sozia[...] mus" spiegeln. Sie lauten: „[...] einigen Gebieten waren die vor[...] gebenen Raten etwas höher", „[...] geplante Aufkommen wurde ni[...] in voller Höhe erreicht" oder „[...] Aufkommen an Ölfrüchten, Zu[...] kerrüben und Gemüse entspri[...] nicht voll dem Plan". Auch we[...] von „Verbesserungen" die Re[...] ist, ohne daß Prozentzahlen [...] nannt werden, heißt das nur, d[...] sich die Leistungen zwisch[...] einem „Null-" und „Minus-Wa[...] tum" bewegten. So kursiert da[...] auch weiterhin die sozialismus[...] zifische Antwort auf die Fr[...] „Wie geht's?": „Heute besser [...] morgen!"



Ärger um ein Ehrenmal oder Die Geschichte einer Verdrängung

Von HERBERT SCHÜTTE

In der zweitgrößten Garnisonstadt der Bundesrepublik sind Soldaten so gut wie unsichtbar: Hamburg gilt bei den 11 000 hier stationierten Bundeswehrangehörigen offenbar als ein Standort, an dem man außerhalb der Kasernen lieber Zivil trägt.

Im öffentlichen Bewußtsein spielt die Bundeswehr kaum eine Rolle, obwohl jeder Stabsoffizier die Führungsakademie in Hamburg durchlaufen hat. Um so mehr befassen sich die Politiker aller Lager in der Hansestadt mit 88 Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg. Es sind die steinernen Musketiere des Infanterieregiments Nr. 76, die in Viererreihen rund um einen Klotz aus Muschelkalk scheinbar ins Endlose ziehen.

Der Block mitten in der Innenstadt gilt als das umstrittenste Denkmal der Bundesrepublik. Er markiert ein Stück Geschichte in Stein.

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob man Denkmäler aus dem Zeitgeist, aus dem sie geschaffen worden sind, heute noch ertragen kann – eine Auseinandersetzung die bis zur Gewalt eskalierte (Kranzniederlegungen am Volkstrauertag finden nur noch unter starkem Polizeischutz statt), und die schließlich zur Resignation der Behörden führte, die Schmierereien am Ehrenmal nicht mehr entfernen lassen – begannen 1979 mit einer „Dokumentation" von sechs Kunststudenten.

Die Studenten sahen in dem Ehrenmal das Zeugnis „faschistischer Propaganda", ein „Kriegsdenkmal", und sie forderten die Errichtung eines Denkmals „gegen Krieg und Faschismus". Die Studenten zogen vor allem gegen die Inschrift zu Felde, eine Zeile aus einem Gedicht von 1914: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen." Sie stammt von Heinrich Lersch (1881–1936), der in Meyers Enzyklopädischem Lexikon als „deutscher Arbeiterdichter" ausgewiesen ist.

Kaum war die Schrift der Studenten erschienen, forderte die SPD-Fraktion des zuständigen Bezirks die „Umgestaltung" – der Satz könne bei ausländischen Gästen ein „falsches Bild des heutigen Deutschlands" erwecken. Seitdem steht der Block im Parteienstreit. Kultursenator Wolfgang Tarnowski (SPD) berichtete, er selbst habe vor dem Denkmal „jüdische Menschen und ehemalige holländische KZ-Häftlinge weinen sehen". Er erkennt in dem Ort eine „Ver*höhnung der Gefallenen*", *den* Ausfluß einer Geschichte von „unerträglichem Pathos und deutschem Größenwahnsinn".

Die CDU sieht in dem vor 1933 beschlossenen, doch erst 1936 eingeweihten Denkmal kein NS-Zeugnis, sondern eine Gedenkstätte „die von den Nazis mißbraucht wurde". Ihr Bürgerschaftsabgeordneter Gert Boysen erinnert an das „plump-martialische" Hamburger Bismarck-Denkmal, das hoch über dem Hafen den eisernen Kanzler, auf ein Schwert gestützt, zeigt. „Welcher Franzose käme auf den Gedanken", – so fragt Boysen – „im Angesicht des Bismarck-Schwertes auf eine andauernde Verherrlichung des Krieges von 1870/71 zu schließen?"

Der frühere Chef der Heeresoffiziersschule Hamburg-Wandsbek und ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Dr. med. Hermann Wulf kennt die Reaktion von Franzosen ganz genau. Wulf, der zum Vorstand der „Nothilfe der 76er ‚Mook wi'" (machen wir) gehört, zitiert die Aussage des Sachverständigen für Militärgeschichte der französischen Armee, Colonel Jean Dreiblatt. Als der Halbjude Dreiblatt die beschmierten Steinsoldaten in Hamburg sah, reagierte er empört: „Pfui Teufel – stellen Sie sich das einmal am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Paris vor!"

Wenige Meter hinter dem Block, auf dem rote, weiße und rosa Farben eimerweise geleert worden sein müssen, stößt der Passant auf einen kleinen Buchladen. Entsetzte, weinende Ausländer sind der Verkäuferin in der „Fundgrube für Bücherfreunde" noch nicht begegnet, doch „etwa alle zwei Wochen jemand, der sich entlädt".

Doch die „Umgestaltung" des Denkmals ist beschlossene Sache: Ein Gräberfeld soll – so hofft man in der Kulturbehörde – den Denkmalstreit beenden. Was bei einem bundesweiten Wettbewerb als Lösung ausgewählt wurde, liest sich in der amtlichen Erläuterung so: „Der massiven Gewalt des Denkmals wird ein Denkmal der Massenvernichtung entgegengestellt. Die Gestalten der Opfer versinken in der Erde. Die Passanten sind gezwungen, über ihre Gräber zu gehen." Schon zum Volkstrauertag 1983 soll die Anlage fertig und damit die „kriegsverherrlichende Wirkung des Denkmals gebrochen" werden.

Hamburgs CDU-Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau fragt skeptisch: „Welches Recht haben wir, Dokumente der Geschichte zu verändern? Das ist die Schlüsselfrage. So wie sich der Stil verändert, verändert sich auch unser Verhältnis zur Nation."

Die CDU hat für die nächste Sitzung der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, mit dem sie die Errichtung eines zentralen Denk*mals für alle Menschen fordert, de*nen unter der NS-Herrschaft Gewalt angetan wurde. Doch der Kultursenator hat bereits sein Nein angedeutet. Hamburg wird auf einen „Denkmalsfrieden" noch warten müssen.



Der Stein des Anstoßes: Das Hamburger Ehrenmal für die „76er" FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

„Die Leute werden hier alle einmal ersticken"

Von WERNER THOMAS

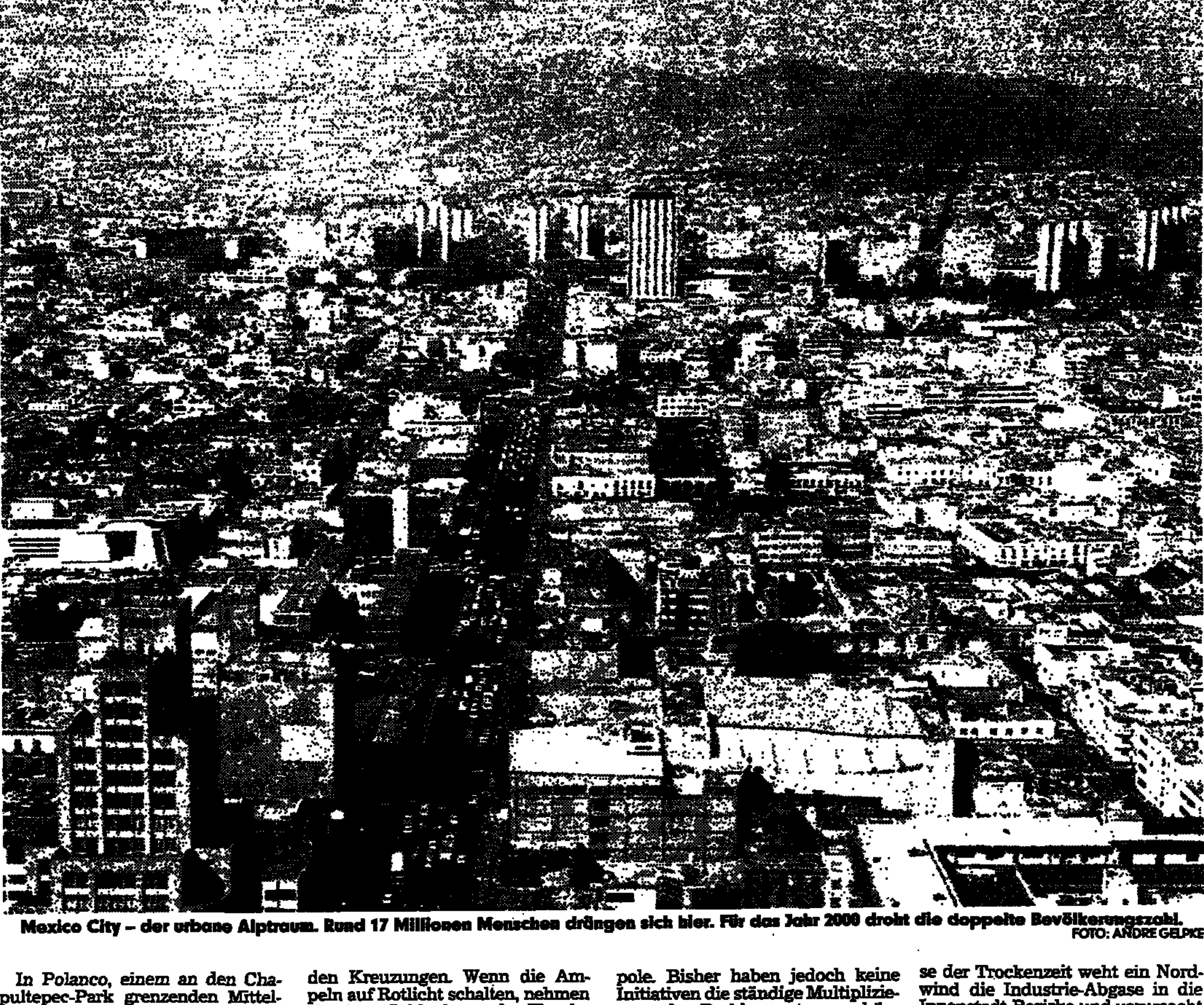
Der Tag beginnt, wenn eine mächtige Geräusch- und Gestanklawine die Stadt überrollt. Zwischen sieben und acht Uhr setzen fast zwei Millionen Autobesitzer ihre Fahrzeuge in Bewegung, schaffen chaotische Stauungen und signalisieren die erste Frustration dieser Morgenstunden mit schrillen Hupkonzerten. Die Auspuffgase bilden eine dichte Smog-Glocke, die manchmal den Blick auf zwei Straßenblöcke begrenzt. Wer im Zentrum wohnt und nicht zu den *Frühaufstehern zählt*, braucht abends keinen Wecker zu stellen: Der Lärm und die süßlichen Chemikalien-Düfte unterbrechen den tiefsten Schlaf.

Mexico City, vor zehn Jahren noch eine der schöneren Millionen-Metropolen der Dritten Welt, ist ein urbaner Alptraum geworden. Ein Monster aus Stein, Asphalt und Stahl, das so schnell wächst, daß es scheinbar nicht mehr gebändigt werden kann. Ein solches Schicksal droht anderen Ballungsgebieten Lateinamerikas, São Paulo beispielsweise und Caracas, selbst Rio de Janeiro. Nirgendwo herrschen jedoch heute ähnliche Probleme wie in der mexikanischen Hauptstadt.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen sich auf der 1000 Quadratkilometer großen Fläche des „Distrito Federal", des Bundesbezirks, drängen, der Mexico City und den Vorortgürtel umfaßt. Das Haushalts- und Planungsministerium nannte Ende vergangenen Jahres für 1980 die Einwohnerzahl 15 060 000. Nach anderen Schätzungen soll Mexico City bereits mit einer Bevölkerung von 17 bis 18 Millionen die größte Stadt der Welt sein, größer als New York und Tokio. Wenn das nicht stimmt, wird Mexico City spätestens um die Jahrhundertwende an der Spitze liegen und zwischen 30 und 40 Millionen Menschen haben, so meinen UNO-Experten.

Die Stadt ist ein ständiges Stadtgespräch. Carlos Hank Gonzales, der frühere Bürgermeister, der seiner Familie eine Villa im US-Staat Connecticut kaufte, hat Mexico City einmal mit einem alten Mann verglichen: „Beschwerden mit dem Atmen, der Verdauung und dem Kreislauf."

Zweieinhalb Millionen Fahrzeuge verstopfen die Straßen, darunter 125 000 legal und illegal fahrende Taxis und 15 000 Busse. Die apokalyptischen Schätzungen für das Jahr 2000: zwölf Millionen Automobile.



Mexico City – der urbane Alptraum. Rund 17 Millionen Menschen drängen sich hier. Für das Jahr 2000 droht die doppelte Bevölkerungszahl. FOTO: ANDRE GELPKE

„El rush hour" dauert von morgens bis abends

Der Durchschnittsbürger pen*delt täglich drei bis fünf Stunden* zwischen seiner Wohnung und seiner Arbeitsstelle. Der Verkehr bewegt sich dreimal so langsam wie in New York, obgleich 15 000 blauuniformierte Polizisten mit Pfeife an den Kreuzungen stehen. Im Zentrum oder im Marktviertel von La Merced lassen sich einige neuralgische Straßen erst nach einer halbstündigen Wartezeit überqueren. „El rush hour" dauert gewöhnlich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und selbst Wochenend-Urlauber bleiben davon nicht verschont: Weil Hunderttausende Hauptstädter in stilleren Gegenden wie Cuernavaca ihr strapaziertes Nervensystem beruhigen wollen, sind Fahrten aus Mexico City heraus und dann wieder hinein eine Tortur von zwei bis drei Stunden.

Wer sich das leisten kann, beendet seine Arbeitswoche bereits am Donnerstagabend und versucht samstags zurückzukehren. Vertreter der besseren Gesellschaftsschichten pflegen diesen angenehmeren Rhythmus.

*In Polanco, einem an den Cha*pultepec-Park grenzenden Mittelklasse-Viertel, bricht fast täglich die Strom- und Wasserversorgung zusammen. Die Post, ein byzantinisches Labyrinth, in dem viel verlorengeht, arbeitet im Schneckentempo. Montags bleibt der Briefkasten gewöhnlich leer. Das Fernsprechsystem ist so unzuverlässig, daß manche Firmen neben der Telefonistin eine weitere Person beschäftigen, die sich auf die schwierigsten Nummern konzentrieren muß. Der Weg zur Bank, zu einer Behörde oder zur Autowerkstatt kann den halben Tag rauben. Es gibt nur eine Stelle, die Pässe ausstellt oder verlängert: das Außenministerium im Tlatelolco-Bezirk. Wer in dieser Stadt nicht eine stoische Geduld aufbringt, ruiniert rasch seine Gesundheit.

Am schlimmsten leiden jedoch die Leute in den Armenvierteln. Ein Drittel der Bevölkerung lebt in solchen Gegenden. Der Vorort Nezahualcoytl, eine Blech- und Bretterbudensiedlung entlang der Straße nach Puebla, zählt drei Millionen Einwohner – der größte Slumbezirk Lateinamerikas. Die meisten Familien haben weder fließendes Wasser noch einen Anschluß zum Kanalsystem. In dieser schmutzigen und stinkenden Umwelt grassieren Epidemien. Der Boden ist so knapp, daß Nezahualcoytl keinen eigenen Friedhof besitzt.

Zwischen 50 und 60 Prozent der Menschen von Mexico City sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Bauchladen-Händler, Schuhputzer und Lotterie-Verkäufer belagern die Innenstadt. Manche jungen Männer versuchen, durch gefährliche Straßenvorstellungen Geld zu verdienen: Sie postieren sich mit Fackeln und Kerosin-Behältern an den Kreuzungen. Wenn die Ampeln auf Rotlicht schalten, nehmen sie einen Schluck aus der Flasche und blasen die Flüssigkeit auf die Flamme, die sich dann zischend um ein bis zwei Meter verlängert.

Zehntausende Personen durchwühlen die gigantische Müllhalde Santa Cruz Meyehualco nach noch brauchbarem Unrat. Hier landet die Hälfte des täglich anfallenden Abfalls der Stadt, insgesamt 6000 Tonnen.

Trotz solch erniedrigender Verhältnisse nimmt der Zuwandererstrom kein Ende. Zwischen 1000 und 2000 Landflüchtige lassen sich täglich in der bereits überfüllten Millionen-Metropole nieder. Viele dieser als „paracaidistas" (Fallschirmspringer) bezeichneten Menschen zimmern sich in dem Slumgürtel eine Holzhütte, manche verwenden sogar Kartons als Baumaterial. Die meisten nennen einen Grund für ihre Entscheidung, ihre Provinzheimat zu verlassen: Dort war das Leben noch hoffnungsloser.

80 000 Todesfälle im Jahr durch Schmutz verursacht

Zu lange ist in Mexiko die Welt außerhalb der Hauptstadt vernachlässigt worden. Mit Ausnahme von Argentinien gibt es in keinem anderen Land Lateinamerikas einen solchen Zentralismus: Die mehr als 5000 Fabriken von Mexico City liefern 39 Prozent der gesamten industriellen Produktion; 41 Prozent des Binnenhandels werden hier abgewickelt und 43 Prozent aller Bankgeschäfte. In Mexico City wohnen 50 Prozent aller Staatsdiener.

Dezentralisierungs-Schritte standen schon immer im Mittelpunkt der Pläne zur Rettung der Metropole. Bisher haben jedoch keine Initiativen die ständige Multiplizierung der Probleme stoppen können. Auch die Idee des neuen Bürgermeisters Ramon Aguirre Velazquez, an bestimmten Tagen Fahrverbote zu verhängen, wird skeptisch beurteilt. „Stückwerk", meint ein Diplomat, der die Abwärtsentwicklung der Stadt seit Anfang der siebziger Jahre verfolgt hat.

Auf den Parties des diplomatischen Korps drehen sich die Unterhaltungen oft um die Frage, wie lange Mexico City noch existieren kann. Die Kassandras ranken ihre düsteren Prognosen immer um das gleiche Thema: die Qualität der Luft.

Vermutlich atmen nirgendwo auf der Welt Menschen eine so schlechte Luft wie in diesem 2200 Meter hoch gelegenen Talkessel. Mehr als 700 Tonnen Giftstoffe rieseln täglich auf die Millionenmetropole. Messungen aus dem Jahr 1981 ergaben, daß jeder Kubikmeter Luft 969 Mikrogramm Giftstoffe enthält. 60 Mikrogramm können bereits die Gesundheit gefährden. Gustavo Abascal Torres, ein Wissenschaftler der autonomen Nationalen Universität (UNAM), berichtete vor wenigen Tagen, daß 80 000 Todesfälle im Jahr auf die verschmutzte Umwelt zurückzuführen sind. In den Kinderkrankenhäusern wird eine alarmierende Zunahme der Krebsfälle registriert.

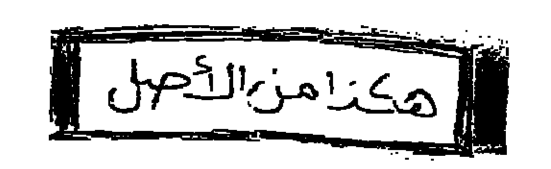
Man wischt sich vor jeder Mahlzeit mit einer Serviette den Staubbelag von den Lippen. Man macht einen großen Bogen um die Bushaltestellen, weil die Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs beim Start schwarze Rauchwolken absondern. Man meidet längere Spaziergänge in den Monaten Januar bis April: Während dieser Endphase der Trockenzeit weht ein Nordwind die Industrie-Abgase in die Innenstadt-Bezirke und verursacht die schlechteste Luftqualität des Jahres. Kein Wunder, daß dann besonders viele Menschen über tränende Augen klagen und über Beschwerden der Atemwege.

Früher waren die 35 Kilometer entfernten Vulkane Popocatapetl (5452 Meter) und Iztaccihuatl (5286 Meter) ständig zu sehen. Heute ist der seltene Anblick dieser schneebedeckten Gipfel ebenso ein Gesprächsthema wie ein klarer Sternenhimmel. Der grau-gelbe Smog-Vorhang verschwindet nur an wenigen Tagen des Jahres, meist im Sommer, wenn es gerade heftig geregnet hat.

Ärzte sagen eine Katastrophe voraus

Mit fatalistischer Gelassenheit, ein Erbe der Indianer-Mentalität, akzeptieren die Menschen das Leben in diesem verseuchten Asphalt-Dschungel. Es gibt keine Demonstrationen, obgleich Ärzte, die sich auf Umwelt-Krankheiten spezialisieren, eine Katastrophe bisher unbekannten Ausmaßes prophezeihen. Dr. Arturo Guerra Flores warnt: „Die Leute werden hier alle einmal ersticken."

Als Hernan Cortes 1519 seine Eroberer-Truppe in das Tal von Mexiko führte, entdeckte er Tenochtitlan, die damals größte Stadt der Welt, in der 300 000 Azteken gelebt haben. Tenochtitlan ist von den Spaniern zerstört worden, und auf den Ruinen entstand Mexico City. Der heute schon größten oder bald größten Metropole der Erde droht ein ähnliches Schicksal wie der Azteken-Hauptstadt. Mexico City scheint sich jedoch selbst zu zerstören. (SAD)



„DDR“ kritisiert Bush-Rede in Berlin

AP/AFP, Berlin/Den Haag

Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ ist gestern der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Berlin scharf kritisiert worden. Das Auftreten Bushs habe in fataler Weise an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnert, als schon einmal ein „antikommunistischer, antisowjetischer Kreuzzug ausgerechnet von West-Berlin aus in Szene gesetzt worden“ sei, schrieb das Blatt.

Zu dem von Bush verlesenen offenen Brief des US-Präsident Reagan, in dem dieser dem sowjetischen KP-Chef Andropow ein Gipfeltreffen vorschlägt, schrieb das „Neue Deutschland“: Bush habe nichts Besseres im Gepäck gehabt, als die von allen „einsichtigen politischen Kreisen“ als unseriös und unrealistisch kritisierte Null-Lösung.

Die Völker Europas, insbesondere auch die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, könnten nicht die Tatsache außer acht lassen, daß die „Westberliner Kreuzugsrede“ Bushs eilfertig von der Bundesregierung unterstützt worden sei. Offenbar glaubten die regierenden Kräfte in Bonn, mit dieser Freigabe europäischer Interessen gegenüber den Vorherrschaftsbestrebungen der Vereinigten Staaten ihre eigenen Pläne zur Stärkung des deutschen Imperialismus verwirklichen zu können.

Nach seinem Eintreffen in den Niederlanden versicherte Bush in Den Haag, die Vereinigten Staaten ließen „ihre europäischen Verbündeten unter der atomaren Bedrohung nicht im Stich“. Washington werde zugleich seine Bemühungen um Reduzierung dieser Bedrohungen durch „geduldige Verhandlungen“ fortsetzen.

„Zonenrandgebiet darf nicht die Zeche für Teilung bezahlen“

Minister Barzel informierte sich über konkrete Problembereiche der Grenzregion

MANFRED SCHELL, Fulda

Die sieben Millionen Menschen, die im Zonenrandgebiet von der Ostseeküste bis hin zum Frankenwald und Vogtland leben, warten auf Hilfe aus Bonn. Es geht in erster Linie um gefährdete Arbeitsplätze, aber auch darum, wie kulturelle Entwicklungen in ihrem Bestand gesichert, die Abnormität des Grenzstreifens mehr als bisher auch der Jugend vermittelt werden kann.

Prominenter Fürsprecher

Rainer Barzel (CDU), Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zeigt in diesen Tagen, fernab vom Wahlkampfgetümmel, Flagge in dieser Region. Vor zwei Tagen besuchte er Hessen. Die Menschen hier, so sagt Barzel, sollen „nicht die Zeche dafür bezahlen müssen, daß Deutschland geteilt ist“. Der Minister verzichtet auf die üblichen Besichtigungen der Todesgrenze, denn er kennt ihre Unmenschlichkeit. Statt dessen wendet sich Barzel konkreten „Problembereichen“ zu. Das Programm beginnt mit dem Besuch des Ausbesserungswerks der Bundesbahn in Fulda.

Hier arbeiten 657 hochqualifizierte Facharbeiter, und 89 Jugendliche werden hier zur Zeit ausgebildet. Die Bahn, die drei von neun solcher Werke schließen will, hat auch Fulda ins Kalkül einbezogen. Für die Betroffenen wäre ein solcher Entschluß verheerend; alternative Arbeitsplätze gibt es nicht. Kollegen aus der Rhön nehmen es, um überhaupt Arbeit zu haben, schon jetzt auf sich, morgens um 4 Uhr das Haus zu verlassen, um tagsüber „Reinigungsdienst“ auf dem Frankfurter Hauptbahnhof zu versehen. Abends, um 19 Uhr, kommen sie wieder zu ihren Familien zurück. Ein erfülltes Leben ist das nicht.

Barzel ist, wie er bekennt, von den Menschen und den Argumenten „beeindruckt“, aber er will und kann Entscheidungen von Verkehrsminister Dollinger nicht vorgreifen. Auch ein Gutachten muß noch ausgewertet werden. Dennoch werden die Präferenzen Barzels deutlich. Ich habe mich nie, so sagt er, als „Demontage-, sondern immer als Förderungsminister verstanden“. Die Bahn müsse sich die Frage stellen, ob sie ihre Kapazitäten an die Rezession oder an den zu erwartenden Aufschwung anpasse.

Die Werksangehörigen, das sagen sie auch bei dem Rundgang unverblümt, haben den Eindruck, in Barzel einen prominenten Fürsprecher für ihre Belange gefunden zu haben. Nach einem kurzen Besuch bei Bischof Schick von Fulda und bei der Loheland-Stiftung in Künzell steht Bad Hersfeld auf dem Programm, danach noch die Kali- und Salz-Werke in Philippsthal und Melsungen, wo der in deutschlandpolitischen Fragen engagierte Abgeordnete Wilfried Böhm zu Hause ist. In Bad Hersfeld, im Gespräch mit Bürgermeister Boehmer und dem Festspielintendanten Kübel, bekennt Barzel, er würde „gern viel mehr machen“. Zum Beispiel junge Menschen, auch aus dem Ausland, dafür zu gewinnen, zuerst nach Berlin, an die Zonengrenze, zur Wartburg zu fahren, ehe sie Paris oder Florenz bereisen. „Dafür ist mein Säckel auch gefüllt.“

Diese Aussage kommt nicht ohne Zufriedenheit. Trotz allgemeiner Sparmaßnahmen ist Barzels Etat erhöht worden. Auch dies sollte ein deutschlandpolitisches Signal sein. Barzel hat die politischen Stiftungen gebeten, den „deutschlandpolitischen Akzent“ wie er sagte, stärker in der Bildungsarbeit zu berücksichtigen. Deutschlandpolitik, so argumentiert Barzel, dürfe nicht auf reine geschäftsmäßige Beziehungen zwischen zwei deutschen Staaten „zusammenschrumpfen“. Er werde von „Deutschlandpolitik“ reden und sich dabei auch nicht von Angriffen im „Neuen Deutschland“, das sich dabei sonderbarerweise auf Attacken von SPD-Abgeordneten gestützt habe, irritieren lassen.

Unterstützung zugesichert

Barzel sichert nicht nur dort, wo er kann, Unterstützung zu. Er hat auch ein Anliegen, und er äußert es in Form einer „Bitte“ – unüberhörbar und bei jeder Gelegenheit: Die Bewohner des Zonenrandes sollen sich nicht von der „Finanzmauer“ (Zwangsumtausch) abhalten lassen, sondern von den besonderen Reisemöglichkeiten des kleinen Grenzverkehrs intensiven Gebrauch machen. Wir dürfen, so mahnt Barzel, „nichts absacken“ lassen.

Die Kontroverse kam in der Sicherheitspolitik

Enquete-Kommission legt ihren Jugendbericht vor

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Schlußbericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ enthält nur zu den Themen „Sicherheitspolitik“ und „Wehrdienstverweigerung“ kontroverse Stellungnahmen. Der Bericht wurde gestern in Bonn von dem Kommissionsvorsitzenden, Matthias Wissmann (CDU) und seinem Stellvertreter, Rudolf Hauck (SPD) vorgestellt.

Wissmann würdigte dabei vor allem auch die Tatsache, daß von den 50 Druckseiten Text dieser Bundestagsdrucksache nur die wenigsten innerhalb der Parteien strittig gewesen seien. Der CDU-Politiker hob weiter hervor, daß die am 26. Mai 1981 eingesetzte Kommission „50 konkrete Forderungen gemeinsam aufgestellt“ habe. Sie betreffen vor allem die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, die Situation von Mädchen und jungen Frauen in Beruf und Familie und die Lage der ausländischen Jugendlichen in der Bundesrepublik. Zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit wird unter anderem der Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit gefordert, wobei auch die „schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche“ von „einem Teil“ der Kommission verlangt wird.

Zur Verbesserung der Lage junger Frauen in Beruf und Familie fordert die Kommission im Schlußbericht, die Beurlaubungsmöglichkeiten für Väter, die im Haushalt arbeiten wollen, genauso auszubauen, wie den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf.

Auch der Schlußbericht wiederholt die schon früher von der Kommission getroffene Feststellung, daß „die erschreckende radikale Aktivität einer Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Politik und Wirtschaft verflochten ist“, gleichzeitig wird ein neues Kapitel unter dem Titel „Leistungsbewertung in der Schule“ eingebracht, in dem der „ruinösen Leistungskonkurrenz“ der Schule der Kampf angesagt wird. Das hier herrschende „Ausleseprinzip“ wirke „nicht nur entsolidarisierend, sondern auch leistungshemmend“.

Zur Friedensproblematik beim Jugendprotest vertritt der „eine Teil“ der Kommission die Ansicht, daß die NATO die Grundlage der Sicherheit der Bundesrepublik sei, der andere fordert unter anderem, „daß diejenigen Länder, die nicht über atomare Waffen verfügen, sich der Lagerung von Kernwaffen auf ihrem Territorium widersetzen“ sollen.

Wissmann bezeichnete es vor den Journalisten als den „tiefgreifendsten Konflikt“ innerhalb der Enquete-Kommission, daß sich ein Teil ihrer SPD-Vertreter auf diesem Gebiet „weg von Helmut Schmidt und auch weg von dem, was SPD-Kanzlerkandidat Vogel heute propagiert“ bewege.

Das erfreulichste Ergebnis, so schließt der Bericht, ist die Feststellung, daß auch innerhalb der protestierenden Jugend die Bereitschaft zum Gespräch vorhanden sei.

Späth verkünde[t] Programm gege[n] Arbeitslosigkeit

XING-HU KUO, Stutt[gart]

Zur Belebung der Wirtschaft [und zur] wirksamen Bekämpfung der [Ar]beitslosigkeit hat die Landes[regie]rung von Baden-Württemberg [für] Forschung, Export und neue [Kom]munikation umfangreiche Fö[rder]maßnahmen und strukturelle [Ver]änderungen beschlossen.

Ministerpräsident Lothar S[päth] (CDU) erklärte in Stutt[gart] Schwerpunkte im Forschung[sbe]reich, für den das Land run[d] ... Millionen Mark jährlich zur V[erfü]gung stelle, seien die Verbesse[rung] der Forschungsstruktur, der a[llge]meinen Rahmenbedingungen [so]wie der Ausbau des Technolo[gie]transfers.

Zur Verbesserung der Stru[ktur] werden die Universitäten Stutt[gart] und Karlsruhe mit den Fraue[nho]fer Instituten verstärkt „Han[dha]bungs- und Montagesysteme“ [er]forschen. In Karlsruhe wird au[ßer]dem ein „Forschungszentrum [In]formatik“ geschaffen. Die Uni[ver]sitäten Freiburg und Heidel[berg] befassen sich jeweils mit der [...] bzw. Sensorenforschung. Bis [zum] Herbst will das Finanzministe[rium] konkrete steuerrechtliche Erl[eich]terungen für die Forschung [auf] den Tisch legen.

Im Land wird eine zentrale In[for]mationsstelle für Exportdaten [ein]gerichtet, wobei an Bildschirm[...] gedacht sei, teilte Späth mit. [In] Reutlingen wird ab Winterse[me]ster 84/85 ein Studiengang Exp[ort]förderung (zunächst 150 Stud[ien]plätze) eingerichtet, die Mittel [für] die Exportförderung werden [wei]ter erhöht.

Im Bereich neue Kommun[ika]tionstechniken gründet das L[and] eine „Projektträgergesellscha[ft]“, die mit der Bundespost geeign[ete] Projekte finanziert.

KPD und NSDAP, Schulter an Schulter gegen Weimar

In Honeckers Geschichtsbüchern steht es falsch, und auch in der Parteizeitung der westdeutschen Kommunisten ist es so zu lesen: Allein die Kommunisten hätten sich gegen die Machtergreifung Hitlers gestemmt, nur sie hätten „entschlossen gegen die Nazifaschisten gekämpft“. Die erste Folge der WELT-Serie ging dieser Geschichtslegende auf den Grund. Fazit: So sehr sich Kommunisten und Rechtsextremisten untereinander auch bekämpfen mochten – im Zermürbungskrieg gegen Weimar arbeiteten sie zusammen. In den letzten drei Lebensjahren der Republik war das Bündnis zwischen Braun und Rot am engsten.

Von G. DESCHNER

Bereits in den Jahren 1930 bis 1933 sah die KPD die Chance für eine Neuauflage ihrer kommunistisch-nationalistischen Bündnispolitik gekommen. Die Voraussetzung dafür lieferte die allgemeine Wirtschaftskrise mit ihrem Gemisch von Geldentwertung und Arbeitslosigkeit und der in dieser Lage offen zutage tretenden Ohnmacht der republikanischen Parteien. Infolge Klassenkampf, Parteienhader und Wirtschaftsnot immer unregierbarer geworden, nahm die Republik schrittweise Abschied von sich selbst. Bereits im März 1930, mit Beginn der Ära Brüning, war allen klar, daß es von nun an um Sein oder Nichtsein des Parteienstaates ging.

Es war die Zeit, in der die Mitgliederzahlen der KPD und vor allem die der NSDAP in die Höhe schnellten. Die Berührungspunkte zwischen der nationalen und der sozialen Frage wurden zwischen den Fronten ebenso umkämpft wie heftig diskutiert.

Nicht zuletzt unter Stalins Einfluß entwickelten die deutschen Kommunisten dabei ihre Theorie, mit den Sozialdemokraten könne es keine „Einheitsfront“ gegen den heraufkommenden Nationalsozialismus geben. In Wirklichkeit seien die Sozialdemokraten doch nur „Sozialfaschisten“ – eine ebenso wahnwitzige wie für die Weimarer Demokratie verhängnisvolle Aussage.

Selbst nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, bei denen der Stimmenanteil der NSDAP von 800 000 auf 6 500 000 angestiegen war, vermochten die heute gegen „den Rechtsruck in unserem Land“ so sensiblen Kommunisten eine faschistische Gefahr nicht zu erkennen. Sie richteten ihren Kampf unverändert gegen die parlamentarischen Parteien und vor allem gegen die „Sozialfaschisten“ der SPD. Die KPD-Zeitung „Rote Fahne“ wetterte am 22. März 1931: „Die Sozialfaschisten wissen, daß es für uns mit ihnen kein Zusammengehen gibt.“ Mit diesen „Wegbereitern des Faschismus“ könne es nur eines geben: „nur Kampf bis zur Vernichtung“.

Schon auf dem letzten öffentlichen Parteitag der KPD im Berliner Wedding, im Juni 1929, hatte der später im KZ Buchenwald umgebrachte Führer der Kommunisten, Ernst Thälmann, einfältig verkündet, in einigen Ländern gebe es „eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung, die Form des Sozialfaschismus“. Und noch anderthalb Jahre vor Hitlers Machtantritt erklärte Thälmann, „in der Frage des Hauptstoßes gegen die SPD stecke das Kernproblem der kommunistischen Politik in Deutschland“.

War es 1923 der Komintern-Funktionär Radek gewesen, der die deutschen Nationalisten umwarb, trat nun ein junger kommunistischer Reichstagsabgeordneter, das Politbüromitglied Heinz Neumann, auf den Plan. Er war es vor allem, der mit einem Programm „zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ die Nationalsozialisten zu gewinnen hoffte. Schon als Zwanzigjähriger hatte sich Neumann selbst während des Ruhrkampfes beim Zusammengehen von Kommunisten und Nationalisten hervorgetan; nun wurde er zum entschiedenen Verfechter eines neuen Kampfbündnisses.

Ähnliche Tonarten

Die zwar offiziell „auf Vorschlag des Genossen Thälmann“ angenommene, in Wirklichkeit aber stark durch Neumann inspirierte Programmerklärung „zur nationalen und sozialen Befreiung“ diente als Aufruf der KPD zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Argumentation und Wortwahl unterschieden sich kaum von den Programmen der nationalsozialistischen Konkurrenten. Feierlich bekundeten die Kommunisten: „Wir werden den räuberischen Versailler Friedensvertrag und den Young-Plan, die Deutschland knechten, zerreißen.“

Dieses Programm der KPD ist natürlich in keiner der offiziellen Parteigeschichten heute mehr zu finden. Man könnte es als Ganzes jenen politischen Kräften und der DKP von heute, die bereits bei der bloßen Erwähnung der deutschen Frage einen „Akt des Neofaschismus“ wittern, uneingeschränkt zur Lektüre empfehlen. Sie würden darin unter anderem etwa das folgende lesen:

„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (...), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.“

Schließlich hieß es: „Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden.“

Die Nationalsozialisten und Hitler wurden in dem Programm unter anderem deswegen angegriffen, weil sie in ihrem Nationalismus nicht konsequent geblieben seien: „Hitler und seine Helfershelfer erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern.“ Mit dieser „schändlichen Tat“ habe Hitler „die nationalen Interessen“ in gleicher Weise an die Siegermächte verkauft, „wie es die Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat“.

Die folgende, zentrale Erklärung des Programms der KPD könnte für die ebenso emsigen wie erinnerungsschwachen Streiter kommunistisch inspirierter antifaschistischer Kampfbündnisse des Jahres 1983 noch das treffendste Memento darstellen: „Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder Volksteils an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist. Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.“

Das alles sind Gedanken und Formulierungen, die – mit nur marginalen Änderungen – auch dem NS-Parteiblatt „Völkischer Beobachter“ hätten entnommen werden können.

Dieser mit der Verknüpfung des Programms „zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ eingeleitete Kurs der KPD war beileibe kein „Ausrutscher“, den Kritiker auf das Konto eines einzelgängerischen Funktionärs hätten verbuchen können. Im Frühjahr 1931 nämlich veröffentlichte die KPD ein „Bauernhilfsprogramm“, das sich ähnlicher Tonart befleißigte.

Das letzte Bollwerk

Erhärtet wurde das Unterfangen theoretisch noch durch die Bildung des sogenannten „Aufbruchkreises“ des ehemaligen Reichswehrleutnants und früheren Nationalsozialisten Richard Scheringer, der im gleichen Jahr von der NS-Partei zur KPD gestoßen war. Nach ihm ging der nationalistische Bündniskurs Neumanns und der KPD der frühen dreißiger Jahre als „Scheringer-Kurs“ in die Geschichte ein.

Allerdings beließ es die KPD-Führung nicht nur bei der Theorie. Es kam auch zur unmittelbaren und praktischen Zusammenarbeit mit der NSDAP. In einem Referat, das Walter Ulbricht in der Berliner Bezirksleitung der KPD hielt, sagte er seinen Mitarbeitern dazu, die wichtigste Aufgabe der Kommunisten bestehe darin, den „Sozialfaschismus“ in den Reihen der Arbeiterschaft zu liquidieren – wenn nötig auch mit Hilfe der „Faschisten“.

Aus dieser Haltung der KPD erklärte sich auch ihre unmittelbare Unterstützung eines im Jahre 1931 von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und „Stahlhelm“ erwirkten Volksentscheides mit dem Ziel, den Preußischen Landtag aufzulösen und die Koalitionsregierung in Preußen unter Führung der Sozialdemokraten Otto Braun (Ministerpräsident) und Carl Severing (Innenminister) und damit das letzte Bollwerk der Weimarer Demokratie zu beseitigen.

Trotz ihres „sozialfaschistischen“ Komplexes hatte sich die KPD zunächst doch gegen diesen Volksentscheid gewandt. In der „Roten Fahne“ hieß es noch am 10. April 1931: „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern zu deren Volksbegehren aufzumarschieren“.

Von einem „faschistischen Volksbetrug“ sprach man zunächst. Doch dann, so die Ulbricht-Biographin Carola Stern, „erhielten die Kommunisten anderslautende Befehle aus Moskau“. Gefällig revidierten sie ihren Standpunkt („im entschlossenen Kampf gegen die Nazi-Faschisten“) und machten den von der NSDAP angezettelten Volksentscheid nun auch zu ihrer „ureigensten Sache“.

Wendig beteuerte die „Rote Fahne“ am 23. Juni 1931: „Im Namen unserer revolutionären Verantwortlichkeit für die Befreiung des werktätigen Volkes aus den Ketten des Kapitalismus und des Faschismus ... eröffnen wir unsere neue rote Offensive gegen die Sozialdemokratie.“

Hitler stand an der Schwelle zur Macht. Und Moskau hatte entschieden, ihn einzulassen. Während der Tagung des „Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale“ in Moskau erklärte Komintern-Funktionär Manuilsky im Dezember 1931: „Der Hauptfeind ist nicht Hitler, der Hauptfeind ist das System Severing-Brüning-Hindenburg. Wir werden mit Hitler keinen Vertrag schließen oder mit ihm in geheime Verhandlungen treten. Wir lassen Hitler ruhig seinen Weg gehen, aber nutzen all das aus, was uns sein Sieg über den Staatsapparat der Bourgeoisie geben wird. Mit seiner Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Polizeiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern.“ Manuilsky schloß: „Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.“

Morgen: Berliner Verkehrsstreik 1932: NSDAP und KPD Arm in Arm – „Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel“

Neue Kardinäle formell ernannt

F. M. Rom

Papst Johannes Paul II. hat gestern die von ihm nominierten 18 neuen Kardinäle, unter denen sich auch der Berliner Bischof Joachim Meißner befindet, formell ernannt und ihnen das rote Birett aufgesetzt.

In einer Rede hielt er ihnen „die schwere Verantwortung“ vor Augen, die von nun an auf ihnen laste. Sie müßten „in ganz besonderer Weise“ die ihnen anvertraute „Herde weiden“. Diese Verantwortung schließe die „Hypothese einer Treue bis zum Vergießen des eigenen Blutes“ ein.

Der Papst hob außerdem hervor, daß die Zusammensetzung des Kardinalskollegiums immer deutlicher dessen „weltweite Funktion“ widerspiegeln sollte. Dem habe er bei den jetzigen Ernennungen durch die Auswahl von Vertretern aller Kontinente Rechnung tragen wollen.

Brasilien: Erster Indio im Parlament

rtr, Brasilia

In Brasilien wurde gestern ein neues Parlament vereidigt, in dem zum ersten Mal seit 1966 die Anhänger der von den Militärs geführten Regierung nicht mehr die Mehrheit haben.

Bei den ersten umfassenden Wahlen seit dem Militärputsch von 1964 waren am 15. November 1982 alle 479 Abgeordneten sowie 25 der 69 Senatoren neu gewählt worden. Zu den Parlamentariern gehört Mario Juruna, der erste jemals in Brasilien ins Parlament gewählte Indio. Er vertritt die sozialistisch orientierte Demokratische Arbeiterpartei (PDT), die insgesamt 46 Sitze erhielt.

Inder und Chinesen einigten sich nicht

rtr, Peking

Ohne konkretes Ergebnis sind gestern in Peking die chinesisch-indischen Gespräche zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten abgeschlossen worden.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete, diese dritte Gesprächsrunde habe aber Fortschritte beim Verständnis für die jeweilige Haltung des anderen gebracht. Die vierte Runde werde in Neu-Delhi stattfinden. Wegen ihrer Grenzstreitigkeiten – es geht um 37 500 Quadratkilometer in Ladakh – hatten die beiden Länder 1962 einen Monat lang Krieg geführt.

SPD: 3 Millionen Arbeitslose möglic[h]

HH. B[onn]

Der jüngste Anstieg der Arbe[its]losenzahlen auf rund 2,5 Millio[nen] übertrifft nach Meinung der S[PD-]Politiker Hans-Jürgen Kr[...], Manfred Lahnstein und H[...] Westphal „die schlimmsten Erw[ar]tungen aller Fachleute“. Vor Jo[ur]nalisten warfen die drei SPD-P[oli]tiker und Mitglieder in der Ma[nn]schaft des SPD-Kanzlerkandida[ten] Hans-Jochen Vogel, der Bund[es]regierung „beschäftigungspo[liti]sches Nichtstun“ vor. Ein Anst[ieg] der Arbeitslosenzahl noch im L[au]fe dieses Jahres auf drei Millio[nen] sei nicht auszuschließen.

Ex-Finanzminister Lahnst[ein] trat Meldungen entgegen, wona[ch] eine SPD-geführte Regierung ei[ne] „Devisenzwangswirtschaft“ ei[n]führen wolle.

Rechtliche Bedenke[n] gegen Alternative

dpa, Münc[hen]

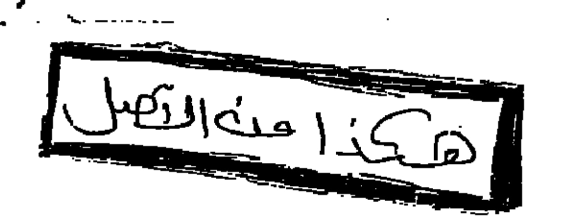
Bayerns Ministerpräsident Fr[anz] Josef Strauß hat verfassungsre[cht]liche Bedenken gegen den Ein[zug] alternativer Gruppen in die Pa[rla]mente geäußert. In Erfüllung i[hrer] „verfassungsmäßigen Pflicht“ s[tel]le die bayerische Staatsregier[ung] Überlegungen an, „wie das V[or]dringen verfassungswidriger ‚P[ar]teien‘ in die Parlamente verhind[ert] werden kann“, teilte Strauß d[em] SPD-Abgeordneten Helmut G[...] auf eine Landtagsanfrage mit. [...] diese Überlegungen müßten a[lle] rechtlichen Möglichkeiten ein[be]zogen werden, um „zu gegebe[ner] Zeit die zur Sicherung des pa[rla]mentarischen demokratisch[en] Rechtsstaats notwendigen M[aß]nahmen zu treffen“.

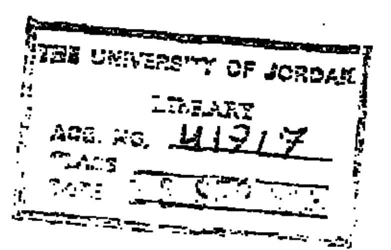
Lehrerklage in zwe[i] Fällen erfolgreich

dpa, Düsseld[orf]

Seit dem Jahre 1970 haben [die] Schulbehörden in Nordrhein-We[st]falen versucht, acht Lehrer weg[en] rechts- oder linksextremistisch[er] Äußerungen aus dem Amt zu e[nt]fernen. Wie Kultusminister Girg[en]sohn gestern einräumte, hätten [al]lerdings zwei Lehrer erfolgre[ich] gegen den Verweis geklagt; in [ei]nem weiteren Falle stehe die E[nt]scheidung in der zweiten Inst[anz] noch aus.

DIE WELT (usps 603-590) is published d[aily] except sundays and holidays. The subsc[rip]tion price for the U. S. A. is US-Dollar 36[...] per annum. Second class postage is pai[d at] Englewood, N.J. 07631 and at additional m[ai]ling offices. Postmaster: Send address ch[an]ges to German Language Publications, I[nc.] 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, [N.J.] 07632.





Die Muslims wollen eigene Wege im Völkerrecht beschreiten

Ein islamischer Gerichtshof? Erste Ansätze und grundsätzliche Schwierigkeiten

Von HARALD VOCKE

Die islamischen Staaten wollen ihre Streitigkeiten nicht mehr vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, sondern vor einem neu zu errichtenden Islamischen Gerichtshof austragen. Diese Meldung der Nachrichtenagentur Reuter, die sich auf den Beschluß einer Tagung der „Islamischen Konferenz" (ICO) in Saudi-Arabien bezog, hat im Westen kaum Beachtung gefunden. Denn die praktische Bedeutung der Entschließung ist, jedenfalls vorläufig, gering.

Soweit es um nebensächliche Streitigkeiten von Regierungen der überwiegend von Muslims bewohnten Staaten geht, genügen zur Beilegung meist die üblichen Wege der Diplomatie. Daß die islamische Staatengemeinschaft größere kriegerische Konflikte nicht einfach unter Berufung auf das Gebot der Solidarität unter Muslims oder auf das islamische Völkerrecht beilegen kann, hat der Krieg am Schatt al Arab in den letzten Jahren erschreckend deutlich gezeigt.

Gerade ein Islamischer Gerichtshof würde zur Beendigung des Konflikts zwischen dem Ayatollah Khomeini und dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein nicht viel beitragen können. Denn zu den Ursachen des blutigen Ringens gehört es, daß Khomeini die Regierung in Bagdad als eine mit den Grundsätzen des Islams unvereinbare Diktatur von Ketzern bekämpft.

Recht, vom Islam geprägt

Dennoch verdient der in Saudi-Arabien gefaßte Beschluß Aufmerksamkeit. Der Wunsch vieler islamischer Politiker, sich von dem im Westen geschaffenen Völkerrecht möglichst rasch und gründlich zu lösen, hat in diesem Jahrhundert an Nachdruck stetig gewonnen. Wenigstens bei Streitereien untereinander wollen sich die islamischen Staaten nicht mehr einer Rechtsordnung fügen, die aus dem Geist des Römischen Rechts und der Kultur christlicher Völker hervorging. Anstelle der von Europa erarbeiteten Normen des Völkerrechts sollen der Koran und die übrigen Quellen des religiösen Rechts der Muslims treten.

Neben der Mehrheit der Völkergemeinschaft, die das klassische Völkerrecht als allgemein gültig anerkennt und neben der kommunistischen Staatengemeinschaft, die eigene, auch mit der Charta der Vereinten Nationen letztlich nicht zu vereinbarende völkerrechtliche Theorien vertritt, wollen die Muslims als dritte Staatengruppe im Völkerrecht eigene Wege beschreiten.

Schon der alte Verdross warnte in seinem klassischen Lehrbuch „Völkerrecht", daß „die internationale Gemeinschaft schwer erschüttert wird, wenn ein großes Volk oder eine Völkergruppe den Versuch macht, sich vom gemeinsamen Rechtsboden der Menschheit loszulösen". Genau darum handelt es sich bei dem in Saudi-Arabien gefaßten Beschluß. Denn die Muslims wollen nicht nur für ihre zwischenstaatlichen Dispute einen eigenen Gerichtshof einsetzen. Sie wollen vor allem, daß dieser Gerichtshof ein Recht zugrunde legt, das vom Islam geprägt worden ist.

Ein solches Rechtssystem steht freilich nicht zum sofortigen Gebrauch zur Verfügung. Der deutsche Orientalist Hans Kruse hat in seiner „Islamischen Völkerrechtslehre" (2. Auflage Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1971) zwischen einem „islamischen Völkerrecht" und einem „muslimischen Völkerrecht" zu unterscheiden versucht. Das klassische Völkerrecht des Islam („Islamisches Völkerrecht") hat ein umfangreiches und eigentümliches Gedankengebäude geschaffen. Es befaßt sich jedoch beinahe ausschließlich mit den Beziehungen zwischen der Umma, der „Nation aller Muslims" und der nichtislamischen Welt.

Eine einheitliche Nation aller Muslims, an deren Spitze ein Imam, ein zugleich religiöser und weltlicher Herrscher steht, ist in der Orientgeschichte spätestens seit dem 9. Jahrhundert nach Christus nicht mehr zu entdecken. Die Einheit der Muslims, die jenes islamische Völkerrecht voraussetzt, ist also seit mehr als einem Jahrtausend nur noch eine Fiktion.

Andererseits legt das herkömmliche Völkerrecht des Islams allen seinen Erwägungen die Pflicht der Muslims zugrunde, mit dem „Heiligen Krieg" für den von Mohammed gestifteten Glauben die Welt zu erobern. „Das Dschihad-Prinzip" (die Verpflichtung der Muslims zum Heiligen Krieg ihres Glaubens) lasse sich „nicht hinwegretuschieren", wenn nicht „die gesamte klassische islamische Völkerrechtslehre ad absurdum geführt" werden solle, bemerkt mit Recht Kruse. Für Konflikte unter Muslims war jenes Völkerrecht des Islams nicht geschaffen. Für solche Fälle hält es nur den wenig hilfreichen Rat zur Verfügung, alle müßten sich dem einen gemeinsamen Imam unterwerfen, dem von allen Muslims anerkannten Nachfolger Mohammeds auf Erden, den es seit über einem Jahrtausend nicht mehr gibt.

Respekt nicht versagen

Was Kruse als „muslimisches Völkerrecht" bezeichnet sehen will, ist hingegen eine Sammlung von Rechtsgrundsätzen, die der heutigen Vielzahl muslimischer Staaten für den völkerrechtlichen Umgang miteinander als Richtschnur dienen kann. Bei der Ausarbeitung solcher Grundsätze werden die Schriftgelehrten der islamischen Theologie wahrhaft fürchtenswerten Schwierigkeiten begegnen. Denn sie müssen sich von der Hypothese eines – längst untergegangenen – islamischen Einheitsstaates lösen.

Für die Völkergemeinschaft wird die Konstitution einer islamischen Staatengruppe mit eigenem Völkerrecht zwangsläufig ein Ärgernis sein. Aber ihren Respekt sollten wenigstens die christlichen Völker einem solchen Versuch dennoch nicht von vornherein versagen. Weniger gefährlich ist auch für die Christen eine islamische Welt, die sich auf den Geist ihres eigenen Glaubens besinnt, als ein islamischer Orient, der – wie es heute zum Beispiel in Libyen geschieht – unter der Tarnkappe islamischer Floskeln immer stärker dem Gedankengut des Marxismus verfällt.



Späth und der bedrohte Schwarzwald

Stuttgart möchte Umwelt-Vorlage der Bundesregierung nachhaltig verschärfen

Von XING-HU KUO

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in Sachen Umweltschutz einen eifrigen Mitstreiter gefunden: Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU). Wenn morgen der Bundesrat über eine von Zimmermann eingebrachte Verschärfung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft", inzwischen als „TA" in aller Munde, zu befinden hat, gehört der Stuttgarter Regierungschef zu den engagiertesten Befürwortern einer solchen Novellierung zugunsten der sterbenden Tannenwälder Deutschlands.

Rechtzeitig vor dieser wichtigen Umweltschutzberatung in Bonn hat Späth in Stuttgart vor wenigen Tagen eine „ökologische Offensive" gegen das Waldsterben angekündigt. Dazu hat er allen Grund. Der Schwarzwald und der Schwäbische Wald sind durch den „sauren Regen" besonders stark betroffen: In Baden-Württemberg sind 32 000 Hektar Tannen oder 40 Prozent der Tannenfläche und 70 000 Hektar Fichten oder zehn Prozent der Fichtenfläche bereits erkrankt. Späth selbst informierte sich noch vor wenigen Tagen vor Ort in Kaisersbach im Schwäbischen Wald.

Im einzelnen hat das Stuttgarter Kabinett im Rahmen seiner „Öko-Offensive" folgendes beschlossen: Im Bundesrat will Stuttgart vorschlagen, die Vorlage der Bundesregierung noch einmal „nachhaltig" zu verschärfen, da dieses Bonner Papier nach Ansicht Späths nur Werte zum Schutz der menschlichen Gesundheit vorsieht. Der Vorstoß aus dem Schwabenland geht jedoch von der Überlegung aus, daß Wälder hinsichtlich des Schwefeldioxids, nach fast übereinstimmender Auffassung der Experten Hauptverursacher des sauren Regens, „wesentlich empfindlicher als der Mensch" sind.

Konkret empfiehlt Baden-Württemberg deshalb, die Höchstwerte für SO_2-Immissionen kurzfristig auf 150 Mikrogramm und langfristig auf 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zu begrenzen. In der Vorlage der Bundesregierung sollen immerhin Werte von 140 bis 400 Mikrogramm noch zulässig sein. Außerdem gilt der Bonner Plan dann ohnehin nur für solche Gebiete, die bisher „unbelastet" sind.

Späth ermahnte die Bundesregierung, die Großfeuerungsanlagenverordnung „unverzüglich" zu verabschieden. Auch ein „Sofortprogramm" zur Erforschung der Beziehungen verschiedener



Landesbericht Baden-Württemberg

Schadstoffe für das Waldsterben (neben der Schwefeldioxid-Theorie gibt es auch Ozon-„Anhänger") ist nach seiner Überzeugung dringend. Bereits Ende 1982 hat Späth an Bundeskanzler Helmut Kohl in einem ausführlichen Brief gedrängt, eine europäische Lösung des Waldsterbens anzustreben, da ein Großteil der Schadstoffe aus den benachbarten Ländern „importiert" werde. Dabei denkt der Ministerpräsident auch an die Errichtung einer europäischen Umwelt-Forschungseinrichtung.

Die Landesregierung hält es für unvermeidlich, daß gerade die Kohlekraftwerke durch zusätzliche Investitionen ihre Schadstoff-Immissionen vermindern sollen. Dabei müsse der Bürger höhere Strompreise in Kauf nehmen. Dagegen lehnt Stuttgart den von Hessen eingebrachten Entwurf ab, eine „Schwefeldioxid-Abgabe" in Höhe von 2000 Mark pro Tonne dieses Schadstoffes zu erheben. Inzwischen hat Nordrhein-Westfalen eine Unterstützung für den hessischen Plan signalisiert.

Die Pläne von Späth, Zimmermann und anderen Politikern zur Verschärfung der TA-Regelungen – übrigens sind die Auffassungen in dieser Frage quer durch alle Parteien recht unterschiedlich – haben vor allem in Kreisen der Wirtschaft bundesweit Bedenken hervorgerufen. So erklärte ein Umweltbeauftrager der Automobilfirma Daimler-Benz während der Besichtigung im Schwäbischen Wald, das Preisgefüge habe schließlich seine Grenzen. Hierauf reagierte Späth recht unwirsch: „Wenn ich jedem Bürger eine Gasmaske kaufen muß, muß man das auch amortisieren können." Eine gewisse Skepsis äußerten ferner Vertreter der Energieversorgungsunternehmen, mit denen Späth nach der Vor-Ort-Begehung diskutierte, ebenso der DIHT (Deutsche Industrie- und Handelstag).

Für Späth ist es jedoch, wie er betonte, „verwunderlich", daß beispielsweise Ölpreiserhöhungen als etwas Schicksalhaftes hingenommen würden, während kleinere Kostenerhöhungen solche Widerstände auslösten. Die Summen, die der Bau von umweltfreundlichen Anlagen in Kohlekraftwerken im Strompreis seinen Niederschlag finden würden, nämlich ein halber bis zu zwei Pfennig pro Kilowattstunde, seien schließlich sehr gering, meint Späth.

Die Oppositionsparteien im Lande, allen voran die Grünen, aber auch SPD und FDP, haben die ökologische Initiative der Regierung kritisiert bzw. eigene Vorstellungen eingebracht. Allerdings kann das Land, gemessen an anderen Bundesländern, zumindest in einigen Bereichen des Umweltschutzes, „Spitzenpositionen" aufweisen. Dies gilt etwa für den Gewässerschutz, die Abfallbeseitigung und für die ständig wachsende Zahl von Naturschutzgebieten. Vor Bayern übertrifft Baden-Württemberg mit 328 Naturschutzgebieten alle anderen Bundesländer.

Dregger: Westen besorgt über Vogel

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU kritisiert Abrüstungskurs der SPD

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat an die SPD-Führung appelliert, in der Abrüstungsfrage „wieder zur einheitlichen Verhandlungsposition des Westens in Genf zurückzukehren". In einem WELT-Gespräch sagte Dregger gestern, nach den „neuen glaubhaften Vorstößen des amerikanischen Präsidenten" zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion zu kommen, müßte ein solcher Schritt für die SPD und deren Kanzlerkandidaten Vogel möglich sein.

Dregger: „Nur wenn es in Genf eine einheitliche Verhandlungsposition des Westens gibt, haben wir die Chance, daß es zur Rüstungsbegrenzung und tatsächlicher Abrüstung kommt." Dregger meinte, die Null-Lösung sollte weiterhin das Verhandlungsziel in Genf bleiben. „Sie ist die moralisch sauberste Lösung." Sie würde „auf einem großen Bedrohungssektor eine wirkliche Abrüstung bringen". Die Bevölkerung wolle, wie auch auf Wahlkampfveranstaltungen zu spüren sei, weder sowjetische noch amerikanische Raketen. „Ich sehe nicht ein, warum der Westen diesen Standpunkt aufgeben sollte."

Wenn die SPD entgegenhalte, die Sowjets seien damit nicht einverstanden, dann könne er sich mit einer solchen Argumentation nicht zufriedengeben, sagte Dregger. „Dann möchte ich am Verhandlungstisch in Genf einen konkreten nachprüfbaren Gegenvorschlag der Sowjetunion sehen." Daran fehle es bisher. Der SPD-Kanzlerkandidat Vogel, dessen Forderung nach amerikanischen Vorschlägen längst überholt sei, habe von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Andropow „nur Rätsel mitgebracht" und „keinerlei konkrete Angaben" zum Beispiel darüber, welche und wie viele Raketen er verschrotten wolle. Die Verlegung von Raketen sei kein seriöses Angebot.

Dregger betonte, in Washington, London und Paris gebe es große Sorgen über die Sicherheitspolitik Vogels, die von Bahr konzipiert worden sei, denn sie würde „uns im Westen in die Isolierung führen". Keinesfalls dürfe Bonn in dieser lebenswichtigen Frage eine „Mittelposition" zwischen den Großmächten einnehmen. Auch in den USA begreife man, daß eine Regierung Vogel etwas anderes wäre als eine Regierung Schmidt. Denn die SPD sei inzwischen nach „links" gerückt und sie hätte nicht mehr die FDP als Koalitionspartner, sondern sie müßte sich auf die „Grün-Alternativen" stützen. Und allein dies zeige, so sagte Dregger, daß der 6. März zu einer „Schicksalswahl" werde.

Die Mehrheit der Spanier ist gegen Abtreibung

Rückzieher der Sozialisten / Neue Vorschläge

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß Spanien eben doch ein Land ist, dessen Bevölkerung sich mehrheitlich zur katholischen Kirche bekennt." Mit dieser Einsicht begründete Alfonso Guerra, einst Enfant terrible der Sozialistischen Partei, heute Vizepräsident der Regierung („Ich weiß gar nicht, was ich hier eigentlich zu tun habe") den Rückzug der sozialistischen Regierung gegenüber den Forderungen, die die Sozialisten als Opposition zum Thema Abtreibung gestellt hatten.

Übriggeblieben ist die Straffreiheit der Abtreibung bei bestimmten Fällen als Teil einer allgemeinen Strafrechtsreform. Das Gesetz, das jetzt dem Parlament vorgelegt wird, sieht vor, daß die Abtreibung in drei Fällen straffrei bleiben soll: bei schwerer Gefahr für das Leben der Mutter, bei angezeigten und juristisch verfolgten Fällen von Vergewaltigung und bei erkennbaren Mißbildungen des Embryos, die unabhängig von zwei Ärzten diagnostiziert sein müssen.

Gestärkt durch die zornig vorgetragene Verteidigung unschuldigen Lebens durch Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Spanien, wehrten sich als erste katholische Familienorganisationen, wie der Frauenverband „Für das Leben", und Ärzteverbände gegen diese Regelung. „Wir sind nicht die Henker des ungeborenen Lebens", schrieb kürzlich der Präsident des Gynäkologenverbandes, Professor Revira, der auch den in Spanien längst üblichen Eingriff zur Rettung des Lebens der Mutter nicht unter dem Terminus „therapeutische Abtreibung" qualifiziert wissen will. Und die sozialistische Abgeordnete und Gynäkologin Amalia Jiménez: „Kein Gesetz kann mich zwingen, eine Abtreibung vorzunehmen."

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen versucht die Regierung mit der Kirche einen Modus vivendi zu finden. Eine gemeinsame Kommission der Bischofskonferenz und der Regierung soll sich mit dem künftigen Verhältnis von Staat und Kirche beschäftigen. Dessen ungeachtet aber werden Bischöfe weiterhin das aussprechen, was sie für richtig halten: „Die Regierung ist entschlossen, sich offiziell zum Mörder vieler Tausender Spanier zu machen", erklärte öffentlich der Bischof von Guadalajara.

Das vorliegende Gesetz weicht kaum von den Vorschlägen ab, die die abgewählte bürgerliche Regierungspartei UCD bereits vor zwei Jahren vorgelegt hatte. Auch die inzwischen zur zweitstärksten Partei aufgerückte Demokratische Allianz protestierte: Parteichef Fraga Iribarne sagte dazu: „Wir bleiben entschieden bei unserem Nein."

Über eine Abtreibung ohne Einschränkung, wie sie die Sozialisten in der Oppositionszeit forderten, sprechen sie heute als Regierungspartei längst nicht mehr. In ihrem ersten Interview bekannte Carmen González, die Frau des Ministerpräsidenten: „Ich liebe meine drei Kinder und das Leben zu sehr, als daß ich die Abtreibung befürworten könnte. Allerdings geben Berichte armer Mädchen, die irgendeine weise Frau aufsuchen, weil sie die Reise nach England nicht bezahlen können, zu denken." Reiseunternehmen offerieren „Inclusive-Tours", meist nach Southampton, die auch Hotel und den Aufenthalt in einer Abtreibungsklinik einschließen.

Übertrieben und wenig qualifiziert wirkt der Forderungskatalog, den die spanischen Jusos bei ihrem 15. Kongreß vorlegten. Unter dem Motto „Mehr Toleranz" verlangten sie freie und kostenlose Abtreibung ohne Einschränkung, eine großzügige Regelung der Prostitution sowie die gesetzliche Zulassung leichter Drogen und der Homosexualität. Alles in einem Atemzug.

Enttäuscht über die vorgesehene Regelung der Abtreibung zeigte sich außerdem die spanische Feministinnenpartei. In einem Schreiben an den Gesundheitsminister Ernest Lluch fragte sie, welche Aufgabe der Frau denn zugemessen werde: „Die der Protagonistin oder weiterhin die der Reproduktionsmaschine ohne Stimmrecht?"

Die letzten Abtreibungsprozesse in Bilbao und Barcelona zeigten stark verunsicherte Richter. Das von ihnen verhängte Strafmaß blieb zwar im gesetzlich gültigen Rahmen. Bei der Begründung von Gnadenempfehlungen stellten die Richter aber fest, daß sie vom Gesetzgeber „zeitgemäße Regelungen" erwarten.

Selbst in linksorientierten Zeitungen wehren sich Leser in Zuschriften gegen die Abtreibung: „In Wahlreden hörte man nichts davon. Felipe González sagte im Fernsehen sogar, er sei dagegen" („El Pais", 31. Januar). Konservative Intellektuelle lehnen auch die Abtreibung mißgebildeter Embryos mit dem Hinweis auf die Entwicklung der Euthanasie im nationalsozialistischen Deutschland ab. (SAD)

Mehr als 3 Millionen Arbeitslose werden Wahlkampf bestimmen

Noch steht der Termin nicht fest, aber die Parteien stecken bereits ihre Positionen ab

FRITZ WIRTH, London

Während die britische Presse seit Wochen nimmermüde über das Datum der nächsten Unterhauswahlen spekuliert, konzentriert man sich in den Hauptquartieren der drei großen Parteien schon lange auf sehr viel konkretere Probleme, vor allem auf die Frage, was werden die Schlüsselthemen dieser Wahl sein? Wird es, wie in der Bundesrepublik, eine „Raketenwahl" werden? Wird der „Falkland-Faktor" immer noch so stark durchschlagen wie bei den letzten Nachwahlen zum Unterhaus? Wird das Heer der 3,2 Millionen Arbeitslosen der konservativen Regierung einen Denkzettel verpassen und schließlich: Welchen politischen Stellenwert wird die britische EG-Mitgliedschaft im Wahlkampf haben?

Der Plan der Regierung Thatcher, mit Hilfe einer Anzeigenagentur eine Publicity-Kampagne zu starten, um die Argumente der Friedensbewegung und der „Unilateralisten" zu neutralisieren, läßt vermuten, daß Abrüstungsfragen zum Wahlthema Nr. 1 werden dürften. Tatsächlich jedoch werden die Nuklear- und Abrüstungsdebatten noch lange nicht so intensiv und emotional wie in der Bundesrepublik geführt. Man diskutiert gelassener über das Nuklearthema und hat vorerst noch dringendere Probleme.

Die Meinungsumfrage der britischen Fernsehgesellschaft ITN belegt es. Danach hat für 58 Prozent der Briten die Arbeitslosigkeit als Wahlthema absoluten Vorrang. Das gesamte Abrüstungsthema folgt weit abgeschlagen mit acht Prozent. Eine gleiche Anzahl von Briten geben dem Thema der Inflation Priorität. Der „Falkland-Faktor" reiht sich mit zwei Prozent unter „ferner liefen" ein.

Obwohl es durchaus möglich ist, daß sich die Schwergewichte in diesem Themen-Katalog in den nächsten Monaten noch verschieben können, darf dennoch als ziemlich sicher gelten, daß die Frage der Arbeitslosigkeit stets deutlichen Vorsprung vor der Nuklear- und Abrüstungsproblematik haben wird. Der Grund: Arbeitslosigkeit ist heute das einzige politisch relevante Thema, das die Labour Party vereint. In allen anderen Fragen gibt es starke parteiinterne Differenzen.

So hat sich die Labour Party auf ihrem letzten Parteitag zwar eindeutig für eine einseitige nukleare britische Abrüstung und die Auflösung aller amerikanischen Raketenbasen in Großbritannien ausgesprochen. Mehrere Meinungsumfragen weisen jedoch aus, daß man an der Parteibasis darüber anders denkt. So sprachen sich in der Umfrage der „Sunday Times" 58 Prozent der Labour-Anhänger gegen eine einseitige Abrüstung aus und nur 37 Prozent dafür.

Kaum weniger problematisch ist das Thema für die neugegründete sozial-liberale Allianz. So hat sich der Parteirat der Sozialdemokraten am Wochenende in Newcastle die Haltung der Partei zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Großbritannien deutlich gemildert. Ein Antrag, der die totale Opposition gegen diese Raketen forderte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Statt dessen erhielt der Parteivorstand Entscheidungs-



Spielraum. Er kann seine Position in dieser Frage vom Verlauf der Genfer Abrüstungsgespräche abhängig machen.

Damit steht die Sozialdemokratische Partei in deutlicher Distanz zu ihrem Koalitionspartner von der Liberalen Partei, die mit großer Mehrheit eine Stationierung der Marschflugkörper ablehnt. Diese internen Differenzen innerhalb der Oppositionsparteien lassen deshalb den Schluß zu, daß sie das Abrüstungsthema im Wahlkampf nicht allzu horh spielen werden.

Ansonsten aber zeichnen sich jetzt schon deutlich die strategischen Leitlinien dieser bevorstehenden Wahl ab. Die Konservativen werden sie zu einer reinen Persönlichkeitswahl machen. Premierministerin Margaret Thatcher wird die beherrschende Figur ihres Wahlkampfes sein, und dabei wird der „Falkland-Faktor" eine entscheidende Rolle spielen.

Nun heißt die Anwendung des „Falkland-Faktors" nicht, Frau Thatcher als Feldherrin und als Heldin eines gewonnenen Krieges darzustehen. Es heißt vielmehr, ihren Führungsstil und ihre Führungsqualitäten in Krisenzeiten herauszustellen. Die Härte, Unbedingtheit und Entschlossenheit dieser Frau, jene Eigenschaften, die sie zur „eisernen Lady" machten, werden die Slogans der Konservativen bestimmen.

Die Labour Party wird nicht in der Lage sein, dieses Duell aufzunehmen. Ihr Parteichef Michael Foot rangiert in Ansehen, Führungsqualitäten und Kompetenz seit Jahren hoffnungslos abgeschlagen hinter Margaret Thatcher. Labour wird deshalb nicht ihn, sondern Sachprobleme in den Vordergrund stellen. Dabei ist nach wie vor die Zahl von 3,2 Millionen Arbeitslosen, die bis zur Wahl eher noch weiter steigt denn fällt, ihre schärfste Waffe.

Labour hat dabei einige wirksame Trumpfkarten in der Hand. Die Partei wird sich in diesem Wahlkampf wortgetreu jener Slogans bedienen, mit denen die Konservativen im Jahre 1979 die Regierung Callaghan aus dem Amt jagten. Damals behaupteten die Konservativen auf Hunderttausenden von Wahlplakaten: „Unter Labour läuft nichts. Wir bringen Britannien wieder an die Arbeit." Seither ist die Arbeitslosigkeit um zwei Millionen gestiegen. Labour wartet nur zu begierig darauf, diese Slogans den Tories als Bumerang zurück ins Haus zu schicken.

Die Konservativen können als sichtbarsten Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik die Reduzierung der Inflationsrate von fast 20 Prozent auf heute 5,4 Prozent vorweisen. Sehr wirksam jedoch ist es kaum. Labour wird einen direkten Bezug zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit herstellen und suggerieren, daß die unakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit ein zu hoher Preis für finanzielle Stabilität sei.

Und Europa als Wahlthema? Labour hat bekanntlich den EG-Auszug beschlossen und erwartet davon Stimmenzulauf. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß es eine Fehlkalkulation ist. Der jüngst gewonnene Fischereikrieg gegen Dänemark und bedeutende finanzielle EG-Entlastungen haben in den letzten Monaten das Thema entschärft. Den meisten Briten dämmert im übrigen, daß ein Abnabeln von Europa die Zukunft ihres Landes eher verunsichert denn stabilisiert. Es wird also ein Randthema bleiben. Das wirkliche Schlachtfeld dieser Wahlen ist der Kampf um Existenzen, um Arbeitsplätze und damit um Hoffnung.

„Sie schlachten unser Volk wie Hühner ab"

Schwere Vorwürfe gegen Mugabe / Terror in Zimbab[we]

HANS GERMANI, Johannesburg

In einer stürmischen Parlamentsdebatte in Harare (früher Salisbury) drohte Innenminister Ushewokunze dem Führer der weißen Opposition, Ex-Premier Ian Smith: „Ich habe Ihnen den Paß entzogen. Als nächstes werde ich Sie unter Hausarrest stecken. Sie laufen mir zuviel herum." Zum unabhängigen weißen Abgeordneten Bill Irvine, der sich zunächst dem Regierungschef Mugabe genähert hatte, heute aber dessen Regime kritisiert, sagte der Innenminister: „Meine Männer werden heute nacht Ihr Haus besuchen."

In der Debatte ging es um eine Kernfrage Zimbabwes: den Guerrillakrieg der Matabele und die bürgerkriegsähnliche Situation im Südwesten des Landes. Dort sind vor einigen Tagen mehrere Dutzend schwarze Zivilisten ermordet worden. Der ehemalige Guerrillaführer und spätere Minister Mugabes, Joshua Nkomo, macht dafür die Armee Zimbabwes verantwortlich. Diese habe sich in „eine Orgie des Mordens" gestürzt und vergreife sich an dem Stamm der Matabele. Nkomo ist der Führer dieses Minderheitsstamms. Er erklärte, die Massaker würden von Einheiten der 5. Brigade durchgeführt. Diese Brigade gilt als Prätorianergarde Mugabes und wird von Nordkoreanern ausgebildet. Nkomo verlas auch den Bericht eines Augenzeugen, der zusehen mußte, wie drei Zivilisten namens Enoch Ndebele, Stephen Nyati und Frau Menya Mdlawuzu vor dem versammelten Dorf erschossen wurden.

Auch schwarze Abgeordnete beschuldigen die Regierung Mugabe, das Volk der Matabele brutal zu verfolgen und ein System des Terrors eingeführt zu haben. So berichtet der Parlamentarier Malunga von 14 Zivilisten, die ermordet worden seien, und von Schulkindern, die systematisch überfallen und verprügelt würden. Malunga, auch ein Matabele, steigerte sich im Parlament zu dem Ausruf: „Die Menschen unseres Volkes werden von der Armee wie Hühner abgeschlachtet."

Der Verteidigungsminister Sekeremayi antwortet auf diese Vorwürfe mit der Drohung, die Armee werde mit „brutalsten Mitteln die Revolte im Matabele-Land zerschlagen, auch wenn dabei Zivilisten erschossen werden!". Der Innenminister seinerseits verfügte in der vergangenen Woche ein totales Ausgehverbot von Anbruch der Dunkelheit bis Sonnenaufgang für das gesamte Matabele-Land.

Der Guerrillakrieg in West-Zimbabwe hat bereits so große Au[s]ße angenommen, daß Mugabe der Forderung der weißen Fa[rmer] beugte und ihnen die auto[mati]schen Gewehre zurückgeben [mußte]. Ansonsten hätte er mit [einem] Massenexodus aller Farmer [und] folglich auch mit einer Er[näh]rungskatastrophe rechnen müs[sen].

Nach Augenzeugen-Beri[chten] befinden sich etwa 5000 Häftl[inge,] die alle dem Matabele-Volk a[nge]hören, in den Konzentratio[nsla]gern Nkayi, Lupan (dieses lie[gt in] der Nähe der katholischen Mi[ssion] Regina Mundi), Musbumbi, G[o]kudzingwa und Tsholotsho.

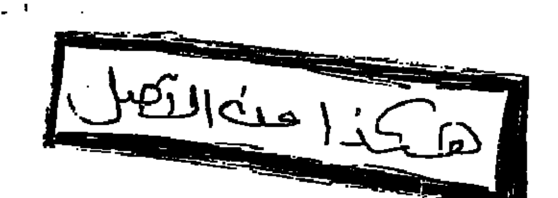
Eine der entschlossen[sten] Kampfgruppen Mugabes in die[sem] Gebiet wird von einem ehemali[gen] Offizier der rhodesischen Ar[mee,] Leonard Dyke, angeführt. D[yke] war nach der Unabhängigkeit Z[im]babwes innerhalb von zwei Jah[ren] vom Hauptmann zum Oberst [be]fördert worden.

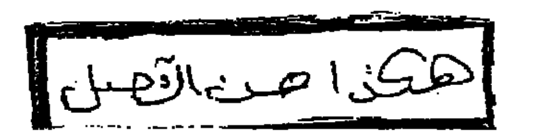
Nach übereinstimmenden I[nfor]mationen aus Harare und B[ula]wayo, der Hauptstadt der Ma[tabe]le, sind die Anfang des Jahre[s im] Matabele-Land ermordeten [...] weißen Farmer von einer d[er] Kampftruppen getötet worden[, die] stehen unter dem Oberbefehl [des] Ex-Ministers Edgar Tekere [...] operieren als Matabele-Gue[rillas] getarnt, damit ihre Morde den [Gu]errillas dieses Stammes angela[stet] werden.

Ein weiteres Beispiel für den [be]denklichen Zustand der Rechts[...]sicherheit in Zimbabwe ist der P[ro]zeß gegen den weißen Abgeord[ne]ten Stuttaford. Die drei schwar[zen] Hauptzeugen der Staatsanw[alt]schaft widerriefen während [des] Prozesses ihre früheren Aussag[en.] Sie wurden nach der Gerichtsv[er]handlung festgenommen und s[ind] seither verschwunden. Am V[or]chenende wurde auch der ehem[ali]ge Kommandeur der weißen r[ho]desischen Armee, John Hickm[an,] plötzlich und ohne Angabe [von] Gründen festgenommen.

London ist über die Situation [in] Zimbabwe äußerst besorgt. Di[e] sorgte vor allem die Tatsache, [daß] der Air Vice Marshal Huge Sla[tter] und sechs weitere weiße Offizi[ere] der Zimbabwe-Luftwaffe im G[e]fängnis gefoltert wurden. Die [...]ben Offiziere haben sowohl die [bri]tische als auch die zimbabwis[che] Staatsangehörigkeit. Ihnen w[ird] vorgeworfen, an dem groß[en] Schlag der Matabele-Guerrilla [ge]gen die Luftwaffe im Juli 1982 [be]teiligt gewesen zu sein. Bewe[isen] kann die Regierung Mugabe so[lche] Behauptungen jedoch nicht. (SA[D])

Seite 2: Atempause in Südafrika





Bonn sorgt sich um die menschlichen Kontakte

KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid ringt um Kompromisse

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Auspizien für das Madrider Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das am Dienstag in die siebente Verhandlungsrunde gehen wird, haben sich während der Weihnachtspause nicht merklich verbessert. Diese Einschätzung geben diplomatische Kreise in der Bundeshauptstadt.

Nach wie vor ist Afghanistan von der Sowjet-Armee okkupiert. Auch nach der Aussetzung des Kriegsrechtes werden in Polen jegliche freiheitliche Regungen unterdrückt. Auch an der Mißachtung der Menschenrechte in den osteuropäischen Ländern hat sich bisher nichts geändert.

Mit Befriedigung konnte im Westen lediglich verzeichnet werden, daß die Ostblock-Führer auf ihrer Gipfelkonferenz am 6. Januar 1983 in Prag den Willen zu einem erfolgreichen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens bekundet haben. Diesen Worten müßten nun Taten folgen, so wird in Bonn an die Staaten des Warschauer Paktes appelliert.

Der Westen hofft jetzt auf „ernsthafte Text-Verhandlungen", um ein Schlußdokument in den Grundzügen vor Ostern fertigzustellen. Voraussichtlich werde in Madrid schon am 25. März, also vor der Karwoche, die Beratungen nochmals ausgesetzt. Ob dann unterschriftsreife Entwürfe für die Außenminister vorliegen, erscheint fraglich.

Obwohl in der Sache keinerlei Fortschritte erzielt wurden, werten diplomatische Kreise in Bonn die vorige Gesprächsrunde als „zufriedenstellend". Der neue sowjetische Chefdelegierte Konradschow, der Leonid Iljitschow ablöste, gibt sich zumindest in der Form konzilianter als sein Vorgänger.

Als die Delegierten der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten in die Weihnachtsferien gingen, herrschte großer Unmut – vor allem unter den Neutralen – über die schleppenden Verhandlungen und den Mangel an Ergebnissen in Madrid.

Österreichs Delegationsleiter Ceska kritisierte Ost wie West, weil der Vorschlag der Neutralen und Nichtgebundenen (die N+N-Gruppe) für das Schlußdokument nicht akzeptiert wurde. Dagegen erklärte der spanische Chefdelegierte Pan de Soraluce, der Entwurf RM/39 der Neutralen könne nicht als unabänderlich, quasi als „biblischer Text" angesehen werden.

Die NATO-Staaten erklärten diese Vorlage für „definitiv unannehmbar" und verlangen „notwendige" Zusätze mit Blick auf die Entwicklung in Polen. Im einzelnen geht es dabei um:

- kulturelle, soziale und wirtschaftliche Selbstbestimmung jedes Volkes;
- die Zulassung freier Gewerkschaften;
- die freie Betätigung von Helsinki-Gruppen zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte;
- dem Verzicht auf Störsender und
- die Freiheit der religiösen Betätigung.

In der neuen Phase der Madrider Folgekonferenz will sich die Bundesrepublik verstärkt für die Erleichterung von menschlichen Kontakten einsetzen. Dabei geht es zunächst um den freien Zugang der Bürger osteuropäischer Länder zu westlichen Botschaften und Konsulaten, der ihnen vor allem in der Sowjetunion verwehrt wird.

Da die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf Wunsch der Sowjetunion zustandegekommen sei und die Ostblock-Führer die seither vom Westen angemahnten Menschenrechte mit der KSZE-Schlußakte anerkannt hätten, so sieht es Bonn, müsse der Osten an seine moralische Selbstverpflichtung erinnert werden.

Freilich versuchen die Staaten des Warschauer Paktes der Kritik in Madrid an den Verstößen gegen die Beachtung der Helsinki-Beschlüsse auszuweichen; sie stellen ihre Forderung nach einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz (KAE) in den Vordergrund, die von der KSZE einberufen werden soll.

Bonner diplomatische Kreise konstatieren westliches Interesse an einer solchen Abrüstungskonferenz, die ohne Junktim zu den Genfer Verhandlungen und anderen laufenden Abrüstungsgesprächen sinnvoll sei. Nach anfänglicher Skepsis werde des KAE-Vorschlag Moskaus nun auch von der amerikanischen Regierung gutgeheißen.

Strittig zwischen Ost und West ist in diesem Bereich die Definition vertrauensbildender Maßnahmen und die geographische Ausdehnung bei ihrer Verifizierung. Bonn hält es mit der Formel „vom Atlantik bis zum Ural", sieht den Westen jedoch flexibel hinsichtlich der Einbeziehung angrenzender Räume.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sicher wie in der Lubjanka?

„Zitat des Tages"; WELT vom 15. Januar

„Die Bundesrepublik ist einer der sichersten Orte dieser Welt." Das stand in der WELT wie ein bewiesener wissenschaftlicher Lehrsatz oder wie eine Offenbarung eines Religionsstifters. Graf Baudissin soll das während einer „Diskussion" in Düsseldorf so gesagt haben.

Ich glaube das nicht. Da dürfte jemand dem Grafen nicht recht zugehört haben, oder man hat sich einen schmackhaften Brocken herausgefischt für „die Raketendiskussion beim Wahlkampf". Graf Baudissin war nicht immer „Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg". Er ist Berufssoldat, erfahren im Generalstabsdienst, und er war als General in Spitzenstellungen der NATO über unsere Sicherheit und deren Bedrohung besser unterrichtet als fast alle Deutschen.

Vielleicht wollte jemand mit diesem „Zitat des Tages" etwas tun gegen die Zeitkrankheit „Angst". Das wäre gut gemeint, aber schlecht gemacht; denn der Satz – den der Graf so nicht gesagt haben kann – ist falsch; hierzu einige Beispiele:

Innere Sicherheit: Bei dem beschämenden Bonner Schauspiel (... feierliches Gelöbnis ...) brauchte man starke Polizeikräfte, damit die Soldaten und die höchsten Vertreter unserer Republik überhaupt den Ort der Handlung erreichen konnten.

Äußere Sicherheit: Es gibt auf der Erde keinen anderen Raum von rund 350 000 qkm (wir und die DDR), wo so viele Truppen und Waffen angehäuft sind. Und es gibt außer unserer Bundesrepublik Deutschland kein Land, in dem so viele „Ziele" für schreckliche Waffen eines möglichen Angreifers „aufgeklärt und vermessen" sind.

Behauptungen über „unsere Sicherheit" können nie in einen wahren Satz gepreßt werden. Dazu ein Beispiel: Während Zehntausende meiner Kameraden innerhalb weniger Wochen „nach Stalingrad" starben, war ich im gefürchteten Gefängnis Lubjanka in Moskau. Dort wurde ich ernährt, ärztlich versorgt, blieb vor Fleckfieber bewahrt, war vor Plünderern geschützt usw. Dennoch würde jeder Russe mich auslachen, wollte ich folgern, die Lubjanka sei einer der sichersten Orte dieser Welt. Man halte mir bitte nicht vor, ich vergleiche die Lubjanka mit unserem freien Deutschland; das Beispiel soll nur zeigen, „Sicherheit" hat viele Seiten; niemand kann sie in einen Satz pressen.

Artur Weber, Bad Homburg v. d. H.

Handfeste politische Ziele

„Mit und ohne Knobelbecher"; WELT vom 21. Januar

Sehr geehrter Herr Barth,

mit Interesse las ich Ihren Leitartikel. Da heißt es u. a.: „als Napoleon III. sich unter dem Druck der Straße in das Krim-Abenteuer und dann in den Krieg von 1870 stürzte."

Das trifft zu auf den Krieg von 1870. Den hatte Napoleon III. bzw. seine Regierungen seit 1867 zielstrebig und konsequent vorbereitet, dafür gerüstet (Chassepots und Mitrailleusen!) und schließlich im Juli 1870 herbeigeführt.

Jedoch kann man den Krieg von 1854 kaum als „Krim-Abenteuer" bezeichnen. Damals hatte Frankreich handfeste wirtschaftliche und politische Interessen im Orient. Daß die schwache Türkei von Rußland vergewaltigt wurde, und letzteres sich am Bosporus und an den Dardanellen, zumindest macht- und einflußmäßig, festsetzte, mußte Paris verhindern. So stärkte der Franzosenkaiser Konstantinopel den Rücken und erklärte, gemeinsam mit Großbritannien und Sardinien, Petersburg den Krieg.

Auch in seinem Ablauf war dieser Krieg kein Abenteuer. Frankreich gewann ihn, die Engländer und Italiener taten nur wenig dazu. Abgesehen von dem guten Ergebnis (Abwehr des russischen Drucks auf die Pforte, die Meerengen blieben geschlossen, Rußland blieb vom Ägäischen und damit vom Mittelmeer ausgesperrt) stieg Frankreichs Ansehen in der Welt. Die Siege von Alma und Sewastopol waren die ersten französischen Waffentaten seit den Tagen Napoleons I. und ließen die Niederlagen von Leipzig (1813) und Belle Alliance (1815) ein wenig in Vergessenheit geraten.

Mit freundlichen Grüßen
H. R. Elmenhorst, Heiligenhaus

Saurier-Gräber

„Ein Sammler entdeckte das Sauriergrab im Sauerland"; WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich immer wieder, wenn auf einer der typographisch beispielhaft gestalteten Seiten der WELT ein interessantes paläontologisches Thema behandelt wird. Leider hat sich im letzten derartigen Artikel über das Dinosauriergrab bei Nehden im Sauerland ein Fehler eingeschlichen, der in zahlreichen Berichten über diese Fundstelle auftaucht: Die Fossilien aus der Gegend von Nehden sind keinesfalls, wie behauptet wird, die „ersten deutschen Dinosaurierknochen"!

Dinosaurierreste sind vor allem aus Württemberg bekannt, wo die bis zu zehn Meter langen Plateosaurier aus der Triaszeit so häufig entdeckt wurden, daß sie den Namen „schwäbischer Lindwurm" erhielten. Der berühmteste Plateosaurus-Fundort in Württemberg ist Trossingen, wo bei drei Grabungen – 1911/1912, 1921–1923 und 1932 – Reste von einigen Dutzend (!) solcher Reptilien geborgen wurden, darunter komplette Skelette. Knochen vom Dinosaurier Plateosaurus fand man außerdem in: Donaueschingen, Balingen, der Tübinger Gegend, Stuttgart, dem Stromberg, im Schwäbischen Wald, im Nürnberger Raum (Allersberg, Altdorf) und Ellingen bei Weißenburg.

Ernst Probst, Mainz

Reiz verloren

„‚Bulle' kein Schimpfwort?"; WELT vom 15. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Berliner Richter, der „Bulle" nicht als Schimpfwort einstuft, müßte einen Orden erhalten, denn eine Beschimpfung, die man nicht noch aufwertet, verliert ihren Reiz und verkümmert schließlich von selbst.

Das sollten sich auch die Leute merken, die mit dem groben Götz-Zitat so gern vor den Kadi ziehen und eine Beleidigungsklage anstrengen. Das Zitat ist keine Beleidigung, sondern eine grobe Aufforderung, der man nicht nachzukommen braucht.

Mit freundlichen Grüßen
Caroline Funkenstein, Sachsenheim 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Haus-Computer

„‚Silicon Valley' vor dem Sprung in die vierte Generation"; WELT vom 3. Januar

Liebe WELT,

im Namen meiner Mitbürger und Mit-Komputeristen möchte ich der WELT und Herrn Adalbert Bärwolf herzlichst dafür danken, daß Sie sich anschicken, das Silicon Valley, oder das Tal der Kieselerde, zu entdecken. Hier, im Dunstkreis der Stanford-University, wurden die Halbleiter und die integrierten Schaltkreise entwickelt, und hier wird gegenwärtig die Hauptaufmerksamkeit auf die Microcomputer gelegt, die sowohl großen wie kleinen Firmen, wie auch den einzelnen Bürgern ihre Arbeit erleichtern.

Herr Bärwolf schreibt: „Die Hausfrau von heute will – oder kann – Computer nicht mit logischen Befehlen betippen. Daran scheitert vorläufig der Einzug der Computer ins Haus." Beim nächsten Besuch kommen Sie 'mal bei mir vorbei. In meinem Haus steht ein Computer schon seit zwei Jahren und wird jeden Tag stundenlang verwendet. Sie sollten auch die Firma besuchen, die billige tragbare Computer herstellt, die etwa 11 Kilogramm wiegen und sich besonders für Korrespondenten eignen. Ihr Leben würde sich rasch verbessern, sobald Sie sich einen zulegen.

Sie haben Nobelpreisträger William Shockley, seit 30 Jahren der Urahne der Mikroelektronik, mit Recht erwähnt. Warum aber nicht auch Großväter wie David Packard und William Hewlett, oder Väter wie Robert Noyce, Gordon Moor, und Andrew Grove, von Intel; Charles Sporck von National Semiconductor; William Saunders von Advanced Micro Devices; und Steven Wozniak und Steven Jobs, von der jungen Generation, die den berühmten Apple-Computer herausbrachten?

Vielleicht der wichtigste elektronische Zeitgenosse in Gary Kidal, Konstrukteur des Control System for Microcomputers, besser bekannt als CP/M. Diese software wird von nicht weniger als 300 Computer-Maschinen oder hardware verwendet, um das Gerät und die Programme miteinander zu vereinen.

CP/M hat die Microcomputer für den Massenmarkt verwendbar gemacht. Ohne CP/M wäre vor ein paar Jahren kein Weltmarkt für Microcomputer entstanden. Tadahiro Sekimoto, von der Nippon Electric Co., die ebenfalls im Silicon Tal wirkt, sagte dies: „Wer die Programme (d. h. die software) kontrolliert, kontrolliert die Welt."

Die langsame Entwicklung der Nachfrage in der Bundesrepublik Deutschland ist schwer verständlich.

Stefan T. Possony, Los Altos / California

Personalien

EHRUNGEN

Josef Ertl, Bundesernährungsminister, ist zum „Gewerkschaftsmitglied ehrenhalber" gemacht worden. Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin überreichte der Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, **Willi Lojewski**, Ertl in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste die Silberne Ehrennadel der Gewerkschaft, mit der normalerweise verdiente Gewerkschafter nach 25 Jahren Mitgliedschaft ausgezeichnet werden.

*

Clemens Kaminski (84), Rundfunk- und Pressereferent der Bremer Katholiken, ist von Bürgermeister **Hans Koschnik** im Auftrag des Bundespräsidenten das Große Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Kaminski wurde besonders für seine Verdienste um die ökumenische Zusammenarbeit, das Albertus-Magnus-Werk und die Verständigung mit Frankreich ausgezeichnet.

*

Privatdozent Dr. **Böhles**, Erlangen, und dem Arzt Dr. **M. Georgieff**, Mannheim, wurde der Erlanger Förderpreis der Jacques-Pfrimmer-Gedächtnisstiftung in Höhe von 20 000 Mark überreicht. Der Preis, für den in den letzten Jahren insgesamt mehr als 2,5 Millionen Mark ausgeworfen wurden, geht an junge Forscher unter 40 Jahren.

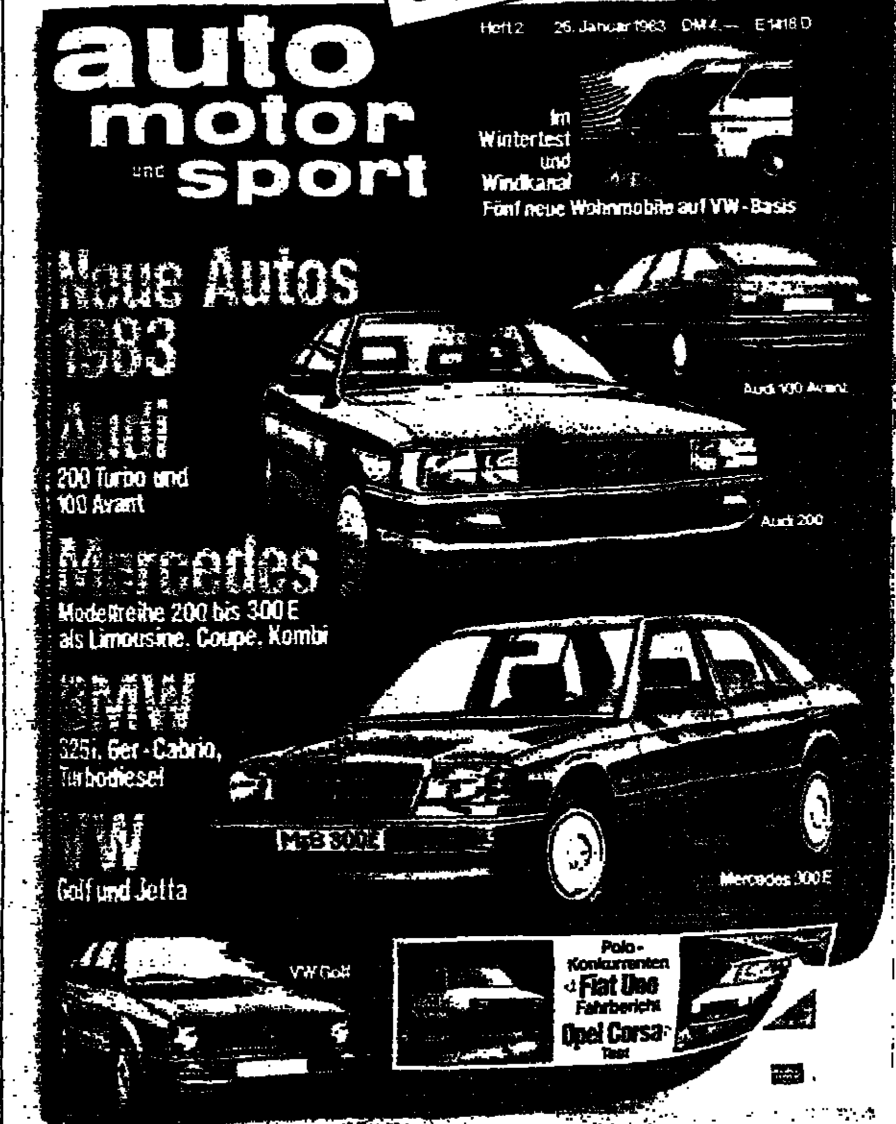
VERÄNDERUNGEN

Jochen Raffelberg, bisher Chefredakteur der Nachrichtenagentur Reuters in der Bundesrepublik Deutschland, ist Manager der Agentur für das südliche Afrika geworden. An seine Stelle tritt **Anette von Broecker**, bisher Chefkorrespondentin in Rom. Neu geschaffen wurde die Stelle des stellvertretenden Chefredakteurs, die **Ingo Hertel** zusätzlich zu seinem Amt als Chefredakteur der deutschsprachigen Wirtschaftsdienste von Reuters übernommen hat.

Wort des Tages

„Unsere Prinzipien dauern gerade so lange, bis sie mit unseren Leidenschaften oder Eitelkeiten in Konflikt kommen, und ziehen dann jedesmal den kürzeren."

Theodor Fontane, dt. Schriftsteller (1819–1898)





FINANZANZEIGEN

International Bank for Reconstruction and Development
(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– WELTBANK –

5½% Deutsche Mark-Anleihe von 1965
– WKN 451 832 –

Auslosung

Für die am 1. April 1983 fällige Tilgungsrate werden nom DM 4 274 000,– Teilschuldverschreibungen aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt. Weitere nom. DM 12 726 000,– Teilschuldverschreibungen wurden am 25. Januar 1982 unter notarieller Aufsicht ausgelost. Unter Berücksichtigung der bereits früher getilgten Teilschuldverschreibungen wurden ausgelost die Stücke der Nummernkreise

24 410 bis 42 200
52 975 bis 71 116 zu DM 1000.–

Die Einlösung der verlosten Stücke erfolgt vom 5. April 1983 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen und Zinsscheine per 1. Oktober 1983 uff. u. bei den nachstehend verzeichneten Banken sowie deren Niederlassungen.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bremer Landesbank
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hallbaum, Maier & Co. AG-Landkreditbank
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhauser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Braunschweigische Landessparkasse
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Poensgenbank GmbH
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft auf Aktien
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 31. März 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag einbehalten.

Die zum 1. April 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen 192–4470, 42201–52974 und 213664–250000 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im Januar 1983

INTERNATIONAL BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT

Bekanntmachung

über die 14. Auslosung von Teilschuldverschreibungen der 5 % Anleihe von 1959/1984
(ehem. Gewerkschaft Wintershall)

Die Gewerkenversammlung vom 8. Juni 1970 hat die Umwandlung der Gewerkschaft Wintershall auf die BASF beschlossen.
Die Umwandlung ist am 24. Juni 1970 in das Handelsregister beim Amtsgericht Celle eingetragen worden. Damit sind die Verpflichtungen aus der Anleihe auf die BASF übergegangen.

Entsprechend den §§ 3 und 4 der Anleihebedingungen ist am 20. Januar 1983 unter der Aufsicht eines Notars eine zum 2. Mai 1983 zur Rückzahlung fällige Serie ausgelost worden.

Gezogen wurde die Serie 13 mit den Nummern
01561–01690
21501–23125
32929–33422
39281–39670
im Nennbetrag von DM 2 600 000,–.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen erfolgt gemäß § 6 der Anleihebedingungen vom 2. Mai 1983 an zum Nennwert gegen Einreichung der ausgelosten Stücke nebst Zinsscheinen per 1. November 1983 ff. bei einer der nachstehenden Zahlstellen und ihren Niederlassungen:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Westfalenbank AG
Deutsche Bank Saar AG

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1983.

Von den per 2. Mai 1973, 2. Mai 1978, 2. Mai 1979, 2. Mai 1980, 2. Mai 1981 und 2. Mai 1982 ausgelosten Serien 2, 3, 5, 7, 9 und 11 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Ludwigshafen, im Februar 1983
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAN...

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bertina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 ... Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße ... Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, T... (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 3... 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 1... 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, T... (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, T... (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, T... (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, T... (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 1... des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 1... für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

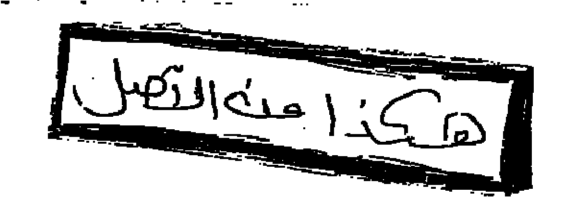
Herstellung: Werner Koziak

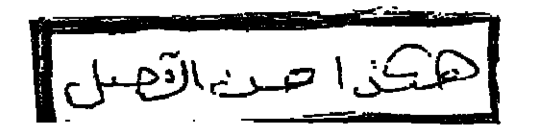
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 1..., 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1





STAND PUNKT

Wirkliche Sozialhilfe?

Das soll es geben: Irgendwo in Südkalifornien sitzt jemand ohne Arbeit und ohne Geld. Er ist obendrein nicht ganz gesund, der Kreislauf läßt sich nicht stabilisieren. Aber das Interesse an Sport ist ungebrochen – schließlich hat der gute Mann seinen Fernseher. Er wäre sicher an Tagen, an dem ihm sein Kreislauf nicht allzu übel mitspielt, hocherfreut, seine Baseball- oder Footballgötter leibhaftig im Stadion bewundern zu können.

Dem Manne kann beinahe geholfen werden. Nicht mit Base- oder Football, aber mit olympischen Sportarten, die einen Amerikaner ohnehin meist herzlich wenig interessieren. Die Organisatoren der Spiele 1984 in Los Angeles wollen 100 000 Freikarten an ältere Leute, Bedürftige und Behinderte verteilen. Diese Karten sollen zuvor verkauft werden – für 25 000 Dollar das Stück an weniger Bedürftige. 23 000 Dollar davon können dann steuerlich abgesetzt werden. Mithin bleibt – für 2000 Dollar – eine gute Tat, oder etwa nicht?

Das soll es ja geben, daß irgendwo in Südkalifornien jemand ohne Arbeit und Geld sitzt und diese 2000 Dollar dringed gebrauchen könnte. Derjenige würde wohl, bei aller Sportbegeisterung, nicht auf die Idee kommen, sich dafür Eintrittskarten für die Olympischen Spiele zu kaufen. Für so etwas hat der gute Mann seinen Fernseher.

KLAUS BLUME

EISKUNSTLAUF / Verwunderung über Preisrichter bei der EM in Dortmund – Kein Heimvorteil für deutsche Läufer

Cernes Vortrag beklatschte sogar Norbert Schramm

FRANK QUEDNAU, Dortmund

Vielleicht war es nur eine freundliche Geste, weil da sein Landsmann vorführte, was er selbst schon hinter sich gebracht hatte. Doch zur wertfreien Aufmunterung paßte Norbert Schramms gedankenverlorenes, spontanes Händeklatschen beim Zuschauen überhaupt nicht. Vielleicht war es so, daß Schramm hier möglichst Anstand zeigen wollte. Aber so etwas wird vom Kopf gelenkt. Der Eiskunstlauf-Europameister des Jahres 1982 warf sich jedoch gleichsam hinein in Glenn Millers Musik („In the Mood"), die einem anderer gehörte. Schramms empfindsame Musikalität schwang mit, setzte sich auf der Stelle um in rhythmische Körperbewegungen. Der Kopf war bei ihm in diesem Augenblick nur dadurch beteiligt, daß er ihn reckte, um über Trainer, Kameraleute und Bande hinweg besser auf das Eis blicken zu können.

Diese sensible Aufmerksamkeit, die zeigte, daß es Schramm gefallen hatte, galt bei der Kurzkür der Eiskunstlauf-Europameisterschaft in Dortmund dem Landsmann Rudi Cerne. Ihm machte Titelverteidiger Norbert Schramm seine Aufwartung. Mag sein, daß er, der die Sprache mit dem oder besser „seinem" Publikum liebt, in diesem Augenblick nicht begriffen hatte, daß er ein Urteil abgegeben hatte.

Ein Urteil, mit dem die Zuschauer (es waren nur 1000) einig gingen: Rudi Cerne, mit 24 Jahren der Älteste unter den 21 Startern, hatte Schramm übertroffen. Er war sicherer, technisch sauberer, schöner gelaufen. Der gar nicht so häufige Eiskunstlauf-Augenblick, in dem Stilmittel, Vortrag und vorgeschriebenes Programm (sieben Elemente) eine runde Einheit bilden – dieser Augenblick gehörte am Dienstagabend Rudi Cerne. Die Zuschauer klatschten und trampelten, es war nur müßige Volksabstimmung, mit Verachtung gestraft. Das hochverehrte Publikum hat nämlich gefälligst seine Urteilskraft und Fachkenntnis mit der Eintrittskarte abzugeben. Die Preisrichter allein heben und senken die Daumen nach ihrem Ratschluß. Nein, nicht unergründlich zufällig, sondern offensichtlich, nach vorgefaßter Meinung, die sie vorab im stillen Kämmerlein in persönliche Rangfolgen gepreßt haben. Wenn der Sport selbst dazwischenkommt, ein Urteil für (wie hier bei Cerne) oder gegen (wie bei Schramm) einen Läufer spricht, dann kann das nur ein Regiefehler sein, der korrigiert werden muß. „Mich hatten sie nicht auf der Rechnung", sagte Rudi Cerne.

Norbert Schramm hatte vorher bei der persönlichen Chancenabwägung überzeugt und überzeugend sportlich argumentiert: „Man fällt leichter runter, als man raufkommt. Ich bin jetzt der Gejagte." Hinterher, nachdem ihm die beste Kurzkür zugewiesen worden war, nach dem Sprung von Platz vier in der Pflicht auf den zweiten Rang vor der Kür, hat er den Meisterbonus kennengelernt. Der gleicht eigene Fehler aus.

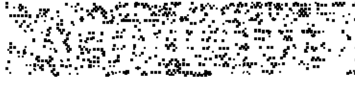
Schramm, im blauen Dreß mit rosa und goldenen Dreiecken und mit rotem Glitzer in der Frisur („Man muß sich eben immer etwas Neues einfallen lassen"), wackelte beim Doppelsprung und in der Sprungkombination. Und bei der Schrittkombination lenkten seine Armbewegungen ab vom fast biederen Fußwerk. Noten bis 5,9 war's den Preisrichtern dennoch wert, die danach bei Cerne bis 5,2 (ein 67 Jahre alter Ungar) heruntergingen. Schramm, dem Flitter verschrieben, dem Flattern an diesem Tag ausgesetzt, kann nichts dafür, daß andere flunkern. Er sagt: „Ich bin ohne größere Fehler durchgekommen." Das ist die selbstkritische Umschreibung dafür, daß es schlimmer hätte kommen können oder sogar müssen. Ob er denn mit den Noten zufrieden sei?. „Ja, sehr", lächelt er wie ein kleines Kind bei einem unverhofften Geschenk.

Heute fällt in der Kür (ab 21.15 Uhr original im ersten Fernsehprogramm) die Entscheidung. Das Gesamtbild aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland ist so hübsch wie nie: Schramm hinter dem Tschechoslowaken Josef Sabovcik Zweiter, Heiko Fischer hinter dem Franzosen Jean-Christophe Simond auf dem vierten Rang. Gold und Bronze also sind noch möglich. Und Rudi Cerne, doch noch in der Gruppe der Besten startend, ist Sechster.

Nur Schramm und Sabovcik kommen wohl für den Titel in Frage. Und dabei, so scheint es, wird der Europameister des letzten Jahres nicht, wie er selbst befürchtet hatte, gejagt, sondern gestützt.



Ihn hatten die Preisrichter nicht auf der Rechnung: Rudi Cerne FOTO: SVEN SIMON



Handball-Termine

Bonn (sid) – Der VfL Gummersbach wird seine Halbfinalspiele im Handball-Europapokal der Landesmeister gegen den FC Barcelona am 27. März in der Dortmunder-Westfalenhalle und am 3. April in Spanien austragen. Beide Spiele beginnen um 17.00 Uhr.

Breitners Werbung

Turin (sid) – Paul Breitner, der zum Saisonende seine Fußball-Karriere beendet, hat in Turin für sein Abschiedspiel am 31. Mai im Münchner Olympiastadion geworben. Acht Spieler von Juventus Turin (Zoff, Cabrini, Gentile, Scirea, Tardelli, Rossi, Platini, Boniek) sollen in einer Welt-Auswahl spielen, die gegen Bayern München antritt.

Navratilova vor Gericht

Norfolk (sid) – Der amerikanische Tennis-Star Martina Navratilova muß sich vor Gericht verantworten. Die weltbeste Tennispielerin war wegen überhöhter Geschwindigkeit von einer Polizeistreife angehalten worden und hatte die Beamten beleidigt.

Neuer Trainer in Berlin

Berlin (sid) – Der Jugoslawe Pero Jancic ist neuer Trainer beim Handball-Bundesligaklub Reinickendorfer Füchse. Der frühere Nationaltorwart wird damit Nachfolger von Peter Frank, der aus beruflichen Gründen (Polizei-Sportlehrer) seinen Posten aufgab.

Neue Weltbestleistung

Berlin (dpa) – Die 18 Jahre alte Heike Daute aus Jena hat bei einem Leichtathletik-Sportfest in Ost-Berlin die Hallen-Weltbestleistung im Weitsprung auf 6,88 m verbessert. Die alte Bestmarke hielt Swetlana Sorina-Wanjuschina aus der UdSSR mit 6,83 m.

Schmider traf Rausch

Frankfurt (sid) – Roland Schmider, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Karlsruher SC, führte in Frankfurt ein erstes Informationsgespräch mit Trainer Friedel Rausch über die Nachfolge des beurlaubten Horst Franz. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

SKI NORDISCH

Notz ließ auch Behle hinter sich

WERNER JUNGE, Oberstdorf

Mit 27 Jahren ist Dieter Notz (Deltingen), Oberfeldwebel der Bundeswehr vom Skizug in Fahl am Fuße des Feldbergs im Schwarzwald, der Älteste in der deutschen Nationalmannschaft der Skilangläufer. Bei den Deutschen Nordischen Ski-Meisterschaften in Oberstdorf war er im 30-km-Langlauf auch überraschend der Schnellste. Bei ständigem Schneefall gewann Dieter Notz im Rohrmoos seinen fünften deutschen Einzeltitel. „Jetzt ist der Knoten geplatzt, ich kann wieder locker laufen", jubelte der 1,81 m große und 69 kg schwere Läufer von der Schwäbischen Alb.

Zu lange war er in den vergangenen Monaten seiner Form hinterhergelaufen und mußte sogar um seinen Platz in der Nationalmannschaft bangen. Hinter ihm belegte Stefan Dotzler (München) mit 54 Sekunden Rückstand den zweiten Platz, und Jochen Behle, WM-Siebter und Titelverteidiger (Willingen) lag sogar 1:20 Minuten zurück. „Ich glaube, jetzt ist auch wieder das Problem des vierten Mannes für unsere Staffel gelöst. Der Dieter ist hervorragend gelaufen, für die Weltcup-Rennen in Sarajewo haben wir einen dritten starken Mann", lobte DSV-Sportwart Professor Dr. Dietrich Martin. Bei den Frauen über 10 km ist Karin Jäger (Hirschau) nach wie vor einsame Spitze. Sie hatte am Schluß über 1:40 Minuten Vorsprung vor Susi Riermeier (München).

VfL OSNABRÜCK

Nun sollen Gerichte entscheiden

dpa/sid, Osnabrück

Der VfL Osnabrück läßt es auf einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Spieler Ralf Lehmann und Detlef Olaidotter ankommen. Die beiden Profis des Fußball-Zweitliga-Vereins hatten am vergangenen Freitag völlig überraschend dem Verein eine „fristlose Kündigung" geschickt. Da ein Gespräch der Rechtsvertreter der beiden streitenden Parteien nicht zustande gekommen ist, erwirkte der Verein eine einstweilige Verfügung „mit sofortiger Wirkung zur Teilnahme am Trainingsbetrieb und den Spielen".

Vereinspräsident Hartwig Piepenbrock, der alle Rechtsmittel ausschöpfen will, dazu: „Ich hoffe, unser Schritt hat Erfolg, denn wir haben kein Verständnis für die Haltung der Spieler."

Der Verein hatte vor einigen Tagen insgesamt sieben Spielern (darunter auch Lehmann und Olaidotter) einen Brief geschickt, in dem die Vereinsführung die Profis an ihre Pflichten erinnerte, nachdem die Leistungen im Spiel gegen FSV Frankfurt zu wünschen übrig ließen.

„Wir sehen keine Vertrauensbasis mehr zwischen Präsidium und uns", hatten Lehmann und Olaidotter ihre fristlose Kündigung anschließend begründet. Ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Vizepräsident Hans-Wilken Canenbley und dem Anwalt der beiden Spieler kam aus terminlichen Gründen nicht zustande.

FUSSBALL / Einst wurde Rüdiger Abramczik gefeiert – mit 26 Jahren aber scheint er schon am Ende

Den „Flankengott" aufs Abstellgleis geschoben

BERND WEBER, Dortmund

Borussia Dortmunds Rechtsaußen Rüdiger Abramczik (26) und Kölns Mittelstürmer Klaus Fischer (33) trafen sich unlängst in ihrer Heimatstadt Gelsenkirchen. Rein zufällig nur, denn obwohl sie nach wie vor dort wohnen, hatten sich die beiden lange nicht mehr gesehen. Dennoch verlief das Treffen nicht gerade freundlich. Im Gegenteil. Fischer provozierte seinen Stürmerkollegen aus langjähriger gemeinsamer Zeit bei Schalke 04 mit einer Frage, die offensichtlich voll ins Schwarze traf. Fischer fragte: „Macht dich das nicht selbst verrückt? Vor ein paar Jahren haben dich noch alle als besten Außenstürmer der Bundesliga, wenn nicht sogar Europas gefeiert. Jetzt bist du im allerbesten Fußballalter, aber du mußt froh sein, wenn dich die Dortmunder am Ende der Saison nicht abschieben." Abramczik wurde kreidebleich vor Wut und giftete zurück: „Du bist in Köln doch auch nur noch Mitläufer." Fischers ruhige Reaktion: „Ich bin mittlerweile in einem Alter, in dem einen die anderen schon einmal überholen. Aber du . . .?"

Aber du, Abbi – was ist mit dir? Diese Frage stellt inzwischen nicht nur Fischer. Die wird gleichermaßen, und immer lautstärker, auch von den Dortmunder Fans, von den eigenen Mannschaftskameraden, vom Borussen-Vorstand und vom Trainer Kalli Feldkamp gestellt. Sie alle nämlich bekamen in den letzten Wochen einen Abramczik zu sehen, der unentschlossen und wenig effektiv übers Spielfeld trabte. Für den kein Gegner mehr einen Sonderbewacher abstellte, und der das Spielgeschehen einige Male auch nur noch von der Reservebank aus verfolgen durfte.

Nichts ist mehr geblieben vom Glanz früherer Tage, als Abbi so trickreich über die Flügel flitzte und so präzise seine Flanken schlug, daß er als „Flankengott aus dem Kohlenpott" Schlagzeilen machte. Der damalige Bundestrainer Helmut Schön holte ihn in die Nationalelf. Abramcziks Premiere, am 22. April 1977 beim 5:0-Sieg über Nordirland in Köln, geriet so berauschend, daß alle glaubten, hier habe einer auf Jahre hinaus seinen Stammplatz in der Nationalmannschaft gesichert. Doch solche Prognosen erwiesen sich als geradezu perfekter Irrtum. Am 25. Februar 1979 bestritt der Dortmunder beim 0:0 gegen Malta sein letztes von insgesamt 19 Länderspielen.

Bundestrainer Jupp Derwall schob den Außenstürmer ab. Richtete danach zwar immer wieder neue Appelle an ihn, er möge sich seines Talents erinnern und endlich um die Bestätigung einst bewiesener Klasse kämpfen. Doch Abramczik nahm die Herausforderung nicht mehr an.

Heute ist er so weit in seiner Leistung abgesackt, daß die Dortmunder tatsächlich wohl kein Interesse mehr daran haben, ihrem Stürmer, den sie vor drei Jahren für 1,2 Millionen Mark dem Ruhrgebietsrivalen Schalke 04 abkauften, einen neuen Vertrag anzubieten.

Die Fans auf den Rängen, die früher nicht müde wurden zu rufen: „Abbi für Deutschland", haben ihren einstigen Liebling auch längst fallengelassen. Letzten Samstag, beim mühsamen 2:1-Sieg über Hertha BSC Berlin, haben sie den Außenstürmer wiederum mehrmals gnadenlos ausgepfiffen. Daß er von den Zeitungen dennoch als Wegbereiter des Dortmunder Siegtreffers bezeichnet wurde, kann Abramczik nur als blanke Ironie empfunden haben: Er habe wenigstens im rechten Moment am Ball vorbeigeschlagen und so dem jungen Michael Zorc die Chance zum Einschuß eröffnet . . .

Trainer Karl-Heinz Feldkamp hatte gehofft, daß die Schelte den Außenstürmer wachrütteln würde. Er hatte erwartet, daß er im Training alles geben würde, um verlorengegangenen Kredit zurückzugewinnen. Doch Abbi rennt und quält sich nicht. Nicht für seine Reputation, nicht für einen neuen Vertrag, über den, zumindest formal, im nächsten Monat gesprochen werden soll.

Abramczik sagte zur WELT: „Wenn die Dortmunder mich nicht mehr haben wollen, dann gehe ich eben ins Ausland. Dort finde ich immer einen Verein, und ich bin sicher, daß ich dort auch sehr gut zurechtkäme." Da schwingt Trotz mit, Nachdenken aber wäre sinnvoller.



Der einstige „Flankengott" ist ratlos: Rüdiger Abramczik FOTO: FMS

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Jülich – Stuttgart 9:4, Bad Hamm – Reutlingen 8:8, Eßlingen – Düsseldorf 3:9, Altena – Saarbrücken 3:9. Tabellenspitze: 1. PSV Bor. Düsseldorf 102:38/22:2, 2. ATSV Saarbrücken 98:45/21:1, 3. TTC Jülich 95:6718:6 4. SSV Reutlingen/ 85:84.13:11

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften in Dortmund, Herren, Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Sabovcik (CSSR) 2,0, 2. Schramm (Deutschland) 2,8, 3. Simond (Frankreich) 3,0, 4. Fischer (Deutschland) 3,4, 5. Filipowski (Polen) 5,8, 6. Cerne (Deutschland) 6,2, 7. Fadejew (UdSSR) 6,6, 8. Kotin (UdSSR) 6,8, 9. Fedronic (Frankreich) 10,4, 10. Depouilly (Frankreich) 10,8.

Eistanz, Stand nach den Pflichttänzen: 1. Bestemianowa/Bukin (UdSSR) 0,6, 2. Barber/Slater (England) 1,2, . . . 6. Born/Schönborn (Deutschland) 3,6.

TENNIS

Hallenturnier in Philadelphia, zweite Runde: Buehning (USA) – Curren (Südafrika) 6:4, 6:2, Teltscher – Fromm (beide USA) 2:6, 6:3, 6:4, Fibak (Polen) – Dickson (USA) 6:1, 6:2, Walts – S. Mayer (beide USA) 6:4, 5:7, 6:4, Wilander (Schweden) – van't Hof (USA) 6:3, 7:6, G. Mayer – Gilbert (beide USA) 2:6, 6:4, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Caracas, zweite Runde: Soares (Brasilien) – Gomez (Ecuador) 7:6, 3:6, 6:3.

Hanois Truppen rücken in Kambodscha vor

AP, Bangkok

Nach der Einnahme und weitgehenden Zerstörung des Flüchtlingslagers Nong Chan an der kambodschanisch-thailändischen Grenze sind die vietnamesischen Truppen mit Unterstützung von Artillerie gestern in Richtung auf ein zweites Lager mit kambodschanischen Flüchtlingen vorgedrungen.

Thailand hat nach der vietnamesischen Aktion seine Truppen im Grenzgebiet in höchste Alarmbereitschaft versetzt und gewarnt, es werde seine Souveränität verteidigen, falls die Vietnamesen die Grenze überschritten.

Die thailändische Regierung warf Vietnam eine „inhumane Handlungsweise" vor und verurteilte vor allem die Zerstörung des Krankenhauses im Lager von Nong Chan. Das Lager, in dem sich rund 30 000 Zivilisten und Untergrundkämpfer aufhielten, brannte nach Berichten von Journalisten vor Ort zu etwa drei Vierteln nieder. Es soll Tote und Verletzte gegeben haben.

48 verwundete Kambodschaner sind nach Angaben des Roten Kreuzes in das nahegelegene Flüchtlingslager Khao-I-Dang gebracht worden, das sich auf thailändischem Territorium befindet.

Gewaltverzicht auch für Afghanistan

● Fortsetzung von Seite 1

Auf die Frage, warum Reagan und Bush ausgerechnet von West-Berlin aus Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet hätten, erwiderte Genscher, der Präsident und sein Vizepräsident hätten für den Frieden gesprochen. „Und für Initiativen des Friedens ist Berlin ein besonders geeigneter Ort."

Auf die „Gefahren" der Nachrüstung angesprochen, verwies Genscher auf die anhaltende Bedrohung der Westeuropäer durch sowjetische SS-20-Raketen. „Den Europäern wäre nichts lieber, als ein Verzicht auf diese ganze Waffengattung." Sollte Moskau dazu aber nicht bereit sein, so könnte am Zeitpunkt des Beginns der Nachrüstung nichts mehr geändert werden. Westeuropa und Amerika trennen zu wollen, wäre illusionär.

Ein Prager Journalist fragte: „Wie schätzen Sie die kritischen Artikel in der CSSR-Presse im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers ein?" Genscher antwortete: „Wenn die Leser dieser Artikel in der CSSR-Presse die Möglichkeit hätten, unser Land zu besuchen, so würden sie feststellen, daß sie in einem anderen Land sind, als es in der CSSR-Presse beschrieben wird."

Genscher verteidigte auch den in Osteuropa scharf kritisierten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der mit seinen Äußerungen zur deutschen Ostgrenze nichts anderes getan habe, als an eine gemeinsame Entschließung des Bundestages aus dem Jahre 1972 anzuknüpfen, die allen Vertragspartnern bekannt gewesen sei und noch bekannt sei. „Daran kann nicht die Vermutung geknüpft werden, daß es irgend jemanden in der Bundesregierung gäbe, der nicht zu den Verträgen steht und der nicht die Absicht hat, die Beziehungen positiv zu entwickeln. Sie alle wollen verläßliche Partner sein und niemand hat die Absicht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen." Die Haltung Zimmermanns werde schon an seiner Absicht deutlich, im März dieses Jahres die CSSR zu besuchen.

SPD-Parteitag im Herbst: Gegen Stationierung?

Andeutungen von Egon Bahr / Alternative: Moratorium

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat die Möglichkeit in Aussicht gestellt, daß sich die SPD auf ihrem für Herbst geplanten Parteitag gegen die Stationierung US-Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden aussprechen wird, falls sich die USA bis dahin nicht bei den Genfer INF-Verhandlungen „bewegen".

Gleichzeitig gab Bahr in einer öffentlichen Diskussion mit dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Ruehl, über den NATO-Doppelbeschluß die Erwägung bekannt, die SPD könnte sich auch auf eine Verlängerung der Zeit bis zum Stationierungsbeginn einigen, wenn der Verhandlungsstand in Genf in absehbarer Zeit ein Ergebnis erreichbar erscheinen lasse.

Die mögliche SPD-Forderung nach einem solchen Moratorium ginge im wesentlichen zu Lasten der USA, ließ Bahr erkennen. Nach Verabschiedung des Doppelbeschlusses durch die NATO habe es zwei Jahre bis zur Aufnahme der Genfer Verhandlungen gedauert. Eineinhalb Jahre hätten die USA gezögert, ein halbes Jahr die Sowjetunion. Den entscheidenden Grund für die amerikanische Zurückhaltung, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, ließ Bahr unerwähnt.

Auch die Tatsache, daß die Genfer Verhandlungen zur Zeit auf der Stelle treten, lastete der SPD-Politiker den USA durch die Feststellung an, die Sowjetunion habe sich „bewegt, die USA aber nicht, und sie sind stolz darauf". Falls die USA dabei bleiben sollten, „wird das zu unserem Nein (in der Stationierungsfrage, die Red.) führen", fügte Bahr hinzu.

Er ließ keinen Zweifel daran, daß die SPD die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen mit strategischen Reichweiten in die Kräftegleichung in Europa nachdrücklich unterstützt. So würde nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Nachrüstung überflüssig, wenn die Sowjetunion sich bereit fände, ihr Mittelstreckenpotential auf das Niveau der entsprechenden britischen und französischen Waffen zurückzuführen.

Ruehl stellte die Behauptung Bahrs, die Sowjetunion habe sich in Genf „bewegt", entschieden in Frage. Die von Moskau öffentlich gemachten Vorschläge seien höchst vage. Bislang habe es den Anschein, als versuche die Sowjetunion, sich Sicherheit in Europa nach ihren Bedingungen zu verschaffen. „Gemeinsame Sicherheit" dürfe jedoch nicht allein vom Gegenüber bestimmt werden, betonte der Staatssekretär. Er beschrieb die SS-20-Rüstung der Sowjetunion in freier Variation der klassischen Clausewitzschen Kriegstheorie als „neues Mittel der Politik", mit dem Krieg durch Kriegsfurcht ersetzt werde.

Erdöl vier bis fünf Dollar billiger?

■ Fortsetzung von Seite 1

Güter nicht mehr verkaufen könnten.

WELT: Aber für den Autofahrer und den Verbraucher von Heizöl würde sich ein sinkender Ölpreis doch positiv auswirken.

Buddenberg: Die eingetretene Entspannung bei den Rohölpreisen ist in der Tat zu begrüßen; und ich glaube, daß wir für das Jahr 1983 mit um etwa vier bis fünf Dollar je Barrel niedrigeren Preisen rechnen können. Das ist gut für unsere Wirtschaft und für die Verbraucher. Wir müssen jedoch im Interesse einer gesicherten und weitestgehend unabhängigen Energieversorgung in längerfristigen Zeiträumen denken. Es muß vermieden werden, daß Investitionen im Energiesparsektor zurückgehen und andere Energien, wie die eigene Kohleproduktion und auch die verschiedenen Arten der Kohleveredelung, vernachlässigt werden. Dies alles sollte der Verbraucher bedenken.

WELT: Und welche energiepolitischen beziehungsweise energiewirtschaftlichen Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus?

Buddenberg: Unsere Wirtschaft braucht vor allem Stetigkeit. Überzogene Ausschläge nach oben und unten gefährden die Kontinuität und bergen erhebliche Risiken. Dies haben wir sehr eindringlich nach der Ölpreisexplosion 1980 erlebt. Dasselbe umgekehrt würde wiederum eine Schockwirkung mit negativen Begleiterscheinungen für die Wirtschaft bedeuten. Ein Dialog zwischen Verbraucherländern und Ölförderstaaten ist in dieser Situation sicher sehr nützlich.



BP-Chef Buddenberg

WELT: Was heißt das konkret?

Buddenberg: Auf eine einfache Formel gebracht: Die von den Opec-Staaten geförderten und von uns benötigten Rohöle müßten auch in Zukunft unter dem Gesichtspunkt einer echten Partnerschaft den Märkten zur Verfügung gestellt werden.

WELT: Würde eine solche Partnerschaft auch zu einer konkreten Kooperation führen, und haben Sie derartige Pläne?

Buddenberg: Ja, wir führen mit verschiedenen Ölproduzenten Gespräche in dieser Richtung.

800 000 Mark Abfindung für NH-Manager?

Richter macht Vergleichsvorschlag / „Gehalt etwas hoch"

dpa/DW. Hamburg

Im Prozeß um die Rechtmäßigkeit der Kündigungen gegen die ehemaligen Neue-Heimat-Vorstandsmitglieder Harro Iden und Wolfgang Vormbrock hat die Kammer für Handelssachen beim Hamburger Landgericht gestern einen Vergleich vorgeschlagen: Iden soll 800 000 und Vormbrock 600 000 Mark Abfindung erhalten.

Iden und Vormbrock, denen im Ferbruar vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der Neuen-Heimat-Affäre gekündigt worden war, wollen feststellen lassen, daß ihr Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgehoben wurde und ihnen damit eine Fortzahlung ihres Gehalts bis Ende 1985 zusteht. Bei Iden würde es sich um rund 1,6 Millionen, bei Vormbrock um rund 1,3 Millionen Mark handeln.

Sowohl bei Iden als auch bei Vormbrock kürzte das Gericht bei seinen Berechnungen das Gehalt um 20 Prozent, weil – so Richter Urban – diese Gehälter für ein gemeinnütziges Unternehmen „etwas hoch" seien. Bei Iden legte das Gericht monatlich 30 240 Mark, bei Vormbrork 21 923 Mark zugrunde. Zum Vergleich führte er das Gehalt des Bundeskanzlers an, das nur 19 263 Mark betrage.

Der Richter wies darauf hin, daß die Kammer eine gütliche Einigung für besonders dringlich halte. Es sei zu überlegen, ob die Neue Heimat nicht „etwas über das Ziel hinausgeschossen" sei und ob eine Abberufung der beiden von ihren Vorstandsposten nicht ausgereicht hätte. Urban gab deutlich zu verstehen, daß die Kläger gute Prozeßchancen hätten. Schon das formelle Verfahren bei der außerordentlichen Kündigung sei bedenklich.

Urban schlug der NH vor, Vormbrock für die Zeit von März 1982 bis Ende 1984 eine monatliche Summe von rund 21 900 Mark oder eine Gesamtabfindung von 600 000 Mark zu zahlen. Für Iden wurde ein Monatsentgelt von rund 30 200 Mark oder eine Abfindung von 800 000 Mark vorgeschlagen.

Wie in der Verhandlung mitgeteilt wurde, verdiente Vormbrock bei der gemeinnützigen NH und der Neuen Heimat Stadtbau fast 30 000 Mark im Monat. Dazu kamen noch Tantiemen. Iden brachte es bei beiden Unternehmen auf fast 36 000 DM monatlich.

Die Verhandlung soll am 9. März fortgesetzt werden. Kommt kein Vergleich zustande, werden in einem Verfahren mehr als 30 Zeugen gehört werden. Als Zeugen benannt wurden dabei auch der frühere DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und die Gewerkschaftsführer Eugen Loderer (IG Metall) und Rudolf Sperner (IG Bau, Steine, Erden) sowie der ebenfalls fristlos entlassene ehemalige Vorstandsvorsitzende der NH, Albert Vietor.

War ein neues Attentat auf den Papst geplant?

AP/AFP/dpa, Mailand

Der Türke Mustafa Savak ist gestern in Mailand unter dem Verdacht festgenommen worden, ein Attentat auf Papst Johannes Paul II. vorbereitet zu haben.

Der Mordanschlag hätte, so die Vorwürfe, während eines für ... geplanten Besuches des Papstes in Mailand stattfinden sollen. Der Festnahme Savaks ging die Inhaftierung eines Italieners voraus, der erklärt haben soll, Savak habe ihm eine „eher bescheidene" Summe als Lohn für die Ermordung des Papstes angeboten.

Die Staatsanwaltschaft will jetzt ermitteln, ob tatsächlich ein neuer Attentats-Plan vorliegt oder ob es sich um die frei erfundene Geschichte eines Phantasten handelt. Nach Angaben des Rundfunks erfolgte die Festnahme Savaks in Rho bei Mailand, nachdem ein Informant der Polizei gemeldet hatte, der Türke habe „mehrere Personen" angesprochen, um ein Attentat auf den Papst zu organisieren.

In Italien sind bereits zwei Türken und ein Bulgare unter dem Vorwurf in Haft, sie hätten mit dem Türken Ali Agca konspiriert.

SPD kritisiert Kernenergiepolitik

HEINZ HECK, Bonn

Die Kernenergiepolitik von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) sei „gegen die Lebensinteressen des Reviers gerichtet". Das hat ihm der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende K... Liedtke gestern vorgeworfen. Durch den Zubau von Kernkraftwerken mit etwa 12 000 Megawatt zusätzlicher Leistung würden „mindestens 30 000 Arbeitsplätze im Bergbau akut gefährdet", ... der zusätzliche Atomstrom voll ... Lasten der Steinkohle gehe.

Das Deutsche Atomforum h... Liedtkes Behauptungen, daß die Kernenergie den Kohlbergbau gefährde, für „unzutreffend". ... Einsatz deutscher Steinkohle ... der Stromwirtschaft sei durch d... Jahrhundertvertrag langfristig abgesichert.

Warnung vor Verzicht auf Nachrüstung

AFP/AP, Washington

Der amerikanische Staatssekretär im Außenministerium, Lawrence Eagleburger, hat vor einem Verzicht auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa gewarnt, bevor die sowjetischen SS 2o abgebaut sind: Dies wäre „der Anfang vom Ende" der atlantischen Allianz.

Während einer Rede vor den Führern des Jüdischen Weltkongresses in Washington forderte Eagleburger die NATO-Partner auf, dem sowjetischen Druck gegen die Aufstellung von 572 Cruise Missiles und Pershing 2 zu widerstehen. Sonst „müssen wir mit einer noch aggressiveren Haltung rechnen". Die Vergangenheit habe gelehrt, daß die Sowjetunion ihre Politik nur angesichts westlicher Entschlossenheit mäßige.

Der amerikanische Politiker machte deutlich, daß wenig Hoffnung bestehe, bei den Genfer INF-Verhandlungen vor der für das Jahresende geplanten westlichen Nachrüstung zu einer Einigung zu kommen. „Ich bin überzeugt, daß die Verhandlungen nicht enden werden, wenn wir mit unserer Stationierung beginnen." Zugleich unterstrich Eagleburger jedoch, daß Washington keine Anstrengung scheuen werde, um noch vor Jahresende zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Wenig optimistisch äußerte er sich darüber, daß sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen unter dem neuen Parteichef Jurij Andropow verbessern könnten. Das Verhältnis könne zwar von Persönlichkeiten geprägt werden, doch bestünden so grundlegende Meinungsunterschiede, daß ein einzelner allenfalls am Rande Wirkung erzielen könne.

Reagan hält Angebot zu Gipfel aufrecht

AP/rtr/ms. Washington/Bonn

Enttäuschung hat bei der Regierung in Washington die Ablehnung des Vorschlags von Präsident Reagan an den sowjetischen Parteichef Andropow ausgelöst, auf einem Gipfeltreffen ein Abkommen über ein Verbot aller atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu unterzeichnen.

Die USA hielten aber weiterhin an ihrem Angebot zu einem Treffen zwischen Reagan und Andropow zur Unterzeichnung eines solchen Abkommens fest, sagte ein Sprecher des Außenministeriums. „Wir hoffen, daß es von der Sowjetunion weiter geprüft wird."

Reagan selbst sagte in einem Interview der ST. Louis Post-Dispatch auf die Frage, ob er den Sowjets ein neues Signal habe geben wollen: „Nein, offen gesagt, ich reagierte ganz einfach auf ihre ungeheuren Propaganda-Anstrengungen, mit denen sie versuchen, unseren legitimen Abrüstungsvorschlag herabzusetzen."

Mit Erstaunen ist bei politischen Beobachtern im Westen registriert worden, daß Andropow die Antwort auf Reagans Vorstoß in einem in russischer Sprache geführten Interview mit Radio Moskau gegeben hat. Auswerter der Bundesregierung, die seit vielen Jahren die Medien in der Sowjetunion beobachten, können sich an keinen vergleichbaren Vorgang erinnern.

Das Verhalten von Andropow läßt aus der Sicht der Fachleute die Schlußfolgerung zu, daß dieses Interview ausgestrahlt wurde, um Anhängern einer bislang verborgenen Friedensbewegung zu signalisieren, daß die Partei weitgehende Hoffnungen nicht zulassen werde.

Seite 2: An der Basis

Gesagt

„Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis – wir werden niemals Gewalt, ob konventioneller oder atomarer Natur, anwenden, wenn wir nicht angegriffen werden."

Alan Romberg, stellvertretender Pressesprecher des State Department in Washington

SPD begrüßt die DGB-Forderung nach Null-Lösung

GÜNTHER BADING, Bonn

Das SPD-Präsidium hat in einer Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Gewerkschaftsforderung nach einer Null-Lösung bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa begrüßt. Dies überrascht um so mehr, als sich führende Politiker der SPD in den vergangenen Wochen immer mehr von dieser Position entfernt hatten.

Der DGB fordert in den „Prüfsteinen" zum Thema „Frieden und Entspannung" unter anderem, daß die Verhandlungen zwischen USA und Sowjetunion über die Stationierung der Mittelstreckenraketen ernsthaft und zügig fortgesetzt werden müßten. „Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstrekkenwaffen in Europa geben", heißt es wörtlich in den DGB-Forderungen. Das SPD-Präsidium erklärte in der gestern in Bonn veröffentlichten Stellungnahme dazu: „Die SPD kann hier alle Forderungen des DGB nicht nur akzeptieren; sie trägt sie aus eigener Überzeugung."

Zu den übrigen drei Prüfsteinen – Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit – nimmt das SPD-Präsidium fast ausnahmslos positiv Stellung. Nach der Versicherung, daß die Grundaussagen des DGB geteilt würden, setzt sich das Parteipräsidium für die vom DGB geforderte Ergänzungsabgabe, den Ausbau der Mitbestimmung, die „Ächtung der Aussperrung" und auch für die 35-Stunden-Woche ein.

Stoltenberg: Kapitalflucht bei rot-grünem Sieg

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg befürchtet, daß es im Falle eines Sieges von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl am 6. März zu einem „drastischen Niedergang der deutschen Wirtschaft und zur größten Kapitalflucht der Nachkriegszeit" kommen werde.

In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" betonte er, daß die Wirtschaft in den vergangenen Wochen deutlich steigende Auftragseingänge notiert habe. Dies sei ein Zeichen für eine Trendwende und „erste Triebe nach einem harten Winter, die aber ein unerwarteter Frost wieder zerstören kann".

Die von der SPD geforderten staatlichen Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft bezeichnete der Finanzminister als „Strohfeuer-Programme". Die CDU versuche demgegenüber, die Wirtschaft durch steuerliche und rechtliche Erleichterungen dauerhaft zu stärken.

Mit einem klaren Nein antwortete Stoltenberg auf die Frage, ob die Bundesbürger unter einer mit absoluter Mehrheit regierenden Union mit höheren Verbrauchssteuern rechnen müßten. Er unterstrich, daß die CDU vielmehr die Möglichkeiten prüfe, die Steuern zu senken.

Als erste Schritte in diese Richtung nannte er eine weitere Entlastung des gewerblichen Mittelstandes vom Jahre 1984 an sowie eine Verbesserung der Vermögensbildung für Arbeitnehmer. An eine Senkung der Lohnsteuer könne erst gedacht werden, wenn die Haushalte wieder gesund seien. Er hoffe, daß dies bis zum Ende der nächsten Wahlperiode der Fall sei.

Bischöfe rügen Anspruchsdenken

KNA, Bonn

Um die Hauptprobleme der Gegenwart – Arbeitslosigkeit und Friedenssicherung – zu bewältigen, ist es nach Auffassung der deutschen katholischen Bischöfe unerläßlich, daß alle „überzogenen Anspruchsdenken" zurückdrängen und „das Gemeinwohl über die Gruppeninteressen stellen". In einem Hirtenwort zur Bundestagswahl, das am kommenden Wochenende in allen katholischen Gottesdiensten der Bundesrepublik verlesen wird, rufen die Bischöfe zu einem fairen Wahlkampf auf und ermahnen alle Katholiken, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Verhandlungen aufgenommen

rtr, Genf

Nach zweimonatiger Pause sind gestern die amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen in Genf wieder aufgenommen worden. US-Unterhändler Edward Rowny räumte ein, daß es in der Frage der Verringerung der strategischen Rüstung „ernsthafte Hindernisse" für ein Abkommen gebe. „Aber es gibt nichts, was nicht überwunden werden kann, wenn man Ernsthaftigkeit und guten Willen an den Tag legt."

Oft bemäkelt: Volksmusik im Fernsehen

Jodeln und viel Gemüt

Wenn es auch so Mancher nicht wahrhaben mag, eine ZDF-Medien-Studie brachte es ans Tageslicht: 60 Prozent der Fernsehzuschauer begrüßen es, wenn Volksmusik in die gute Stube schallt. Roland Steinel, Ober-Jodler der Nation, erhielt nach einem Auftritt im ZDF-Dauerhit „Lustige Musikanten" einen Brief aus dem Erzgebirge: „Ihre Lieder sind einzig, wunderbar vom Text und der Musik her, einmalig interpretiert. Dies beweist auch Ihre Liebe zur Heimat und den Bergen."

An diesem Punkt aber scheiden sich die Geister. Hochgestochene Feuilletons finden für Auftritte von Heino und dgl. Wendungen wie

Lustige Musikanten – ZDF, 19.30 Uhr

„geschmacksnivellierende Anpassungsschnulzen". Aber Mainz hat mit Volksmusik eine Publikums-Show gemacht, die mit vollem Rohr auf die Herzen der Zuschauer zielt. Tatsächlich erreichten die 29 bisher ausgestrahlten „Lustigen Musikanten" einen Durchschnittswert von 13 Millionen Zuschauern pro Abend. Als die erste Sendung – wie fast alle folgenden – live am 25. November 1971 ausgestrahlt wurde, da entlud sich das aufgestaute Verlangen nach Jodel, Trubel, Heiterkeit und Gemüt in einer Zuschauerbeteiligung von 47 Prozent – das sind knapp 18 Millionen. „Dallas" beispielsweise erreicht „nur" 14 Millionen im Durchschnitt.

Peter Gerlach, unter dessen Regie die „Lustigen Musikanten" mit Strategie und Taktik aufs Publikum losgelassen wurden, hat dabei eine klare Aussage zu machen: „Wenn wir wissen, was der Zuschauer mag, dann haben wir die Aufgabe, diesem Geschmack Rechnung zu tragen. Denn der Zuschauer ist mündig. Und wir sind für ihn da – und nicht umgekehrt, wie manche Kritiker meinen." Und Wolfgang Penk, der neue Unterhaltungschef des ZDF, denkt da keinen Deut anders. Penk: „Wir machen Zuschauer-Fernsehen und schielen dabei nicht auf hochgestochene Feuilletons."

Ernst Mosch, Pionier böhmischer Blasmusik, wurde unlängst in Prag offiziell als einer derjenigen gefeiert, die diese Musik auch im Westen erhalten haben. Oder Roland Steinel: „Das, was diese eingebildeten Eliten über Volksmusik erzählen, zeigt nur, wie weit sie sich von diesem Volk entfernt haben, in dessen Namen sie sonst so gerne reden."

Maria und Margot Hellwig, Franzl Lang, Hans Krönauer, die Oberkrainer und wie sie sonst alle noch heißen, haben nichts anderes getan – und dies ist äußerst verdienstvoll – als ein Stück Liedgut ihrer Heimat durch alle Pop-Moden hindurch zu erhalten.

Eine ganz andere Sache ist die Machart der Sendung: Sie ist steril, marionettenhaft von einem Regisseur inszeniert, der sich offenbar sagt: „Hier brauchen wir nur mit links herunterzukurbeln, geguckt wird immer." Der verantwortliche Redakteur der Sendung, Eberhard Roeschen, hat das Gefühl für den Zuschauer längst verloren – die Einschaltquoten gehen sukzessive, aber beständig zurück.

Und auf dem Musikmarkt bewirkt die ehemals so erfolgreiche Sendung so gut wie nichts mehr: Der Anteil verkaufter Platten mit Volksmusik ist 1982 auf knapp unter zwei Prozent gesunken. Anders gesagt: Die beliebten „Lustigen Musikanten" des ZDF müssen neue Konturen bekommen. Das bisherige Konzept ist verschlissen.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Reigen des Unheils

Auch ein paar Szenensplitter aus Karl Kraus' „Dritter Walpurgisnacht" können nicht unbedingt widerlegen, daß dem sprachgenialen Wiener Literaten zu Adolf Hitler kaum mehr eingefallen ist als das vielzitierte Nichts. Vermutlich aber sollten sie eben dies gar nicht widerlegen. Kraus hat wohl selbst – auch mit den hier zitierten Passagen – die Kapitulation der Sprache vor dem grausamen Widersinn der Wirklichkeit manifestieren wollen. „Es bleibt unvorstellbar, doch da es geschah, ist das Wort nicht mehr gebrauchbar." Helmut Qualtinger leider interpretiert diesen Kraus schlampig, ungewohnt einfallslos, und es scheint schlicht, als habe er sich da nicht vorbereitet. Peinlich fast, wie er – der überragende Rollen-Multi – hier höchst unangebracht und mißglückt mit dem Tonfall des eben zum Reichskanzler avancierten Nazi-Führers Kabarett zu machen sucht.

Aber Wolfgang F. Henschel gestaltet seine Collage **„Beginn der Walpurgisnacht"** (ZDF) zu einem Panorama der Irrungen, der Hoffnungen und der Angst, wie es sich an jenem 1. Februar 1933 bot, zwei Tage nach der „Machtergreifung". Schon in Hitlers ersten Kanzlertagen war alles Leid der Verfolgung, alles Elend des Krieges – unverkennbar und doch viel verkannt – grundgelegt, ließen die letzten Zuckungen einer vielfältigen Presse noch einmal die inneren politischen Kämpfe aufbrodeln, ehe sich die große Zensur-Guillotine nicht nur der Schlagzeilen und Zeitungsköpfe, sondern auch der Köpfe ihrer Gestalter annahm. Deutschland war erwacht, und mit einem Schlag waren auch all die denunziatorischen Hausmeister erwacht, die nichts Unarisches mehr dulden mochten in ihren Häusern.

Allzu leichtfertig aber erscheint Henschels Reigen des Unheils vom tristen sozialen Hintergrund jener Zeit losgelöst, der erst den Erfolg der Nazis möglich machte. Denn Hitler war bei aller Grausamkeit, die folgen sollte, nicht das Produkt eines massenergreifenden Sadismus, sondern einer sich an die Versprechungen eines Verführers klammernden Hoffnung. So rekonstruiert dieses Szenenkunterbunt zwar mit bestechender Tiefenschärfe die Fronten des Politischen, ignoriert aber die ausgebeutete Kraft des Unpolitischen.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

In drei Folgen hat auch das israelische Fernsehen das Drama **„Die Geschwister Oppermann"** gesendet. Es war das erste Mal, daß ein Spielfilm in deutscher Sprache über israelische Bildschirme lief. Vor der ersten Aufführung gab es zwar Tausende von Protesten, nachher nicht einen einzigen (so zumindest beschied die Sprecherin des Fernsehens dem SAD). Der Kritiker der Zeitung „Yediot Achronot", Aharon Bechar, war außer sich vor Entzücken über das Fernsehspiel: „Schon nach der ersten Folge konnte man sehen, daß wir hier eines der besten Dramen vor uns haben, die unser Fernsehen je gezeigt hat ..."

Die meisten Israelis konnten dem Film jedoch nur teilweise folgen, denn die Deutschsprechenden sind heute eine Minderheit. (SAD)

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Eiskunstlauf-EM
10.45 Der Frosch und die Eintagsfliege
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Tagesschau
15.30 Verlorene Wünsche
Porträt einer türkischen Familie in Memmingen
Von Renate Stegmüller und Raimund Koplin
Um der Heirat mit einem Mann zu entgehen, den sie nicht liebte, ließ sich die junge Türkin Semiha als Hilfsarbeiterin in die Bundesrepublik vermitteln. Sie arbeitete in einer Käsefabrik in Wangen, lernte einen Mann ihrer Wahl kennen und bekam fünf Kinder.
16.15 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Jim wird verraten
16.40 Die Ferien des Herrn Rossi
Urlaub auf dem Bauernhof
17.05 ARD-Sport extra – aus Dortmund
Eiskunstlauf-EM
Eistanz – Freier Spurenbildtanz
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend
Der 7. Sinn

WELT Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.18 Deutschland vor der Wahl
Frauen in der Politik
Eine Diskussion mit Bundestagskandidatinnen
21.15 ARD-Sport extra – aus Dortmund
Eiskunstlauf-EM
Kür der Herren
22.45 Tagesthemen
23.15 Mittags auf dem Roten Platz (2)
Film von Dieter Wedel
Mit Monika Bleibtreu und Michael Degen u. a.
Dieter Wedel führt nicht nur das Schicksal von „Abweichlern" in der UdSSR vor, vielmehr erzählt er im Film auch von der Entstehung des Films. Dadurch zeigt er, wie problematisch es ist, „Realität" objektiv darzustellen.
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Faszinierendes Weltall
Sonne und Sterne
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Immer Ärger mit Pop
Letzte Folge
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Graham Bonney
17.50 ... und die Tuba bläst der Huber
Der Chiemseemaler
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Lustige Musikanten
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: Mieter-Ängste: Wer kann sich noch Wohnraum leisten, wenn die Mieten weiter steigen – Wohnungsprobleme am Beispiel der Stadt Köln. / Deutscher Dreck: Durch Luft und Flüsse schieben sich die „DDR" und die Bundesrepublik ihren Umweltschutz zu. Läßt sich der Kreislauf des deutschen Drecks noch stoppen? / Zwei Sorten Mensch: Warum ein Unternehmer, der Arbeiter und Angestellte gleich bezahlt, aus dem Verband der Metall-Industrie flog / Rock aus Ost-Berlin
Moderation: Ernst Elitz
22.05 Das kleine Fernsehspiel
„Eine Zeitlang, es war in Rom, dachte er nur an schneebedeckte Felder"
Die Geschichte eines Einsamen
Buch und Regie: Erwin Michelberger
Der Film handelt von Jugendlichen, die es nie gelernt oder wieder verlernt haben, miteinander zu sprechen, von sich zu sprechen oder anderen zuzuhören. Der Ort, an dem sie leben, ist austauschbar, die Menschen, mit denen sie Kontakt haben, sind zufällige Begegnungen.
23.35 heute

III.

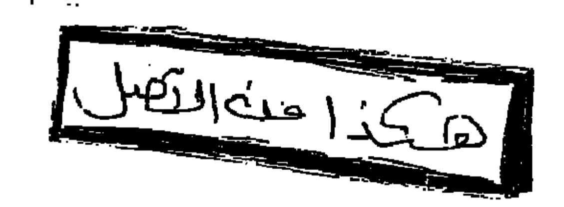
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Film am Donnerstag
Feuersturm
Amerik. Spielfilm, 1961
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtschalter

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Briefmarken nicht nur für Sammler
18.45 Follow me (13 und 14)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die großen und die kleinen Fluchten (7)
Engl. Spielfilm, 1951
21.50 Kultur aktuell:
22.35 Beat-Club

HESSEN
18.30 Sindbad, der Seefahrer
19.15 Natur und Technik
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Nur die Pflanze war Zeuge
US-Spielfilm, 1978
21.40 Drei aktuell
21.55 Kulturkalender
22.25 Alles, was geschieht, geht dich an
Der Dichter Günter Eich
23.10 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
19.00 Fernsehspiel des Auslands
20.55 Phantasie gegen Monotonie
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Magazin regional Zeitraffer
22.15 Zugabe
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.35 Nur einen Sommer lang:
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Fernsehtheater
20.20 Analyse
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
21.05 Der Sportstammtisch
22.30 Sperrfrist



Krisenhilfe von der BIZ

cd. – Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die Bank der Notenbanken, ist in der letzten Zeit immer mehr in die Rolle einer Feuerwehr hineingewachsen. Sie hat bei der Zahlungsunfähigkeit Mexikos und Brasiliens, Ungarns und Jugoslawiens und jetzt gerade Argentiniens mit Überbrückungskrediten verhindert, daß an den internationalen Finanzmärkten Flächenbrände entstehen, die das ganze weltweite Finanzsystem zum Einsturz bringen.

Nun soll der BIZ-Präsident Fritz Leutwiler, hauptamtlich Chef der Schweizerischen Nationalbank in Davos, erklärt haben, die BIZ werde künftig Ländern mit akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten keine derartigen Überbrückungskredite mehr einräumen. Zwar ließ sich für diese Meldung einer Nachrichtenagentur keine Bestätigung finden. Doch gibt es einiges, was für ein Überdenken der BIZ-Politik spricht.

So hilfreich die BIZ-Feuerwehr in den wirklich akuten Krisenfällen Mexiko und Brasilien war: à la longue ist die BIZ, sind die wenigen starken Notenbanken, die ihr das Geld zur Verfügung stellen, mit dieser Aufgabe überfordert. Akute Zahlungsbilanzhilfe ist Sache des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dem helfen elf Notenbanken bereits mit einer Verdreifachung der Mittel aus den „Allgemeinen Kreditvereinbarungen" auf rund 20 Milliarden Dollar.

Bei zu weitherziger Hilfsbereitschaft droht die BIZ zu einem Selbstbedienungsladen zu werden, der vom bitteren Gang zum IWF abhalten könnte. Im übrigen birgt auch nicht jede Länder-Zahlungsnot die Gefahr eines Zusammenbruchs des Währungssystems in sich. Es genügt wohl, wenn die BIZ sich für wirklich ganz kritische Fälle bereit hält.

Verzerrung

Py. – Das Kraftfahrzeug-Gewerbe unternimmt den soundsovielten Versuch, in Brüssel und Bonn auf die Abschaffung der kumulativen Besteuerung des gewerblichen Umsatzes bei Gebrauchtwagen zu dringen. Dieses seit 1968, also seit Einführung der Mehrwertsteuer, praktizierte gleichwohl systemwidrige Verfahren besagt, daß Gebrauchtwagen, die als Neuwagen bereits der Umsatzbesteuerung unterlegen haben, beim Verkauf als Gebrauchtwagen nochmals voll der Besteuerung unterworfen sind. Dieses Verfahren bedeutet nicht nur eine Verteuerung gegenüber den nicht mehrwertsteuerpflichtigen Verkäufen von Privat an Privat, es stellt auch eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten des Handels dar. Bei dreimaligem Besitzerwechsel während der durchschnittlich zehnjährigen Lebensdauer eines Pkw ergibt sich – auf den Neuwagen bezogen – eine umsatzsteuerliche Belastung von 30 Prozent. Ein vernünftiger, inzwischen fünf Jahre alter Reformvorschlag der EG-Kommission ist bislang am EG-Ministerrat gescheitert. Der Bonner Vorsitz dort könnte die Lösung des Problems bringen.

LANDWIRTSCHAFT / Bundeskabinett verabschiedet Agrarbericht 1983

Die Bauern können eine erhebliche Einkommenserhöhung erwarten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die deutsche Landwirtschaft kann nach Ansicht der Bundesregierung auch im laufenden Wirtschaftsjahr mit einem überdurchschnittlichen Einkommensanstieg rechnen. Nach dem gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Agrarbericht 1983 erhöhten sich die landwirtschaftlichen Einkommen im Wirtschaftsjahr 1981/82 im Durchschnitt um 7,7 Prozent auf 22 890 Mark je Familien-Arbeitskraft. Für 1982/83 rechnet Ernährungsminister Josef Ertl mit einem Anstieg, der dem der Vorperiode vergleichbar ist.

Grundlage für diese positive Einkommenseinschätzung ist die insgesamt gute Ernte 1982. Die Mengen bei Getreide, Raps, Obst, Gemüse und Wein lagen erheblich höher als im Vorjahr und erreichten teilweise Spitzenerträge. Auch das Aufkommen an wirtschaftseigenem Futter war relativ hoch, so daß ausreichend Vorräte an Winterfutter angelegt werden konnten. Bei Zuckerrüben und Kartoffeln fiel die Ernte allerdings schlechter als im Vorjahr aus.

Die Experten im Hause Ertl gehen davon aus, daß sich das Niveau der Erzeugerpreise 1982/83 insgesamt etwa dem des Vorjahres entsprechen werde. Zwar wird bei Obst, Wein, Gemüse, Kartoffeln und Zuckerrüben teilweise mit deutlichen Preisrückgängen gerechnet. Dagegen wird für die insbesondere für Vollerwerbsbetriebe wichtigen Produkte wie Milch, Schlachtvieh und Getreide im Durchschnitt von höheren Notierungen ausgegangen.

Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel dürften 1982/83 um rund drei Prozent steigen. Die Mengenänderungen würden sich in engen Grenzen halten. Der Zukauf von Futtermitteln dürfte wegen der guten Ernte kaum ausgeweitet werden. Die Zunahme des Gewinns von 7,7 Prozent je Familien-Arbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1981/82 konnte den Rückgang um 12,6 Prozent der Vorperiode noch nicht ausgleichen. Daher spricht der Deutsche Bauernverband noch von einem erheblichen Nachholbedarf. Er kommt in seinen Berechnungen auch nur zu einem Einkommensanstieg von rund drei Prozent.

Vor der Presse in Bonn verwies Josef Ertl auch noch auf den gewerblichen Vergleichslohn, der im Wirtschaftsjahr 1981/82 zwar nur um 3,8 Prozent zugenommen hatte, mit 32 176 Mark jedoch noch beträchtlich über dem Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft gelegen haben soll. Allerdings messen die Experten des Hauses Ertl einem solchen Vergleich wenig Aussagekraft bei.

Je Unternehmen erhöhte sich der Gewinn um durchschnittlich 5,9 Prozent auf 28 587 Mark in der Landwirtschaft. Im letzten Jahrzehnt ist der Gewinn je Familien-Arbeitskraft laut Agrarbericht um jährlich 3,7 Prozent und je Unternehmen um 4,2 Prozent gestiegen.

Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Zuerwerbsbetriebe verbesserte sich wie die der Vollerwerbsbetriebe. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Gewinn je Unternehmen um 5,5 Prozent auf 16 615 Mark. Damit betrug das Gesamteinkommen je Familie 34 520 Mark. Auch die Ertragslage der Nebenerwerbsbetriebe wurde 1981/82 durch steigende betriebliche und außerbetriebliche Einkommen bestimmt. Das durchschnittliche Familieneinkommen erhöhte sich um 6,1 Prozent auf 36 268 Mark.

Generell schnitten die Betriebe im Norden besser ab als die im Süden. Während Dauerkulturbetriebe ein Gewinnplus von 49,2 Prozent und Veredelungsbetriebe von 31,8 Prozent verbuchen konnten, konnten die Futterbaubetriebe nur einen leichten Anstieg um 3,2 Prozent erwirtschaften. Die Marktfruchtbetriebe mußten schon im dritten Jahr hintereinander Einkommenseinbußen (minus 4,6 Prozent) hinnehmen.

Wegen der allgemein schleppenden konjunkturellen Entwicklung hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft verlangsamt, weil es immer schwieriger wurde, einen Arbeitsplatz in anderen Bereichen zu finden. Die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat im Wirtschaftsjahr 1981/82 nur noch um 2,4 Prozent abgenommen, was dem Umfang der Berufsaufgabe aus Altersgründen entspricht. Im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1982 lag der Rückgang bei 3,9 Prozent. Wegen der wieder günstigeren Einkommenssituation haben die Investitionen der Landwirte 1981/82 um vier Prozent auf 8,67 Milliarden Mark zugenommen. Für 1982/83 wird mit einem weiteren Plus gerechnet.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Pragmatische Lösungen für den Binnenmarkt gesucht

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Schwierig, aber nicht aussichtslos sind die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Dies hat der erste Sonderministerrat zu diesem Themenkomplex gezeigt. Bis zum Ende der deutschen EG-Präsidentschaft im Sommer könnten deutliche Fortschritte beim Abbau technischer Handelshemmnisse gemacht werden. Voraussetzung ist jedoch ein Kompromiß über die Behandlung von Drittlandswaren.

Die eintägigen Beratungen der Wirtschaftsminister ließen erkennen, daß alle EG-Regierungen an einer Beseitigung der bestehenden Handelsbarrieren Interesse haben und den Gemeinsamen Markt als Chance für Innovation und kostengünstigere Produktion begreifen. Zugleich gibt es jedoch schwer überbrückbare Meinungsunterschiede über das Ausmaß der anzustrebenden „Gemeinschaftspräferenz" im Handel. Die Frage ist, wie weit EG-Erzeugnisse künftig eine privilegierte Behandlung erhalten sollen.

Frankreich betont seit langem die Notwendigkeit einer stärkeren „Identität" der EG. Der Ausbau des freien Warenverkehrs im Innern der Gemeinschaft – so argumentierte es auch diesmal – dürfe nicht zu einer wachsenden Überschwemmung des Europäischen Marktes mit Drittlandswaren führen.

Dagegen vertrat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die bekannte freihändlerische Position Bonns. Bei einem EG-Anteil von knapp 48 Prozent am deutschen Außenhandel könne es sich die Bundesrepublik nicht leisten, auf Handelspartner außerhalb der Gemeinschaft zu verzichten. Schon aus der eigenen wirtschaftlichen Interessenlage heraus dürften sich auch die meisten anderen EG-Staaten nicht mit dem europäischen Markt begnügen.

Die Aussprache zeigte jedoch, daß keine Regierung sich wegen dieser unterschiedlichen Grundeinstellung einer Diskussion der technischen Einzelfragen verschließen will, damit ist der Weg für pragmatische Lösungen in den kommenden Monaten offengeblieben. Deutlich wurde dies besonders bei der Beratung über das von Frankreich gewünschte Sonderverfahren für die technische Zulassung von Drittlandsprodukten. Eine Einigung darüber würde allein die Verabschiedung von 20 entscheidungsreifen Harmonisierungs-Richtlinien gestatten.

Ziel der Kommission ist es, daß Waren, für die in einem Mitgliedsstaat die Übereinstimmung mit den auf Gemeinschaftsebene festgelegten Sicherheitsvorschriften bescheinigt wird, automatisch in allen anderen EG-Staaten weiter vermarktet werden dürfen. Ohne eine Sonderregelung für Drittländer würde dies bedeuten, daß zum Beispiel in Belgien zugelassene japanische Kraftwagen ungehindert (und ohne handelspolitische Gegenleistung) nach Frankreich importiert werden dürfen.

Der Rat will versuchen, bis Ende März eine Lösung für diese Probleme zu finden. Das gleiche gilt für die Schaffung eines „Frühwarnsystems" vor der Einführung neuer Industrienormen in den Mitgliedsstaaten.

Flexible Lohnpolitik

Von PETER GILLIES

Wir haben diese Wirtschaft aufgebaut, wir wollen unseren gerechten Anteil." So stand es gestern auf Plakaten von Demonstranten in Fellbach. Wo liegt der „gerechte Anteil"? Gilt er nur für die Arbeitsbesitzer oder auch für die Arbeitslosen?

In der Lohnrunde 1983 ist nach allgemeiner Erkenntnis wenig zu verteilen. Unter den vielen Anregungen, die den Tarifpartnern übermittelt wurden, fiel in jüngster Zeit häufig die Empfehlung zur „flexiblen" Lohnpolitik. Im gerade veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird Flexibilität nach Regionen, nach Sektoren und Qualifikationen angeregt.

Das Motiv dieser Empfehlung liegt darin, den Spielraum der Unternehmen zu erweitern, sie kostenmäßig „atmen" zu lassen, ihnen letztlich zu ermöglichen, mehr rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Die deutsche Tarifpolitik ist quasi gesetzlich, schafft eine Art Einheitslohn. Die Gewerkschaften versuchen, den Abschluß an möglichst gewinnträchtigen Unternehmen zu orientieren, die Arbeitgeber müssen darauf achten, daß auch der gewinnschwache Grenzbetrieb die Lohnerhöhung noch aufbringen kann.

Durch die fortschreitende Tarifierung außertariflicher Leistungen hat sich das Einheitslohnprinzip verfestigt. Es nimmt kaum mehr Rücksicht darauf, daß es große und kleine, bessere und schlechtere, periphere oder zentrale Unternehmen gibt. Wenn gar eine Branche wie die Metallindustrie das entscheidende Datum für die gesamte Volkswirtschaft setzen will (oder muß), erlischt die Elastizität der Lohnpolitik völlig.

Für einen Betrieb am Zonenrand, der schwer zu kämpfen hat, wäre eine Null-Runde eine Erleichterung. Dagegen kann ein gewinnstarkes Unternehmen mutmaßlich auch sechs Prozent Tariferhöhung verkraften, ohne ins Schleudern zu kommen. Würde man sich am Gewinnschwachen orientieren, hätten die Starken mehr Spielraum für Gewinnbeteiligungen und Boni, dort sicherte man Arbeitsplätze, hier machte man sie rentabler.

Eine betriebsnahe Tarifpolitik rüttelt jedoch am gewerkschaftlichen Selbstverständnis. Sie würde die „Regionalfürsten" entmachten. Auch gibt es Unternehmen, die von der Kalkulierbarkeit einer starren Lohnpolitik mehr halten als von der flexiblen. Auch sei es, so sagen sie, ein Wert an sich, wenn das Gewerkschaftslager geschlossen und kalkulierbar sei.

Zur Flexibilität gehört nicht nur der Abstand zwischen den Löhnen von Hilfs- und Facharbeitern, über zeitliche Variationen, sondern auch das Nachdenken über andere Wege. Aktuell sind hier die Vermögensbildung oder die Umsetzung von Tariflohn in Arbeitszeitverkürzung.

Aber: Wenn nur 2,5 oder drei Prozent zu verteilen sind, will man daraus Vermögensbildung oder eine Stunde Arbeitszeitverkürzung machen, also auf Lohnerhöhung völlig verzichten? Die Masse will Kasse, wissen Tarifexperten. Die 90 Prozent der Arbeitnehmer, die Arbeit haben, begehren Lohnerhöhungen, wobei sie an die zehn Prozent Arbeitslosen wenig denken.

So bleiben die Überlegungen zur Flexibilität ein Glasperlenspiel, wenngleich eine längerfristige Herausforderung für die Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen geht nur mit der Tarifpolitik – niemals ohne sie. Das Überangebot an Erwerbspersonen hat mit dem Preis der Arbeit, dem Lohn, zu tun. Noch höhere Preise würden dieses Überangebot vergrößern, nicht vermindern.

So stellt die Tarifrunde 1983 die Herausforderung dar, zu vermeiden, daß die Unternehmen – wie schon bisher – den nicht mehr finanzierbaren Teil der Lohnerhöhung durch Personalkürzung ausgleichen. Könnten sie ihn durch höhere Preise hereinholen, wäre das Ergebnis ebenfalls unerwünscht, denn höhere Inflationsraten mindern die Kaufkraft.

Daß die Inflationsrate stellenweise schon eine Drei vor dem Komma trägt, ist ermutigend. Es sollte den Tarifpartnern erleichtern, Solidarität mit den Arbeitslosen zu beweisen. Das Konzept, die Reallöhne zu Lasten der Gewinne sichern zu wollen, führt dagegen noch stärker in die Erwerbslosigkeit, weil der Spielraum für arbeitsplatzschaffende Investitionen geringer würde.

Im letzten Jahresgutachten der Sachverständigen stand: „Im Prinzip und von den gegenwärtigen Störungen einmal abgesehen, erhalten Menschen Arbeit, wenn sie für andere etwas herstellen wollen und dafür im Austausch nicht mehr verlangen, als das, was sie herstellen, den anderen wert ist." Über das Prinzip darf nachgedacht werden.

AUF EIN WORT

„Die drastisch erhöhten Preisforderungen für heimische Kohle stehen in deutlichem Gegensatz zum Strompreisniveau unserer Konkurrenten in den Nachbarländern. Energieintensive Prozesse sind durch solches Verhalten, das von der Existenz eines Marktes keine Notiz nimmt, äußerst gefährdet."

Prof. Dr. Carl Heinrich Krauch, Vorstandsvorsitzender der Chemische Werke Hüls AG, Marl

FOTO: P. PRANGE

Staatsvertrag über Bildschirmtext

AP, **Bonn**

Gesetzliche Regelungen für den Verbraucherschutz beim Bildschirmtext hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) gefordert. Im Staatsvertrag über Bildschirmtext, den die Ministerpräsidenten der Bundesländer morgen beschließen wollen, müsse sichergestellt sein, daß den Verbrauchern bei Bestellungen über Bildschirm ein Rückgaberecht der Ware und ein generelles Widerrufsrecht eingeräumt werde, erklärte die AGV in Bonn. Auch müsse zwischen kommerzieller Werbung und neutraler Information klarer unterschieden werden als vorgesehen.

IFO-STUDIE

Haushalte umschichten statt höherer Kredite und Steuern

rtr, **München**

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat Zweifel am Sinn zusätzlicher staatlicher Investitionsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angemeldet. In einer Studie spricht sich das Münchner Institut statt dessen dafür aus, die Investitionen am echten Bedarf auszurichten und eine etwas stärkere staatliche Investitionstätigkeit durch einen „Solidarpakt" im öffentlichen Dienst zu erleichtern.

Der Staat sollte in den kommenden Jahren die vorrangige Bedeutung der privaten Investitionen anerkennen und Rücksicht auf die hohe Zins- und Steuerbelastung der Wirtschaft nehmen. Zusätzliche Mittel für mehr staatliche Investitionen sollten daher vor allem durch Umschichtungen in den Haushalten aufgebracht werden, nicht aber durch mehr Kredite oder höhere Steuern. Hilfreich wäre dabei, so das Ifo, ein „Solidarpakt" in Form einer mittelfristigen Zurückhaltung bei Tariferhöhungen und einer Senkung der Einstellungsgehälter, um mehr Neueinstellungen im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Auf diese Weise würde dem Problem der Folgekosten öffentlicher Investitionen begegnet und zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen.

Zu der Forderung nach zusätzlichen staatlichen Investitionsprogrammen erklärte das Institut, es sei zu bezweifeln, ob sich eine kreditfinanzierte Erhöhung durch die Wirkung auf den Wirtschaftskreislauf letztlich selbst finanzieren würde. Dies berge das Risiko in sich, daß der gegenwärtige Zinssenkungsprozeß wieder zum Stillstand kommt. Steuererhöhungen zur Finanzierung seien nur dann gerechtfertigt, wenn ein Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur bestehe. Dies sei derzeit aber nicht der Fall, da der Nachholbedarf weitgehend gedeckt sei.

GROSSBRITANNIEN

Nachfrage und Produktion sind weiter zurückgegangen

WILHELM FURLER, **London**

Die Stimmung in der herstellenden und verarbeitenden Wirtschaft Großbritanniens ist unverändert gedrückt. Nachfrage und Produktion haben sich in den vergangenen vier Monaten insgesamt verringert, und die Chancen, daß sie in den kommenden vier Monaten merklich wachsen, sind äußerst gering.

Ebenso zurückgegangen sind in den vergangenen vier Monaten Exportaufträge und Lieferungen ins Ausland, und auch hier wird für die kommenden vier Monate kaum eine Verbesserung erwartet. Das geht aus den Ergebnissen der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1700 Mitgliedsfirmen hervor. Lediglich bei einer längerfristigen Betrachtung der Exportaussichten für die nächsten zwölf Monate ergibt sich eine leichte Vertrauenszunahme. Sie dürfte ausschließlich auf die jüngste Abwertung des Pfundes und damit auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft zurückzuführen sein.

Die Investitionsneigung stellt sich nicht mehr ganz so negativ dar wie in den beiden vorausgegangenen Befragungen im Juli und im September vergangenen Jahres. Trotzdem dürften die tatsächlichen Investitionsausgaben weiterhin zurückgehen.

Besonders unerfreulich wird für die Regierung Thatcher die in den Antworten ausgedrückte Erwartung über eine weiter zunehmende Arbeitslosigkeit in diesem voraussichtlichen Wahljahr kommen. Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen rechnet damit, die Zahl ihrer Beschäftigten während der nächsten vier Monate weiter zu reduzieren. In seinem Kommentar zu den Umfrageergebnissen betont der Industrieverband, daß es noch keine Anzeichen für eine Zunahme der Wirtschaftsaktivitäten gibt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hilfe zugesichert

Bonn (AP) – Die Bundesregierung hat der deutschen Hochseefischerei versichert, ihre Interessen national und international zu vertreten. Staatssekretär Waldemar Schreckenberger vom Bundeskanzleramt sagte den Vertretern der Deutschen Hochseefischerei in einem Gespräch im Bundeskanzleramt zu, daß die Bundesregierung insbesondere mit Nachdruck auf die Einhaltung international bestehender Fangverträge drängen werde. Dies gelte unter anderem gegenüber Kanada. Wie das Bundespresseamt über die Fischereigespräche erklärte, schlug Schreckenberger einen intensiven Meinungsaustausch über die Probleme der Hochseefischerei vor.

Sondersitzung

Salzgitter (dos) – In einer Sondersitzung am 21. Februar will sich der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages mit dem Bericht der Stahlmoderatoren zur Neuordnung der deutschen Stahlindustrie befassen. Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter) sollen an der Sitzung alle Abgeordneten teilnehmen, die die betroffenen Stahl-Standorte im Bundestag vertreten, auch wenn sie nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses sind.

Arbeitslose in Japan

Tokio (AFP) – Die Arbeitslosigkeit erreichte 1982 in Japan mit 2,4 Prozent der aktiven Bevölkerung den höchsten Stand seit 28 Jahren. Dies geht aus einem in Tokio veröffentlichten Regierungsbericht hervor. Von der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes, die 56,38 Millionen zählt, waren Ende vergangenen Jahres 1,36 Millionen erwerbslos. Nach den Angaben des Arbeitsministeriums dürfte die Arbeitslosenrate noch für einige Monate auf 2,4 Prozent verbleiben. Sie ist jedoch im Vergleich zu der anderer Industrieländer sehr gering.

Absatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Bei den Realkreditinstituten ist der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen im vergangenen Jahr gegenüber 1981 weiter kräftig um 22,3 (Vorjahr: gut 20) Prozent auf 116,3 (95,1) Milliarden Mark gestiegen. Nach Angaben des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt wurden mit 100,1 (84,3) Milliarden Mark um 18,7 Prozent mehr Inhaberpapiere verkauft. In dieser Kategorie sei vor allem der Absatz an Inhaber-Pfandbriefen beachtlich gewesen, der mit 24,0 (14,8) Milliarden Mark das Vorjahresergebnis um 62,9 Prozent übertraf. Niedriger fiel dagegen der prozentuale Zuwachs bei den Inhaber-Kommunalobligationen aus: Von diesen Titeln wurden 76,0 (69,5) Milliarden Mark emittiert, 9,3 Prozent mehr als 1981.

Neue Grundsätze

Berlin (dpa/VWD) – Eine Neufassung der Grundsätze über die Erteilung von Bankauskünften hat der Zentrale Kreditausschuß durch den Bundesverband deutscher Banken beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin gemeldet. Mit der Überarbeitung der aus dem Jahre 1952 stammenden Grundsätze sollen die Regeln des Bankauskunftsverfahrens der Rechtsentwicklung, insbesondere dem Bundesdatenschutzgesetz, angepaßt werden. Die Grundsätze enthalten keine Aussage darüber, unter welchen Voraussetzungen die Erteilung einer Bankauskunft rechtlich zulässig ist, sondern lediglich den technischen Verfahrensablauf im Interesse einer Standardisierung des Auskunftswesens.

Pipeline in Betrieb

Wilhelmshaven (dos) – Nach zehnmonatiger Bauzeit ist gestern das erste Rohöl durch die Pipeline der Norddeutschen Ölleitungsgesellschaft mbH (NDO) von Wilhelmshaven nach Hamburg geflossen. Nach Angaben der NDO belaufen sich die Investitionen für die 136 km lange Leitung auf 145 Millionen Mark. Die jährliche Kapazität von derzeit rund 8 Millionen Tonnen kann durch den Bau einer zweiten Pumpstation auf 11,5 Millionen erhöht werden. Gesellschafter der NDO sind die Deutsche BP und die Esso AG.

PRODUKTION

Weiter leicht gesunken

Mk. **Bonn**

Die Industrieproduktion ist in der Bundesrepublik zum Jahresende weiter leicht gesunken. Der Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe ging nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes von November auf Dezember saisonbereinigt um ein Prozent zurück. Allerdings wurde der November-Index nachträglich um einen Punkt nach oben korrigiert. Auch der Aussagewert des Zweimonatsvergleichs (November/Dezember gegenüber September/Oktober) ist ebenfalls noch durch die Feiertage begrenzt. Er weist einen Rückgang für das Produzierende Gewerbe von 1,5 und für das Verarbeitende Gewerbe von zwei Prozent auf. Überdurchschnittliche Einbußen von drei Prozent mußten die Hersteller von Investitionsgütern verkraften. Im Vorjahresvergleich sank die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe um sechs Prozent. Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe einen Rückgang von sieben Prozent.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG / Prof. Engels sprach auf dem VDMA/IW-Symposium

„Bürokratie will gar nicht effizient sein"

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Beamten sind eher die Leidtragenden als die Schuldigen an der Ineffizienz der staatlichen Bürokratie. Mit dieser Behauptung brach Professor Wolfram Engels auf dem gemeinsamen Symposium des Instituts der Deutschen Wirtschaft und des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau gestern in Bad Godesberg eine Lanze für den seit eh und je kritisierten Stand. Nicht die fehlende Intelligenz, sondern die schlechte Organisation machte Engels in einem temperamentvollen Vortrag für die offenkundige Misere verantwortlich.

Die Gründe hierfür seien einmal in der fehlenden oder falschen Motivierung des Beamten zu suchen. Seine Beförderungschancen sind um so größer, je höher das Budget ist, das er verwaltet und je mehr Leute ihm unterstehen, behauptet Engels und zieht das Fazit: es sei folglich nicht sein Interesse, eine Aufgabe möglichst billig, sondern möglichst teuer zu erledigen, da die Motivation „grundlegend falsch" sei. Parkinsons Gesetz von der wundersamen Bürokratievermehrung sei schlicht der Ausfluß eines Organisationsfehlers.

Zur Veranschaulichung hatte der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Beispiele zur Hand wie etwa dieses: Die Zahl der Beamten im Bonner Ernährungsministerium habe sich gegenüber 1955 verdoppelt, die Zahl der betreuten Bauern seither halbiert.

Eine zweite Ursache für die geringe Effizienz sieht Engels in dem fehlenden Konkurrenzdruck. In der Privatwirtschaft könnten richtig organisierte Unternehmen überleben. Für den Staat gelte dies nicht.

Den Sinn des Föderalismus sieht Engels unter anderem in dem damit beabsichtigten Wettbewerb der Bundesländer. Aber mit der Begründung, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" in der Bundesrepublik herzustellen (die das Grundgesetz gar nicht fordere), würden alle wichtigen politischen Fragen wie etwa Bildung unter den Ländern abgestimmt, meist auf Beamtenebene. Die Politiker würden entmündigt, und der Ersatzmechanismus für den Wettbewerb am Markt durch dieses „Kartell" abgeschafft.

Engels, der die „Effizienzsteigerung der staatlichen Bürokratie" im Visier hatte, stellte die Frage, was gegen diese Entwicklung zu tun sei. Zunächst müsse man versuchen, auch im öffentlichen Dienst Leistung zu messen. Die Ergebnisse müßten dann aber auch veröffentlicht werden. Bereits heute habe die öffentliche Hand einige Zahlen, würde sie jedoch meist geheimhalten. „Was nützt eine Kostenrechnung, wenn daraus keine Schlußfolgerungen gezogen werden?" fragte Engels. Beispielsweise sei die Müllabfuhr in Kassel dreimal so teuer wie in Kaiserslautern. Doch sei dies öffentlich nicht bekannt, und es könnte daher auch kein „Kontrolldruck" entstehen.

Obwohl der Staat teuerer sei, ziehe er immer mehr Aufgaben an sich; denn die Abgrenzungsmechanismen zwischen staatlicher und privater Betätigung seien „total in Unordnung" geraten. So müsse die private Müllabfuhr Steuern zahlen, die öffentliche dagegen „keine Mark".

Aber nicht nur der Mechanismus, auch die Geister seien in Unordnung geraten, befürchtet Engels. Denn immer stärker setze sich die Mentalität durch, daß etwas, was Verlust bringt, etwas sozial Wertvolles, ein gewinnträchtiges Unternehmen dagegen etwas zu Verachtendes sei. Symptomatisch hierfür erscheint Engels an der Selbstdarstellung von Politikern, daß sie – gerade im Wahlkampf – ständig Leistungen und Kosten verwechselten.

TSCHECHOSLOWAKEI

Warenverkehr nicht ausgeweitet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die bisherige stetige Zunahme des deutsch-tschechoslowakischen Warenverkehrs hat sich bereits im vergangenen Jahr nicht mehr fortgesetzt. Im Gegenteil: Die deutschen Exporte sanken, verglichen mit der gleichen Zeit 1981, in den ersten elf Monaten um 3,7 Prozent auf 1,65 Milliarden Mark. Die Importe gingen um 1,3 Prozent auf 1,86 Milliarden Mark zurück. Vor diesem Hintergrund fanden jetzt die Gespräche von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Prag und des Vizeaußenhandelsministers Jaroslav Jakubec in Bonn statt.

Damit dürften die deutschen Exporteure besser als die anderer westlicher Industriestaaten abgeschnitten haben. Von Januar bis Oktober hatte Prag die Importe aus dem Westen um insgesamt 13,5 Prozent gedrosselt. Dagegen wurde der Außenhandel mit den anderen Ostblockstaaten verstärkt. Der Anteil dieser Länder am gesamten Außenhandel der Tschechoslowakei stieg 1982 auf mehr als 75 Prozent, dem höchsten Stand seit zwei Jahrzehnten.

Dem Überschuß im Handel mit der Bundesrepublik von über 200 Millionen Mark stehen Ausgaben der Tschechoslowakei für Dienstleistungen im Hamburger Hafen in ähnlicher Größenordnung gegenüber. Die Einnahmen von deutschen Touristen werden auf 125 Millionen Mark veranschlagt. Zum Jahresende konnte die Arbeitsgemeinschaft Mannesmann Handel und Thyssen Stahlunion mit der Ferromet in Prag ein Lieferabkommen über 500 000 Tonnen Großrohre unterzeichnen. Diese sind für den tschechoslowakischen Teil der Sibirien-Pipeline bestimmt.

MANAGEMENT-SYMPOSIUM / Nationale Vielfalt erschwert die kurzfristige Bewältigung der Aufgaben

Weltwirtschaft braucht einen gemeinsamen Rahmen

WALTER LEOPOLD, Davos

„Man wird den Unternehmer wieder in den Mittelpunkt stellen, und dafür sind die Rahmenbedingungen wesentlich, die die Wirtschaftspolitik setzt." Das verkündete Professor Klaus Schwab, Präsident des 13. Internationalen Management-Symposiums von Davos, als Ergebnis des zweiten internationalen Politikertreffens von 25 Premiers, Finanz- und Wirtschaftsministern in Verbindung mit der Begegnung von Unternehmensleitern aus aller Welt.

Sie ließen erkennen – wenn auch gelegentlich durch eine Vielzahl von Argumenten verstellt –, daß die Wirtschaft längst jene global abgestimmten Voraussetzungen braucht, die ihr die Politik noch häufig versagt. Tatsächlich ist die nationale Vielfalt der Weltwirtschaft zu groß, um trotz ihrer zahlreichen Institutionen wie Gatt, OECD, Unctad zu kurzfristigen Ergebnissen der Bewältigung weltweit anstehender Aufgaben zu gelangen, als da sind: wachsende Staatsverschuldungen, steigende Arbeitslosigkeit, gefährliche protektionistische Auswegsuche, verwirrende Subventionsvielfalt.

Wenn in Davos, zum Beispiel aus Nigeria, zu vernehmen war, daß die Schwellenländer sich gegen industrielle Liberalisierung wenden müßten und andererseits von den Philippinen aus dem Munde ihres Premiers Cesar Virata staatspolitische Mutproben postuliert wurden, indem er sagte: „Eine Regierung muß oft gegen den Strom schwimmen", dann hält mancher europäische Unternehmer nach vergleichbarer Unerschrockenheit vor nationalen Egoismen auf dem eigenen Kontinent Ausschau.

Mehr noch als auf Unerschrockenheit aber kommt es in der westlichen industrialisierten Welt heute auf die Suche nach einer gemeinsamen Basis an. Denn der Feststellung des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter, daß jede internationale Entscheidung zunächst im nationalen Rahmen durchgesetzt werden muß, kann nur wenig entgegengesetzt werden. Globale Abstimmung aber wird noch immer am besten durch wirtschaftlichen Erfolg garantiert, so wie ihn zum Beispiel der erste Mann des Philips-Konzerns, Wisse Dekker, demonstrierte: Für ihn hieß die Entwicklung „globaler Strategien, ohne einen Wirtschaftskrieg heraufzubeschwören", im Rückblick: Aufkauf mehrerer US-Firmen. Denn sie hatten, nach Dekker, den Preiskrieg in der Verbraucherelektronik verloren. Das wiederum machte Japan selbstbewußter, um große Kapazitäten aufzubauen und auf dem Videosektor weltweite Erfolge zu holen.

Trotz mehrerer ähnlich klarer „Rahmen-Beispiele" fand die internationale Wirtschaftsprominenz auf die marxistischen Attacken des britischen Bergarbeiterführers Arthur Scargill und auf die Utopien der deutschen grünen Lady Petra Kelly nicht jene Antwort, die gerade ein solches Symposium ermöglicht haben sollte. Petra Kelly hatte den Managern vorgeworfen, sie beuteten durch unkontrollierte technische Entwicklung und Profitstreben die Umwelt und die Entwicklungsländer aus. Falls die deutschen Grünen bei den Wahlen am 6. März den Sprung ins Parlament schaffen sollten, würden sie keine Kompromisse auf den Gebieten der Abrüstung, der Gesundheit und der Lebensqualität eingehen, sagte Frau Kelly weiter.

MATRA AUTOMOBILES / Verlust weiter gestiegen

Renault prüft Beteiligung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bei der französischen Matra Automobiles, die die beiden Pkw-Modelle „Rancho" und „Morena" produziert, bahnen sich Veränderungen in den Kooperations- und Besitzverhältnissen an. Sie könnten den staatlichen Renault-Werken einen beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft verschaffen, deren Kapital gegenwärtig von dem verstaatlichten Elektro- und Rüstungskonzern Matra zu 55 Prozent kontrolliert wird. Angesichts der von 80 Mill. F 1981 auf 120 Mill. F bis 130 Mill. F 1982 gestiegenen Verluste der Matra Automobiles hatte der private Peugeot-Konzern bereits angekündigt, sich von seiner 45prozentigen Matra-Beteiligung zu trennen. Daß Renault diesen Anteil übernimmt, wird erwartet, ist aber noch nicht sicher.

Jedenfalls haben Renault und Matra bereits ein Abkommen über die gemeinsame Entwicklung eines „Van"-Modells getroffen, das im ersten Halbjahr 1984 auf Markt gebracht werden soll. Autoteile dafür werden we- hend in den Renault-Werken g- tigt. Auch der Vertrieb er- durch Renault. Die derzeitige- tra-Wagen werden weiterhin der zur Peugeot-Gruppe geh- den Talbot-Gesellschaft ver- Allerdings waren im vergang- Jahr nur noch 6400 (7500) Ra- und 2200 (6300) Morena-Wage- fertigt worden. Vor allem auf französischen Markt wurden g- Absatzverluste verbucht. Das - rena-Modell als Nachfolger - Baghera erwies sich als eindeu- Mißerfolg.

Der Präsident des Matra-Konzerns, Lagardère, sieht in dem - tosektor eine „wenig rentable - nur noch marginale" Aktivität. - einem 1982 um 22 Prozent - Mrd. F gestiegenen konsolidi- Umsatz veranschlagte er den - zerngewinn auf 130 Mill. F bis - Mill. F nach 158 Mill. F 1981.

GROSSBRITANNIEN / Regierung legt Weißbuch vor

Staatsausgaben unter Plan

WILHELM FURLER, London

Die Bemühungen der britischen Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher, die Staatsausgaben zu drosseln, zeigen Erfolge. So werden die gesamten öffentlichen Ausgaben Großbritanniens für das laufende Finanzjahr, das Ende März zu Ende geht, um etwa zwei Milliarden Pfund unter dem im letzten Frühjahres-Budget genannten Rahmen liegen. Das sind zum heutigen Kurs umgerechnet rund 7,5 Milliarden Mark. Dieser Betrag konnte eingespart werden, obwohl durch das militärische Eingreifen auf den Falkland-Inseln 800 Millionen Pfund an zusätzlichen Ausgaben angefallen sind. Das geht aus den jüngsten Regierungs-Schätzungen hervor, die im sogenannten „Weißbuch über die Staatsausgaben" enthalten sind.

Bei der Vorlage dieses Weißbuches wurde allerdings darauf hingewiesen, daß ein Teil dieser Einsparungen auf ein geändertes Abrechnungsverfahren zurückzuführen sind. Dennoch verbleiben aufgrund der jüngsten Hochrechnung dem Schatzkanzler rund 600 Millionen Pfund oder 2,25 Milliarden Mark mehr an Finanzspielraum für das kommende Frühjahres-Budget, als von ihm noch im Herbst bei der Vorlage seines Finanzpaketes angegeben worden war.

Entsprechend wird in der Londoner City jetzt darauf spekuliert, daß Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe auch diesen zusätzlichen Spielraum in seinem Budget am 15. März voll für Hilfen an die Industrie sowie für erwartete Steuerkürzungen einsetzen wird. Jedoch hat der erste Staatssekretär im Schatzamt, Leon Brittan, bei der Bekanntgabe der neuesten Ausgaben-Schätzungen davor gewarnt, „derart einfache Rückschlüsse zu ziehen". Es habe seit Herbst eine Reihe wichtiger Veränderungen wie etwa beim Ölpreis und beim Wechselkurs gegeben, die zwar entgegengesetzt wirken würden, deren Finanzeffekt noch nicht erfaßt werden könne.

Brittan betonte, daß die Regierung die Staatsausgaben unter Kontrolle habe. Sie werden bis zum Ende des laufenden Finanzjahres am 31. März gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf 113 Milliarden Pfund gestiegen sein. Für das kommende Finanzjahr sieht das Weißbuch einen Anstieg um 5,8 Prozent auf 119,568 Milliarden Pfund vor.

FRANKREICH / Kohlepolitik nicht erfolgreich

Produktivität ist gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die auf die Steigung der nationalen Förderung und die Verbesserung der Rentabilität der staatlichen Charbonnages de France (CDF) ausgerichtete Kohlenpolitik der sozialistischen Regierung brachte 1982 keinen Erfolg. Obwohl die laufenden Zuschüsse an die CDF auf 6,5 (4,1) Milliarden Franc erhöht worden waren, schloß diese ihr Geschäftsjahr bei 25 Milliarden Franc Umsatz mit einem Defizit von über einer Milliarde Franc ab. Davon entfielen etwa 900 Millionen Franc auf die Chemie und 200 Millionen Franc auf die Kohle.

Die CDF-Verwaltung erklärt dies damit, daß die Kohlenförderung um neun Prozent auf 18,3 (20,1) Millionen Tonnen und die Verkaufspreise um neun Prozent auf 427 Franc je Tonne zurückgenommen werden mußten, während die Einstandspreise um 27,8 Prozent auf 586 Franc anzogen. Der Verlust je Tonne geförderter Kohle verdreifachte sich damit auf 169 (57) Franc.

Dafür hauptverantwortlich sind die infolge der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich stark gestiegenen sozialen Lasten. Außerdem schrumpfte die Leistung je Mann und Schicht im Zechendurchschnitt um 6,7 Prozent auf 3299 (3537) Kilogramm. Dies lag auch an den verschlechterten Abbaubedingungen, vor allem im nord- und mittelfranzösischen Revier.

In diesem Jahr, so teilte jetzt Premierminister Mauroy auf eine parlamentarische Anfrage mit, soll die französische Steinkohlenförderung wieder auf 20 Millionen Tonnen gebracht werden. Gleichzeitig forderte er die CDF-Verwaltung auf, die Gründe der Produktivitätsverschlechterung ausfindig zu machen. Die Wiederaufrichtung der Kohle müsse durch eine bessere Verteilung der Arbeitszeit und eine stärkere Nutzung des Maschinenparks sichergestellt werden.

Der französische Kohlenverbrauch war nach vorläufigen Angaben der CDF auf knapp 50 (47,6) Millionen Tonnen gestiegen, womit deren Anteil am primären Energieverbrauch des Landes auf 18,1 (16,8) Prozent zunahm. Gleichzeitig gingen die Kohlenimporte zurück und zwar um 17,5 Prozent auf 24,8 (30,16) Millionen Tonnen. Davon kamen 5,45 (6,59) Millionen Tonnen aus der Bundesrepublik.

GETREIDE / Kaum Plus in Entwicklungsländern

Vorräte auf Rekordniveau

AFP, Rom

Die Weltgetreideerzeugung hat 1982 einen Rekordstand von 1,544 Milliarden Tonnen, zwei Prozent mehr als die Vorjahresernte von 1,515 Milliarden, erreicht, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in ihrem Monatsbericht zur Ernährungslage mitteilt. Die Erzeugung in Entwicklungsländern nahm wegen der schlechteren Reisernten in Asien nur geringfügig zu, und in den Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigen Einkommen ging die Getreideerzeugung leicht zurück.

Afrika war wegen Dürre in weiten Gebieten am stärksten betroffen. In den Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigem Einkommen südlich der Sahara ging die Getreideproduktion infolge schwerer Einbußen beim Rauhgetreide um sieben Prozent und pro Kopf gerechnet um zehn Prozent zurück. In 17 Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigen Einkommen, die fast ein Drittel der Bevölkerung der - gion umfassen, fielen die Er- 1982 noch schlechter als im - jahr aus, und die Erzeugung - insgesamt um 15 Prozent und - Kopf gerechnet um 17 Prozent. - dem Bericht der FAO heißt - „Diese ernste Lage dürfte 198- einer Anzahl südafrikanis- Länder anhalten, die noch u- der Dürre des Jahres 1982 leid-

Der Gesamtverbrauch an Ge- de dürfte 1982/83 voraussicht- zum zweitenmal unter dem Er- gungsniveau bleiben, bed- durch die anhaltende weltw- Rezession. Aus diesem Gru- dürften die Weltgetreidevor- stark auf ein Rekordniveau von - Millionen Tonnen, im Vergleich - 278 Millionen Tonnen 1981/82 - steigen. Das gesamte Getreid- gebot erscheint 1982/83 da- weltweit betrachtet, reichl- heißt es in dem Bericht der F- der freilich auch vermerkt, daß - Lage in zahlreichen weniger w- habenden Ländern gegenteilig

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Röwekamp GmbH & Co. KG; **Bitburg:** Herbert Berg GmbH & Co. Bauunternehmung, Olmscheid; Herbert Berg GmbH, Olmscheid; **Braunschweig:** Nachl. d. Joachim Ewald, Flugzeugbauer; **Darmstadt:** Nachl. d. Wolfgang Friedrich; **Detmold:** RH Druckhaus GmbH, Lage; **Dieburg:** Offset-Reproduktionen Rolf Fischer GmbH, Eppertshausen; **Elmshorn:** Nachl. d. Klaus Oscar Löhmann, Dipl-Ing., Heist; **Frankfurt/M.:** Autoreifen-Vertriebs-Ges. mbH A. C. Sievers; Nachl. d. Hans-Hermann Schmincke, Assessor; „C 1-alpha" Restaurant GmbH; **Hannover:** Infomat-Werbung Mörs KG; **Hof:** Richard Wunderlich, Bäckermeister, Regnitzlosau; Verein für Eis- und Rollsport e. V., Selb; **Kassel:** Nachl. d. Walter Artur Sieling; Nachl. d. Erna Marie Neuberg geb. Kurzhals; **Landau:** Winfried Alois Reiter, Berg; **Lübbecke:** 1. Möller Bauelemente GmbH & Co. KG, Hüllhorst 2. Möller GmbH, Hüllhorst-Oberbauerschaft; **München:** BIW Gaststätten-Holding GmbH; Dögast Retstaurant GmbH, Gröbenzell; Strutz GmbH, Medizin-Labor- und Mess-Technik, Poing; Continental Handels-GmbH; **Münster:** Nachl. d. Dr. med. Werner Sievers, Kinderarzt, Warendorf-Milte; **Neuss:** Schuhmarkt Martens GmbH & Co. KG; Küchenstudio Berrisch GmbH, Kaarst; Schuhma- Martens GmbH; **Neu-Ulm:** Elekt- Antennen- und Fernsehdienst Thüer- GmbH, Bibertal - G; **Nürnberg:** Do- nico Carlucci, Hersbruck; **Seligensta-** Heidemarie Kopp, Inh. e. Fa. f. Led- warenfabrikation, Rodgau 6; **Siegbu-** Nachl. d. Georg Wilhelm Bürger, Eit- **Waldshut-Tiengen:** Gebrüder Wink- Albbruck; **Wuppertal:** Fertigbadear- gen Rexroth-Würthen-Maaß o- Mettmann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Ha- a) Form + Norm Stanz-Biege-Umfo- Technik GmbH & Co. KG b) For- Norm Stanz-Biege-Umform-Tech- GmbH; **Karlsruhe:** Walter Otto F- müller, Handelsagentur, Malsch 1.

Vergleich beantragt: Bückeburg: - hard Herrmann, Inh. d. Wilhelm - Ilsemann, Obernkirchen; **Duisb-** Revon Handelsges. mbH; **Hamb-** Hamburger Stahlwerke GmbH; - Garten-Lampert GmbH, Selb; **K-** Gottfried Hagen AG; Heinz Loock, - telkaufmann; Bruncken-Elektron- ren GmbH; H. Bungart KG; **Münch-** Viola de Borghese Mode GmbH, G- mering; **Neustadt/Wstr.:** Schwab- Wohnbau Beteiligungsges. m- **Osterholz-Scharmbeck:** Fried- Dietrich, Kaufmann, Schwanewe- Aschwarden; **Ottweiler:** Bernd Kl-

ÖSTERREICH / Kreditinstitute haben ihre Wertpapier-Portefeuilles beträchtlich aufgestockt

Unaufhaltsame Abwärtsentwicklung bei Aktien

WOLFG. FREISLEBEN, Wien

Licht und Schatten lagen am österreichischen Kapitalmarkt im abgelaufenen Jahr dicht nebeneinander. Während sich der Rentenmarkt weitaus besser entwickelte als im Jahr zuvor und auch die Investmentfonds sehr erfreuliche Resultate zeigten, setzte sich die seit Ende 1979 begonnene Abwärtsentwicklung am Aktienmarkt unaufhaltsam fort.

Die nach dem Krisenjahr 1981 unerwartet positive Entwicklung am Rentenmarkt dokumentiert sich in einer Steigerung des Bruttoemissionsvolumens um 60 Prozent auf 5,87 Mrd. Mark und deren Nettobeanspruchung um 258 Prozent auf 2,45 Mrd. Mark. Trotz eines beträchtlich gestiegenen Budgetdefizits blieb aber der Bundesanteil am Bruttoemissionsvolumen mit 57,5 Prozent deutlich unter dem Wert von 1981, was auf eine stärkere Verschuldung in Bundesschatzscheinen und Bankendarlehen zurückzuführen ist. Infolge des nicht unwesentlich höheren Anteils der Länder und Städte bleibt aber der Gesamtanteil der öffentlichen Hand mit 71,6 Prozent über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 67 Prozent.

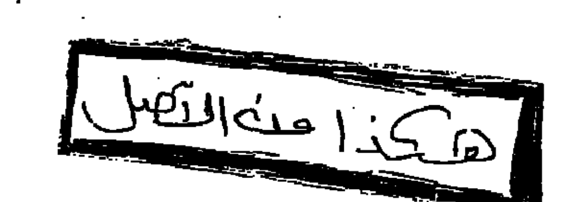
Neuerlich geschrumpft ist der Anteil der Kreditunternehmen: Nach 27,6 Prozent 1980 ging er bis auf 15,8 in 1982 zurück. Umgekehrt haben die Institute aber ihre Wertpapier-Portefeuilles beträchtlich aufgestockt und ihren Bestand an Rentenwerten um rund 2,7 Mrd. Mark ausgedehnt. Ebenfalls stark zugegriffen haben 1982 wieder die privaten Haushalte und Unternehmen, die ihren Wertpapierbestand um 2,3 Mrd. Mark erweiterten, während die institutionellen Anleger nur um knapp über 400 Mill. Mark mehr hielten. An Devisenausländer wurden per saldo Rentenwerte im Betrag von 143 Mill. Mark verkauft.

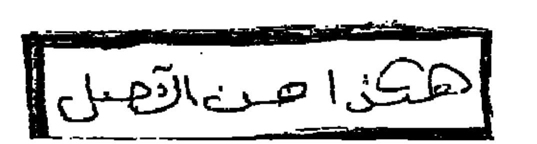
Am Anleihemarkt spiegelten sich die allgemeinen Zinssenkungstendenzen übers Jahr mit einem Rückgang der Emissionsrendite von 10,6 bis auf 9 Prozent wider. Am Sekundärmarkt wurden gleichzeitig die Kursverluste des Jahres 1981 mehr als wettgemacht: Seit Februar 1982 stieg das durchschnittliche Kursniveau um nicht weniger als 8 Prozentpunkte auf 100,4 Prozent. Die Sekundärmarktrendite betrug zum Jahresende 1982 8,6 Prozent und lag damit um 1,4 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahresultimo 1981.

Die Fortsetzung des schon seit 1980 scharfen Kursverfalls österreichischer Aktien hatte im vergangenen Jahr seine Ursache in einer sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingten weiteren Ertragsverschlechterung der börsennotierten Aktiengesellschaften. Das Kursniveau lag zum Jahresende kaum mehr über dem Niveau von Anfang 1967. Von den 50 börsennotierten Inlandswerten hatten im Jahresverlauf nur 13 Boden gutgemacht.

Während im laufenden Jahr am Rentenmarkt bei einem vorerst weiteren Absinken des Kapitalmarktzinsniveaus mit einer weiter verstärkten Nachfrage nach längerfristigen festverzinslichen Anlagen zu rechnen ist, gibt man sich an der Aktienbörse keinen Illusionen hin: Bei einem nach wie vor großen Renditenabstand zu festverzinslichen Papieren könnten zum Aktienkauf lediglich die Ertragsaussichten verlocken – und die sind ihrerseits denkbar schlecht.







HANNOVER-MESSE '83 / Fast alle Hallen ausgebucht

Premiere für Microtronic

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Zehn Wochen vor Beginn der Hannover-Messe '83 (13. bis 20. April) herrscht bei dem Veranstalter, der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Zufriedenheit. Nahezu alle Hallen sind ausgebucht. Für acht der insgesamt zehn Fachmessen existieren Wartelisten. Messe-Vorstandschef Claus Groth rechnet damit, daß das gute Ergebnis der vergleichbaren Hannover-Messe 1981 (5269 Aussteller) noch übertroffen wird.

Nach dem bisherigen Stand haben sich gut 5500 Direktaussteller aus über 40 Nationen angemeldet. In 23 Hallen und auf dem Freigelände stehen ihnen 430 000 qm Fläche zur Verfügung. Die Netto-Standfläche in den Hallen erreicht 327 000 (1981: 308 000) qm. Der Anteil der ausländischen Aussteller (1560 nach 1440 im Jahre 1981) liegt bei 30 Prozent. Verstärkt hat sich der Trend zum eigenen Engagement: Die Zahl der zusätzlich vertretenen Firmen ging zurück.

Premiere hat im Rahmen der „Messe der Messen" die Fachausstellung Microtronic. In sieben Ausstellungs- und drei Informationszentren sollen den Besuchern Chancen für den Einsatz der Mikroelektronik demonstriert werden. Rund 80 Firmen zeigen ihr Angebot in Gemeinschaftsständen, weitere 60 beteiligen sich im Center „Innovative Anwendung der Mikroelektronik". Mit Einzelständen sind etwa 140 Aussteller vertreten.

Zu den größten Anziehungspunkten wird einmal mehr das Weltcentrum der Büro- und Informationstechnik (CeBit) gehören. Über 1200 Unternehmen der Branche werden in den CeBit-Hallen Systeme, Produkte und neue Technologien zeigen. Rund 150 Firmen stehen auf der Warteliste.

Nach Zahl und Fläche verdoppelt hat sich der Ausstellungsbereich Montage, Handhabung und Industrieroboter. Er ist der alle zwei Jahre stattfindenden Fachmesse Antreiben, Steuern, Bewegen (ASB) angegliedert. Erstmals eine eigene Halle wird das Informationszentrum „Jugend und Technik" haben.

Ganz im Zeichen von Innovationen und neuesten Technologien steht das Rahmenprogramm mit insgesamt 27 Fachtagungen und Symposien. Zufrieden ist die Messe-AG mit den Anmeldungen des „Partnerlandes" Portugal (über 50 Firmen). Zur Hannover-Messe '83 werden wieder über 500 000 Besucher erwartet.

SIEMENS / Kapitalbeteiligung an Grundig derzeit ausgeschlossen – Abbau von Arbeitsplätzen geht weiter

Kaske: Wir haben uns noch recht gut gehalten

GERD BRÜGGEMANN, München

„Wir werden uns anstrengen müssen, um Umsatz und Ertrag im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) auf der Höhe des Vorjahres halten zu können", sagte Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, auf der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens in München. Mit einem für den größten deutschen Elektrokonzern nicht untypischen Understatement ließ Kaske seine Zuhörer nur vermuten, daß solche Entwicklung angesichts der unverändert schlechten Konjunktur schon als relativer Erfolg betrachtet werden müßte.

Bei solcher Vorausschau ist vor allem zu bedenken, daß Siemens im Geschäftsjahr 1981/82 zu den ganz wenigen Großunternehmen gehörte, die nicht nur den Umsatz, sondern auch den Ertrag nachhaltig steigern konnten. In Wirklichkeit, so Kaske, sei das Ergebnis sogar noch etwas besser, als im Jahresabschluß zum Ausdruck komme. So wuchs der Umsatz um 16 Prozent auf 40,1 Mrd. DM, und selbst wenn man Sondereinflüsse aus der Abwicklung von Großaufträgen herausnimmt, immerhin noch um 6 Prozent. Noch besser sieht es beim Ertrag aus. Nach drei Jahren mit kleiner werdenden Zahlen gab es im abgelaufenen Jahr eine Verbesserung um 45 Prozent auf 738 Mill. DM. Den Gewinn je Aktie gab Finanzchef Heribert Närger, errechnet nach der hauseigenen Methode, mit 31,50 (20,30) DM an. Es ist deswegen eine recht stolze Bescheidenheit, wenn Kaske erklärt: „Wir haben uns noch recht gut gehalten."

Die deutliche Steigerung der Erträge – sie entsprechen einer Umsatzrendite von 1,8 (1,5) Prozent, die Finanzchef Närger als weiterhin unzureichend bezeichnet – führt Kaske zurück auf das, was er „das Jahr der Produktionssteigerung" nannte. Sie erhöhte sich um 3 Prozent. Man habe aber auch die Bestände erheblich besser in den Griff bekommen. Sie blieben praktisch konstant, obwohl sie nach bisheriger Entwicklung, parallel zum Umsatz, um 2,8 Mrd. DM hätten steigen müssen. Dies führte zu einer Erhöhung der liquiden Mittel um 2,5 Mrd. auf 11,1 Mrd. DM.

Aber auch in zwei Problembereichen machte das Unternehmen Fortschritte. So konnte das langjährige Sorgenkind Datentechnik den Verlust halbieren, im Bereich Bauelemente wurde er verringert. Zahlen nannte die Verwaltung allerdings, wie üblich, nicht.

Die Siemens-Investitionen beliefen sich auf 1,8 (2,0) Mrd. DM. Dieser Betrag soll auch im laufenden Geschäftsjahr investiert werden. Für Forschung und Entwicklung will Siemens 3,5 (3,4) Mrd. DM aufwenden. Der Anteil der öffentlichen Mittel an den Forschungsaufwendungen von Siemens beträgt 6 Prozent.

Der verlangsamte Auftragseingang – er stieg nur noch um 4 Prozent auf 43,1 Mrd. DM – führte zu einer auf 77 (80) Prozent gesunkenen Kapazitätsauslastung und brachte wieder einen Stellenabbau mit sich. Die Zahl der Mitarbeiter sank um 14 000 auf 324 000. Wie Kaske betonte, ließ sich das Problem bisher weitgehend durch Drosselung der Einstellungen lösen. Er machte aber klar, daß durch die schlechte Wirtschaftslage und die Umstellung zur weniger arbeitsintensiven Elektronik noch weitere Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres ging die Beschäftigungszahl noch einmal um 7000, davon 5000 im Inland, zurück.

Im vierten Quartal 1982 kam es zu einem erheblichen Auftragsstoß. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres konnte Siemens 25 Prozent mehr Aufträge in seine Bücher schreiben, allerdings ausschließlich aus dem Inland. Kaske führt dies weitgehend auf die bis zum 31. Dezember 1982 begrenzte Investitionszulage zurück, denn er rechnet für das gesamte Geschäftsjahr mit einer ähnlichen Auftragsentwicklung wie im Vorjahr.

Der Hauptversammlung, die am 24. März stattfinden wird, will die Verwaltung eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie vorschlagen. Den Rücklagen der AG sollen 205 (172) Mrd. DM zugeführt werden; im Konzern sind es 335 (139) Mill. DM.

Ausführlich äußerte sich Kaske auf Befragen zur Entwicklung bei Grundig, ohne indes eine klare Auskunft über die Rolle von Siemens dabei zu geben. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer „katalysierenden oder integrierenden" Mitwirkung. Eine Kapitalbeteiligung zum gegenwärtigen Zeitpunkt schloß er aus. „Grundig hat Siemens keine Minderheitsbeteiligung angeboten, und wir haben auch nicht danach gefragt."

Kaske machte aber deutlich, daß Siemens als Hersteller von Bauelementen allergrößtes Interesse daran habe, in Europa eine leistungsfähige Unterhaltungselektronik am Leben zu erhalten.

KABELMETAL-HV

Die Auftragsdecke wird immer dünner

dos. Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (kabelmetal), Hannover, erkennt zwar vor allem in der Bauwirtschaft „eine Reihe positiver Signale". Vorstandschef Jörg Stegmann rechnet aber nicht damit, daß diese Einflüsse noch im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) wirksam werden. Eine nachhaltige Belebung, so Stegmann auf der Hauptversammlung, dürfte erst in der Bilanz 1983/84 sichtbar werden.

Zu einer Ergebnisprognose und den Dividendenaussichten im laufenden Jahr wollte sich Stegmann nicht äußern. Auch in der Diskussion wurde aber deutlich, daß mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für 1982/83 nicht zu rechnen ist. Kabelmetal schreibe zwar keine roten Zahlen mehr, habe aber nach den ersten fünf Monaten nur ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Die meisten Sorgen bereite der Umstand, daß seit geraumer Zeit die Umsätze deutlich höher seien als die Auftragseingänge. Dies habe dazu geführt, daß der Auftragsbestand nur noch eine Reichweite von knapp einem Monat hat, gegenüber drei Monaten in früheren Jahren. Das Unternehmen begegnet dieser Entwicklung mit verstärkter Kurzarbeit. In den ersten fünf Monaten sind bereits doppelt so viele Kurzarbeitsstunden angefallen wie im gesamten Jahr 1981/82. Daneben geht der Abbau der Belegschaft weiter. Ende Juni soll die Mitarbeiterzahl auf 2800 zurückgeführt werden, 500 weniger als Anfang 1982.

Für die weitere Zukunft zeigt sich Stegmann aber „in keiner Weise pessimistisch". Die Probleme seien unter Kontrolle; derzeit würden die Schwachstellen beseitigt. Zudem sei die Bilanz „in einer ordentlichen Verfassung". Stegmann: „Wir sind zuversichtlich, im Geschäftsjahr 1983/84 wieder zu einer vorsichtigen Vorwärtsstrategie übergehen zu können."

Für das Geschäftsjahr 1981/82 weist Kabelmetal noch einen Umsatz von rund 1,4 Mrd. DM aus. Die Zahlen der Bilanz und der Ertragsrechnung sind jedoch wegen der Anfang 1982 wirksam gewordenen Ausgliederung des Elektrogeschäfts – die kabelmetal electro GmbH wurde auf die französische CGE-Tochter Les Cables de Lyon übertragen – nicht vergleichbar. Der Umsatz der Metallaktivitäten erreichte 724 Mill. DM, der neutralisierte Vollumsatz 660 Mill. DM. Von der electro GmbH ist kabelmetal eine Dividende von rund 11 Mill. DM zugeflossen.

MUSIKMESSE / Optimismus bei deutschen Herstellern

Exporterfolg mit gutem Klang

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutschen Musikinstrumente-Hersteller tragen kurz vor Eröffnung der Musikmesse in Frankfurt (5. bis 9. Februar) Optimismus zur Schau: Die große Flexibilität der mittelständisch geprägten Branche, die weltweite Rückbesinnung auf qualitativ hochwertige Instrumente und der breit gestreute Export der deutschen Hersteller untermauern nach Ansicht von Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumente-Hersteller diese Einstellung in Dur.

Im vergangenen Jahr produzierte die Branche in der Bundesrepublik wiederum Instrumente für rund 600 Mill. DM, real bedeutet das einen Rückgang von etwa 6 Prozent. Erfreulich für die Industrie: die deutlichen Exporterfolge (Anteil 62 Prozent des Produktionswertes). Der Anstieg um gut 10 Prozent auf 375 Mill. DM hat den Rückgang des deutschen Marktes um knapp 11 Prozent mehr als kompensiert. In diesem Jahr hofft die Branche auf ein Anhalten dieser Entwicklung.

Erste Fingerzeige dazu wird die Frankfurter Musikmesse bringen, auf der sich rund 700 Aussteller aus 32 Ländern dem Publikum stellen; etwa ein Drittel des Weltmusikmarktes von insgesamt rund 10 Mrd. DM Volumen wird nach Schätzungen von Link auf dieser Messe in Bewegung gesetzt: „Es gibt keinen Platz in der Welt, an dem sich Ähnliches in der Musikbranche abspielt," betont Link.

Skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung zeigte sich vor der Messe der Vertreter der rund 1400 deutschen Fachgeschäfte, die im vergangenen Jahr rund 10 Prozent ihres Umsatzes von etwa 1 Mrd. DM einbüßten, und zwar überwiegend als Folge der Ebbe in den öffentlichen Kassen.

Die Summe öffentlicher Aufwendungen für die Musikpflege wird vom Zentrum für Kulturforschung, Bonn, für 1981 auf 1,6 Mrd. DM geschätzt, dazu kommen 1,3 Mrd. DM musikbezogene Zuschüsse im Schul- und Hochschulbereich. Die eigentliche öffentliche Musikförderung mache 25 DM pro Einwohner aus, ermittelte das Zentrum.

Eternit auf dem Weg zur Gesundung

HERBERT KLAR, Essen

Die Eternit AG, Berlin, hat ihr Ende 1981 beschlossenes Restrukturierungsprogramm erfolgreich abgeschlossen, betonte Vorstandsvorsitzender Hans Thöni anläßlich der Deubau '83 in Essen. „Alle bis heute zur Verfügung stehenden Fakten bestätigten, daß sich der eingeschlagene Weg zur Gesundung als richtig erwiesen habe." Das „neue Kleid" habe sich dem künftigen Volumen des Marktes bereits heute gut angepaßt.

In Schwierigkeiten geraten war die zu den führenden deutschen Baustoffherstellern zählende Eternit unter anderem durch die Asbest-Diskussion. Rund 1200 Arbeitsplätze sind abgebaut worden; noch 1981 mußten 57 Mill. DM Verlust ausgewiesen werden. Für 1982 rechnet Thöni damit, daß der Verlust unter 20 Mill. DM liegen wird. Der Umsatz dürfte etwa 570 (590) Mill. DM erreichen. Der Rückgang beim Asbest-Geschäft konnte weitgehend durch Diversifikation ausgeglichen werden. Der Markt erwarte Faserzementprodukte aus nicht asbesthaltigen Werkstoffkombinationen, daher bemühe sich Eternit seit Jahren um die Entwicklung neuer Produkte. Bedeutende Mittel würden in Forschung und Entwicklung investiert (rund 5 Prozent vom Umsatz).

Das Nahziel für 1983 sei, wieder ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, meinte Thöni. „Die Eternit muß für alle – die Mitarbeiter und Aktionäre – wieder profitabel werden."

Albingia konnte Ertrag verbessern

dpa/VWD, Hamburg

Die Versicherungsgruppe Albingia, Hamburg, hat 1982 den Ertrag verbessern können und wird nach „wieder beachtlicher" Rücklagendotierung eine unveränderte Dividende von 14 Prozent ausschütten. Nach Unternehmensangaben schloß die Muttergesellschaft, die Albingia Versicherungs-AG, entgegen ursprünglichen Erwartungen mit einem versicherungstechnischen Gewinn ab, der über dem Vorjahresniveau (nach Schwankungsrückstellungen 1,5 Mill. DM) liegt. Das Gesamtergebnis der Gruppe wird höher als im Vorjahr (13,5 Mill. DM) sein. Auch bei der Albingia Leben ist der Überschuß gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Prämienvolumen der Gruppe nahm geringfügig um 40 Mill. auf 1,1 Mrd. DM zu. Die Kapitalanlagen erhöhten sich um rund 100 Mill. auf 2 Mrd. DM. 1983 wird die Albingia rund 75 Mill. DM in den Bausektor, überwiegend in den Wohnungsbau, investieren. 1982 beliefen sich die Investitionen in Grundstücke und Bauten auf rund 18 Mill. DM.

E. MERCK / Schwäche im Pharma-Export

Drastischer Gewinneinbruch

dpa/VWD, Darmstadt

Der Chemie- und Pharmakonzern E. Merck, Darmstadt, mußte im Geschäftsjahr 1982 einen deutlichen Rückschlag gegenüber der Vorjahres-Geschäftsentwicklung hinnehmen. Der Gewinn werde voraussichtlich zwischen 20 und 30 Prozent niedriger als 1981 ausfallen, als er noch um 17 Prozent auf 27,6 Mill. DM gestiegen war, teilte der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Hans Joachim Langmann, in Darmstadt mit.

Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr um 3,4 (10,4) Prozent auf rund 1,16 Mrd. DM. Dazu trugen das Inland mit 3,3 und der Export mit 4,1 Prozent Steigerung bei. 52 Prozent des Exports gingen an die ausländischen Merck-Gesellschaften. Im Geschäftsbereich Pharma mußte – bedingt durch ein Minus im Export von 7,2 Prozent – ein Rückgang um 0,8 Prozent hingenommen werden.

Bei den Chemikalien gab es noch eine Steigerung um 8 Prozent. Dies sei vor allem durch erhöhte Exporte, insbesondere nach den europäischen Ländern, gelungen, erklärte Langmann. Die Laborpräparate konnten mit einem Zuwachs von 4 Prozent die gute Geschäftsentwicklung von 1981 nicht fortsetzen. Beim Gruppenumsatz mit Dritten wird eine Steigerung um 3,5 Prozent auf 2,47 Mrd. DM ausgewiesen. Rückgänge mußten insbesondere in Südamerika und Afrika hingenommen werden.

1983 sind bei Merck Investitionen in der Größenordnung von 100 Mill. DM geplant. Der Entschluß zu investieren sei von den Wahlen unabhängig, betonte Langmann. Zum 1. Januar 1983 ist die E. Merck Beteiligungen oHG (EMB) gegründet worden, die als Holding für einen Teil der Merck-Beteiligungen fungiert und auch Finanzaufgaben übernommen hat. Sie verfügt über eigene Mittel von rund 110 Mill. DM.

POROTON-WERKE / Umsatzrückgang gebremst

Suche nach Marktnischen

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit Innovationen wollen die Poroton-Werke Ernst Jungk & Sohn GmbH, Wöllstein und Neunkirchen/Saar, trotz der schlaffen Baukonjunktur die Nase vorn behalten. Ernst K. Jungk, derzeit als vierte Generation an der Spitze des 120 Jahre alten Familienunternehmens, stellte eine neu entwickelte Ziegel-Fertigdecke vor. Damit wolle man eine Marktlücke schließen. Die Decken (Spannweite bis zu 6 Metern) werden in der Wöllsteiner Ziegelei in einem vom Unternehmen entwickelten (und europaweit zum Patent angemeldeten) Verfahren industriell gefertigt.

Die Konkurrenz zu anderen Fertigbauteil-Verfahren scheut Jungk nicht, man liege im Preis darunter. Für dieses Verfahren will Jungk, da die eigenen Fertigungskapazitäten nicht ausreichten, Lizenznehmer gewinnen.

Der *innovationsfreudige* Mittelständler mit 102 (120) Beschäftigten hat im vergangenen Jahr etwa 20 Prozent seines Umsatzes für innovative Investitionen und Forschung aufgewandt. Sozusagen als Nebenprodukt sind Verfahren für die keramische Aufbereitung von Rohstoffen (z. B. Elektrofilterasche) angefallen. Derartiges Know-how soll künftig durch die eigens gegründete Juwö-Engineering GmbH, Wöllstein, vermarktet werden.

Viel verspricht sich Jungk auch von seinem Solarhaus, das die Sonnenenergie passiv als Wärmequelle nutzt und in das Meßprogramm der Kernforschungsanlage Jülich einbezogen wurde. Der Verwendung der „Waschberge" im Steinkohlenbergbau dient das mit Unterstützung des Forschungsministeriums laufende Pilotprojekt im Ziegelwerk Neunkirchen.

In diesem Jahr erwartet Jungk nach einem Rückgang beim Porotonziegel-Umsatz um 6 (15) Prozent auf 22 Mill. DM eine „leichte Umkehr" *im zweiten Halbjahr*. Den Ertrag beschreibt Jungk mit „beruhigend schwarze Zahlen"; die Liquidität sei gut.

NAMEN

Dr. Peter Pies, lange Jahre in leitenden Positionen bei Otto Wolff Handelsgesellschaft mbH, Köln, ist ab 1. Januar 1983 zum stellvertretenden Geschäftsführer der Stahlring GmbH ernannt worden.

Werner Schuhmacher (55), Bochum, ist per 1. Februar 1983 zum Vorstandsvorsitzenden der Eisen und Metall Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen, bestellt worden. **Hans-Georg Schluchtmann** (58), Essen, zuständig für den Unternehmensbereich Finanzen/Betriebswirtschaft, wird zum 31. Dezember 1983 auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausscheiden.

Hans-Hinrich Dölle (34), persönlicher Referent des AEG-Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr und seit dem 1. März 1982 Leiter der Marketing-Koordination bei AEG-Telefunken, verließ den Konzern zum 1. Februar 1983.

CHEMISCHE WERKE HÜLS / Doppellast aus Konjunktur und Umstrukturierung

Kleine Hoffnungsschimmer leuchten

JOACHIM GEHLHOFF, Marl

Nach zwei Jahren vergeblichen Wartens auf einen immer wieder prophezeiten Konjunkturaufschwung werde man mit Prognosen natürlich vorsichtig, meint Professor Carl Heinrich Krauch. Doch nachdem auch bei der Chemische Werke Hüls AG, Marl, ebenso wie weithin in der Chemieindustrie der Januar besser als erwartet verlaufen sei, sieht der Vorstandsvorsitzende dieses fünftgrößten deutschen Chemieunternehmens (Veba-Konzern) nun doch „kleine bis mittlere" Verbesserungen im Geschäft. Die Kurzarbeit bei Hüls sei vorüber, der Einstellungsstopp freilich bleibe bestehen. Zuversichtlich für die Ertragsentwicklung stimme allerdings in erster Linie die „ganz erheblich verbesserte" Kostenstruktur, mit der nun die ersten Früchte der 1981 angelaufenen „Strukturanpassung" geerntet werden.

Solche Hoffnungsschimmer hat Hüls auch nötig. Denn der erste Rückblick auf 1982 ergibt, daß die Hüls AG bei Minderungsraten von 11,7 Prozent auf 4,5 Mill. t Absatz und von 5,9 Prozent auf 5 Mrd. DM Umsatz (in der Gruppe minus 5 Prozent auf 5,7 Mrd. DM) eine noch etwas größere Ergebnisminderung als schon im Vorjahr hinnehmen mußte (damals um 81,5 Mill. DM) und nach dem 1981 an die Null-Linie gesunkenen Gewinn nun wohl einen Jahresverlust von mindestens 60 Mill. DM ausweisen muß.

Zwei Lasten kamen bei diesem trotz aller Bemühungen um die Entwicklung höherwertiger Produkte noch immer dominierend von petrochemischer Massenware geprägten Unternehmen zu diesem Negativergebnis zusammen. Einerseits infolge preisdrückender Konjunkturschwäche bis zu fast 100 Mill. DM Verluste im Kunststoffbereich (vor allem bei PVC mit 0,5 Mrd. DM Umsatz) sowie ähnlich große Verluste aus der Ammoniakproduktion, die auch den gesamten Agrarchemiebereich („weniger stark") ins Negative drückten.

Andererseits Kosten aus der „Strukturanpassung". Gut 100 Mill. DM (je zur Hälfte 1981 und 1982) kosteten bisher die Sozialpläne für den bis Ende 1984 anvisierten Abbau der AG-Belegschaft um 2300 Leute (weitere 700 bei den „Fremdfirmen"-Beschäftigten) auf noch etwa 15 700 Beschäftigte, der bis zum ersten Quartal 1983 zu mehr als der Hälfte schon realisiert wurde. Zu durchschnittlich zwei Dritteln auf das Konto „Strukturanpassung" gehen auch die „antizyklisch" 1982 um weitere 26 (7) Prozent auf 245 Mill. DM gesteigerten AG-Sachinvestitionen, die auch 1983 dieses um ein Sechstel über den Abschreibungen liegende Niveau behalten sollen.

Leitlinie dieses Kraftaktes der Umstrukturierung: Einsparungen beim Energieaufwand (der bei Hüls knapp 15 Prozent der gesamten Produktionskosten erreicht) sowie bei den Rohstoffen; letzteres zumal durch Abschied von der Traditionsidee möglichst vollständiger Eigenversorgung mit petrochemischen Zwischenprodukten zugunsten größerer Freiheit beim Zukauf billiger Spotmengen aus dem „zunehmenden Produktangebot" jener (insbesondere Nahost-) Länder, die dank Rohstoffreichtum und billiger Energie kostengünstig produzieren können.

Der „Ballastabwurf" überkommener Hüls-Struktur bleibt dabei nicht auf das Inland beschränkt. Auch die insgesamt lange Zeit verlustreichen Auslandsbeteiligungen wurden nun gestrafft. Insbesondere hat sich Hüls nun komplett aus seinen brasilianischen Kunststoffbeteiligungen zurückgezogen.

Empfindliche Störungen des Genesungsrezepts befürchtet Krauch („Hüls ist auf Kohle gebaut") aus den seit 1982 schwelenden Preiserhöhungsforderungen von 20 bis 25 Prozent (gleich 40 Mill. DM pro Jahr) für die von der Ruhrkohle AG bezogene Kraftwerks-Ballastkohle. Der Strompreisnachteil beispielsweise gegenüber der französischen Konkurrenz sei ohnehin schon gefährlich groß.

Factoring

Hö. – Vor dem düsteren Hintergrund der weltwirtschaftlichen Großwetterlage entwickelt Factoring erfreulich positive Züge. Dafür gibt es eine Reihe von recht unterschiedlichen Gründen:

1. Factoring befindet sich weltweit noch immer im Stadium der Einführung. Das gilt selbst für das Ursprungsland dieses Systems, für die USA: Dort bemüht man sich seit Jahren intensiv darum, aus der einseitigen Bindung an die Textilindustrie auszubrechen und neue Märkte mit lukrativeren Branchen zu erschließen. Auch die US-Factors haben dabei gegen Vorurteile zu kämpfen, wie sie jeder Novität anzuhaften pflegen.

2. Aus Entwicklungsländern werden Schwellenländer und aus Schwellenländern Industriestaaten. Der Fertigwarensektor nimmt im Binnen- und im Außenhandel dieser Länder breiteren Raum ein. Große Banken in diesen Ländern gründen Factoring-Töchter um sich dem wandelnden Finanzierungsbedarf anzupassen.

3. In allen Unternehmensleitungen gewinnt das Finanzmanagement an Bedeutung. Liquiditätsvorsorge, Kreditkontrolle und Absicherung der Kreditrisiken genießen heute hohe Priorität innerhalb der Unternehmensstrategie.

4. Auslandsmärkte sind schwieriger zu handhaben; aus Verkäufermärkten werden Käufermärkte: der Kunde diktiert die Konditionen, und das bedeutet vielfach Lieferung auf offene Rechnung, Lieferantenkredit. Hier wird der Factor im Käuferland zum unentbehrlichen Dienstleister.

5. Je schwächer die Binnenkonjunktur, desto stärker das Bemühen, den Export zum zentralen Anliegen zu machen. Auslandsmarketing aber bedeutet ein Marketing für jedes einzelne Land. Factoring als System zur risikolosen Abwicklung von Ausfuhrgeschäften auf offene Rechnung (kurzfristiger Lieferantenkredit) kommt den Erwartungen der Käufer und Verkäufer entgegen: In jedem Land steht eine im Umgang mit offenen Buchforderungen erfahrene Organisation zur Verfügung. Der Exporteur kann eigenes Personal sparen.

6. Mancher Vorbehalt gegen Factoring löst sich angesichts von 15 000 jährlichen Insolvenzen in Luft auf: Mußte der Factoring-Verkäufer früher dreimal anklopfen, öffnen sich ihm heute viele Türen von selbst.

7. Kreditrestriktionen fördern Finanzierungsalternativen. Auf diese Weise erlebt zum Beispiel Italien zur Zeit einen ausgesprochenen Factoring-Boom mit einem Umsatzplus von 50 Prozent im Jahre 1981 gegenüber 1980.

Insgesamt darf man feststellen, daß die Entwicklung des Factoring einerseits immer noch durch Vorurteile gebremst wird, daß sie andererseits aber Auftrieb erhält durch die großen wirtschaftlichen Veränderungen der achtziger Jahre.

Sind die Risiken im Inlandsgeschäft schon groß, so sind sie im Exportgeschäft noch um einiges höher einzuschätzen. Die größere Distanz zum Kunden, rechtliche Probleme, Devisenbewirtschaftung und Sprachschwierigkeiten schaffen zusätzliche Unsicherheit. Auch hier hilft Factoring, gewährt Schutz vor Forderungsverlusten und macht unabhängig von längeren Forderungslaufzeiten. Insbesondere zur Absicherung laufender Geschäftsverbindungen mit regelmäßigen Lieferungen ist Factoring ein probates Finanzierungsinstrument.

Exportfactoring ist allerdings eine Spezialität, die nicht von allen deutschen Factoringinstituten angeboten wird; sie setzt Erfahrung und ein gut funktionierendes Korrespondentennetz voraus.

Daß Factoring kein Heilmittel für notleidende Unternehmen ist, versteht sich eigentlich von selbst, wird aber gelegentlich übersehen. Da der Factoringkunde dem Factor für den Bestand der Forderungen haftet, ist auch seine Bonität gefragt. Im übrigen sind die Factoringinstitute an dauerhaften Geschäftsverbindungen interessiert.

EXPORT / Wer erfolgreich sein will, sollte den Weg zum Factor nicht scheuen

Wie Spezialisten im Ausland die Geschäfte ankurbeln

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Exportgeschäft ist zur Zeit kein Honigschlecken. Die weltweite Rezession lähmt die Nachfrage. Das spüren vor allem viele kleinere und mittelständische deutsche Firmen, die Spezialitäten ins Ausland verkaufen. Dennoch läuft das Exportfactoring-Geschäft wie geschmiert.

Der Spezialist in dieser Branche, die etwas einen Anteil von einem Zehntel am gesamten Factoringgeschäft hat, die Procedo Gesellschaft für Exportfactoring J. Klindworth KG, Wiesbaden, berichtete dieser Tage über ein „sagenhaft" gut gelaufenes Geschäft, über eine Umsatzsteigerung um 60 Prozent im letzten Jahr.

Das ist zwar sicher nicht typisch für das gesamte Exportfactoring in der Bundesrepublik; aber es zeigt, daß Bedarf für diese Dienstleistung da ist und mit werblichem Geschick auch noch reichlich geweckt werden kann.

Es mag wie Ironie klingen. Aber es ist so: Das Exportfactoring verdankt seine Blüte seit einiger Zeit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den Finanzierungsproblemen, die für viele Abnehmer deutscher Waren viel größer geworden sind als in der Vergangenheit. Sie verlangen immer längere Zahlungsziele. Wo früher Bezahlung mit Akkreditiv üblich war, werden heute 90 Tage offenes Ziel gefordert. Und statt 80 Tagen Ziel werden heute mindestens 120 Tage verlangt. Liquidität ist knapp.

Diese Finanzierungsschwierigkeiten schlagen auch auf die deutschen Lieferanten durch. Wer von ihnen den Finanzierungswünschen der Abnehmer entgegenkommen kann, hat einen Wettbewerbsvorteil, der nicht zu unterschätzen ist. Ein Factoring-Institut kann hier helfen: Mit dem Ankauf der Forderung des Exporteurs, der nun seinem Abnehmer das gewünschte Zahlungsziel einräumen kann, ohne seine eigene kostbare Liquidität oder die Kreditlinien bei seinen Banken strapazieren zu müssen.

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum seit einiger Zeit immer mehr mittelständische Unternehmen besonders im Exportgeschäft leichter als früher den Weg zum Factor finden. Auch der übrige Service der Factoring-Institute ist zur Unterstützung der Ausfuhr-Aktivitäten gefragt: Der Einzug – und nicht selten das gerichtliche Eintreiben – von Forderungen an ausländische Abnehmer und die Übernahme des Delkredere-Risikos.

Die Expertise von Factoring-Instituten ist nicht selten die notwendige Ergänzung zu den Verkaufsbemühungen mittelständischer Unternehmer auf fremden Märkten.

Zumindest gilt das für Firmen, deren Exporte nur einen relativ kleinen Teil des Gesamtgeschäfts ausmachen. Dann lohnt es sich häufig nicht, teure eigene Experten speziell für die finanzielle Abwicklung des Auslandsgeschäfts zu halten. Oft ist es billiger, einen Factor damit zu betrauen, der dafür eine Provision von ein bis zwei Prozent vom Umsatz berechnet.

Seine Experten, die sich im internationalen Recht auskennen, wissen, wie man wo mit welchen Behörden umgehen muß, was zu tun ist, wenn der Abnehmer säumig, zahlungsunwillig oder zahlungsunfähig ist. Und das ist viel wert.

Denn es ist schon ein Unterschied, ob der Lieferant sich mit derartigen Problemen im Inland auseinandersetzen muß, wo er eben mal schnell zum Telefonhörer greifen oder seinen Anwalt einschalten kann oder im Ausland, wo in Problemfällen allein schon die Sprache eine Barriere sein kann.

Das Procedere bedient sich dafür eines internationalen Anwaltsbüros, das mit Korrespondenzanwälten in anderen Ländern zusammenarbeitet. Die Deutsche Factoring Bank in Bremen beschreitet einen anderen Weg. Sie kooperiert mit Factoring-Instituten im Ausland.

Das Export-Factoring ist freilich nicht in allen Ländern möglich. Problemlos ist es in den EG-Ländern, auf die rund 80 Prozent der gesamten Exportfactoring-Umsätze von rund 600 Millionen Mark jährlich entfallen. Früher lief auch das Factoring-Geschäft mit den Ostblockstaaten. Heute spielt nur noch das Geschäft mit der Sowjetunion eine gewisse Rolle.

In den anderen Comecon-Staaten haben sich die Zahlungsverzögerungen so gehäuft, daß das Geschäft zum Erliegen gekommen ist. Kein Wunder, wenn zum Beispiel – und das ist kein Witz – die „DDR" ein Jahr offenes Zahlungsziel für Bonbons verlangt, die sicher schon längst gelutscht sind.

So sehr Factoring-Institute im Exportgeschäft davon profitieren, daß Sicherheit auf ausländischen Märkten von deutschen Lieferanten gefragt ist: Mit der Verschlechterung der Bonität hat sich die Ablehnungsquote erhöht. Und gleichzeitig ist auch die Ausfallquote von rund 0,2 Prozent auf 0,3 Prozent gestiegen. Das seien zwar immer noch kleine Zahlen, so wird in der Branche versichert. Aber man spürt es schon.

Factoring-Umsätze in Europa in Mill. Dollar

Land	Umsatz
Schweden	6487
Großbritannien	4810
Bundesrepublik	3439
Frankreich	2348
Norwegen	1603
Niederlande	1565
Finnland	1369
Italien	1172
Belgien	675
Österreich	670
Dänemark	335

DIE WELT

Quelle: FCI FACTORS CHAIN INTERNATIONAL

Keine Konkurrenz, sondern Ergänzung der Finanzierung

F. W. H. Bremen

Allein aus der Kombination verschiedener Leistungen, die sonst bei keiner anderen Finanzierungsform zu finden ist, bezieht Factoring bereits seinen eigenen Stellenwert. Hinzu kommen rechtliche Besonderheiten, die seine eigenständige Position noch markanter hervortreten lassen. Vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation gewinnt Factoring darüber hinaus zusätzliche Aktualität.

Die Risiken in den Außenständen haben drastisch zugenommen. Der rasante Anstieg der Insolvenzen ist dafür ein trauriger Beweis. Selbst eine sorgfältige Debitorenüberwachung garantiert keinen sicheren Schutz vor Forderungsverlusten. Dem Aufwand an Zeit und Geld steht nach wie vor ein unkalkulierbares Risiko gegenüber. Längere Zahlungsziele binden zudem erhebliche Mittel, die der eigenen Liquidität fehlen. Den Ausweg aus diesem Dilemma bietet Factoring.

Wodurch unterscheidet sich nun Factoring von den traditionellen Finanzierungsinstrumenten? Rechtlich ist Factoring ein Kaufgeschäft. Es entsteht also zwischen Kunde und Factor kein Kreditverhältnis. Als Käufer der Forderungen übernimmt der Factor vielmehr die Gläubigereigenschaft seines Kunden, so daß dessen Abnehmer zu seinen Schuldnern werden. Die Forderungen scheiden folglich aus dem Vermögen des Factoringkunden aus; das Bild seiner Bilanz verbessert sich, insbesondere hinsichtlich der Kapitalrelationen.

Mit dem Ankauf der Forderungen geht zugleich das Delkredere-Risiko in voller Höhe auf den Factor über, dem dann 100 Tage nach Fälligkeit einer notleidenden Forderung das Zinsrisiko automatisch folgt. Der Factoring-Kunde haftet dem Factor lediglich für den Bestand der Forderungen, was nichts anderes heißt, als daß er für Liefermängel einzustehen hat. In seiner Verantwortung bleiben somit weiterhin Reklamationen, Retouren und Forderungsabzüge. Wichtig ist, daß der Abnehmer gegenüber der vom Factor erworbenen Forderung das Recht behält, mit Gegenansprüchen aufzurechnen. Der Factor greift nicht in das Liefergeschäft ein.

Als Eigentümer der Forderungen obliegen dem Factor die Überwachung des Zahlungseinganges, das Mahnwesen und der zwangsweise Einzug notleidender Forderungen. Der Kunde erhält vom Factor so viel Informationsmaterial, daß er auf eine eigene Debitorenbuchhaltung verzichten kann.

Der Factor erwirbt die Forderungen von seinem Kunden frei von etwaigen Ansprüchen der Lieferanten aus verlängertem Eigentumsvorbehalt. Diese rechtliche Regelung gilt nur für das Factoring, sofern der Factor das Delkredere-Risiko trägt.

So ist der Factor in der Lage, bei Ankauf der Forderungen sofort 80 bis 90 Prozent des Forderungsbetrages an seinen Kunden auszuzahlen. Die restlichen zehn bis 20 Prozent werden zunächst einem Sperrkonto gutgeschrieben und dienen in erster Linie als Sicherheit für etwaige Abzüge des Abnehmers; sie werden an den Kunden in voller Höhe ausgezahlt, sobald die Forderung vom Abnehmer ungekürzt reguliert worden ist.

Eine ausreichende Bonität der Abnehmer vorausgesetzt, sorgt Factoring für zusätzliche Liquidität, die zudem jeweils pünktlich zur Verfügung steht. Die Factoring-Finanzierung kennt im übrigen keine starren Grenzen, so daß der Kunde auch bei steigenden Umsätzen mit ausreichender Liquidität versorgt wird.

Factoring bietet Produktions- und Handelsunternehmen mit Jahresumsätzen von mindestens zwei Millionen Mark und Zahlungszielen bis zu 90 Tagen aus verschiedenen Überlegungen heraus eine interessante Finanzierungsalternative. Es bietet vor allem Schutz vor Forderungsausfällen, löst Probleme in der Debitorenverwaltung und bewährt sich in der Liquiditätsversorgung insbesondere expansiver Unternehmen, die an ihre Finanzierungsgrenzen stoßen. Es ist auch dann ein Ausweg, wenn außer dem Umlaufvermögen keine weiteren Sicherheiten zur Verfügung stehen. Jedes Kreditinstitut wird in einem solchen Fall wegen der verlängerten Eigentumsvorbehalte der Lieferanten bei der Kreditvergabe besondere Vorsicht walten lassen müssen.

Den Banken bietet Factoring die Chance, ihren Kunden auch dann noch einen Finanzierungsweg weisen zu können, wenn die eigenen Möglichkeiten der Kreditgewährung erschöpft sind, sei es bei stark expandierenden Unternehmen oder hohen Engagements in der Anlagenfinanzierung. Der Factor wird hier zum Partner der Kreditinstitute. Dabei dürfte es für die Banken von besonderer Bedeutung sein, daß ihnen der Kunde mit seinem gesamten Umsatz erhalten bleibt. Der Factor führt nämlich keine Kontokorrentkonten, sondern stellt seinem Kunden die Factoring-Erlöse auf dessen Bankkonto zur Verfügung.

SERVICE / Die verschiedenen Dienstleistungsfunktionen der Factoringgesellschaften und ihre Bedeutung für die Kunden

So wird der Unternehmer vom administrativen Ballast befreit

H. V. M. Stuttgart

Gerade in einer Zeit ständig steigender Insolvenzen dürfte eine der wichtigsten Service-Leistung des Factor die Bonitätsprüfung der Debitoren sein.

Unterstrichen wird die Bedeutung der Bonitätsprüfung auch damit, daß in jüngster Zeit Seminare speziell für die erfolgreiche Prüfung und Verwaltung der Debitoren abgehalten werden, auf die vornehmlich Kreditmanager der Konzerne geschickt werden.

Mit Factoring verfügt jeder mittelständische Unternehmer über ein Profi-Kreditmanagement, das ihm sämtliche Arbeiten in diesem Bereich abnimmt. Zunächst einmal holt der Factor über jeden einzelnen Abnehmer Büro- und Bankauskünfte ein. Da bei diesen Auskünften – ähnlich wie bei Zeugnissen – zwischen den Zeilen zu lesen ist, erfordert dies ganz spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse, ohne die eine richtige Einschätzung des Abnehmers nicht möglich wäre.

Danach wird der Anschlußfirma (Lieferanten) die Höhe des Warenkreditlimits mitgeteilt. Dieses Limit wird nun vom Factor ständig überwacht. Sollte es bei erhöhten Lieferungen nicht ausreichen, wird es erhöht. Sollte jedoch bei der Zahlweise des Abnehmers festgestellt werden, daß sich eine Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse ergeben hat, wird dies der Factor genauestens im Auge behalten, um rechtzeitig das Warenkreditlimit zu streichen, damit die Anschlußfirma sowohl bei Factoring mit Delkredere als auch beim Factoring ohne Delkredere weitere Lieferungen im eigenen Interesse unterläßt.

Warnsignale bei der Veränderung der festgestellten Zahlweise könnten sein, daß beispielsweise eine Einkaufsvereinigung nicht mehr skontiert, sondern Zahlungsziele voll ausnützt. Auch eine ständig zunehmende Zielüberschreitung könnte ein Warnsignal sein. Ebenso die plötzliche Hergabe von Wechseln.

So ist es empfehlenswert, bei Neukunden bei den ersten Lieferungen Wechselzahlungen grundsätzlich auszuschließen, um die Zahlungsfähigkeit des Kunden kennenzulernen. Weitere Warnsignale könnten auch die Aufgabe von Filialgeschäften sein, wie auch die Tatsache, daß plötzlich Aufträge erteilt werden, die weit über das bisherige Maß hinausgehen oder in keinem angemessenen Verhältnis zur Größe des Unternehmens stehen. Alle diese Fälle werden vom Factor genauestens geprüft und analysiert.

Die ständige Bonitätskontrolle des Factors ist auch wichtig und interessant für die Erschließung neuer Märkte. Von ganz entscheidender Bedeutung wird die laufende Debitorenprüfung im grenzüberschreitenden Verkehr, da dort allein aufgrund der weiten räumlichen Entfernung die Gefahren besonders groß sind.

Die Kreditlimitüberwachung der Abnehmer durch den Factor bringt jedoch nicht nur einen wirksamen Schutz vor Insolvenzen. Durch die ständige Selektierung des Kundenkreises können sich die Außendienstmitarbeiter mehr Zeit für die guten, von dem Factor mit entsprechenden Limiten versehenen Kunden, nehmen. Schlechte Kunden werden nicht mehr besucht, was Zeit und Geld spart.

Der weitere Service-Schwerpunkt des Factors liegt in der Führung der Debitorenbuchhaltung. Nach zivil- und steuerrechtlicher Betrachtung führt der Factor, soweit er das Factoring mit Delkredere betreibt, die Buchhaltung in Wahrnehmung eigener Angelegenheiten. Ein Doppel hiervon erhält die Anschlußfirma. Bei dem Factoring ohne Delkredere führt er die Debitorenbuchhaltung für die Anschlußfirma.

Losgelöst von dem Theorienstreit über die rechtliche Beurteilung des Factoring in seinen verschiedenen Formen gibt es für den Factor und die Anschlußfirma wirtschaftlich betrachtet keinen Unterschied bei der Führung der Debitorenbuchhaltung zwischen dem Factoring mit oder ohne Delkredere. Bringt doch dieser Service des Factors der Anschlußfirma ganz erhebliche Vorteile.

Zunächst erfaßt der Factor sämtliche Daten, besonders von Rechnungen, Gutschriften und Zahlungeingängen. Die so erfaßten Zahlen und Daten werden buchungstechnisch mit Journalen nachgewiesen und einmal monatlich so zusammengefaßt und aufaddiert, daß die Anschlußfirma mit wenigen Buchungen einmal monatlich ihre Sachkonten entsprechend verändern kann.

Bei den Zahlungseingängen werden darüber hinaus noch die jeweils vereinbarten Skontofristen überwacht und bei Überschreitung die Abnehmer automatisch zur Zahlung der unberechtigten Skontoabzüge aufgefordert. Soweit weitere Abzüge und Mängelrügen vom Factor nicht beurteilt werden können, erfolgt eine Abstimmung mit der Anschlußfirma, um auch in diesem Bereich unberechtigte Zahlungskürzungen möglichst kurzfristig vom Abnehmer anzufordern. Bei Wechselzahlungen nimmt der Factor auch automatisch die Abrechnung der Diskontspesen mit dem Abnehmer vor, um auch hier eine Entlastung für die Anschlußfirma zu erreichen.

Viele Factoringinteressenten fürchten sich davor, ihre Debitorenfirmenbuchhaltung außer Haus an den Factor zu geben, weil sie meinen, von diesem Zeitpunkt an nicht mehr zeitnah über die Abnehmer und die jeweiligen Bewegungen informiert zu sein. Diese Befürchtungen sind unbegründet, weil der Factor den Anschlußfirmen laufend Kundenübersichten übermittelt, die zeitnah die jeweiligen Außenstände, wie auch die offenen Posten ausweisen.

Da sich gerade heute nicht nur die Insolvenzen häufen, sondern auch die Zahlungsmoral sich ständig verschlechtert, ist das individuelle, ausgefeilte Mahnsystem des Factors von ganz erheblichem Vorteil für die Anschlußfirma. Gelegentlich aufgestellte Behauptungen von sogenannten Fachleuten aus der Finanz- und Kreditwirtschaft, wonach der Factor durch brutales und hartes Mahnen Kunden verärgert und damit Umsatzeinbußen zu befürchten sind, entbehren jeglicher Grundlage.

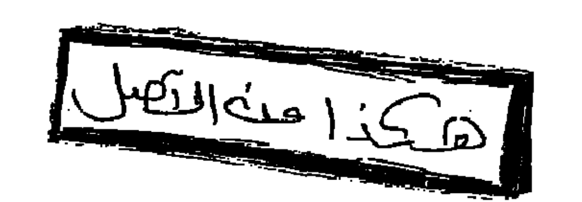
Vielmehr mahnt der Factor regelmäßig und konsequent unter Beachtung der vereinbarten Zahlungsziele und der branchenüblichen Abmachungen. Dabei wirkt sich allerdings sein konstantes Mahnen positiv auf die Debitorenlaufzeit aus, was die Anschlußfirmen der Factoringgesellschaft besonders in Zeiten der Hochzinsphase schätzen, weil damit nämlich in erheblichem Maße Soll-Zinsen gespart werden können.

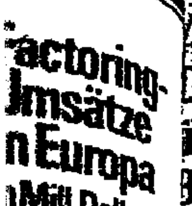
Im übrigen entlastet das Mahnen des Factors ganz entscheidend das Lieferanten-Kundenverhältnis, da nun die Anschlußfirma und deren Außendienstmitarbeiter mit den Kunden nicht mehr über die leidigen Zahlungsprobleme diskutieren müssen. Bei verspäteten Zahlungen berechnet der Factor den Abnehmern unter Beachtung der mit der Anschlußfirma vereinbarten Kulanzfrist Verzugszinsen, die der Anschlußfirma wieder zugute kommen und somit deren Zinsaufwand weiter schmälern. Ist eine außergerichtliche Beitreibung erfolglos geblieben, erfolgt die gerichtliche Beitreibung durch den Factor, jedoch erst nach vorheriger Abstimmung und Zustimmung der Anschlußfirma.

Im Rahmen seiner Service-Leistungen bietet der Factor darüber hinaus noch Umsatzstatistiken, Exportstatistiken, Provisionsabrechnungen und numerisch und alphabetische Kundenlisten. Die Anschlußfirma erzielt durch die umfangreichen Serviceleistungen des Factores erhebliche Vorteile und kann Einsparungen bei Personal- und Sachkosten verzeichnen.

In den heutigen schwierigen Zeiten der Debitorenüberwachung und der Verwaltung ist es vielen mittelständischen Unternehmen aus Kostengründen nicht möglich, die erforderlichen Fachkräfte, besonders für die ständige Bonitätsprüfung der Debitoren einzustellen. Da die Gebühren für die Führung der Debitorenbuchhaltung umsatzabhängig sind – in der Regel zwischen 0,50 und zwei Prozent vom Umsatz – handelt es sich um variable Kosten, was sich besonders positiv bei Umsatzrückgängen oder extremen saisonalen Schwankungen auswirkt.

Das Dienstleistungspaket Factoring macht den Unternehmer frei von administrativem Ballast für seine eigentlichen Aufgaben. Dieser Umstand läßt immer mehr Unternehmer das moderne Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring einsetzen, um auch in konjunkturell unsicheren Zeiten bestehen zu können.





…ERWALTUNG

…er Factor …bernimmt die …uchführung

H. W. Bonn

Da die Forderungen durch den …auf in das Vermögen des Factors …bergehen, wird er dafür buchfüh…ungspflichtig und hat auch die …erwaltung zu übernehmen. Für …en Kunden entfällt somit die Ver…flichtung, die Forderungen ein…eln zu buchen und zu mahnen. …ür ihn verbleibt in seiner Aktiva …ediglich das Konto „Forderungen …n den Factor", das nur die vom …actor in Abzug gebrachten Einbe…alte enthält. Da der Factor zu ei…er ordnungsgemäßen Buchhal…ung und Überwachung der Forde…ungen verschiedene, ausführliche …nterlagen benötigt, erhält der Kunde ebenfalls, quasi als Abfall…produkt, Informationen über den …tand der Forderungen.

Im einzelnen sind dies in regel…mäßigen Abständen offene Po…tenlisten mit Angaben der geneh…nigten Limite, der Salden und der …imitüberschreitungen, kumulier…e Umsätze pro Abnehmer, Alters…gliederungen der Forderungen pro …bnehmer und insgesamt, Zah…ungsjournale, Kopien der letzten Mahnungen und ggf. Kopien des Schriftverkehrs mit den Abneh…mern. Die nicht unter ein Limit …allenden Forderungen bucht und verwaltet der Factor meist treu…händerisch mit.

Er tut dies mit der gleichen Sorg…alt, wie bei den von ihm gekauften …orderungen. Nicht selten rut…schen auch Forderungen in das Li…mit, wenn ältere Forderungen be…glichen werden. In der heutigen Zeit, in der die meisten Firmen …iber eine leistungsfähige eigene EDV verfügen, nimmt die Verwal…tungsfunktion im klassischen Sin…ne nicht mehr jenen Rang ein, den sie früher hatte. Diesem Umstand entsprechend übertragen heute einige Factors treuhänderisch die Debitorenbuchhaltung und das Mahnwesen auf den Kunden.

An der juristischen Konstellation ändert dies nichts, lediglich an der praktischen Handhabung. Daß der Factor bei einer solchen Regelung …estimmte Anforderungen an die EDV und die mit der Debitoren…buchhaltung befaßten Personen …es Kunden stellt, ist ein nicht zu …nterschätzendes Erfordernis. Das Inkassoverfahren behält sich der Factor jedoch selbst vor.

DIE FACTORING-ARTEN / Liquidität, Rentabilität und Arbeitsentlastung

So werden Außenstände zu Bargeld

W. D. Bonn

Wenn sich ein Unternehmen für die Zusammenarbeit mit einem Factoringinstitut entschließt, so sind seine Beweggründe hierfür meist in den vielfältigen Funktionen zu sehen, die der Factor ihm zu bieten in der Lage ist. Zweifelsohne wird seine Entscheidung, Factoring zu praktizieren, hauptsächlich dadurch gefällt, daß der Factor es ihm ermöglicht, seine Liquidität zu sichern und ihm auch die Sorgen eines möglichen Verlustes durch Insolvenzen seiner Abnehmer abzunehmen.

Ein weiterer Vorzug, mit einem Factor zu arbeiten, liegt in der Übernahme der Debitorenbuchhaltung und des gesamten Mahn- und Inkassowesens. Mit der Aufzählung eben dieser Kriterien ist die bekannteste Art des Factoring-Verfahrens grob umschrieben, nämlich das sogenannte „Old-Line-Factoring" oder auch „Standard-Factoring" genannt. Der Factor vergibt für sämtliche zu beliefernden Abnehmer des Factoringkunden Kreditlimite, bis zu deren Höhe auch das Delkredererisiko zu 100 Prozent übernommen wird.

In der Regel erhält der Factoringkunde am Tage der Übersendung der Rechnungskopien an das Factoringinstitut von diesem eine sofortige Bevorschussung von 80 bis 90 Prozent auf diese Forderungen. Der Einbehalt von zehn bis 20 Prozent durch den Factor dient zur Abdeckung etwaiger Rechnungskürzungen durch den Abnehmer. Sollten Kürzungen nicht vorgenommen werden, zahlt der Factor diesen Betrag nach Bezahlung an ihn an den Kunden aus. Die Debitorenbuchhaltung wird von dem Factor geführt; er übersendet in regelmäßigem Abstand seinem Kunden Informationen, aus denen dieser den aktuellen Stand der Debitoren erkennt und führt auch das gesamte Mahn- und Inkassoverfahren durch.

Eine weitere Factoring-Art bietet der Factor dem potentiellen Interessenten, der in der Lage ist, die Debitorenbuchhaltung treuhänderisch für den Factor zu führen. Diese Möglichkeit ist denjenigen Interessenten gegeben, die bereits eine elektronische Datenverarbeitungsanlage benutzen und auch in der Lage sind, dem Factor die benötigten Unterlagen zu erstellen. Das sonstige Prozedere ist weitestgehend identisch mit dem Standard-Factoring-Verfahren.

Die volle Nutzung der eigenen EDV ist weiterhin gegeben. Der Kunde, der mit dem Factor einen solchen Vertrag geschlossen hat, mahnt auch seine Abnehmer selbst an und leitet nach fruchtlosen Mahnungen über das Factoringinstitut das gerichtliche Inkassoverfahren ein.

Factoring-Interessenten, denen nicht unbedingt an der Verflüssigung ihrer Außenstände gelegen ist, wird das Factoringinstitut zu dem „Fälligkeitsfactoring" raten. Der Wunsch des Interessenten wird hierbei ausschließlich mit der Absicherung des hundertprozentigen Abnehmerrisikos begründet. Dieses Verfahren ist bis auf die Bevorschussung der Forderungen mit dem Standard-Factoring-Verfahren identisch. Die spezifischen Merkmale der Factoringarten bieten dem Unternehmer die Möglichkeit, ein Factoringverfahren nach seinen Bedürfnissen einzugehen.

Was erreicht wird, und was es kostet

H. F. Mainz

Was soll mit Factoring erreicht werden? Eine zusätzliche Liquidität zu dem normalen Bankkredit durch Finanzierung der Außenstände mit hundertprozentigem Delkredereschutz. Dadurch kommen die Factoring-Kunden in den Genuß zusätzlicher Lieferantenskonti, denn sie werden Barzahler. Außerdem sind Abnehmer-Insolvenzen voll abgesichert. Dazu übernimmt der Factor, je nach Absprache, die Debitoren-Buchhaltung, das Mahn- und Inkassowesen, Gerichts- und Mahnkosten. Der Factoring- Kunde wird mit der Factoring-Finanzierung so gestellt, als habe sein Abnehmer bei Abholung der Ware bar bezahlt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß dem Factoring-Kunden die Finanzierung umsatzkongruent zufließt, was bei wechselnder Umsatzhöhe wichtig ist.

Da dem Factoring-Kunden durch die Finanzierung die Sorge seiner Geldeingänge genommen wird, kann er sich voll dem Verkauf seiner Ware und neuen Produkten widmen.

Was kann mit Factoring eingespart werden? Vor allen Dingen Ärger beim Hinterherlaufen hinter den Außenständen. In vielen Fällen gibt man noch zusätzliche Rabatte zu den Skonti, nur, um sofort über einen größeren Geldbetrag verfügen zu können, weil wichtige Zahlungen anstehen.

Im Betrieb selbst wird Personal frei, das mit unproduktiven Dingen, wie Buchungen und Überwachungen der Debitoren, Zahlungseingängen, Mahnungen und Inkasso beschäftigt war. Im Inkasso fallen außerdem die Anwalts- und Gerichtskosten weg, weil diese vom Factor übernommen werden. Bei Überziehung von Bankkrediten entfallen die Überziehungsgebühren. Der Factoring-Kunde erhält außerdem täglich vom Factor für die Gesamtsumme nur einen Scheck, während er ohne Factoring eine Flut von Geldeingängen zu überwachen hätte.

Was kostet Factoring? Die Factoring-Gebühr, in der die Kosten der Delkrederehaftung eingeschlossen sind, liegt zwischen 0,8 und 1,5 Prozent. Sie wird vor der Zusammenarbeit festgelegt.

Als Beispiel nehmen wir hier ein Prozent: Bei 20 Millionen Mark macht das 200 000 Mark aus. Die Zinsen auf die Inanspruchnahme ergeben 215 000 Mark. Die Gesamtkosten pro Jahr betragen also 415 000 Mark.

Bei einem durchschnittlichen Wareneinsatz von 50 Prozent und bei vier Prozent Lieferantenskonti können dann 400 000 Mark zurückgeholt werden.

Der Factoring-Interessent kann nun einwenden, daß er bereits jetzt schon Skontozahler ist. Er muß aber dabei berücksichtigen, daß er diese Beträge aus seinem Kreditrahmen zieht, wofür er auch Zinsen und Kreditkosten bezahlt. Gegen die Factoring-Kosten sind auch die Insolvenzverluste und die Mahn- und Gerichtskosten zu rechnen, außerdem noch zusätzliche Personaleinsparungen.

Factoring-Gesellschaften in Deutschland

DW. Bonn

Die Entwicklung des Factoring-Geschäfts in Deutschland ist vergleichbar mit der Entwicklung in anderen Ländern. Mittlerweile hat Factoring seinen berechtigten Platz im kurzfristigen Finanzierungsbereich gefunden. 1979 beliefen sich die im Factoring-Geschäft getätigten Umsätze auf über 5,5 Milliarden Mark. 1981 konnte eine Steigerung des Gesamtumsatzes auf knapp sieben Milliarden Mark erzielt werden. Diese Umsätze verteilen sich im wesentlichen auf diese acht, dem Deutschen Factoring Verband e.V. angeschlossenen Factoring-Institute:

1. Credit-Factoring International GmbH, Mainzer Landstr. 49, 6000 Frankfurt/Main
Gesellschafter: Credit Factoring International Ltd., London
2. Deutsche Factoring Bank – Deutsche Factoring GmbH & Co., Martinistr. 48, 2800 Bremen
Gesellschafter: 8 Landesbanken und Sparkasse Bremen
3. DG Diskont Bank AG, Kaiser-Friedrich-Str. 7, 6500 Mainz
Gesellschafter: DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
4. Diskont und Kredit AG, Couvenstr. 6, 4000 Düsseldorf
Gesellschafter: Dresdner Bank
5. GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal
Gesellschafter: Deutsche Bank
6. Heller Factoring Bank AG, Wallaustr. 111, 6500 Mainz
Gesellschafter: Walter E. Heller Overseas Corporation, USA
7. Procedo Gesellschaft für Exportfactoring J. Klindworth KG, Gustav-Stresemann-Ring 12–16, 6200 Wiesbaden
Gesellschafter: mehrere Privatpersonen
8. Süd-Factoring GmbH, Kronenstr. 36, 7000 Stuttgart
Gesellschafter: Württembergische Kommunale Landesbank

Der Kundenkreis liegt im wesentlichen im mittelständischen Bereich mit Umsätzen zwischen zwei und 150 Millionen Mark. Der überwiegende Teil der Factoring-Kunden tätigt alle seine Umsätze über die Factoring-Institute. Die Fachleute sind sich darüber einig, daß das Factoring-Geschäft sich weiter durchsetzt und seinen Platz ausbauen wird.

UNTERNEHMENSBERATER UND FACTOR

Experten im Umgang mit den Außenständen

SIEGFRIED OLBORT, Mainz

Immer häufiger auftretende Strukturveränderungen und weltweite Konjunkturschwankungen führen zu erheblichen Unternehmenskrisen. Während man früher erforderliche Sanierungsmaßnahmen als etwas Außergewöhnliches betrachtete und darüber höchstens hinter vorgehaltener Hand sprach, ist heute eine Meinungsänderung zu beobachten. Daß sich hier ein Wandel vollzieht, hat handfeste Gründe. Geht es doch häufig um Sein oder Nichtsein von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Erfreulich ist, daß vermehrt Unternehmer, Mitarbeiter, Gewerkschaften, Banken und Gläubiger an einem Strang zu ziehen versuchen. Diese Tatsache ändert jedoch nichts daran, daß eine sich anbahnende Krise Spezialisten zu ihrer Lösung bedarf.

Verfügt der Unternehmer oder das Team des Unternehmens über die nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse und über die erforderliche Zeit, wird man versuchen, hausintern der Probleme Herr zu werden. Oftmals jedoch sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so daß ein externer Unternehmensberater herangezogen werden muß. Daß ein solcher Berater, der gerade in einer Zeit hober Arbeitslosigkeit Hochkonjunktur hat, seriös und der gestellten Aufgabe gewachsen sein muß, versteht sich von selbst.

An dieser Stelle soll jedoch nicht auf die vielfältigen Maßnahmen eingegangen werden, die ein Unternehmensberater vorzuschlagen oder durchzuführen hat, sondern auf die Frage, ob Factoring einem Unternehmensberater nützlich sein kann. In den folgenden Situationen oder Problemen könnte ein Unternehmensberater Factoring zur Bereinigung der Schwierigkeiten heranziehen:

1. Die Forderungen des Unternehmens sind in einem miserablen Zustand. Erkennen kann man dies an der enormen Höhe der Forderungen, einer schlechten Altersgliederung, Rückständen in der Debitorenbuchhaltung, Klärposten und einigen anderen Faktoren. Daß der Factor keine Reklamationsbereinigung durchführen kann, dürfte klar sein, daß er aber zusammen mit dem Unternehmen massiv an dem Einzug und der Klärung der Forderungen arbeiten wird, ist selbstverständlich.

2. Es kann keine klare Aussage darüber erfolgen, ob die Forderungen in ihrer Mehrheit gegen bonitätsmäßig gute Abnehmer gerichtet sind. Zudem bilden einige Konzentrationen ein erhebliches Risiko. Eine Kreditversicherung besteht nicht. Durch das Limitprozedere des Factors wird hier zum einen Klarheit und zum anderen Sicherheit geschaffen.

3. Die Liquidität des Unternehmens ist angespannt. Zwar sind die Forderungen an die Hausbank abgetreten, eine Finanzierung erfolgt jedoch mit maximal 50 Prozent und im Rahmen einer festgelegten Kreditlinie. Für diese Kreditlinie sind noch weitere Sicherheiten gegeben. Durch die Einführung von Factoring wird eine höhere Finanzierung erreicht. Vor allem gibt es keine starre Kreditlinie. Die Finanzierung wächst mit der Höhe der Forderungen. Sind die Forderungen nicht an die Hausbank abgetreten, so ist der Liquiditätszufluß erheblich größer. Oftmals geben auch Hausbanken die Forderungen ohne Ablösung frei, jedoch gegen Abtretung der Auszahlungs- und Rückgewährsansprüche aus dem Factoring-Vertrag.

Aus der Praxis des Factoring-Alltags gibt es erheblich mehr Fälle, in denen Factoring von Unternehmensberatern zur Problemlösung herangezogen wurde. Man sollte jedoch davon ausgehen, daß seriöse Unternehmensberater einem Unternehmen nicht so ohne weiteres Factoring empfehlen. Erst nach genauer Analyse und Festlegung der Zielrichtung wird er mit dem Factor Kontakt aufnehmen.

Daß der Factor ebenfalls eine genaue Prüfung und Analyse durchführt, entspricht seiner Factoringphilosophie. Ein marodes Unternehmen als Kunden zu haben, kann er sich nicht leisten. Es kann aber seine Aufgabe sein – genau wie die der Hausbanken –, aufgrund eines gemeinsam erarbeiteten Konzeptes mit an der Lösung von Problemen zu arbeiten.

FORFAITIERUNG / Abwicklung von grenzüberschreitenden Geschäften – Absicherung gegen politische, wirtschaftliche und monetäre Risiken – Beispiele aus der Praxis

An die Bonität der Schuldner werden hohe Maßstäbe gelegt

H. EHRENBERGER, Bremen

À forfait heißt korrekt übersetzt: in Bausch und Bogen. In Deutschland hat sich daraus der Begriff „Forfaitierung" entwickelt. Unter diesem Begriff wird der Ankauf von später fällig werdenden Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen – meistens Exportgeschäften – unter Ausschluß des Rückgriffs auf vorherige Forderungseigentümer verstanden.

Obwohl theoretisch nahezu jede Form von Schuldanerkennung forfaitiert werden kann, sind derartige Forderungen in der Regel durch gezogene Wechsel oder Eigen-(Sola-)Wechsel verkörpert. Zu den weniger gebräuchlichen Formen zählen Buchforderungen und Akkreditive mit aufgeschobenen Zahlungen (deferred payment). Die vorzugsweise Verwendung von Eigenwechseln und Tratten ist in deren langer Geschichte als Finanzierungsmittel des Handels und in deren Simplizität zu sehen. Für die Wahl des Instrumentes gibt es dennoch keine allgemeingültige Regel, sie hängt von einer Vielzahl rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Überlegungen ab.

Bei allgemeiner Betrachtung kommt man zu dem Ergebnis, daß Factoring und Forfaitierung von den einzelnen Funktionsbereichen her kaum Unterschiede aufweisen. Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch schnell heraus, daß es eine ganze Anzahl sowohl qualitativer als auch quantitativer Abgrenzungspunkte gibt: Der Hauptunterschied dürfte darin liegen, daß bei der Forfaitierung einzelne Lieferungen beziehungsweise Forderungen zum Gegenstand der Geschäftsbeziehung gemacht werden, auch dann, wenn man – was durchaus üblich ist – wiederholt mit dem selben Geschäftspartner tätig wird. Im Gegensatz dazu wird vom Factoringvertrag von vornherein die Gesamtheit der Forderungen oder ein bestimmter Teil im Wege einer Globalzession erfaßt; die Forfaitierung ist auf einzelne Geschäftsfälle größeren Umfangs ausgerichtet.

Bei der Forfaitierung, der ein Exportgeschäft zugrunde liegt, versucht der Forfaiteur – soweit möglich – sich ein Bild über die Bonität des Schuldners zu machen. Beim Exportfactoring bedient sich der Factor (Exportfactor) hinsichtlich der Bonitätsprüfung eines Korrespondenzpartners (Importfactor) im Importland. Dieser ist naturgemäß – der Debitor ist für ihn Inländer – in einer wesentlich besseren Position, wenn es um die Bonitätsprüfung geht. Die Forfaitierung erfolgt auf der Basis eines festen Zinssatzes (Diskont) für die gesamte Laufzeit. Bei der Factoringfinanzierung wird in der Regel ein variabler Zinssatz vereinbart, der sich am Geldmarkt orientiert und der monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich nachträglich in Rechnung gestellt wird.

Im Gegensatz zum Factor übernimmt der Forfaiteur auch das mit der Forderung verbundene politische Risiko. Ein Kursrisiko besteht für den Exporteur nur bis zum Verkauf der Forderung, während der Factor üblicherweise das Kursrisiko nicht abdeckt.

Die bei grenzüberschreitenden Finanzierungen auftretenden Risiken lassen sich wie folgt klassifizieren:

- Politisches Risiko: Schäden für den Exporteur können bei außerordentlichen staatlichen Maßnahmen oder politischen Ereignissen im Ausland (Krieg, Revolution, Annexion, bürgerlichen Unruhen) entstehen.
- Transferrisiko: Hierunter versteht man die Unfähigkeit oder Unwilligkeit von Staaten oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur Durchführung von Zahlungen in der vereinbarten Währung (inklusive Moratoriumsrisiko).
- Währungsrisiko: Eines der bedeutendsten Risiken kann darin liegen, wenn Zahlung in einer anderen Währung als der im Lande des Exporteurs erfolgt und im Austauschverhältnis zwischen in- und ausländischer Währung Schwankungen auftreten.
- Delkredererisiko: Hierunter fällt die Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsunwilligkeit von Schuldner oder Garant. (Bei staatlichen Verpflichtungen fällt das Delkredererisiko in die Kategorie der politischen Risiken).

Zur Frage der Absicherung gegen diese Risiken nachstehend einige Ausführungen:

Transferrisiko – Wird vom Forfaiteur abgesichert, der vor allem überlegen muß, ob das Importland auch in Zukunft zahlungsfähig sein wird und sich Devisen beschaffen kann.

Währungsrisiko – In der Regel werden von den Forfaiteuren nur Forderungen in solchen Währungen übernommen, in denen möglichst eine fristenkongruente Finanzierung möglich ist (zum Beispiel US-Dollar, Deutsche Mark und Schweizer Franken).

Debitorenrisiko – Die Forfaitierungsgesellschaften werden sich im allgemeinen nur für Laufzeiten engagieren, die einigermaßen überschaubare Risiken enthalten. An die Bonität der Schuldner werden hohe Maßstäbe angelegt. In der Regel ist die Forderung durch eine Bankgarantie im Schuldnerland abzusichern. Generell bleibt festzuhalten, daß neben der Bonität des Importeurs oder der garantierenden Bank die wirtschaftliche und politische Stabilität des Schuldnerlandes von Bedeutung sind. Daraus ergibt sich, daß Länder, die als instabil eingeschätzt werden, nicht für eine Finanzierung ohne Rückgriff geeignet sind, auch dann, wenn Importeur und Bank allererste Adressen sein sollten.

Wechsel – Der größte Teil der forfaitierbaren Forderungen wird in Form von Wechseln dargestellt. Teils handelt es sich um vom Schuldner zugunsten des Gläubigers ausgestellte Eigenwechsel, teils um vom Gläubiger gezogene und vom Schuldner akzeptierte Wechsel. Die Gründe für das Vorherrschen dieser beiden Instrumente der Forderungsverkörperung sind ohne Zweifel einmal im Bekanntheitsgrad von Wechseln und zum anderen in der international vereinheitlichten Gesetzgebung, basierend auf dem internationalen Übereinkommen für Handelswechsel (Genfer Konferenz im Jahre 1930), zu suchen.

Finanzierungs-Alternative für Exportunternehmen

ER. Bonn

Wenn ein Exportunternehmen bei seinen Verkaufsgesprächen mit den ausländischen Abnehmern auf kurz-, mittel- oder langfristige Finanzierungswünsche stößt, dann muß es zunächst einmal wissen, ob im Hinblick auf die Zahlungsbedingungen, die Ware, das Käuferland, die angebotenen Sicherheiten oder aus anderen Gründen Hermes-Deckung möglich ist, und damit auch eine Refinanzierungsmöglichkeit über die AKA (Auslandskredite). Trifft dies nicht zu, sollten andere Finanzierungsalternativen untersucht werden, darunter auch die Forfaitierung.

Für die Abgabe einer zunächst noch unverbindlichen Offerte sind zumindest folgende Angaben erforderlich: Name und Land des Schuldners und des Garanten; Liefergegenstand; Lieferwert und Kontraktwährung sowie Zahlungsbedingungen (Rückzahlungsmodus) mit Angabe des Zinssatzes, den der Schuldner zahlt; ungefährer Liefertermin und Anzahl und Höhe eventueller Teillieferungen; vom Schuldner angebotenen Sicherheiten, wie Wechsel, Garantien, Akkreditive und Name der Bank oder Institution, die die Sicherheiten zur Verfügung stellt; Zahlungsort der Eigenwechsel oder Tratten; Lieferdatum/Zeitpunkt der Verfügbarkeit der A-forfait-Dokumentation.

Liegt eine Anfrage auf der Basis dieser Einzelangaben vor, so wird die Hausbank ein Angebot auf Forfaitierung vermitteln oder im eigenen Namen unterbreiten.

Sagt dem Exporteur die vorläufige Offerte zu, so wird ihm von der vermittelnden oder ankaufenden Bank eine Festofferte in schriftlicher Form erteilt, an die sie sich gebunden hält. Mit der schriftlichen – in Ausnahmefällen telefonischen – Annahme der Bedingungen durch den Exporteur ist der Forfaitierungsvertrag zustande gekommen.

Der vorsichtige Forfaiteur wird sich sowohl die Unterschriften der avalierenden oder garantierenden ausländischen Banken und bei Wechseln mitunter auch die Aussteller beziehungweise Bezogenenunterschriften als ordnungsgemäß bestätigen lassen. Mit der Gutschrift des Diskonterlöses gibt die Hausbank ihrem Kunden gegenüber im eigenen Namen (bei Eigenforfaitierung) oder im Namen des Forfaiteurs die Erklärung ab, daß die Exportforderung ohne Regreß (whithout resours) auf den Exporteur übernommen wurde. Gleichzeitig wird der Lieferant bei gezogenen Wechseln auch für den Fall schadlos gehalten, wenn aufgrund seiner Ausstellungsunterschrift Rückgriff von dritter Seite erfolgt (Haftungsausschlußerklärung).

Schon vor Abschluß des Forfaitierungsvertrages können Optionen eingeräumt oder Festofferten abgegeben werden. Der Exporteur erhält dadurch die Möglichkeit, schon vor Abschluß des Exportkontraktes die Finanzierung zu sichern. Er hat dann allerdings eine Bereitstellungsprovision (commiment fee) zu tragen. Gelegentlich werden für den Fall des Rücktritts auch Vertragsstrafen vereinbart (Pönale).

Es kann auch vereinbart werden, daß der Exporteur sich für einen kurzen Zeitraum eine Festofferte mit der Maßgabe andienen läßt, ohne Kosten zurücktreten zu können, wenn das Grundgeschäft nicht zum Tragen kommt. Die Optionsdauer beläuft sich normalerweise nur auf wenige Tage, kann allerdings auch auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden, wobei eine Optionsgebühr zu zahlen ist, die der Höhe nach der Bereitstellungsprovision entspricht.

Bei längeren Kreditlaufzeiten und hohen A-forfait-Sätzen wirkt sich der hohe Effektivzinssatz erfahrungsgemäß immer wieder nachteilig auf die Preiskalkulation des Grundgeschäftes aus. Hier hat sich alternativ eine kostensenkende Variante entwickelt. An Stelle des Festzinssatzes erfolgt eine Koppelung an den Eurosatz für 3- oder 6-Monat-Geld. Die für den gesamten Zeitraum des gewährten Zahlungszieles halbjährlich nachträglich zu belastenden Zinsen setzen voraus, daß der Exporteur über Jahre im voraus kreditwürdig erscheint. Der Ankauf erfolgt in diesem Falle zu 100 Prozent.

In der letzten Zeit ist die Quotierung fester Zinssätze immer schwieriger geworden, wenn längere Vorlaufzeiten mit anschließenden Kreditlaufzeiten von vier Jahren und mehr zugrunde lagen. Die hier für den Forfaiteur zweifellos vorhandenen Zinsrisiken können dadurch eliminiert werden, daß für die Vorlaufzeit ein an die Londoner Interbankrate gekoppelter Satz angeboten wird, der zum Zeitpunkt der Andienung der Dokumentation zu dem dann gültigen Londoner Satz für die gesamte Kreditlaufzeit in einen Festsatz umgewandelt wird.

Auch in Zukunft Chancen für den Forfaiteur

H. E. Bremen

Die Gesamtkosten der Forfaitierung können – insbesondere durch den sofortigen Zinsabzug – erheblich sein. Trotzdem ergeben sich in der Regel Vorteile, die die Mehrbelastung durchaus mehr als kompensieren können: Bilanzentlastung; keine Kreditversicherungskosten; keine Selbstbehalte; feste Zinssätze für die gesamte Kreditlaufzeit und die eventuelle Vorlaufzeit; kein Kursrisiko bei Fremdwährungen ab Zeitpunkt des Ankaufs der Forderung; Forfaitierungsmöglichkeiten nahezu zu jedem beliebigen Zeitpunkt nach Lieferung; Liquiditätsverbesserung; einfache Abwicklungsform und Entlastung im administrativen Bereich.

Auf den regreßlos angekauften Forderungsbetrag wird zunächst wie beim Wechseldiskont ein in Per-annum-Sätzen berechneter Abschlag (Diskont) vorgenommen. Er wird sofort voll in Abzug gebracht. Die Sätze variieren erheblich und sind ihrer Höhe nach von zahlreichen Faktoren abhängig, wie Schuldner, Land, Währung, Laufzeit und Sicherheiten. Wie in anderen Bereichen wirken sich naturgemäß auch Angebot und Nachfrage kostenregulierend aus. Weitere Faktoren sind die Kurssicherungs- oder Refinanzierungskosten, die eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

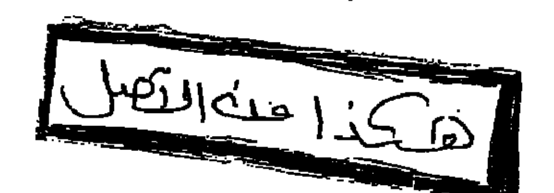
Im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß sich der vom Forfaiteur genannte Diskontsatz aus vier, bei Geschäften mit Vorlaufzeiten aus fünf Komponenten zusammensetzt: Geldbeschaffungskosten, (im wesentlichen von den jeweiligen Eurosätzen abhängig), Risikomarge (je nach Land und Bonität der Garanten stark variierend), Inkassokosten (voraussichtlicher Aufwand beim späteren Einzug der Forderungen, sofern diese nicht gesondert in Rechnung gestellt werden), Gewinnmarge des Forfaiteurs und Zinsrisikomarge (in Fällen, wo der Ankauf der Forderungen zu einem späteren Zeitpunkt – also mit Vorlaufzeit erfolgt).

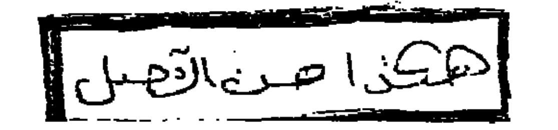
Die Forfaitierung hat ihre eigenen Gesetze und Usancen entwickelt. Sie hat inzwischen eine solche Bedeutung erlangt, daß beispielsweise der Export von Investitionsgütern in den Ostblock und die Entwicklungsländer in diesem Ausmaß kaum möglich wäre.

Seit Mitte der siebziger Jahre zeigt das abgewickelte Volumen eine fallende Tendenz. Der Grund ist darin zu suchen, daß einige Länder (UdSSR, Algerien), auf die in größerem Umfang Forderungen angekauft wurden, dazu übergingen, die Fungibilität der für eine Forfaitierung erforderlichen Dokumentationen einzuschränken oder sogar zu verbieten.

Die künftige Entwicklung der Forfaitierung wird sicherlich auch davon beeinflußt werden, in welchem Umfang sich die Bank-zu-Bank-Kredite weiter durchsetzen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß eine ständige Verbesserung der Hermes-Bedingungen und eine beachtliche Flexibilität der Refinanzierungsmöglichkeiten über Auslandskredite der Finanzierung bundesdeutscher Exporte der Forfaitierung nicht gerade förderlich sein werden.

Die im A-forfait-Geschäft engagierten Kreise haben sicherlich bereits Überlegungen dahingehend angestellt, ob sich nicht bei akzeptablen Konditionen der Länderkreis forfaitierungsfähiger Risiken ausdehnen läßt, um ein Äquivalent für die Stagnation beziehungsweise den Rückgang des Geschäftsvolumens zu schaffen. Erste positive Ansätze bei Afrika und Asien wurden bereits sichtbar.





Renditen nahe an acht Prozent

Die Hoffnungen auf eine positive Reaktion nach der kräftigen Kurszurücknahme am Dienstag haben sich am Rentenmarkt nicht erfüllt. Die Abwärtsbewegung hat sich lediglich verlangsamt. Im langen Laufzeitbereich gab es neue Abschläge bis zu 0,35 Prozentpunkte. Im zehnjährigen Bereich nähern sich die Renditen bereits wieder der Acht-Prozent-Grenze. Das gilt sowohl für öffentliche Anleihen als auch für Pfandbriefe. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt niedriger.

Sonderinstitute

	2. 2.	1. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5bG
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6¾ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. f. W. 70	100,7	100,7
8 dgl. 78	101,5	101,5
8½ dgl. 75	100	100G
8 dgl. 76	101,7	101,7G
7¾ dgl. 79	99,15	99,15
10 dgl. 81	111,7	111,7
8½ dgl. 82	102,8	102,8
6 Landw.-Rtbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25	99,25G
7½ dgl. 27	100,75G	100,75G
8 dgl. 29	100,35G	100,35G
9½ dgl. 36	103,15	103,15G
6¾ dgl. 99	100,65G	100,65G

	2. 2.	1. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,3G	104,5G
10 dgl. KO 125	104,25G	104,7G
9 dgl. KO 179	105,4G	105,4G
9¾ dgl. KO 180	107,75	108,6G
9½ dgl. KO 181	108,1G	108,1G
9 dgl. IS/K	101,25	101,35G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,6T	97,6T
6½ dgl. KO 125	94,45G	94,25G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	86G
7 dgl. Pf 130	95	94G

	2. 2.	1. 2.
8¼ dgl. Pf 174	102,15	102,15
8½ dgl. Pf 175	102,65	102,65
9¼ dgl. Pf 178	104,75	104,75
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 170	97,5	97,5
9 dgl. KO 180	103,65	103,65
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95,5
6½ dgl. Pf 34	87	87
6 dgl. KO 27	84,5	84,5

Warenpreise – Termine

An der New Yorker Comex wurden am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen deutlich zurückgenommen. Auch Kupfer schwächte sich ab, ebenso wie Kaffee und Kakao.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	1. 2.	31. 1.
Terminkontr. März	122,40	122,75
Mai	120,50	120,50
Juli	188,75	119,00

Getreide und Getreideprodukte

Chicago (c/bush)	1. 2.	31. 1.
[illegible]	345,00	343,00
	353,50	351,00
	360,00	357,50

Vergebliches Warten auf Aufträge

Die meisten Standardaktien gingen leicht zurück

DW. – Unter dem Eindruck sinkender Aktienkurse an der Wall Street, steigender Zinsen und des festen Dollarkurses, hielten sich In- und Ausländer an der Mittwoch-Börse von Neuanlagen fern. Während der gesamten Börsenzeit blieb das Geschäft schleppend. Zwar erwiesen sich die Kurse schließlich stabiler als dies vorbörslich den Anschein hatte, dennoch waren die Notierungen fast aller Standardaktien leicht rückläufig. Eine Ausnahme bildete der Siemens-Kurs, der sich, gestützt auf die bei Siemens erkennbar werdende bessere Rentabilität, auf Vortagsbasis behaupten konnte. Das gleiche trifft für Philips-Aktien zu, die von den rückläufigen Wall-Street-Kursen nahezu unbehelligt blieben.

Zu den widerstandsfähigen Werten zählten neben Daimler im Maschinenbaubereich auch Linde. Dagegen mußten MAN-Stämme um weitere 4 DM auf 132 DM zurückgenommen werden. Pessimisten stellen sich hier für das laufende Jahr auf einen Totalausfall der Dividende ein. Bei den Banken fielen Dresdner Bank mit einem Abschlag von 3 DM gegenüber den beiden anderen Großbanken etwas aus dem Rahmen. Auf die greifbar nahegerückte Wideraufnahme der Dividendenzahlungen reagierte der Phoenix-Kurs mit einem weiteren Anstieg um 0,30 DM auf 75,30 DM. Der weitere Anstieg wird durch Glattstellungen erschwert. Die Kurse der Stahlaktien bröckelten weiter ab. Dagegen konnten sich die Kaufhausaktien gut behaupten, ähnliches gilt auch für die Bau- und Baunebenwerte. Versicherungsaktien lagen unter Druck und verloren bis zu 3 DM.

Düsseldorf: Dt. Atlanten schlossen mit einem Plus von 22 DM auf 325 DM ab. Kochs Adler verbesserten sich um 6 DM auf 214 DM und Mauser stiegen um 1,50 DM auf 96 DM. Stinnes verminderten sich um 5 DM auf 480 DM und Allianz fielen um 5,50 DM auf 472,50 DM.

Frankfurt: Hartmann & Braun-Stämme gaben um 5 DM auf 190 DM, Kraft Rheinfelden um 8 DM auf 206 DM, MAB-Vorzüge um 10 DM auf 250 DM. Verbessern hingegen konnten sich Parkbrauerei um 15 DM auf 405 DM, Stempel um 6 DM auf 130 DM sowie Stolberger Zink um 20 DM auf 1020 DM.

Hamburg: Für Reichelt wurden 62,50 DM plus 1,50 DM bezahlt. HEW verloren bei 113 DM 1 DM, NWK Vz. lagen bei 157,50 DM unverändert, NWK St. gingen mit 197 DM plus 3 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi legten bei 75,50 DM 1 DM zu und Hapag büßten 1 DM ein.

München: Augsburger Kammgarn erhöhten sich um 2 DM auf 70 DM und Leonische Draht stiegen um 4 DM auf 264 DM. Dywidag fielen um 6 DM auf 264 DM und Flachglas verminderten sich um 2 DM auf 260 DM.

Berlin: Forst Ebnath wurden um 20 DM und Concordia Chemie um 5 DM höher taxiert. Berthold und DeTeWe konnten sich um je 3 DM und Lehmann um 2,50 DM erholen. Herlitz Vorzüge gaben um 3,10 DM, Orenstein um 3 DM, Berliner Kindl um 2 DM, Herlitz Stämme um 1,90 DM und Bekula um 1,50 DM nach. BHF-Bank bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

"Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

2. 2. 83: BMW 220; Bavaria 190G; G... 150; GHH Vz. 151; MAN St. 131G; MAN... 133G; Jute-Spinnerei 135G; ... Komm. 243G; VEW 118,1; Herlitz 213,50; Herlitz Vz. 198bG. Freiverkehr: ... Reag 400B. Bezüge: Allianz Versicherung ... 42.

WELT-Aktienindex vom ...: 109,7 (109,8); WELT-Umsatzindex vom 2. 2.: 2425 (2715).

Ausländische DM-Anleihen

Düsseldorf

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛–9⅜	5¾–6	2⅞–3
3 Monate	9⅛–9⅝	5¾–6	2⅞–3⅛
6 Monate	9⅞–10	5¾–6	3⅛–3⅜
12 Monate	9⅞–10¼	5⅞–6⅛	3⅞–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 2.: Tagesgeld 6,0–6,05 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,0 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 2. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 23,00 Verkauf 26,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 2. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1666,75
10 US-Dollar (Indian)**)	958,00	1218,14
5 US-Dollar (Liberty)	408,00	557,09
1 £ Sovereign alt	291,00	351,43
1 £ Sovereign Elizabeth II	285,00	344,65
20 belgische Franken	225,00	288,15
10 Rubel Tscherwonez	301,00	368,38
2 südafrikanische Rand	282,00	341,26
Kruger Rand, neu	1255,00	1463,35
Maple Leaf	1254,00	1462,22
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	296,00	368,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	239,00	298,32
20 franz. Franken „Napoléon"	239,00	298,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1165,00	1384,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	235,00	288,15
10 österr. Kronen (Neuprägung)	124,00	157,07
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	540,00	649,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	129,00	168,37

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Mit 2,4835 erreichte der US-Dollar am 2. 2. seine höchste amtliche Notierung seit dem 30. November 1982. Interventionen der Notenbank waren nicht zu beobachten. Der neuerliche Kursanstieg, der sich nachbörslich bis 2.4920 fortsetzte, fand vor dem Hintergurnd festerer Tagesgeldzinssätze am New Yorker Markt (heute 8⅞ Prozent) statt. Mitgezogen wurden die meisten anderen amtlich notierten Währungen. Aus dem Rahmen fiel der Rückgang des Schweizer Franken um 45 Pfennige auf 121,91. US-Dollar in: Amsterdam 2,7235; Brüssel 48,56; Paris 7,0355; Mailand 1425,20; Wien 17,4350; Zürich 2,0372. Pfd/Dollar 1,5204.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen kam es am 2. Februar nur zu geringfügigen Veränderungen gegenüber dem Vortag.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	2,30/2,20	4,87/4,67
Pfund/Dollar	0,26/0,22	0,72/0,67	1,12/1,07
Pfund/DM	2,20/0,80	5,90/4,50	10,80/9,40
FF/DM	35/19	132/116	241/225

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,90 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,37, 2 Jahre 6,12.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,00, Rendite 7,25.

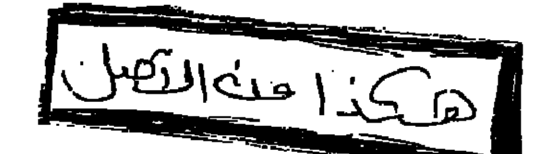
Devisen und Sorten

2. 2. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs¹)	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Frankfurt Sorten*) Verkauf
New York¹)	2,4795	2,4875	2,4600	2,44	2,53
London¹)	3,769	3,783	3,723	3,71	3,86
Dublin¹)	3,326	3,339	3,247	3,25	3,40
Montreal¹)	2,0045	2,0125	1,9852	1,95	2,04
Amsterd.	91,050	91,270	91,16	90,00	92,00
Zürich	121,810	122,010	121,91	120,50	123,50
Brüssel	5,120	5,122	5,01	4,82	5,07
Paris	35,200	35,360	34,03	34,25	36,25
Kopenh.	28,420	28,540	27,76	27,75	29,25
Oslo	34,410	34,530	33,82	33,50	35,25
Stockh.**)	32,920	33,080	32,54	32,00	33,75
Mailand²) **)	1,739	1,749	1,679	1,71	1,80
Wien	14,221	14,261	14,222	14,14	14,38
Madrid**)	1,887	1,897	1,833	1,82	1,95
Lissabon**)	2,620	2,640	2,36	1,95	2,85
Tokio	1,0280	1,0310	—	0,98	1,05
Helsinki	45,480	45,680	44,75	44,75	46,50
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	—	—
Athen*) **)	2,928	2,982	—	0,99	1,10
Frankf.	—	—	—	2,15	3,15
Sydney*)	2,3895	2,4085	—	2,32	2,45
Johannesbg.*)	2,3040	2,3230	—	1,95	2,20

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund, 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet

Optionshandel

Frankfurt: 2. 2.: 344 Optionen, 19 300 (20 400) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-3,90, BASF 6-8,00, 3-6,40, ...er 6-9,60, 3-5,60, BMW 6-22, 2-10, Bewag 2-4,70, Daimler 6-36, Deutsche Babcock Stä. 6-16, Deutsche Babcock Vorzüge 6-15, Degussa 6-24, GHH 6-16, ... Hoechst 6-8,60, 3-5,30, 2-4,00, Hoesch 6-4,30, ... 2-2,70, Karstadt 6-17, KHD 3-9, Kloeckner 6-4, ... Lufthansa 2-4,60, Lufthansa Vorzüge 6-9,50, Mannesmann 6-13,50, 3-8,60, RWE 2-8,90, RWE Vorzüge ... 3-10,60, Schering 2-13, Siemens 6-21, 3-15, ... Thyssen 2-8,50, 3-5, Veba 2-7, VEW 6-10,60, VW 6-... 3-8,60, Commerzbank 6-12, 3-8,50, 2-7, Deutsche Bank ... 6-19,40, Dresdner Bank 6-12,60, 2-7,70, Alcan 6-7, ... Chrysler 6-5,80, 3-4, Sperry Rand 6-8, Philips 6-... 3-1,70, Norsk Hydro 3-7, 3-5,20. Verkaufsoptionen: AEG 3-2, Daimler 2-9, Deutsche Babcock 2-4, Hoechst ... ner 2-7, Hoesch 6-3,50, Kali + Salz 3-5, 6-7,50, Karstadt ... 6-10, Lufthansa 6-5,60, Lufthansa Vorzüge 2-4, ... Mannesmann 3-4, Preussag 6-10, Siemens 2-..., VW ... 2-3,50, VW 3-6, Commerzbank 2-3,80, Dresdner Bank ... 2-4,50, Chrysler 2-2,70, 6-4,40, General Motors 3-... Litton 2-4,60, 3-6,60, Norsk Hydro 2-4, 3-4,00.





Euroshima, mon amour

P. J. – „Ein Gespenst geht um in Europa." Doch diesmal ist es nicht das von Marx und Engels anno 1848 beschworene „Gespenst des Kommunismus". Diesmal lehrt uns das „Gespenst des Europessimismus" das Fürchten. Ein Professor hat es entdeckt und auf einem internationalen Management-Symposion an die Wand gemalt. Herbert Giersch weiß auch, wovon sich dieses Gespenst zu nähren pflegt: „von institutioneller Sklerose und Sozialneid".

Damit wurde das Vokabular, das die Divergenzen europäischer Gemeinsamkeit mit der Vorsilbe „Euro . . ." zu mildern sucht, um eine weitere, eindrucksvolle Schöpfung bereichert. Und es gehört keine Prophetengabe dazu, diesem Wort ein langes Leben vorauszusagen. Denn mit dem „Europessimismus" können sich die anderen Wortkombinationen kaum messen – jedenfalls was den Gefühlspegel betrifft.

Der „Eurocheque" ist eine praktisch brave Sache, der schon durch die Limitierung auf 300 Mark der Hang zum Höheren beschnitten wurde. Dem „Eurokommunismus", einst mit vielen Erwartungen gehätschelt, wurde noch nicht einmal eine Beerdigung dritter Klasse zuteil, er vermickert wie ein zu oft gegossener Kaktus. Nur mit den Brüsseler „Eurokraten" ist es ein wenig anders. Sie konnten erst jüngst wieder lobende Wörter und Worte einheimsen, als es ihnen endlich nach jahrelangen schweren Verhandlungen gelang, eine Definition für Marmelade und Konfitüre zu finden, die zwar nicht dem allgemeinen Wortgebrauch, aber den Vorstellungen der „Eurobürokratie" zu genügen scheint.

Die Kommunisten, erfindungsreich in propagandawirksamen Schlagworten, haben – inzwischen auch ein Gespenst, das in Europa umgeht – für die Atomangst das Kunstwort „Euroshima" als Vokabel des Mißtrauens und der Destruktion auf den Markt geworfen. Grund genug also, allen „Eurooptimismus" fahren zu lassen – oder sich an ein Wort des Cyrano de Bergerac zu erinnern: „Der Pessimist ist jemand, der vorzeitig die Wahrheit erzählt."

Fortsetzung folgt – Was in den Hollywood-Studios 1983 produziert wird

Bonds Hosen passen vielen

Wie vor dem großen Beben knistert die Spannung in Hollywood vor den Oscar-Nominierungen. Die Verleiher wetteifern in den Fachzeitungen um die Gunst der Akademiemitglieder. Sie können sich das leisten, denn die Saison war mehr als einträglich. „E. T.", der allein auf dem amerikanischen Binnenmarkt 187 Millionen Dollar einspielte, ist dem Rekordhalter „Krieg der Sterne" mit seinen 193 Millionen schon hart auf den Fersen. Und auch anderes erwies sich als kassenträchtig. „Tootsie" mit Dustin Hoffman, „The Verdict" mit Paul Newman, „Sophie's Choice" mit Meryl Streep und nicht zu vergessen Richard Attenborough's „Gandhi" bringen viel Geld ein und hoffen auf das Vergolden des Ruhmes mit einem „Oscar". Denn in Hollywood zählt allein der Erfolg. Und der wird an der Kasse gemessen. Dabei stellt sich – zum Erstaunen „progressiver Filmkünstler" – heraus, daß das die Qualität keineswegs beeinträchtigen muß. Das erweist das 82er Angebot, und das verspricht auch das Jahr, das gerade begonnen hat.

Als produktivste Kraft der Filmmetropole bewährt sich das Trio Lucas/Spielberg/Stallone. So überrascht es nicht, daß die Strategen für das anbrechende Jahr auf Nummer Sicher setzen, also den Versuch, einst Bewährtes neu zu beleben. Neben den heißen Titeln werden deshalb halbvergessene Klassiker aus der Nostalgie-Kiste gekramt und für „Fortsetzungen" gefleddert: „The Sting II" steht uns bevor, anknüpfend an das zehn Jahre alte Newman/Redford-Stück. Norman Bates (Anthony Perkins) kommt im Sommer '83 in „Psycho II" aus dem Irrenhaus zurück und terrorisiert Vera Miles und Martin Balsam. Gut, daß Alfred Hitchcock diese Wiederkehr erspart bleibt. „Jaws 3-D" (Der weiße Hai 3-D) schnellt zum drittenmal und nun also stereoskopisch durch die schon wieder sicher geglaubten Wasserfluten. Und „Superman III" saust durch die Lüfte.

Damit nicht genug. John Travolta mausert sich, ungeheilt vom Disco-Fieber, in „Staying Alive" zum müden Klang der Bee Gees vom Vorstadt-Disco-Gigolo zum Manhattan-Tänzer. „Der schwarze Hengst kehrt zurück" und so tut es auch der „Jeti" in George Lucas' drittem Teil seiner „Star Wars"-Trilogie. All das greift jedoch schon weit bis zur Jahresmitte voraus.

Vor dieser öden Strecke zweiter Teile, die dem in die Sommerferien entlassenen jugendlichen Publikum die jobarme Zeit verkürzen sollen, stehen die „Vielversprecher", von denen wohl auch die Verleiher und das Publikum in Europa Kenntnis nehmen werden: Etwa David Bowie und Cathérine Deneuve in „The Hunger", einer bizarren, vampirischen Dreierverstrickung. Ebenfalls in diesen Wochen erscheint Martin Scorseses „King of Comedy", mit, wie anders, Robert de Niro als sich selbst und Jerry Lewis verzehrendem Lustspieler. „The Entity" scheint eines der letzten in einer schier endlosen Reihe von Gruselstücken zu sein und Deborah Harry („Blondie's") sorgt in David Cronenbergs („Scanners") neuem „Videodrome" für High-Tech-Paranoia.

Der Frühling bringt weiter „Exposed" (Entblößt), einen Thriller, in dem das unwahrscheinliche Paar Nastassia Kinski/Rudolf Nurejev, von Terroristen gehetzt, durch die internationale Modewelt jagt, während New-Wave-Musik eine Aschenputtel-Story in „Flashdance" untermalt. Der holländische Schauspieler Rutger Hauer, in Amerika ein Star, nachdem er im „Bladerunner" der Zugnummer Harrison Ford die Show stahl, erscheint gleich zweimal auf der Leinwand: in „Eureka", einer Verfolgungsjagd unter Goldsuchern in Mexiko, und „The Osterman Weekend" mit Burt Lancaster, Dennis Hopper und John Hurt in der Verfilmung eines Spionage-Reißers von Robert Ludlum unter Sam Peckinpahs Regie.

George Lukas hingegen produziert einen heiteren Trickfilm (Hollywood greift weiterhin tief in die Zauberkiste seiner technischen Möglichkeiten) – „Twice Upon a Time" (etwa „Es war zweimal . . ."). Die ungewöhnliche Abhandlung eines gewöhnlichen Stoffes verspricht die Filmbearbeitung eines Harold-Pinter-Stückes: „Betrayal" (Betrug), Anatomie einer außerehelichen Beziehung mit Jeremy Ironns (noch frisch in der Erinnerung durch „The French Lieutenant's Woman") und Ben Kingsley („Gandhi"). Soweit das Frühjahr.

Im Sommer '83 dann fliegt der Ex-Vietnamhubschrauberpilot Roy Scheider voraus in den olympischen Sommer '84, um den Münchnern von '72 zu zeigen, was sie mit den Terroristen hätten tun können, hätte der Schreiber bloß Scheider geheißen: „Blue Thunder" (Blauer Donner). Und für die Mittsommerphantasie sorgt dann „Krull", ein interstellares Märchen mit Prinzen, unschuldigen Schönen und anderen grotesken Wesen, wie sie das All nun mal bevölkern.

Zu hoffen wäre, daß Roger Moore, wie angedroht, Abschied nimmt vom Bond-Genre, ist erst das letzte Werk mit dem bedeutungsschwanger-schlüpfrigen Namen „Oktopussy" auf dem Markt. Sean Connery ist da wenig pingelig: „Never Say Never Again" (Sage niemals wieder niemals) ist der Arbeitstitel einer Neuauflage des „Thunderball"-Stoffes, der mit der Erstverfilmung schon zu Tode produziert wurde. Daß er ihm die Bond-Hosen usurpierte, hat der Connery dem Moore eben nie verwunden.

Und dann der Griff nach dem Remake: „Außer Atem" kommt diesmal mit Richard Gere („An American Gigolo") und Valerie Kaprisky in den Belmondo/Seberg-Rollen. Brian de Palma versucht sich an „Scarface" mit Al Pacino in der alten Paul-Muni-Rolle. Und den alten Lubitsch-Klassiker „To Be or Not to Be" (Sein oder Nichtsein) hat sich Mel Brooks samt Ehefrau Anne Bancroft aufs Korn genommen, nicht unpassend zu Jaruzelskis Polen. Wer sich also im Sommer noch nicht an zweiten Teilen sattgesehen hat, der muß im Herbst die Remakes verspeisen.

Aber es gibt auch Neues. Bob Fosse („Cabaret") will mit „Star 80" Licht auf den gewaltsamen Tod des Starlet-Models Dorothy Stratten werfen, mit Cliff Robertson in der Rolle des Ober-„Playboy" Hugh Hefner. Barbra Streisand wartet mit „Yentl" auf, einer Emanzen-Story des Nobelpreisträgers Isaac Bashevis Singer im Polen der Jahrhundertwende. Natalie Wood hat ihren letzten Leinwandauftritt im post mortem beendeten „Brainstorm", während Italiens Sergio Leone in „Once Upon a Time in America" (Es war einmal in Amerika) über 45 Jahre Machenschaften jüdischer Gangstersyndikate in New York berichtet. Wieder mit Robert de Niro.

Woody Allen hingegen paart mit Mia Farrow in „Broadway Rose", und so geht das schon bis zur nächsten Weihnacht und Milos Forman und seiner Verfilmung des Peter Shaffer-Broadway-Reißers „Amadeus", in dem das arme Wolferl „verhollywood-markted" wird. Aber dann blicken wir auch schon wieder auf das olympisch-Orwellsche 1984 und sehnen uns nach dem putzigen E. T., der das Gelderdienen so leicht gemacht hat, damals, vor zwei Jahren.

NORBERT NEULING

Im Spargelbeet eines Kleingartens entdeckt: Bronzestatuette des Jupiter aus der zweiten Hälfte des zweiten nachchristlichen Jahrhunderts
FOTO: PRÄHIST. STAATSSAMMLUNG

München: Altrömische Funde aus Weißenburg

Klappstuhl für Epona

Es war ein Freitag, jedoch kein 13., als ein Hobby-Gärtner aus Weißenburg daranging, in seinem Garten ein neues Spargelbeet anzulegen; er ahnte nicht, welche archäologische „Sensation" er mit seiner Buddelei auslösen würde. In einer Tiefe von 30 bis 40 Zentimetern stieß sein Spaten auf grün patinierte Bronze. So kam 1979 der bisher umfangreichste römische Schatzfund ans Licht.

Jetzt sind diese Schätze nach mühsamer Restaurierung erstmals in der Prähistorischen Staatssammlung in München zu sehen. Danach werden sie im Weißenburger Römermuseum ihre ständige Heimat haben. Museumsdirektor Hans-Jörg Kellner vergleicht diese Erwerbung in ihrer Bedeutung mit einem Picasso.

Der Schatz wurde, wie die zuständige Konservatorin erklärte, in einer Gefahrensituation des 3. Jahrhunderts n. Chr. vergraben. Dabei ist nicht nur die Menge der versteckten Gegenstände bemerkenswert, sondern auch deren künstlerische Qualität und wissenschaftliche Bedeutung.

Weißenburg, das römische Biriciana, war einst ein wichtiges Lager im Grenzgebiet des Limes. Militärischen Charakter hat deshalb auch die erste Objektgruppe des Schatzfundes: die bronzenen Gesichtsmasken, welche bei Militärparaden, Totenfeiern und Spielen getragen wurden. Denn bei den Paraden legten die Römer besonders prächtige Rüstungen an. Dazu gehörten auch die zweiteiligen Gesichtshelme aus einer Maske und einem Hinterkopfteil. Da diese Rüstungen keinen echten Kampf bestehen mußten, waren sie alle aus dünnem Bronzeblech gefertigt und reich dekoriert.

Auf ein Heiligtum lassen die elf Silbervotive schließen – die größte Anzahl, die jemals gefunden wurde. Alle silbrig schimmernden Objekte sind figürlich verziert. Auch die Form bietet sich bei allen gleich dar: unten eine rechteckige bis trapezförmige Platte mit der Gottheit in einem Architekturrahmen. Es sind durchweg klassische römische Götter: Mars, Merkur, Herkules, Genius, Luna, Fortuna und Viktoria.

Nur staunend kann man vor den gefundenen Weißenburger Statuetten stehen. Sie fallen völlig aus dem Rahmen der bisher in Deutschland gefundenen Bronzefiguren. Ihre ungewöhnlich hohe künstlerische wie technische Originalität finden im römischen Raetien kaum Parallelen. Entstanden sind sie in mehr als hundert Jahren in ganz verschiedenen Gegenden des Römischen Reiches.

Es sind gut erhaltene Skulpturen, die im Vollbesitz ihres Schmuckes und ihrer Attribute zu bewundern sind: ein Jupiter mit muskulösem Körper, mit kunstvoller Lockenfrisur, auf dessen ausgestreckter Rechten ein Adler hockt. Wunderschön daneben Venus mit einem Apfel in der rechten Hand. Eingestochene Ornamente und Goldbänder bilden ihren Schmuck.

Metallgefäße bilden die letzte Gruppe dieser Ausstellung. Sie hatten eindeutig kultische Funktion, denn die Weiheinschrift gilt Epona, einer ursprünglich keltischen Pferdegöttin, die schon früh von den Römern als „Schutzgöttin für Reitereinheiten" übernommen wurde. Außerdem gehören zum Weißenburger Schatzfund eine Reihe eiserner Gegenstände, darunter so seltene Objekte wie Waage, Klappstuhl, Kuchenformen, Fleischspieße und Eimer; Geräte für Küche und Keller, für Haus und Hof. Sie zeigen, daß die Römer nicht nur dem Krieg lebten, sondern sich im Alltag gut einzurichten wußten (bis 10. April, Katalog 12 DM).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Basel: Uraufführung von H. Henkels „Altrosa"

Margret und der Maler

Ein reizender, ein charmanter Abend in der Baseler „Komödie", oft tiefergehend, nicht zu tief. Warum auch? Wir sind ja an Lustspielen nicht gerade gesegnet. Gespielt wurde „Altrosa", das neueste Stück von Heinrich Henkel, dem Malermeister, besser: Anstreicher, der 1937 in Koblenz geboren wurde, aber schon seit mehr als 20 Jahren in Basel lebt. Seine Stücke bringen nicht allzuviel ein, obwohl sie Aufsehen erregen. Nur der „Eisenwichser" (1970), mit dem ihn Werner Düggelin, damals noch fulminanter Direktor in Basel, entdeckte, wurde in zwölf Sprachen und mehr als 80 Theatern gespielt. Dazu noch im Fernsehen und im Radio.

Das neue Stück nun trägt wieder die unverwechselbare Handschrift Henkels – schmale, relativ kurze Werke mit nur wenigen Personen, meist nicht mehr als zwei. Diesmal geht es um Margret, eine 70jährige. Nach dem sehr späten Tod ihrer Mutter, die nach Gewohnheit alter Leute alles aufhob, geht sie daran, die kleine Wohnung zu entrümpeln. Sie hat sich in den Kopf gesetzt, die grauen Wände altrosa streichen zu lassen. Dazu ist eine Bestellung an einen Maler erfolgt, und sie hofft, daß man einen jungen Mann schicken wird, mit dem sich reden läßt – denn sie ist sehr einsam.

Ihre Hoffnungen werden übererfüllt. Es erscheint ein blutjunger Malergeselle, dazu bildhübsch, geradezu eine „Improvisation" des Lebens, wie sie sich selbst gesteht. Alles geht bestens. Man freundet sich an. Bald duzt sie ihn, er sie später. Sie erzählt ihm von ihrer Vergangenheit, 50 Jahre in einer Firma, wo sie es von der Lageristin zur Chefsekretärin gebracht hat, er ihr seine – elternlose – Jugend in einem Waisenhaus. Durch die vielen Reden und Gegenreden, mit dem von ihr ausgiebig servierten Kaffee, mit Joga-Übungen, die sie ihm beibringen will, und einem abschließenden Sektfrühstück verzögert sich die Arbeit, die vier Stunden dauern sollte, auf mehrere Tage. Bis der erzürnte Malermeister den säumigen Gesellen zurückholt. Aber Frau (oder besser: Fräulein) Margret ist nicht allzu traurig. Er wird – vielleicht – wiederkommen.

Das ist von Joachim Preen flüssig, liebenswürdig, meist lustig inszeniert und von Hanna Burgwitz herrlich gespielt. Wie viele Facetten zeigt doch diese erstaunliche Schauspielerin! Wie das alles sitzt! Wie sie mit einem verschmitzten Lächeln, einer Geste, zwei, drei Worten Lachsalven entfesselt! Joachim Rebscher ebenfalls vorzüglich. Weil nicht nur jung und schön, sondern auch rüde und störrisch bis – zuletzt – hinschmelzend. Alles in allem ein Verdienst des Baseler Theaters, wieder einen Henkel, der ja nicht gerade ein Geschäft ist, herausgebracht zu haben. Basel profiliert sich wie zu Düggelins Zeiten.

CURT RIESS

Frankfurt: Jubiläum der Jürgen-Ponto-Stiftung

Fünf erfolgreiche Jahre

Im Dickicht der vielen privaten kulturellen Stiftungen den eigenen, unverwechselbar nützlichen Platz zu finden – dazu braucht manch eine dieser Einrichtungen Jahrzehnte. Der Jürgen-Ponto-Stiftung zur Förderung junger Künstler scheint dies in den nur fünf Jahren ihres Bestehens bereits gelungen.

Das drückt sich nicht so sehr in den Zahlen aus, obwohl rund eine Million Mark an Zuschüssen, Stipendien, Preisen etc. (hauptsächlich aus den Erträgen aus dem inzwischen auf etwa drei Millionen Mark angewachsenen Stiftungsvermögen) in diesen fünf Jahren durchaus ein stattliches Erfolgskonto bedeutet. Das Besondere am Wirken dieser Stiftung, gegründet und geführt im Andenken an den 1977 von Terroristen ermordeten Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, ist offenbar der ausgeprägte personale Akzent bei allen Aktivitäten.

Personen wie Peter von Siemens, Bernhard Frh. von Löffelholz oder (im Kuratorium für die Musik zuständig) Eduard Söring, allesamt auch in zahlreichen anderen Förder-Institutionen tätig, sorgen dafür, daß sinnlose Doppelförderung vermieden wird und statt dessen gezielt Lücken geschlossen werden. In der bildenden Kunst und Architektur, die neben der Musik und der Literatur inzwischen als Förderbereiche hinzukamen, bilden persönlich namentliche Vorschläge bekannter Hochschulprofessoren die Basis für alle Entscheidungen.

Ein Feld, auf dem sich die Ponto-Stiftung bisher allein betätigt, ist die Schulmusik. Das Treffen „Schulen musizieren" findet in diesem Jahr (12. bis 15. Mai in Trier) bereits zum zweiten Mal statt. Die Initiatoren erhoffen sich davon auch eine Belebung der staatlichen Unterstützung der Musik an den Schulen.

In Verbindung mit dem Stiftungsjubiläum richtete die Dresdner Bank in Frankfurt wieder eines ihrer Förderkonzerte mit jungen, teilweise auch durch die Stiftung unterstützten Musikern aus. Neben dem Wiener Geiger Erich Hönarth und der Pianistin Liese Klahn (Hannover) hörte man auch die Klarinettistin Sabine Meyer, jene 23jährige, die – sozusagen ohne einen eigenen Ton – eine so große Rolle im disharmonischen Konzert zwischen Karajan und den Berliner Philharmonikern spielt.

Sie ist ein ungewöhnliches Talent, gesegnet mit fast sportlich wirkender Musizierfreude und dennoch (z. B. in Stockhausens „In Freundschaft", einer Art Dialog zweier Stimmen für Soloklarinette) erstaunlichem Selbstbewußtsein. Es wäre jammerschade, wenn dieses Mädchen, dem das Konzertexamen an der Hochschule in Hannover erst noch bevorsteht, schon vor dem Beginn ihrer sicherlich großen Karriere zum Spielball anderer würde.

JOACHIM NEANDER

Der Bär ist los: R. Claus' Film „Bananenpaul"

Monster mit Motorrad

Daß es mit dem Kinderfilm in der Bundesrepublik nicht gerade gut aussieht, ist eine altbekannte Tatsache. Für Kinderfilme können nicht so hohe Eintrittspreise verlangt werden wie für „Erwachsenenfilme", es stehen auch weniger Abspieltermine zur Verfügung, so daß die Amortisation des eingesetzten Geldes lange dauert und mit vielen Risiken behaftet ist. Und dazu kommt noch die 1957 vorgenommene Novellierung des Jugendschutzgesetzes, durch die Kindern unter sechs Jahren der Kinobesuch verboten wurde. Das ließ den deutschen Kinderfilm, der immerhin auf eine reiche Tradition zurückblicken konnte, praktisch zusammenbrechen.

Dennoch ist seit einigen Jahren ein schüchterner Neubeginn zu beobachten. Wie schwierig der aber ist, sieht man einmal von den frühen Filmen Hark Bohms oder Haro Senfts ab, macht, zum Beispiel, „Bananenpaul" von Richard Claus deutlich. Er versucht, Märchenelemente mit der Action zu vereinen, die Kinder heutzutage vom Fernsehen nun einmal gewohnt sind. Es geht um den Zirkusbären Paul (in dessen plüschigem Fell allerdings ein Schauspieler steckt), der sich auf seinem Motorrad, auf dem er sonst in der Manege herumfährt, selbständig macht und eine Stadt in Angst und Schrecken versetzt.

Einzig der kleinen Iva kann das gutmütige Monster (den unverdienten Ruhm des tapsigen Teddys werden die Bären wohl nie wieder loswerden) keine Furcht einjagen, und so macht sie sich daran, ihren neuen Freund vor der Polizei zu verstecken, die, angestachelt von einer hysterischen Presse und profilierungssüchtigen Kommunalpolitikern, zu einem der Lage völlig unangemessenen Großangriff auf Paul antritt. Das ist einerseits ein bißchen viel für Kinder, die mit Claus' Seitenhieben gegen gewisse Erscheinungen der Erwachsenenwelt wohl nicht allzuviel werden anzufangen wissen. Und das ist andererseits auch ein bißchen dünn, denn über anderthalb Stunden wirkt die Geschichte reichlich ausgewalzt und gedankenarm.

Vor allem gelingt es Claus nicht, den richtigen, zwischen Phantasie und Wirklichkeit schwebenden Ton zu treffen. Da wird nie deutlich, daß der Bär nur in der Vorstellung des Mädchens (von dem man auch kein Bild bekommt) spricht, da wundert man sich, warum alle Passanten ihn für einen Menschen halten, bloß weil er Hosen trägt, da setzt Claus auch aus Aufnahmen aus Berlin und einer Kleinstadt eine synthetische Umgebung zusammen, in der kein Kind seine eigene wird wiedererkennen können.

SVEN HANSEN

Ein Schotte im Revier: G. Havergal inszeniert „Figaros Hochzeit"

Der dritte Stand lädt ein zur Feier

Das Deutschland-Debüt eines renommierten Theatermannes versprach Außergewöhnliches. Doch wieder einmal ist das alte Lied zu singen von einer Regie-Idee, die auf dem Papier reizvoll anmutet, sich auf der Bühne aber ad absurdum führt. Diesmal trifft es „Die Hochzeit des Figaro", zubereitet in Gelsenkirchen von Giles Havergal, dem Direktor des in Großbritannien hochgelobten Glasgow Citizens' Theatre.

Die kunstvoll gewirkte Intrigen-, Verwechslungs- und Verkleidungskomödie aus vorrevolutionärer Zeit als „Theater auf dem Theater" anzurichten, diese Idee ist gewiß neu, doch ist sie auch ergiebig? Am Ende eines „tollen Tages", an dem der Rokoko-Graf Almaviva von seinen Bediensteten überlistet worden ist, spielen Figaro und das gräfliche Hauspersonal im verlassenen Schloß die Ereignisse des Tages noch einmal schadenfroh und zufrieden nach. Der dritte Stand feiert seinen Sieg über die Herrschaft: eine Interpretation, die Mozart und da Ponte nur ansatzweise gerecht wird.

„Figaros Hochzeit" ist nicht nur ein Vorbote der Französischen Revolution, sondern handelt auch von der Verwirrung der Gefühle, von Unsicherheit und existentiellem Leiden. Spätestens mit der Auftrittsarie der Gräfin „Hör mein Flehen, o Gott der Liebe", der verzweifelten Klage über die Untreue ihres Gatten, muß sich Identität zwischen Figur und Musik einstellen; es sei denn, der Regisseur will die Echtheit und Aufrichtigkeit der Mozartschen Musik grundsätzlich in Frage stellen. Da Havergal das wohl nicht beabsichtigte, hebt sich der Verfremdungseffekt des „Spiels im Spiel" bereits frühzeitig auf. Was bleibt, ist ein tristgraues, im Zeitalter der Sparmaßnahmen höchst willkommenes Einheitsbühnenbild von Sue Blane, das ohne zeitraubende Umbauten auskommt und selbst das Labyrinth des nächtlichen Parkes durch ein paar Stühle und Kissen markiert.

Die Gelsenkirchener Sänger folgen – soweit es menschenmöglich ist – den kühnen Regievorstellungen mit der gleichen Präzision wie den forschen Tempovorgaben vom Dirigentenpult. Antoni Wicherek, bis Ende 1981 Intendant und Generalmusikdirektor der Polnischen Nationaloper Warschau, dirigiert einen angenehm unsentimentalen, handfesten Mozart. Gelegentliche Atempausen würden die Konturen der Partitur deutlicher hervortreten lassen.

Der große Pluspunkt der in deutscher Übersetzung von Peter Brenner gesungenen Aufführung ist wieder einmal das unerschöpflich scheinende Nachwuchsreservoire des Musiktheaters im Revier. Bis hinunter zur Rolle der Barbarina (Heidrun Kordes) ist keine einzige Fehlbesetzung auszumachen. Aus dem gleichwertigen Ensemble sind allenfalls der schelmisch-hintergründige Figaro von Wolfgang Vater und das fein karikierende Grafenporträt von William Oberholtzer gegenüber den Damen Sue Patchell, Mariana Cioromila und Christine Whittlesey hervorzuheben.

ALBIN HÄNSEROTH



Besticht vor allem durch eine homogene Ensembleleistung: „Figaros Hochzeit" in Gelsenkirchen
FOTO: MAJER-FINKES

JOURNAL

Kanadische Tage in Stuttgart

DW. Stuttgart

Kanada steht im Mittelpunkt eines Veranstaltungszyklus in Stuttgart. Im Februar und März werden eine Reihe von Ausstellungen mit alter und neuer Kunst aus Kanada gezeigt. Begleitet wird diese Reihe von Vorträgen, Film- und Video-Vorführungen, Musik- und Theateraufführungen. Ein wesentlicher Aspekt ist den Ureinwohnern des Landes, den Indianern und Eskimos gewidmet. Wesentliche Teile dieses Programms waren bereits im Rahmen der Veranstaltungsreihe „O Kanada" in Berlin zu sehen (s. WELT v. 7. 12. 82 u. 28. 1. 83).

Erinnerung an Neumayer: „Windrose und Südpol"

D. B. Bad Dürkheim

Das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim zeigt bis zum 23. Mai in einer Sonderausstellung mit dem Titel „Windrose und Südpol" zahlreiche Briefe, Aufzeichnungen, Veröffentlichungen und andere Erinnerungsstücke aus dem Nachlaß des Pfälzer Wissenschaftlers Georg von Neumayer. Neumayer hat in Hamburg die Deutsche Seewarte gegründet und entscheidend die Entwicklung der maritimen Wissenschaften und der Meteorologie gefördert. Er gilt außerdem als „Vater der Südpolarforschung".

Petrarca-Literaturpreis für Gerhard Meier

dpa, München

Der Petrarca-Preis für Literatur ist in diesem Jahr dem Schweizer Schriftsteller Gerhard Meier zugesprochen worden. Die mit 25 000 Mark dotierte Auszeichnung soll im Juni, der Tradition dieses Preises gemäß, an einem „petrarcistischen" Ort verliehen werden. Mit Gerhard Meier werde ein Autor gewürdigt, dessen „in aller Stille erarbeitetes, in seiner Genauigkeit beispielhaftes Werk lyrischer Prosa" noch zu entdecken sei, hieß es von seiten der Jury.

Finnische Orchester auf Deutschlandtournee

rst. Wiesbaden

Im März wird in der Bundesrepublik das Finnische Rundfunk-Sinfonie-Orchester gastieren. Die Konzerte unter Leitung von Leif Segerstam finden u. a. in Wiesbaden, Leverkusen, Wolfsburg, Frankfurt, Berlin und Aachen statt. Für Mai ist eine Konzertreise des Kammerorchesters der Sibelius-Akademie von Helsinki in die Bundesrepublik geplant. Auf Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes treten die jungen finnischen Musiker u. a. in Hamburg, Köln und Bonn auf.

Roger Peyrefitte schreibt Kriminalroman

SAD, Paris

Der französische Schriftsteller Roger Peyrefitte, 75, wird im März den ersten Kriminalroman seiner schriftstellerischen Laufbahn veröffentlichen. Peyrefitte schrieb das Buch im Auftrag des Pariser Verlagshauses „Mercure de France". Der Verlag will mit dem neuen Peyrefitte-Buch eine Krimi-Serie beginnen, in der nur Autoren zu Wort kommen, die Neulinge auf diesem literarischen Gebiet sind. Sein Kriminalroman spielt wie sein 1955 veröffentlicher Roman „Die Schlüssel von Sankt Peter" im Vatikan. Es geht um ein Attentat auf den Papst, in das die italienische Mafia, das sowjetische KGB, die amerikanische CIA und die italienische „Loge P 2" verwickelt sind.

Kisielewskis Roman über Polens „Stasi"

JGG. Paris

Stefan Kisielewski, Publizist, Schriftsteller und Komponist, sorgt wieder für Schlagzeilen und gibt seinen Anhängern Rätsel auf: Obwohl auf der Fahndungsliste, kehrte er ungeschoren aus dem einjährigen Exil aus Frankreich zurück, erhielt danach den polnischen Kompositionspreis 1982 und kritisierte gleichzeitig in einem Interview die lasche Haltung der Amtskirche gegenüber Polens KP-Generälen. Jetzt kündet der exil-polnische „Kultur"-Verlag in Paris, dessen Gast und Mitarbeiter Kisielewski während seines Exils war, die Veröffentlichung seines neuen Romans „Zeitreise" an. Gleichzeitig weist der Verlag darauf hin, daß es sich um einen Krimi über die Tätigkeit des polnischen Sicherheitsdienstes handelt.

Ernst Erich Noth †

dpa, Bensheim

Der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Ernst Erich Noth ist – wie erst jetzt bekannt wurde – kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahres am 15. Januar gestorben. Er wurde am 25. Februar 1909 als Paul Krantz in Berlin geboren und lebte zuletzt in Bensheim/Bergstraße. Sein Erstlingswerk „Die Mietskaserne" veröffentlichte er 1931 unter dem Pseudonym Ernst Erich Noth. Die sozialkritische Reportage, die – wie fast alle Texte des Autors – autobiographisch gefärbt war, wurde mehrfach übersetzt (1982 im Verlag Huber, Frauenfeld, wiederaufgelegt). Anfang März 1933 kam Noth als einer der ersten „nichtjüdischen" Emigranten nach Frankreich. 1941 erhielt er in den Vereinigten Staaten Asyl und wurde dort Professor für Komparatistik. Seit Ende der fünfziger Jahre lehrte er an der Universität Aix-en-Provence, an der Sorbonne und zuletzt an der Frankfurter Universität.

18 Menschen starben im Orkan über Westeuropa

Kaskoversicherungen zahlen für Sturmschäden an Pkw

dpa, **Hamburg**

Heftige Schneefälle und ein empfindlicher Temperatursturz haben gestern in der Bundesrepublik zu teilweise chaotischen Verkehrsverhältnissen geführt. Der schwere Orkan, der am Dienstag und in der Nacht zu gestern über Nord- und Westeuropa wütete, hat mindestens 18 Menschen das Leben gekostet.

Dafür kam es jetzt durch Schnee und Eis zu chaotischen Verhältnissen auf den Autobahnen. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz brach der Verkehr fast völlig zusammen. Die Sauerlandlinie zwischen Gießen und Dortmund mußte in beiden Fahrtrichtungen gesperrt werden. Auf der Autobahn Frankfurt–Köln wurden die Autofahrer über Rundfunk aufgefordert, Raststätten und Parkplätze anzufahren, um Platz für die Räumfahrzeuge zu schaffen. Aus Baden-Württemberg wurden die bisher schwersten Verkehrsbehinderungen dieses Winters gemeldet. Die Autobahn Stuttgart–München war am Albaufstieg acht Stunden blockiert, weil Lastwagen auf den schneeglatten Steigungen nicht mehr vorwärts kamen.

Der schwere Sturm am Dienstag hat nach bisher vorliegenden Berichten Schäden in Millionenhöhe verursacht und mindestens 18 Menschen das Leben gekostet. Vor dem holländischen Hafen Den Helder sank das dänische Segelschulschiff „Aktiv". Alle acht Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. In England forderte der Sturm sieben Menschenleben. In Hamburg wurde eine 70jährige Passantin vom Sturm auf die Straße geschleudert und dort von einem Auto überfahren. Bei Helmstedt starb ein 32jähriger Autofahrer, als sein Fahrzeug durch eine Bö von einer Autobahnbrücke gefegt wurde. In der „DDR" erschlug ein umstürzender Baum einen acht Jahre alten Jungen.

Die Schiffahrt in Nord- und Ostsee kam weitgehend zum Erliegen. An der britischen Ostküste richtete eine Sturmflut in der Nacht zum Mittwoch schwere Schäden an. Das Wasser erreichte dort den höchsten Stand seit 14 Jahren. Auf der Themse vor London wurde zum ersten Mal die im vergangenen Jahr fertiggestellte Flutschutzanlage in Betrieb genommen.

Auf der Fehmarnsund-Brücke entgleisten fünf Waggons eines Güterzuges, nachdem sich ein Container aus der Verankerung gelöst hatte und gegen einen Brückenpfeiler geprallt war; drei Container stürzten ins Wasser. Die Brücke blieb auch gestern morgen für den Zugverkehr gesperrt. Der Fährverkehr auf der Vogelfluglinie von Fehmarn nach Dänemark, der am Dienstag eingestellt worden war, konnte gestern wiederaufgenommen werden.

Sturmgeschädigte sollten sich umgehend mit ihrer Versicherung wegen der Bestandsaufnahme in Verbindung setzen. Das hat der Bundesverband der Versicherungskaufleute gestern empfohlen. Die Versicherungen zahlen für Schäden durch Sturm. Sturm herrscht, wenn Windstärke acht (53 Kilometer pro Stunde) gemessen wird. Die Voll- und Teilkaskoversicherung zahlt für Schäden an Autos, die durch abgeknickte Äste und umgestürzte Bäume beschädigt wurden. Die Hausrat- und Gebäudeversicherung kommt für Schäden an Häusern und Gebäuden auf, doch muß der Geschädigte Maßnahmen zur Minderung des Schadens treffen.



Dieser Autofahrer aus Bremen kam mit dem Schrecken und einem Blechschaden davon. FOTO: AP

Streit um Rente mit 58 Jahren

GEORG BAUER, **Hamburg**

Die Hamburgerin Charlotte L. erhofft sich Hilfe aus Bonn: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Verfechter einer Frühpensionierung, soll für die 58jährige Angestellte des Fernmeldeamtes 5 in Hamburg bei der Oberpostdirektion ein gutes Wort einlegen. Der Grund: Die attraktive Witwe, Mutter einer Tochter und Großmutter mehrerer Enkelkinder, möchte nach mehr als 30jähriger Arbeit für das staatliche Unternehmen den Dienst frühzeitig quittieren.

Die vom Wetter nicht eben verwöhnte Norddeutsche zieht es tief in den Süden: Sie will im sonnigen Kapstadt mit dem 65jährigen pensionierten Bahnbeamten John R. – ebenfalls verwitwet – vor den Traualtar treten.

Doch den Weg versperrt die Oberpostdirektion. Sie befürchtet einen Präzedenzfall und will die Angestellte nur ziehen lassen, wenn sie ordnungsgemäß kündigt. Das entspreche der gültigen Rechtslage, argumentierten die juristischen Vertreter der Post, als der Fall jetzt zum dritten Mal vor dem Arbeitsgericht verhandelt wurde.

Eben diesen Schritt aber möchte Charlotte L. vermeiden, fürchtet sie doch um ihre 900 Mark Betriebsrente, die sie bei einer Kündigung unweigerlich abschreiben müßte. Statt der rund 2000 Mark erhielte sie bei einer Frühpensionierung nur 1200 Mark Angestelltenrente.

Vor dem Arbeitsrichter Stein erhob die heiratslustige Postangestellte, die im Mai 1984 pensioniert werden soll, Anspruch auf einen einjährigen Sonderurlaub: Sie müsse in Kapstadt ihren an Diabetes schwer erkrankten „Zukünftigen" pflegen, erklärte sie dem Richter. Doch dieses Argument ließ die Oberpostdirektion nicht gelten, denn erst vor zwei Jahren hatte die Behörde ihr ein Jahr Sonderurlaub gewährt. Als die Witwe damals in Kapstadt eine kranke Verwandte pflegte, hatte sie John R. kennen- und liebengelernt.

Die Witwe hofft nun, daß ihr Fall bei einem erneuten Termin im Juli endgültig geklärt werden kann. Vorher jedoch wird sie ihren zukünftigen Ehemann noch einmal ausgiebig in die Arme nehmen können: Anfang März wird sie für einen Monat wieder nach Kapstadt reisen. Die Post hat ihr dafür unbezahlten Urlaub zugebilligt.



Münchner Kulturzentrum: Walhall der Kunst oder „Donnerschlag-Dominante in pervertiertem Nazi-Stil"? FOTO: WINFRIED RABANUS

Disharmonie um ein Musenschiff

R.-M. BORNGÄSSER, **München**

Der Richtkranz weht hoch über dem gewaltigen Beton-Skelett am Isarhang in München. Doch während normalerweise beim Richtfest eitel Freude sowohl bei Architekten und Bauherren herrscht, will in diesem Falle echte Freude nicht aufkommen. Obwohl es sich doch mit dem neuen Kulturzentrum um Münchens größtes Kulturprojekt nach dem Krieg handelt. Eine Münchner Zeitung kommentierte das Ereignis sogar respektlos mit der lapidaren Überschrift „Das Millionengrab feiert Richtfest".

Die monumentale Baustelle ist eben längst zum städtischen Dauerärgernis geworden: Mußten doch Münchens Steuerzahler zur Kenntnis nehmen, daß dieses Projekt, das Ende 1984 seine Pforten öffnen soll, bis dahin 371 Millionen Mark verschlungen haben wird. Es stammt noch aus der Münchner SPD-Ära der sechziger Jahre und wurde seinerzeit euphorisch begrüßt und mit 162 615 000 Mark auf weniger als die Hälfte taxiert. Zwei Tage bevor die Amtszeit von SPD-Oberbürgermeister Georg Kronawitter ablief, tat er am 28. April 1978 noch den ersten Baggerstich. Seitdem stiegen die Kosten wie die Temperaturen im Hochsommer.

Dabei begann seinerzeit alles so zukunftsverheißend. Daß München seit vielen Jahren einen Konzertsaal samt Nebenräumen und Verwaltung für die Philharmoniker benötigte, war keine Frage. Doch während der Planungsphase für diese Notwendigkeit verfielen Münchens SPD-Kulturpolitiker der Gigantomanie: Im Zuge der allerorts stattfindenden Stadtteilsanierungen sahen auch sie ihre große Chance. Doch anstatt sich oberhalb der Isar, am Rande des sanierungsbedürftigen Münchner Franzosenviertels, am Gasteig, mit einem Konzertsaal zu begnügen, wollten sie nun gleich ein ganzes Kulturschiff erstellen:

Mit Philharmonie samt Nebeneinrichtungen, mit Stadtbibliothek und Richard-Strauß-Konservatorium plus Verwaltung, mit Kulturreferat und Volkshochschule, mit Richard-Strauß-Institut und bibliophilem Noten- und Buchbestand, mit Gastronomie und Läden, mit Café und und und. Ungeachtet der vielen Warnungen, ob eine derartige „Musenkonzentration" sinnvoll und einem kulturellen Netz, das sich über die ganze Stadt spannt, vorzuziehen sei, schritten Münchens Planer zur Tat und schrieben einen Wettbewerb aus. Man entschied sich für einen Entwurf der Architektengemeinschaft Rauhe, Rollenhagen, Lindemann und Großmann, den der Vorsitzende des Münchner Bürgerrats, Leo Samberger, als „Donnerschlag-Dominante in pervertiertem Nazistil" qualifizierte.

Von nun an rissen die Pannen nicht mehr ab. So stellte sich heraus, daß die Philharmonie, immerhin ein akustisch hochempfindliches Gehäuse, ausgerechnet auf der neuen Münchner S-Bahn-Röhre liegt. So ist die Parkraumnot programmiert. Ganze 300 Parkplätze stehen zur Verfügung für einen Bau, in dem sich bis zu 6000 Menschen bewegen können.

Doch trotz aller Unbill, trotz der Kosten sanktionierten die Münchner Stadträte über die Fraktionen hinaus diesen „Millionenbau" – letztlich aus der dumpfen Erkenntnis, daß es kein Zurück mehr gebe. Vor mehr als einem Jahr wurde die Verantwortung darüber der „Allgemeinen Kommunal-Leasing-Objekt Gasteig GmbH und Co. KG" übertragen, mit der Folge, daß nun eine jährliche Leasing-Rate in Höhe von mindestens 20 Millionen Mark fällig wird.

Allein diese Folgekosten bereiten schon Kopfzerbrechen. Der Rotstift regiert. Ihm fielen schon zusätzliche Ausstattungsteile und Variationsmöglichkeiten, zum Beispiel die vorgesehene Konstruktion eines Raumteilers für den Konzertsaal, zum Opfer. Doch allen Pessimisten zum Trotz legten die Verantwortlichen dieses neuen Kulturpalastes jetzt zum Richtfest den weiteren Plan vor: So sollen 1984 zunächst die Münchner Stadtbibliothek, die Münchner Volkshochschule und die „Black Box" – ein Experimentier-Theater – in Betrieb genommen werden, soll 1985 der Carl-Orff-Saal bespielbar gemacht und 1986 der große Konzertsaal der Philharmonie eröffnet werden.

Zum Geschäftsführer dieses Mixtum compostium wurde ein ruhiger, besonnener Bankfachmann, Eckard Heintz, gewonnen. Ihm obliegt es, dieses Haus künftig künstlerisch und administrativ, musisch wie buchhalterisch zu leiten. Daß es sich bei diesem Manager um einen kühlen Rechner handelt, beweist ein Ausspruch von ihm: Es sei völlig unrealistisch zu glauben, der Gasteig könnte eines Tages schwarze Zahlen schreiben. Der Verdruß an diesem Mammut-Kulturzentrum ist also längst vorgeplant! Gasteig und kein Ende ...

1,5 Millionen an die Aktion „Ein Herz für Kinder

DW. Be

Von der Langspielplatte „Su hits-Parade" zugunsten der „Bi Aktion „Ein Herz für Kinder" den mehr als eine Million Exem re verkauft. Aus dem Einspieler nis fließen 1,5 Millionen Mark Aktion zu, die den Kampf für Sicherheit der Kinder im Straß verkehr aufgenommen hat. Für Erfolg wurde der Medienverb zwischen ZDF, Radio Luxemb Ariola und „Bild" mit Platinsch platten ausgezeichnet. Im Nar des Verlegers Axel Springer dar Matthias Walden. Er wies da hin, daß von 1977 bis 1982 die Z der Kinder, die im Straßenverk starben, zurückgegangen sei: „ Kinder, rund 30 Schulklassen, b ben am Leben, seit es die ‚B Aktion ‚Ein Herz für Kinder' gi

Vier Kinder umgekomm

dpa, Brer

Bei einem Wohnungsbrand s in der Nacht zu gestern in Brer vier Kinder – zwischen einem u sieben Jahre alt – ums Leben kommen. Sie verbrannten im K derzimmer. Die Ursache des Feu ist noch nicht geklärt.

Wieder Beben in Süditali

dpa, Pote

In der süditalienischen Prov Potenza ist gestern ein schwe Erdbeben registriert worden. Ü die Stärke wurden zunächst ke offiziellen Angaben gemacht. In ser Region waren im Novem 1980 bei einem schweren Beben 3000 Menschen ums Leben geko men.

Zugunglück bei Athen

AFP, Atl

Die Nichtbeachtung ei Geschwindigkeitsbegrenzung Athen ist der Grund für die Entg sung des „Akropolis-Express". dem Zugunglück in der Nacht gestern fand der griechische Z führer den Tod.

Lederfabrik abgebrannt

dpa, Backn

Rund 3,5 Millionen Mark Scha sind nach ersten Schätzungen einem Brand in der Nacht zu gest in einer Lederfabrik in Backna entstanden. Menschen wurd nicht verletzt. Die Löscharbeit wurden durch heftige Sturmbö erheblich erschwert.

Deutscher verschüttet

AFP, Merleba

Bei einem Grubenunglück in F bach im ostfranzösischen Dep ment Moselle ist in der Nacht gestern ein deutscher Bergarbei ums Leben gekommen. Er hint läßt eine Frau und fünf Kinder. 27jähriger algerischer Arbeiter w de schwer verletzt.

„SOS" über Satellit

dpa, Lond

Ein neues Zeitalter in der Seen rettung hat mit der Eröffnung ei weltweiten Satelliten-Systems Südwest-England begonnen. Üb eine in Lizard (Cornwall) installier Computerzentrale können Schif aus dem Atlantik sowie Teilen d Pazifik und des Indischen Ozea Telefon- oder Telexmitteilung absetzen. Bisher gab es SOS-Ru nur über Funk.

„Flora" wieder auf Kurs

AP, Be

Aufgrund von Berichten über d katastrophale Lage in den westaf kanischen Staaten Nigeria, Beni Togo und Ghana hat sich das DR in einer gemeinsamen Aktion m dem Internationalen Roten Kre entschlossen, sein Hilfsschiff „Fl ra" Mitte Februar in die ghanaisc Hauptstadt Accra zu entsenden. A Bord des Schiffes werden Hilfsg ter im Gegenwert von mehr als dr Millionen Mark sein.

„Kosmos 1402" verspätet sich

KLAUS MÜLLER, **Bonn**

Das letzte Trümmerstück des sowjetischen Satelliten „Kosmos 1402" kommt später als zunächst angenommen, und es ist kleiner, als die Experten vermutet hatten. Das ergibt sich aus den Radarbeobachtungen des mit etwa 50 Kilogramm radioaktivem Material beladenen Reaktorblocks.

Offenbar ist das Bruchstück mit einem Querschnitt von einem mal einem Meter nur noch etwa 200 Kilogramm schwer, ergaben amerikanische Analysen. Immerhin ist dieser Teil mit Beryllium umhüllt, so daß möglicherweise doch noch Reste des Kernbrennstoffs die Erdoberfläche erreichen, statt beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre zu verglühen. Das Reaktorgehäuse dagegen, ebenfalls durch den Betrieb radioaktiv geworden, ist schon am 23. Januar über dem Indischen Ozean verglüht. Im All, in zur Zeit etwa 200 Kilometer Höhe, kreisen jedoch noch Reste des Reaktorbrennstoffs Uran und seiner Spaltprodukte Cäsium, Strontium und Plutonium.

Nach den bisherigen Berechnungen wird das letzte Bruchstück um den 8. Februar herum zur Erde stürzen. Die Fehlermarge für diese Angabe liegt zur Zeit bei plus oder minus 48 Stunden. Vom Wochenende an wird jedenfalls wieder der Koordinationsstab im Bundesinnenministerium besetzt sein.

Es piepst und quäkt in Nürnberg

Computer-Boom auf der 34. Spielwarenmesse, aber die gute, alte Puppe hält ihren Anteil

PETER SCHMALZ, **Nürnberg**

Die Spielzeughersteller rund um den Erdball können beruhigt sein: Der Mensch bleibt kalkulierbar in seiner humanen Inkonsequenz und erhebt zu den Rennern der diesjährigen Spielsaison, was von ihm erwartet wurde. Da preschen die Video-Spiele und Computer marktgerecht nach vorn, während die kuschelig-weiche Puppe als eines der ältesten Spielzeuge unbeirrbar auch weiterhin einen Spitzenplatz hält. Auf diesen groben Nenner läßt sich das Angebot der 34. Nürnberger Spielwarenmesse bringen, die heute ihre Tore öffnet. Doch kein Kinderherz darf angesichts der 300 000 Artikel höherschlagen: Eintritt haben nur erwachsene Einkäufer.

Geht es nach den ausgestellten Neuheiten, wird es im deutschen Heim unentwegt piepsen und quäken. Der Computer bittet um Gehör. Wie im vergangenen Jahr das alte Halma unter dem Titel „Fantom" erfolgreich vom Brett auf den Mini-Chip umgesetzt wurde, so versuchen sich die Elektroniktüftler zunehmend an der Umstellung von Hand- auf Computerbetrieb. Selbst das älteste und beliebteste japanische Brettspiel „Gomoku" kommt nun elektronisch aufgemotzt und 298 Mark teuer daher.

Und wie wir den Rechenschieber und die Logarithmentafel längst verstauben lassen und zum Taschenrechner greifen, so werden wir bald dem Wörterbuch keinen Blick mehr widmen. Schneller als beim altmodischen Blättern liefert das erste elektronische Wörterbuch 4000 Wörter in Englisch/Deutsch und umgekehrt.

Heimcomputer, bisher vor allem für private Etatplanungen und Archivierungen zuständig, präsentieren sich nun auch als Nachhilfelehrer, der in schnarrendem Englisch zur Nachahmung bittet. Wird allerdings dies allgemein üblich, dann klingt es bald um uns herum, als hätte eine Meute E. T. die englische Sprache studiert. Neuester Clou der Bildschirmspiele: ein Computer, der den Malstift ersetzt und das bunte Bild jederzeit abrufbereit speichert.

Wem vor so viel Elektronik die Augen schummrig werden, der kann bei einem Stuttgarter Verlag das kleine Einmaleins des Computers lernen: Für 219 Mark wird ein Mikroprozessorsystem angeboten, an dem sich Schritt für Schritt die Denkweise des Computers nachvollziehen läßt. Elektronik übrigens auch bei der herkömmlichen Eisenbahn: Ein Elektronikfahrgerät steuert Fahrtrichtung und Fahrtgeschwindigkeit (Märklin), über einen Mikroprozessor können 100 Züge unabhängig voneinander in einem einzigen Stromkreis gesteuert werden (Trix).

Im Gegensatz zum Bereich der Computer stößt die Phantasie der Puppenhersteller rasch an natürliche Grenzen, weshalb im Grunde genommen selbst die modernste Puppe einem alten Käte-Kruse-Modell sehr ähnlich sieht. Neu auf dem Markt: eine Laufliern-Puppe in Lebensgröße, die zu marschieren beginnt, wenn ihre Arme hochgehoben werden. Nimmt man ihr den Schnuller aus dem Mund, reagiert sie kindlich: Sie schreit, bis sie ihn zurückerhält.

Geduld und Platz benötigt, wer sich an das größte serienmäßig hergestellte Puzzle der Welt macht: Vier Quadrameter groß und in 12 000 Einzelteile zerstückelt, liegt das Gemälde „Die Versuchung des heiligen Antonius" von Hieronymus Bosch in der Schachtel.

Und weil fast alles schon da war, kommt auch der gute alte Hula-hoop-Reifen zu neuen Ehren. Rund ist er wie zu unserer Jugendzeit, nur ein wenig bunter und nasenfreundlicher: Durch die Reibung und Erwärmung des Reifens entströmt ein feiner Pfefferminzduft. Chicco Johnson aus Los Angeles muß in einer ganzen Duftwolke leben: Als amtierender Hula-hoop-Weltmeister läßt er bis zu hundert Reifen um seinen Körper kreisen. In deutschen Diskotheken soll demnächst die Jugend beweisen, auf wieviel Duftkreise sie es bringen kann.

LEUTE HEUTE

Gelöbnis am Totenbett

„Fleetwood Mac"-Mitglied **Stevie Nicks**, eine der populärsten Sängerinnen in den USA, hat ein ungewöhnliches Versprechen eingelöst: Sie hat den Mann ihrer besten Freundin geheiratet. Die Freundin war vor fünf Monaten an Leukämie gestorben und hatte der blonden Stevie auf dem Sterbebett das Versprechen abgenommen, sich um Tochter und Ehemann Kim zu kümmern.

Rubinsteins Testament

Nela Rubinstein (74), Witwe des verstorbenen Pianisten **Arthur Rubinstein**, will jetzt das Testament ihres Mannes anfechten. Der Lebenskünstler hat seiner englischen Geliebten Annabella Whitestone (37) seinen gesamten amerikanischen Besitz im Schätzwert von einer Million Dollar und seine berühmte Gemäldesammlung vermacht. Seine Frau erhielt nur den Pariser Familiensitz.

Sadat-Kinder in Haft

Nadia und **Anwar Sadat**, Kinder des Halbbruders des ermordeten ägyptischen Präsidenten **Anwar El Sadat**, sollen verhaftet werden. Das haben die Kairoer Strafverfolgungsbehörden beim sogenannten Ethik-Gerichtshof beantragt.

„Noten" für Urlaubsziele

tdt. **Berlin**

Mit der Gesamtnote 3,4 rangiert Rumänien, das Touristenziel am Schwarzen Meer, an letzter Stelle einer Beurteilungsskala, die in der neueste Ausgabe der Zeitschrift „test" veröffentlicht wurde. Das entspricht den katastrophalen Buchungsrückgängen für das einst als besonders kinderfreundlich bekannte Reiseland.

Insgesamt 23 klassische Reiseziele wurden von den „test"-Lesern mit Noten von 1 bis 5 bewertet. Das beste Zeugnis stellten die Urlaubskritiker mit der Note 1,5 Schweden aus: „Erholungswert", „Nachtruhe", „Kontaktmöglichkeiten" und „Freizeiteinrichtungen" wurden besonders gelobt. Mit 1,7 liegen auf den nächsten Plätzen Norwegen und England. Die Kritik am „Insel-Königreich" beschränkt sich auf „teuer und feucht". Die Bundesrepublik landete mit 1,9 auf Platz neun. Besonders negativ wurden hier die Preise an der See und die Kurtaxe beurteilt.

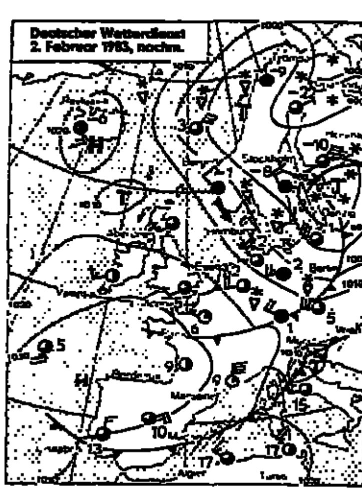
Platz	Land	Note
Platz 4:	Schweiz	(1,7)
Platz 5:	Kenia	(1,7)
Platz 6:	USA	(1,8)
Platz 7:	Türkei	(1,8)
Platz 8:	Dänemark	(1,9)
Platz 12:	Österreich	(2,0)
Platz 13:	Frankreich	(2,1)
Platz 15:	Ceylon	(2,1)
Platz 18:	Italien	(2,3)
Platz 19:	Jugoslawien	(2,5)
Platz 20:	Spanien	(2,5)

ZU GUTER LETZT

Das Heilige Jahr, das nach eine Ankündigung des Papstes End März beginnt, soll „möglichst a ßerhalb Roms stattfinden", em fiehlt die Stadtverwaltung. Sie b fürchtet organisatorische Probl me, falls zu viele Gläubige der A kündigung des Papstes nachko men.

WETTER: Schnee und Regen

Wetterlage: An der Westseite des zum Baltikum abgezogenen Sturmtiefs fließt polare Meeresluft nach Deutschland. Ein vom Ostatlantik nach Süddeutschland sich vorschiebender Hochkeil sorgt für allmähliche Wetterberuhigung.



Stationen: 12 bedeckt West Stärke 5, 15°C, bedeckt; ≡ Nebel, Sprühregen, Regen, * Schneefall, ▽ Schauer; Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze; H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete; Luftströmung: warm, kalt; Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion; Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Donnerstag

Gesamtes Bundesgebiet: Wechsel zwischen kurzen Aufheiterungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schneeschauern. Im Südwesten abklingende Schauertätigkeit. Tagestemperaturen um 3 Grad, in den Mittelgebirgen um minus 2 Grad. Nachts Abkühlung auf minus 3 bis minus 6 Grad. Mäßiger bis frischer, an der Küste starker Wind aus Nordwest bis West.

Weitere Aussichten

Schneefall, in den Niederungen als Regen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	2°	Kairo	13°
Bonn	3°	Kopenh.	–1°
Dresden	2°	Las Palmas	19°
Essen	2°	London	5°
Frankfurt	3°	Madrid	10°
Hamburg	2°	Mailand	11°
List/Sylt	1°	Mallorca	13°
München	1°	Moskau	0°
Stuttgart	2°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	–4°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	11°	Prag	2°
Barcelona	12°	Rom	15°
Brüssel	4°	Stockholm	–8°
Budapest	6°	Tel Aviv	15°
Bukarest	7°	Tunis	17°
Helsinki	–10°	Wien	5°
Istanbul	6°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.56 Uhr, Untergang: 17.16 Uhr, **Mondaufgang:** 0.30 Uhr, Untergang 11.06 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vergleich mit politischem Sprengsatz

Arbeitgeber verpflichtet sich zur Wiedereinstellung eines Entlassenen nach CDU-Sieg

XING-HU KUO, **Radolfzell**

Ein Vergleich vor dem Arbeitsgericht Radolfzell hat in Baden-Württemberg zu einer heftigen politischen Fehde geführt. Sowohl die SPD als auch der DGB sprachen in Stellungnahmen von einem „in den Gerichtssaal getragenen Wahlkampf" und „politischer Nötigung eines Unternehmens". Gleichzeitig erhielt der 44jährige Geschäftsführer der Emler-Baumarkt GmbH, Horst M., der dieses Abkommen mit dem Türken abgeschlossen hatte, von Unternehmerseite viel Lob für seine offene Meinungsäußerung und seinen „Mut", die „Dinge beim Namen zu nennen". Jedenfalls steht bei ihm das Telefon nicht mehr still. Fernsehteams, Illustrierte und Boulevardzeitungen schicken ihre Leute zu einer „Vor-Ort-Besichtigung". Begehrt ist auch ein Foto des Arbeitsrichters Karl Ullrich, der die Verhandlung geleitet hatte, und den einmaligen Vergleich richterlich „absegnete".

Was war geschehen?

Ein entlassener Türke und dessen ehemaliger Konstanzer Arbeitgeber haben sich in einem bisher einmaligen Vergleich darauf geeinigt, daß im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU-FDP-Koalition beziehungsweise der absoluten Mehrheit der Unionsparteien die Kündigung nicht mehr gelte. Der Arbeitgeber verpflichtete sich, vor dem Arbeitsgericht für diesen Fall den Türken, den er im Oktober 1982 wegen der schlechten Auftragslage zum Jahresende entlassen hatte, wieder einzustellen.

Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Die beklagte Firma verpflichtet sich, den Kläger am 1. 4. 1983 zu den bisherigen Bedingungen und unter Anrechnung der früheren Betriebszugehörigkeit wieder einzustellen, unter der Voraussetzung, daß der Kläger den Führerschein Klasse 3 vorweisen kann und unter der weiteren Voraussetzung, daß nach dem 6. März 1983 die jetzige Koalition oder die CDU/CSU allein die Regierung stellt."

Wie in der öffentlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht erläutert wurde, war ein Umsatzrückgang von 20 Prozent im Montagebetrieb Ursache für die Entlassung des 40jährigen Türken. Der Vater von vier Kindern war zwar seit elf Jahren im Betrieb tätig, war dennoch in der Belegschaft der am kürzesten in der Firma beschäftigte Arbeitnehmer.

Der Firmeninhaber, der derzeit 40 Arbeiter hat, erklärte vor Gericht, er bedauere die Entlassung des Mannes, mit dem er zufrieden sei. Eine Belebung der Konjunktur halte er jedoch nur für möglich, falls die jetzige Koalition oder die Unionsparteien alleine nach der Bundestagswahl das Ruder in der Hand behielten. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse mit einer „Kapitalflucht ins Ausland" und einer Anhebung des Diskontsatzes der Bundesbank gerechnet werden. In einem solchen Falle würde „niemand mehr ein Haus oder eine Eigentumswohnung kaufen". Das Konstanzer Unternehmen montiert Türen, Fenster und andere Hausteile und ist deshalb vor allem von der Lage in der Bauwirtschaft abhängig.

Im Vertrauen auf den erhofften Unionssieg bekam der Türke noch im Gerichtssaal bar 1000 Mark in die Hand gedrückt, damit er den Führerschein in der „Zwischenzeit" bis zum 6. März machen könne. Sollte wider Erwarten doch die anderen Parteien als Sieger hervorgehen, braucht der Türke dieses Geld nicht zurückzuzahlen, wurde weiter vereinbart. Allerdings braucht die Firma ihren entlassenen Mitarbeiter dann auch nicht wieder einzustellen, da in diesem Fall das Vertrauen des Unternehmens in eine mögliche Wirtschaftsbelebung gleich Null sei ...

„Bochumer Rezeptskandal" weitet sich täglich aus

Bisher Ermittlungen gegen elf Apotheker und 14 Ärzte

dpa, **Bochum**

Der sogenannte Rezeptskandal in Bochum und Umgebung zieht immer weitere Kreise. Bei ihren seit etwa einem Jahr geführten Ermittlungen ist die Bochumer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bisher auf eine mutmaßliche Schadenssumme von rund 1,5 Millionen Mark zu Lasten zahlreicher Krankenkassen und des Landes Nordrhein-Westfalen gekommen. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Den „Stein" hatte ein Arzt mit einer Strafanzeige gegen einen Apotheker ins Rollen gebracht. Seitdem wurde und wird – derzeitiger Stand – insgesamt gegen elf Apotheker in sieben Apotheken, 14 Ärzte, 31 Apotheken-Mitarbeiter, zehn Arzthelferinnen und 509 „Rezeptkunden" ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat bereits 46 Strafbefehle beantragt und zehn Anklagen erhoben. „Tatort" ist meist Bochum, aber auch Nachbarstädte sind betroffen. „Verdacht" in ähnlicher Richtung gibt es in Dortmund, Arnsberg und Essen.

Im bisher größten Einzelfall hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage vor dem örtlichen Landger erhoben. Dem 34jährigen Apot ker Ulrich Affoldt aus Boch wird unter anderem Betrug du 55 fortgesetzte gemeinschaftli Handlungen in der Zeit von fang 1978 bis zu seiner Verhaft Ende April 1982 vorgeworfen. Angeschuldigte hat, so die Beh densprecher, ein „umfassen Geständnis" abgelegt.

Die Anklage lastet Affeldt a habe sich von seinen Angestell von Patienten, Ärzten und Arzt ferinnen Rezepte für gesetz Krankenversicherte bringen sen, bei denen von Anfang an gewesen sei, daß die verschri nen Medikamente gar nicht nur zu einem geringen Teil au liefert werden sollten. Hinzu men über einen Arzt Verschre gen der unentgeltlichen Heilfü ge. Nach den Wünschen der j ligen Überbringer seien für ganzen oder teilweisen Rezep nicht verordnete Medikan oder Waren wie Alkoholika, metika und Diätnahrung aus ben worden. Der dadurch den Krankenkassen entstan Schaden soll sich insgesam nahezu 600 000 Mark belaufe

